

CONSIGLIO REGIONALE DEL TRENINO - ALTO ADIGE  
REGIONALRAT TRENINO - TIROLER ETSCHLAND

---

UFFICIO RESOCONTI CONSILIARI  
AMT FÜR SITZUNGSBERICHTE

SEDUTA

58.

SITZUNG

24 - 3 - 1966

Presidente: BERTORELLE

Vicepresidente: PUPP

V. LEGISLATURA - V. LEGISLATURPERIODE



## INDICE

### **Disegno di legge n. 42 :**

**« Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966 »**

**pag. 3**

## INHALTSANGABE

### **Gesetzentwurf Nr. 42 :**

**« Voranschläge der Einnahmen und Ausgaben der Region Trentino-Tiroler Etschland für das Finanzjahr 1966 »**

**Seite 3**

A CURA DELL'UFFICIO  
RESOCONTI CONSILIARI

Ore 9.37.

*(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).*

PRESIDENTE: La seduta è aperta. Appello nominale.

MARTINELLI (Segretario questore - D. C.): *(fa l'appello nominale).*

PRESIDENTE: Lettura del processo verbale della seduta 23.3.1966.

MARTINELLI (Segretario questore - D. C.): *(legge il processo verbale).*

PRESIDENTE: Osservazioni al verbale? Nessuna, il verbale è approvato.

*(Assume la Presidenza il Presidente Bertorelle).*

PRESIDENTE: Riprendiamo l'esame del disegno di legge n. 42: « Stati di previsione dell'entrata e della spesa della Regione Trentino-Alto Adige per l'esercizio finanziario 1966 ».

Sul cap. 590 ha chiesto la parola il cons. Unterpertinger.

UNTERPERTINGER (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Meine Damen und Herren! In dem Bericht des Präsidenten steht auf Seite 75, daß der Ausschuß beabsichtigt, die Gemeindegesetzgebung zu ändern. Ich kann mich damit nur einverstanden erklären und kann darin eine Bestätigung dafür sehen, daß die Anregungen, die auch von mir voriges Jahr anlässlich der Generaldebatte vorgebracht wurden, aufgenommen worden sind. Auch vom Landesausschuß Bozen sind hierzu, soviel mir bekannt ist, gewisse Änderungen angeregt worden. Ich freue mich, daß man jetzt diese Änderungen vollziehen will. Wir werden ja anlässlich der Vorlage dieses Änderungsgesetzes Gelegenheit haben, auf Einzelheiten einzugehen. Ganz besonders zu begrüßen ist nach meinem Dafürhalten die Verlängerung der Amtszeit der Gemeinderäte auf 5 Jahre. Wenn auch das zustandekommen soll, so ist das sicher eine Verringerung der Bürokratie und bedeutet ebenfalls die Einsparung von Geld, weil Wahlen ja sehr viel kosten.

Nicht sehr einverstanden kann ich mit dem Teil sein, der sich in dem Bericht des Präsidenten auf die Lokalfinanzen bezieht. Dort wird wohl von der schwierigen Lage der Gemeinden gesprochen, aber die Heilmittel, die da empfohlen werden, erscheinen

mir unzulänglich. Wenn gesagt wird, man wolle die prekäre Situation der Gemeinden durch Zusammenlegung, durch Bildung von Konsortien usw. lösen, dann bin ich sehr skeptisch. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man damit die Situation sehr viel verbessern wird, denn das Hauptproblem ist ja nicht die ordentliche Verwaltung. Die Hauptaufgabe der Gemeinden ist ja wirklich nicht, Zertifikate, Bestätigungen, Familienbögen usw. auszustellen. Das ist eine Tätigkeit, die sowieso erfolgen muß, aber die Hauptaufgaben der Gemeinden sind die öffentlichen Arbeiten. Ich kann mir nicht vorstellen, daß man die öffentlichen Arbeiten durch die Zusammenlegung von Gemeinden usw. verbilligen kann, es sei denn, man geht dazu über, eine wirklich interessante Initiative zu verwirklichen, die ein Studium wert wäre. Ich denke hierbei an das sogenannte « Ente intermedio », was für uns vielleicht der Bezirk sein könnte. Allerdings müßte dann auch überlegt werden, diesem « Ente intermedio » Aufgaben zu übertragen, die die Gemeinden in ganz besonderer Weise belasten. Ich würde da beispielsweise daran denken, daß man die Errichtung der Baulichkeiten für Mittelschulen einem solchen « Ente intermedio » übertragen könnte. Das wäre eine große Erleichterung für die Gemeinden. Im übrigen bin ich, wie ich schon sagte, sehr skeptisch über eine Lösung des Problems durch Zusammenlegung. Das Problem liegt also bei den öffentlichen Arbeiten und diese werden wahrscheinlich nicht weniger kosten, wenn sie von Konsortien ausgeführt werden. Es stimmt ja, daß in gewissen Fällen die Schaffung von Konsortien Erleichterungen bringt; ich denke da vor allem an Konsortien für den Spitalbau: diese bringen für die Gemeinde, wo das Spital steht, tatsächlich Erleichterungen. Aber andere Konsortien,

wie Ärztekonsortien, Hebammenkonsortien sowie Gemeindesekretärkonsortien fallen wirklich nicht ins Gewicht. Es kann sein, daß sich der Bericht des Präsidenten eher auf die Situation in der Provinz Trient bezieht; das kann sein, denn, soviel mir gesagt wurde, ist das Ausmaß der Gemeinden in der Provinz Trient im Verhältnis noch viel, viel kleiner als bei uns in Bozen. Ich muß sagen, daß bei uns in Südtirol die Gemeinden, bei denen eine Zusammenlegung eventuell in Erwägung gezogen werden könnte, nur sehr wenige sind. In den allermeisten Fällen ist ja die geographische Lage ein beinahe unüberwindliches Hindernis. Nun, zu glauben, das Problem — das ein finanzielles ist — durch Organisation lösen zu können, das ist meines Erachtens denn doch etwas zu einfach. Die öffentlichen Arbeiten kosten und da bleibt nichts anderes übrig, als hierfür das nötige Geld aufzubringen. Es ist uns bekannt, daß in der Provinz Bozen Ansuchen für öffentliche Arbeiten von seiten von Gemeinden in Höhe von ca. 16 Milliarden vorliegen, wobei im heurigen Jahr mit Gesetz 17 eine Finanzierung von vielleicht 700 Millionen möglich ist; das sind nicht einmal 5%. In Trient mag es ähnlich sein. Hieraus kann man ersehen, was für ein unglaublicher Bedarf an Geldmitteln für öffentliche Arbeiten der Gemeinden besteht. Andererseits muß auch gesagt werden, daß eine Ankurbelung der Wirtschaft auf lange Sicht nicht möglich sein wird, wenn man nicht die Gemeinden in die Lage versetzt, ihren Aufgaben nachzukommen. Ich sagte schon vorher, die Hauptaufgabe der Gemeinden sei eben nicht das Ausstellen von Zertifikaten und Dokumenten, sondern die öffentlichen Arbeiten, die Schaffung der Infrastrukturen, die die Voraussetzung bilden für eine Entwicklung, die auch die Landgemeinden miteinbezieht und sich nicht nur auf

größere Zentren konzentriert; Voraussetzung ist also die Schaffung dieser Infrastrukturen: Wege, Wasserleitungen, Kanalisierungen, Elektroleitungen, Asphaltierungen usw.

Ich erlaube mir da an eine Bemerkung des Kollegen Cecon anzuknüpfen, der sagte, der Fremdenverkehr sei die Industrie unserer Täler. Ich glaube auch, daß der Fremdenverkehr die standortgerechteste Industrie unserer Region und ganz besonders der Provinz Bozen ist. Wenn sich nun diese Fremdenindustrie entwickeln soll, dann müssen die Gemeinden ihren Aufgaben nachkommen können. Da können wir Kreditgesetze für Gastgewerbe erlassen, so viele wir wollen, aber wenn dann die Gemeinde nicht imstande ist, die Straße so zu bauen, daß sie dem heutigen Fremdenverkehr entspricht, dann wird das alles nicht sehr viel nützen. Und zu diesen Infrastrukturen gehören eben nicht nur Straßen, sondern auch die Wasserversorgung; ferner gehört dazu auch die Errichtung von Schwimmbädern, Spielplätzen usw. Wenn wir schon dauernd von Industrialisierung und wohl auch von Programmierung sprechen, wäre es doch an der Zeit, zu versuchen, die bodenständigste Industrie zu fördern, indem die hierzu erforderlichen Voraussetzungen geschaffen werden. Wenn diese Voraussetzungen geschaffen sind, dann soll der private Unternehmer, die Privatinitiative heran; dann glaube ich auch, daß die Privatinitiative angeregt und angekurbelt werden kann.

Es ist klar, daß aus diesen meinen Ausführungen die Forderung erwächst, den Gemeinden für öffentliche Arbeiten unbedingt mehr Mittel zur Verfügung zu stellen. Ich bin nun nicht der Meinung, daß man unbedingt das Gesetz 17 neu finanzieren soll. Es ist mir völlig klar, daß sich viele finanzschwache Gemeinden mit der Amortisierung der

Darlehen sehr schwer tun. Man müßte daher in einigen Fällen daran denken, die Arbeiten nicht ganz auf Kosten der Region durchzuführen, aber doch Beiträge zu geben. Ich glaube, das wäre im Grunde genommen günstiger. Es hat nicht sehr viel Sinn, wenn man die Gemeinden zur Aufnahme der Darlehen zwingt, die dann aus dem Steueraufkommen zurückgezahlt werden müssen. Es sind das Darlehen, die sich nicht direkt amortisieren, weil es ja keine Industrieinvestitionen, sondern Darlehen sind, die dazu verwendet werden müssen, die Infrastrukturen zu errichten. Und wenn man über diese Darlehen die Gemeinden dann in große finanzielle Schwierigkeiten stürzt, sodaß man nachher gezwungen ist, durch Bilanzausgleiche wieder nachzuhelfen, dann, glaube ich, ist das nur eine Verlagerung der Schwierigkeiten, ihre Verlängerung in der Zeit. Deswegen wäre es in manchen Fällen vielleicht günstiger, wenn man mit einem massiven Beitrag eingriffe.

Ich sehe davon ab, für das Kap. 590 jetzt im Moment in Form eines Änderungsantrages eine Erhöhung zu verlangen, weil im Haushalt keine Mittel dafür angegeben sind. Wir stellen fest, daß bei Kap. 590 der Betrag von 190 Millionen Lire aufscheint. Nun muß mitgeteilt werden, daß die Provinz Bozen allein — ohne die Gemeinde Meran — einen Ausgleichsbedarf von etwa 280 Millionen für das heurige Jahr hätte. Es muß auch daran erinnert werden, daß wir im vorigen Jahr durch Bilanzänderung dieses Kapitel um 100 Millionen aufgestockt und auf 290 Millionen gebracht haben. Ich bin deshalb schon etwas erstaunt, daß man den Ansatz in der heurigen Bilanz nicht mindestens auf 290 Millionen gebracht hat, so wie er voriges Jahr war, d.h. 190 plus 100. Ich muß schon sagen, daß ich darüber sehr enttäuscht war und ich mir das

nicht erklären konnte, denn ich bin der Meinung, daß man eine Bilanz möglichst nach der Wahrscheinlichkeit der Bedürfnisse aufbauen muß, die auf diesem Sektor offenkundig viel, viel höher sind als der Ansatz in der Bilanz. Das ist völlig klar. Ich sagte schon, daß ich absichtlich davon absehe, einen Änderungsantrag einzubringen; man könnte zwar da und dort vielleicht x-Millionen finden, aber damit ist das Problem nicht gelöst. Ich bitte deshalb den Ausschuß, sich zu überlegen, wie man im Laufe des Jahres, und zwar möglichs bald, einen Betrag finden kann, der den defizitären Gemeinden die Situation doch etwas erleichtert.

Wenn der Vorschlag des Präsidenten über die Bildung von Konsortien als solcher für die Lösung des Problems schon problematisch ist, dann muß noch hinzugefügt werden, daß eine solche Maßnahme, falls sie gut wäre, nicht in einem Jahr durchzuführen ist. Ich kann mir jedenfalls nicht denken, daß man auf diesem Wege im Laufe eines Jahres die Gemeindefinanzen sanieren kann. Ich sage, wenn dies als Mittel überhaupt geeignet wäre; ich zweifle daran. Dazu müßte man heute schon mindestens konkrete, handfeste Vorschläge darüber haben, in welchen Gemeinden man wie eingreift und was man zusammenlegt. Aber das alles ist ja nicht da. Was wir haben, ist eine ziemlich — der Herr Präsident möge mir den Ausdruck verzeihen — vage Stellungnahme zum Problem der Gemeindefinanzen und nicht mehr. Aber so wird man das Problem nicht lösen; vor allem wird man es nicht in einem Jahr lösen. Wir können aber die Gemeinden nicht in dieser Situation belassen. Deswegen richte ich an den Ausschuß die wirklich dringende Bitte, daß da mit einem größeren Ansatz noch nachgeholfen wird. Denn ich bin der Meinung, daß Investitionen für die von den

Gemeinden zu errichtenden Anlagen durch die öffentliche Hand getätigt werden sollen. Die öffentlichen Arbeiten sind nun der typische Fall und das klassische Gebiet, wo die öffentliche Hand intervenieren soll und muß. Zur Unterstützung der Privatwirtschaft wird man eben nur ausnahmsweise eingreifen, denn wenn die Wirtschaft gesund ist, dann wird sie selber weiterkommen. Aber öffentliche Arbeiten werden von der öffentlichen Hand getragen werden müssen. Deshalb die Wiederholung der dringenden Bitte, im Wege einer Bilanzänderung noch einen beträchtlichen Betrag für das Kapitel aufzubringen, damit vorläufig, d.h. für heuer, die Situation noch gerettet werden kann. Ich bin einverstanden, daß man das Problem als Ganzes von Grund auf studieren soll und ich bin auch mit Reformen sofort einverstanden, die tatsächlich eine Erleichterung bringen, aber in der Form, daß die Gemeinden an der Durchführung der Arbeiten nicht gehindert werden. Dies müßte derart geschehen, daß die Gemeinden die Mittel zur Verfügung haben, um auch in finanzieller Hinsicht autonom sein zu können, und damit sie vor allem ihren Aufgaben der Errichtung von Infrastrukturen nachkommen können. Das ist das allerwichtigste. Das Problem der defizitären Gemeinden ist ein großes Problem; aber noch viel, viel schwieriger wäre es, wenn wir die Gemeinden durch restriktive Maßnahmen einfach an jeder Tätigkeit hindern wollten. Das würde auf die Dauer tatsächlich einen Stillstand der Wirtschaft mit sich bringen. Ich wiederhole: das Kapitel ist unbedingt zu niedrig und muß für heuer erhöht werden. Im allgemeinen allerdings wäre ich damit einverstanden, wie ich sagte, daß das Problem von Grund auf studiert und die Gemeindefinanzen von Grund auf reformiert werden.

(Egregio Signor Presidente, Signore e Signori! Nella relazione del Presidente, a pagina 75, si legge che la Giunta intende modificare la legislazione sui comuni. Posso dichiararmi soltanto d'accordo col progetto e trovarvi una conferma nel fatto che si sono accettati i suggerimenti avanzati anche da me l'anno scorso durante la discussione generale. Per quanto ne so, anche la Giunta provinciale di Bolzano ha proposto determinate modifiche e sono lieto che ora si intenda applicarle. Per il resto, quando la legge modificata verrà presentata al Consiglio avremo occasione di trattarne i particolari. Secondo me va accolta con particolare favore la proroga a 5 anni della durata in carica dei consiglieri comunali: se si arriverà a ciò la burocrazia ne risulterà semplificata e contemporaneamente si realizzerà un risparmio, perché le votazioni sono molto dispendiose.

Non sono invece molto d'accordo con quella parte della relazione del Presidente che si riferisce alle finanze locali: in essa si parla bensì della difficile situazione dei comuni, ma i rimedi che si raccomandano mi sembrano inadeguati. Quando si dice però di voler liberare i comuni dalla loro precaria situazione con l'unificazione di più comuni, o costituendo consorzi di comuni ecc. allora sono piuttosto scettico. Non riesco ad immaginare che con queste misure la situazione migliorerà molto, perché il problema più importante non è certo costituito dall'ordinaria amministrazione. Il compito fondamentale dei comuni non è davvero quello di compilare certificati, stati di famiglia, documenti ecc. Anche questa è un'attività che bisogna esercitare ma il compito principale del comune rimangono i lavori pubblici. Non riesco ad immaginare che si possa ridurre il costo dei lavori pubblici unificando i comuni ecc., a meno che non si passi a realizzare una iniziativa veramente interessante

che meriterebbe un esame. Intendo qui il cosiddetto « ente intermedio », quello che per noi potrebbe essere il distretto. In ogni caso bisognerebbe prendere in considerazione il passaggio a questo « ente intermedio » di compiti particolarmente pesanti per i comuni: per es. mi sembra che si potrebbe passare a tali « enti intermedi » la costruzione degli edifici destinati alle scuole medie, il che costituirebbe un sollievo per i comuni. Per il resto sono, come ho detto, molto scettico sulla possibilità di risolvere il problema con l'unificazione dei comuni. Il problema resta quello dei lavori pubblici ed essi non diventeranno probabilmente meno dispendiosi facendoli eseguire da dei consorzi. È esatto dire che in alcuni casi l'istituzione di consorzi porta delle facilitazioni: mi riferisco soprattutto ai consorzi per la costruzione di ospedali. Essi costituiscono effettivamente un sollievo per il comune dove l'ospedale è costruito. Al contrario altri consorzi, come quelli medico, ostetrico, o fra segretari comunali, non hanno nessun peso. Può essere che la relazione del Presidente si riferisca piuttosto alla situazione in provincia di Trento, poiché, stando a quanto mi è stato detto, la estensione dei comuni in quella provincia è relativamente molto più limitata che da noi a Bolzano. Devo dire che da noi in Sudtirolo i comuni per cui eventualmente si potrebbe prendere in considerazione una unificazione sono pochissimi: nella stragrande maggioranza dei casi la posizione geografica costituisce un ostacolo quasi insormontabile. Mi sembra troppo semplice credere che il problema, che è un problema finanziario, si possa risolvere con misure organizzative. I lavori pubblici costano e non rimane altro da fare che procurare i mezzi necessari alla loro esecuzione. Sappiamo che in provincia di Bolzano i comuni hanno presentato domanda di finanziamento per lavori pubblici per una

somma di circa 16 miliardi di lire, di cui nell'anno in corso si potranno forse finanziare, con la legge n. 17, circa 700 milioni: al massimo dunque un 5% e nel Trentino la situazione non dovrebbe essere molto diversa. Da ciò si può constatare quanto sia incredibile la necessità di fondi dei comuni per i lavori pubblici. D'altro lato bisognerà anche dire che sarà impossibile incrementare a lunga scadenza la economia se non si porranno i comuni in condizione di adempiere ai loro compiti. Ho detto prima che il compito principale dei comuni non è quello di compilare documenti e certificati ma quello di curare i lavori pubblici, di creare le infrastrutture che costituiscano la premessa di uno sviluppo che comprenda anche i comuni rurali invece di concentrarsi soltanto nei centri maggiori. La premessa è costituita dunque dalla creazione di infrastrutture come strade, acquedotti, canalizzazione, condotte elettriche, asfaltature ecc.

Mi permetto di riferirmi ad un'osservazione del collega Ceccon, il quale ha detto che il turismo è la tipica industria delle nostre valli. Anch'io sono del parere che il turismo sia l'industria più adatta alla conformazione della nostra regione e specialmente della provincia di Bolzano. Se dunque tale industria dovrà progredire, anche i comuni dovranno essere in grado di adempiere ai loro compiti. Noi possiamo congedare quante leggi vogliamo in favore dell'industria alberghiera, se i comuni non saranno in grado di costruire una strada che sia all'altezza del turismo moderno, le nostre leggi non serviranno molto. Fra le infrastrutture non vanno annoverate poi soltanto le strade ma anche gli acquedotti; inoltre la costruzione di piscine, campi di gioco ecc. Giacché si parla sempre di industrializzazione e di programmazione, sarebbe ormai tempo di cercar di incrementare le industrie tipiche locali,

creando le premesse indispensabili al loro fiorire. Una volta create le premesse, allora toccherà all'imprenditore privato, all'iniziativa privata: credo che così anche quest'ultima potrà essere incoraggiata ed appoggiata.

È chiaro che da queste mie dichiarazioni risulta la necessità di mettere maggiori fondi per i lavori pubblici a disposizione dei comuni. Personalmente non ritengo che sia assolutamente necessario rifinanziare la legge n. 17: comprendo benissimo che molti comuni dalle finanze poco floride abbiano molte difficoltà ad ammortizzare i mutui. In alcuni casi bisognerebbe perciò pensare, se non ad eseguire i lavori completamente a carico della Regione, almeno a concedere dei contributi. Credo che in fondo ciò sarebbe anzi più opportuno. Non è molto sensato costringere i comuni ad accendere dei mutui che devono poi venir estinti con i proventi delle imposte. Si tratta poi di mutui che non si ammortizzano direttamente, perché non si tratta di investimenti industriali ma di mutui che vanno impiegati per costruire le necessarie infrastrutture. Se poi il comune con questi mutui finisce in gravi difficoltà finanziarie che richiedono nuove integrazioni di bilancio, allora credo che si tratti soltanto di un dilazionare le difficoltà, di un diluirle nel tempo. In qualche caso sarebbe perciò forse più opportuno intervenire con un contributo massiccio.

Per il momento ometto di presentare una proposta di emendamento chiedendo un aumento dei fondi del cap. 590, poiché nel bilancio non sono riportati fondi a questo scopo. Rileviamo che al cap. 590 compare la somma di 190 milioni di lire: bisogna dire che per l'anno in corso la sola provincia di Bolzano, escluso il comune di Merano, avrebbe bisogno per circa 280 milioni di una integrazione di bilancio. Bisogna ancora ricordare che l'anno scorso

abbiamo aumentato, con una variazione al bilancio, questo capitolo di 100 milioni, portandolo così a 290 milioni. Sono perciò piuttosto sorpreso che nell'attuale bilancio non si sia portato lo stanziamento almeno a 290 milioni, come l'anno scorso, cioè 190 più 100. Devo dire di esser rimasto molto deluso e di non essermi potuto spiegare tutto ciò, poiché penso che un bilancio debba venir compilato soprattutto in base alle probabili necessità, che in questo settore superano ampiamente lo stanziamento nel bilancio, questo è chiarissimo. Ho già detto che intenzionalmente tralascio di presentare una proposta di emendamento: si potrebbero senz'altro reperire qua e là alcuni milioni ma con ciò il problema non sarebbe risolto. Prego perciò la Giunta di pensare al modo di reperire, nel corso dell'anno ma al più presto possibile, una somma che migliori un po' la situazione dei comuni deficietari.

Se la proposta del Presidente di formare dei consorzi è già in se stessa problematica per la soluzione del problema, bisognerà aggiungere ancora che un provvedimento del genere, anche se fosse opportuno, non si potrebbe comunque realizzare in un anno. Non riesco comunque ad immaginare che con questo sistema sia possibile sanare in un anno le finanze comunali: dico se questo sistema fosse opportuno, perché personalmente ne dubito. A tal fine bisognerebbe avere già oggi proposte concrete sul modo di intervenire, su che cosa unificare e sui comuni in cui intervenire. Ma tutto questo manca. Tutto quello che abbiamo è una presa di posizione, ed il Presidente mi perdoni la mia espressione piuttosto vaga sul problema delle finanze comunali e niente di più. Non è in questo modo però che si risolverà il problema, soprattutto non lo si risolverà entro un anno. D'altro canto non possia-

mo lasciare i comuni in questa situazione: vorrei dunque pregare insistentemente la Giunta di fare un maggiore sforzo per aiutare i comuni. Secondo me infatti gli investimenti per i lavori dei comuni dovrebbero andare a carico degli enti pubblici: i lavori pubblici sono appunto il caso tipico ed il settore classico in cui gli enti pubblici hanno il dovere di intervenire. Gli interventi per appoggiare l'economia privata dovranno essere appunto eccezioni, poiché un'economia sana riuscirà ad andare avanti da sola; i lavori pubblici dovranno invece andare a carico degli enti pubblici. Per questo insisto con la mia preghiera di voler reperire, con una variazione al bilancio, una somma consistente per questo capitolo, in modo da poter salvare la situazione ancora per quest'anno. Sono d'accordo sulla necessità di studiare il problema a fondo nel suo complesso, così come sarò prontamente d'accordo su riforme che costituiscano un effettivo sollievo per i comuni, pur non ostacolando nell'esecuzione dei lavori. Ciò si dovrebbe realizzare in modo che i comuni dispongano dei fondi necessari a renderli autonomi anche dal punto di vista finanziario, soprattutto affinché essi siano in grado di adempiere al loro compito di creare le infrastrutture. Questa è la cosa più importante. Il problema dei comuni deficietari è un grosso problema: esso sarebbe però ancora più grave se noi volessimo impedire ai comuni ogni attività con misure restrittive. Ciò porterebbe col tempo effettivamente ad una battuta d'arresto nell'economia. Ripeto: il capitolo è assolutamente troppo scarso e deve quest'anno essere aumentato. In generale sarei comunque d'accordo, come ho detto, a che si esamini il problema a fondo e che si riformino completamente le finanze comunali).

PRESIDENTE: Sul cap. 590 ha la parola il cons. Giuliani.

GIULIANI (D.C.): Brevemente, signor Presidente. Siamo un po' tutti alla ricerca di soluzioni per quanto riguarda la gestione dei comuni; in modo particolare la nostra attenzione è rivolta ai comuni deficitari, anche se non dobbiamo farne un mito di questi comuni deficitari, perché non possiamo trascurare che da noi, come altrove, nel resto d'Italia, troviamo comuni che sono ancora in pareggio. Io vorrei chiedere se abbiamo mai esaminato a fondo le cause anche dei deficit dei comuni stessi, perché io mi domando: il deficit del singolo comune per quanto dipende da insufficienza di entrate e per quanto dipende invece da aumento di spese? E io vorrei fare una proposta, se l'assessorato ha la possibilità di attuarla: non si potrebbe fare un esame comparato dei singoli bilanci, di tutti i bilanci, non solo dei bilanci deficitari, ma anche di quelli che non presentano deficienze per arrivare a trovare un rapporto tra entrate, spese, e in modo particolare qualità delle spese? In un comune d'Italia, se non erro a Faenza, s'è fatto un tentativo del genere, e ne sono uscite delle indicazioni utili. Un lavoro del genere, fatto con pazienza, fatto con attenzione, potrebbe portare anche a delle indicazioni che potrebbero giungere a considerazioni di diverso genere. Non so, da noi potremmo trovare dei comuni costituzionalmente deficitari, per cui, per quanto si faccia, non si può arrivare ad una sanatoria, e qui, in questi casi, sarebbe proprio il caso di intervenire di imperio — se la parola non è troppo dura —, condizioni geografiche permettendolo, per un'eventuale unificazione. In altri casi si potrebbe arrivare anche a dei consigli, a dei richiami per una amministrazione forse più oculata e più responsabile.

PRESIDENTE: La parola al cons. Ceccon.

PREVE CECCON (M.S.I.): On. Presidente, mi son chiesto tante volte qui dentro, quale sia l'utilità, talvolta, dei rilievi che di volta in volta si vanno proponendo da parte del Consiglio regionale su determinati temi, che dirò di fondo, della nostra politica amministrativa. Questo dei bilanci deficitari dei comuni, mi sembra costituisca proprio il caso limite: una legge nostra, regionale, prescrive che il Consiglio venga informato annualmente dei provvedimenti assunti dalle Giunte provinciali. Esiste, di conseguenza, una relazione, che io ho trovato sempre lucida, precisa e incisiva, presentata da parte dell'assessorato competente per la materia. Una relazione, on. Presidente, che non si compiace di fermarsi soltanto alle interpretazioni statistiche, a proporci dei numeri, ma che si addentra anche nel vivo della materia, e propone e prospetta soluzioni e prospetta interpretazioni. Naturalmente i rilievi che essa ci affida, non si arrestano soltanto al campo economico, ma invadono anche il campo finanziario, invadono anche l'aspetto giuridico del problema. Esistono poi, anno dopo anno — almeno ci è stato concesso di constatare questa realtà — esistono poi, anno dopo anno, dei consiglieri regionali che, letta attentamente la relazione, approntata la materia per la importanza che essa riveste, qui dentro portano la loro esperienza di amministratori diretti, quando dai comuni provengono, come portano considerazioni, proposte, per lo meno critiche, perché intendono che una buona volta questa materia, che potrebbe costituire da sola il vanto di una intera attività amministrativa di una Giunta, venga finalmente risolta. C'è quindi ampiamente la materia del contendere, e con la materia del contendere si impone an-

che la validità dei documenti che ci vengono consegnati, e accanto alla validità dei documenti consegnati, c'è la volontà dei consiglieri regionali, la volontà di una ricerca, per porre rimedio, finalmente, ad un problema che si è ormai incancrenito. Io direi che quindi c'è tutto, esiste tutto, nella misura di dare una chiara delimitazione, ormai, al tema. E qual è il risultato, anno dopo anno? A me è parso di vedere questo risultato nella sordità, cioè siamo diventati un po' tutti dei sordoparlanti, bisognosi, semmai, di contributi da parte degli assessori preposti al settore, dal momento che anno dopo anno ci diciamo indubbiamente cose giuste, cose valide, cose anche intelligenti, ma ci riscopriamo l'anno successivo a doverle ripetere, a dovere riottenere, da parte della Giunta regionale, le assicurazioni, le considerazioni che l'anno prima già ci aveva fornito. Quindi io ho preso la parola, on. Presidente, armato sempre di quello scetticismo, che purtroppo l'esperienza mi induce a possedere, almeno su questo tema, non perché io spero che finalmente ci si desti — soltanto l'Italia si è desta, nella canzone; si vede che l'elmo le copre le orecchie e non riesce tanto ad intendere, ormai — ma parlo perché penso che sia un dovere comunque sostenere tesi, qui dentro, che mi pare ormai si siano dilatate, per lo meno nel numero delle considerazioni che altri consiglieri regionali vanno ad esse accordando. Innanzi tutto bisogna che noi consideriamo la massa degli investimenti: da quando cioè la legge è diventata operante, la Regione ha investito non meno di 1600 milioni per questo capitolo. E con quale scopo la Regione ha investito una simile somma? Lo ha fatto forse nello spirito della legge? Ecco, qui mi nascono i primi dubbi, anzi le prime certezze: io direi di no, non lo ha fatto nel rispetto della legge. Perché il legislatore, quando pose in essere il

suo provvedimento, questo fece nell'intento di affidare ai comuni un mezzo per superare quella che doveva essere una posizione straordinaria della amministrazione; quindi una posizione transitoria. Non già il legislatore voleva o aveva voluto che la legge diventasse invece lo strumento e il mezzo per rendere ordinario, ciò che doveva invece costituire l'eccezione. 1600 milioni, quindi, per incrementare un male che si voleva guarito, mi sembrano eccessivi. Dai 59 comuni deficitari in regione, 48 a Trento e 11 a Bolzano, nel 1956, si è passati ora ai 143 comuni, di cui 103 in provincia di Trento e 40 in provincia di Bolzano, con un incremento, quindi, che va posto in regione, nel complesso della regione, nella misura del 38% in dieci anni. In questi risultati mi pare quindi sia individuabile la bontà o meno della nostra terapia; ed è in questo quadro allora che va inquadrata, che va collocata la realtà ieri illustrata dal cons. Odorizzi, con quella incisività che gli è propria. 250 milioni, egli disse, pagano i comuni, oggi come oggi, per un interesse annuo relativo alle sole scoperture di cassa. La richiesta di denaro, quindi, sottoposta a tale legge, deve toccare approssimativamente i due miliardi e mezzo. Solo una leggera variante bisogna apportare alla cifra, perché si tratta di 280 milioni pressappoco di interessi che vengono pagati ai comuni, essendo la cifra del deficit pari a 3 miliardi. Comunque la verità è quella che il cons. Odorizzi ha enunciato. Sono 280 milioni che i comuni delle due province sborsano ogni anno al tesoriere per copertura di cassa. Il nostro contributo, allora, ammonta nel presente bilancio, quasi all'incirca ai due terzi di ciò che i comuni devono pagare per la loro carenza di liquidità in conto interessi. E noi, in definitiva, con questo capitolo, sempre, portiamo denaro, non dico a Samo, ma indubbiamente alle aziende bancarie, di sicuro. Certo

che prima della guerra ultima, la scopertura di cassa per i nostri comuni costituiva una impossibile favola; e se dai regni della pura fantasia si è scesi oggi ad una realtà così diffusa, ciò vuol dire che esistono anche complici, e che questi complici non sono uno soltanto, ma più d'uno, compresi noi. L'indebitamento infatti dei nostri comuni tocca ormai la cifra record di 21 miliardi, equamente divisi fra le due Province: 11 alla provincia di Trento, 10 alla provincia di Bolzano. E che ha contribuito in maniera massiccia e pesante a raggiungere questa meta, c'è anche la nostra legge 17 sui lavori pubblici; perché è proprio con essa che le scoperture di cassa si sono istituzionalizzate, si sono, direi, perpetuate, anche due volte per la stessa operazione, due volte per lo stesso intervento: la prima per il mutuo messo a contributo regionale e la seconda per la differenza che bisogna assicurare al comune per coprire l'intera spesa dei lavori pubblici. E si sa, si sa purtroppo come vadano a finire queste cose: autorizzazioni orali, autorizzazioni con lettera, poi arrivano i lotti, poi ci sono gli stati di avanzamento, poi c'è l'esigenza di pagare subito, mentre il denaro tarda ad arrivare. La dinamica dei fatti, in questi provvedimenti che i comuni prendono per i lavori pubblici, è nota a tutti ed è inevitabile l'ampia, grande scopertura di cassa. Quindi essa è diventata un male cronico, al quale ormai ci siamo dovuti tutti assuefare. E l'altro fenomeno, da non trascurare, a mio modesto modo di vedere, è quello della gradualità, riscontrabile nell'aumento annuo del deficit. Perché, a mio modesto modo di vedere, esso dovrebbe procedere *lento pede*, non con il vortice dei miliardi, magri nell'arco di soli 12 mesi. Che vuol dire se questo avviene? Vuol dire che dall'altra parte si è perso di vista quello che è il gettito tributario, quello che è il gettito assicurato dalle imposte, che

dovrebbe costituire la prima risorsa per sanare una situazione debitoria. In provincia di Trento, infatti, le supercontribuzioni, che nel '56 avevano una incidenza pari al 73,8%, nella copertura del disavanzo economico, sono scese nel '65 al 30,4%. Così dicasi per la provincia di Bolzano, che al 100% del '56 contrappone oggi il 19,9% di incidenza. E accanto a noi, badate, nella spinta a questa corsa, oltre il lecito per le scoperture di cassa, esiste un altro ente, non siamo soli, siamo in buona compagnia: esistono i bacini imbriferi, il BIM, che è sorto, si badi bene — se ricordo, e se sbaglio mi si corregga — ma credo sia sorto per risolvere i problemi su un altro piano, su un'altra visuale, cioè soluzione dei problemi, per lo meno entro il limite comprensoriale, non certo problemi di singolo comune, nella visuale limitata del singolo interesse comunale. Così i bacini imbriferi spingono i comuni ai lavori pubblici, per affidare dopo le conseguenze di questa loro spinta alla capacità della Regione, affinché intervenga una volta ancora a sanare mali creati da altri. Il che mi pare sia assurdo, e mi pare anche che esiga, come minimo, una attenta opera di coordinamento dei due interventi da parte della Regione, perché, torno a ripetere, le conseguenze dopo le sopportano i comuni ma le paga la Regione. Altre considerazioni utili per approfondire il problema io le voglio accantonare, anche perché altre volte, da parte di altri consiglieri, esse si sono portate con profondità di argomentazione. E penso quindi che il problema sia ampiamente conosciuto da ciascuno di noi; almeno da parte mia c'è sempre stato questo intendimento, e sono convinto che anche da parte di altri sia esistito l'intendimento della ricerca di una soluzione a questo problema che ci angustia. E se questa è l'attuale situazione, mi pare che si debba giungere finalmente a del-

le conclusioni che siano altrettanto valide e altrettanto positive, quanto valido e positivo è stato sempre lo studio e la relazione che di anno in anno l'assessorato preposto al settore ci ha consegnato per farci meglio conoscere il problema. Ed è chiaro che se non troveremo finalmente in noi la forza e la capacità e la volontà di sortirne, non è pensabile che i comuni riescano da soli a rompere questa situazione che li soffoca, che minaccia di soffocarli piano piano. Ed è qui che nasce il problema: come sortirne? Non certo con la legge affrontata dallo Stato, mediante la quale esso si assumeva i mutui dei comuni, posti in essere dai comuni, anche perché questo sarebbe un provvedimento che certamente non strozzerebbe il male, ma che invoglierebbe ad ulteriore indebitamento i comuni che già magari non lo avessero fatto. Il nostro intervento, in tal senso, cioè nella assunzione del mutuo, mi pare lo si dovrebbe porre in essere allorché da parte dei comuni ci fosse la volontà del consorzio per determinati servizi, se non per tutti i servizi, compreso quello dell'applicato comunale, ed anche per i comuni che avessero la capacità di concepire la fusione come una terapia utile per creare nuove amministrazioni comunali, che posseggano la capacità di una vita autonoma, in quanto i mezzi finanziari non vengono loro a mancare. Dovremo cioè in altri termini fare anche noi un conglobamento, un conglobamento di due tipi: conglobamento dei debiti e conglobamento delle amministrazioni comunali che non abbiano capacità di vita autonoma. Poi si dovrebbe giustamente costituire il fondo di finanziamento per le opere comunali presso un istituto di credito, un fondo che deve prestare a bassissimo tasso di interesse. Però, a mio modesto modo di vedere, la creazione di tale istituto avrebbe un senso, solo se si potesse applicare un rigido

controllo ai bilanci dei comuni deficitari. E non è, badate bene, da parte di chi pratica la amministrazione attiva, come la Giunta provinciale, che tale controllo può venire, può essere posto in essere, ma da parte soltanto, a mio modesto modo di vedere, di chi in regione può sottrarsi a tale esigenza, a tale preoccupazione, che non sia quella esclusivamente e soltanto del controllo. Un controllo preciso, severo, che rispetta in pieno la norma della legge regionale. Di sicuro allora la corsa all'indebitamento troverebbe un suo limite, troverebbe una sua barriera. Soltanto da chi si trovasse nel bisogno di accendere il debito l'operazione verrebbe intrapresa, perché essa richiede comunque e sempre un impegno di cespiti delegabili, a carico della Regione evidentemente gli interessi da pagare sul mutuo. Certo è però che bisogna finalmente decidersi ad assumere un atteggiamento risolutivo, perché non si può portare avanti una situazione che si è resa ormai estremamente difficile. La proposta avanzata dal cons. Odorizzi ieri, poi, per quel tal discorso da intrattenere al tesoriere comunale dei comuni — e sappiamo già chi sia — è senza dubbio una proposta suggestiva; solo che io modestamente ritengo sia irricevibile da parte della banca. E sarei veramente lieto di potermi sbagliare; ma credo purtroppo che non incorrerò in un simile sbaglio. Questo premesso, on. Presidente, mi pare che si debba finalmente avere il piacere di sentire una precisa pronuncia da parte della Giunta regionale su questo argomento; mi pare si debba ormai essere giunti a riconoscere l'esigenza di prendere precisi impegni, perché il problema non è più ormai dilazionabile nella sua soluzione.

PRESIDENTE: La parola al cons. Vinante.

VINANTE (P.S.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, il problema dei bilanci deficitari è indubbiamente un problema che richiama l'attenzione dei responsabili, dei pubblici amministratori. Il comune rappresenta la base della vita sociale delle nostre popolazioni; è l'ente più a contatto con le popolazioni, quello che deve vedere e vede le esigenze, i bisogni e anche le difficoltà. Ora io devo dare atto che di fronte a questo problema, si cerca di considerare tutti i mezzi, tutte le possibilità per cercare di risolverle in senso positivo. È un problema indilazionabile, è stato detto, e veramente è un problema grave; però dobbiamo domandarci: è mai stato provveduto, da parte dell'ente Regione soprattutto e della Provincia, ad affrontare il problema con una visione chiara, ma nello stesso tempo di predisporre gli strumenti per frenare questo continuo e persistente aumento delle situazioni difficili dei comuni? Io devo dire che sono stati presi dei provvedimenti, però a me sembra, anche dopo questa breve esperienza che ho avuto nel settore dei comuni, che un provvedimento unico, che consenta la soluzione definitiva del problema, non esiste. Quali sono le cause? Io non vado ad esaminare, a fare la diagnosi delle cause che hanno portato e portano in continuità difficoltà nel campo dei comuni, perché penso che sarebbe superfluo, in quanto tutti i signori consiglieri hanno già avuto la possibilità di constatarle; però l'aggravamento delle situazioni finanziarie del comune non è una cosa del momento, ma è un progressivo aumento, dovuto ad aumento di spese di personale, dovuto ad aumento di esigenze per le necessità moderne di una vita civile. Quindi noi dobbiamo metterci nella condizione di non pensare a risolvere il problema, a superare la difficoltà momentanea, perché essa è in continuo e costante aumento; quindi

i provvedimenti che noi proponiamo e che si dovrebbe proporre devono tener conto dei continui e persistenti aumenti. Un provvedimento sarebbe quello di sollevare i comuni da molti servizi che gli sono stati attribuiti, soprattutto da parte dello Stato, il quale non si rende conto della necessità di intervenire anche in senso finanziario. Una delle riforme sulla quale noi come Regione e i nostri parlamentari devono assolutamente intervenire per sollecitare, è la riforma della finanza locale dello Stato. Lo Stato pretende dai comuni determinati servizi: è giusto che lo Stato intervenga a sanare e a portare un contributo finanziario, perché questi comuni possano vivere. Ci sono delle esigenze locali, queste è logico e giusto che le sostengano, nei limiti delle possibilità, le popolazioni. Guardate che l'incremento fiscale da parte dei comuni è arrivato anche, in certi comuni, al massimo della tolleranza. Non è che noi possiamo dire che le popolazioni interessate si disinteressino al sostenimento e al finanziamento delle spese necessarie per il proprio comune, no. Ci sono ancora delle situazioni che non sono sufficientemente chiare; c'è una certa riluttanza da parte degli amministratori di ricorrere all'aumento del fisco, in quanto è un provvedimento piuttosto impopolare e quindi in certi determinati comuni si cerca di sfuggire a questa responsabilità, ma nella grande maggioranza si è condiviso e accettato il principio che il finanziamento della spesa deve essere fatto possibilmente nell'ambito del comune. Mi son sentito dire da molti consiglieri: ma io non ci credo molto alla creazione dei consorzi, oppure alla unificazione dei comuni, quello non è il toccasana. No, signori consiglieri, il toccasana che possa risolvere in senso assoluto e unitario il problema dei comuni, non esiste. Tutti gli accorgimenti però, signori consiglieri, servono per arrivare

a ridurre al minimo possibile queste situazioni difficilissime dei comuni. Io personalmente ho constatato questo: che gli amministratori sono presi da un'ansia tremenda di poter risolvere i loro problemi. Non è che noi ci troviamo di fronte a degli amministratori che se ne infischiano delle loro situazioni, no. C'è una volontà anche da parte loro, una comprensione, e i tentativi fatti da parte dell'assessorato agli enti locali della Provincia, sono stati accolti in senso favorevole; cioè questi amministratori cercano di mettersi a disposizione per collaborare assieme a risolvere le difficoltà del comune, non ultima quella anche della unificazione, della creazione dei consorzi. Qui ci troviamo qualche volta in difficoltà, perché, per esempio, per l'ampliamento dei consorzi ostetrici, abbiamo una resistenza della categoria, abbiamo una resistenza dei consigli provinciali di sanità, i quali dicono: no, non siamo d'accordo. E bisogna superare anche questi, bisogna convincere anche questi; sono organi consultivi, ma anche questi bisogna che si adeguino a una esigenza, a una necessità, a un obiettivo, che è quello di sanare il bilancio del comune. Io devo dire che la Giunta provinciale ha affrontato il problema con estrema decisione, anche non tenendo conto dei pareri consultivi dei consigli di sanità, quando era necessario affrontare la situazione del bilancio del comune. Difatti noi abbiamo approvato determinate deliberazioni contro le quali c'era il Consiglio provinciale di sanità. Ora io vorrei dire questo — non mi dilungherò molto — vorrei dire questo: che una azione continuata, costante, fra Regione, Provincia e comuni ci dovrà portare gradualmente a un miglioramento della situazione. Io dico: ci potrà portare gradualmente a un miglioramento della situazione, perché guardate che noi da diversi anni a questa parte andiamo sempre più ag-

gravandoci; malgrado gli interventi fatti dalla Regione, malgrado la volontà degli amministratori di poter arrivare a ridurre gli oneri deficitari dei comuni, noi siamo sempre andati avanti. Ecco la gravità del problema; ecco l'esigenza e l'assoluta necessità di affrontarlo questo problema. Però non illudiamoci di poterlo risolvere con una bacchetta magica; dobbiamo assolutamente tener conto che le esigenze delle popolazioni vanno sempre più aumentando; l'aumento delle esigenze delle popolazioni comporta fatalmente anche l'aumento di oneri. Io direi quindi, per abbreviare questo mio intervento, di insistere per far sì che si possa per lo meno ridimensionare questa situazione, però io devo rivolgermi alla Giunta regionale, facendo presente che se la Giunta regionale non avrà la possibilità di poter intervenire nei confronti dei bilanci deficitari con la stessa misura con la quale è intervenuta lo scorso anno, sia in stanziamento iniziale, sia con variazioni di bilancio, la questione diventa veramente drammatica. Noi quest'anno siamo arrivati a 90 comuni deficitari, ma il numero non direbbe niente se non fosse l'entità della cifra che ci deve veramente preoccupare. L'azione dovrà farla la Giunta regionale in collaborazione con la Giunta provinciale, perché guardate che questa azione di collaborazione è strettamente necessaria; bisogna cercare di incrementare il più possibile le entrate e ridurre il più possibile le spese.

Ma c'è un'altra questione da fare, signori miei; dopo essere andati alla ricerca di tutti i mezzi per equilibrare il bilancio, c'è anche un'azione morale da fare, nei confronti degli amministratori: bisogna richiamare determinati amministratori a un senso di una maggiore responsabilità. Non voglio parlare di moralizzazione nel senso scandalistico, ma di

andare alla ricerca di una visione più concreta, più reale, delle possibilità e delle esigenze del proprio comune. Bisogna cercare di influenzare l'amministratore, che deve, nel modo più assoluto, affrontare i problemi che gli sia possibile affrontare con le disponibilità finanziarie proprie e con gli interventi da parte dell'ente Regione. Diversamente noi non bloccheremo questo dilagare di disavanzi deficitari, anzi. Se comuni hanno avuto la fortuna di avere un'integrazione nel loro bilancio deficitario, quando la situazione non era proprio talmente grave da doverlo fare, allora anziché invogliare, anziché educare l'amministratore ad affrontare il problema con una visione più oculata, con una visione più realistica, si porta tutti a stimolare e ad arrivare al pareggio del bilancio, pur di realizzare qualche cosa. Perché guardate, signori consiglieri, che non tutte le opere che sono state fatte nei comuni sono state fatte nella stretta esigenza, nei bisogni specifici dei comuni. Abbiamo visto anche delle opere che sono inattive, che sono abbandonate. Quindi anche questa oculatezza dobbiamo cercare di fare inserire nell'animo degli amministratori.

Detto questo, io concludo dicendo che anche la proposta dell'avv. Odorizzi va senz'altro presa in esame. È un provvedimento parziale anche questo, in quanto ridurrà per lo meno i costi delle anticipazioni di cassa, fenomeno che purtroppo va sempre più aggravandosi. Ma quello che io intendo e desidero sottolineare è questo: di insistere nei confronti del Governo, fare un'azione di pressione nei confronti del Governo perché affronti il problema della finanza locale, e risolva finalmente il problema di addossare a se stesso le spese che comportano i servizi non strettamente legati alle responsabilità e ai compiti del comune, ma che sono compiti del-

lo Stato. E oltre a questo, un invito alla Giunta a voler rivedere questo suo stanziamento, tenendo conto possibilmente, in sede di variazione di bilancio, che il problema, se non si vuole che veramente crei delle situazioni insostenibili, va rivisto con la stessa luce con la quale è stato visto lo scorso anno.

PRESIDENTE: La parola al cons. Benedikter.

BENEDIKTER (S.V.P.): In den Programmklärungen des Regionalausschusses heißt es, daß man hinsichtlich der Bezahlung der Waldaufseher von seiten der Gemeinden etwas unternehmen will, d.h. mit anderen Worten, daß man die Gemeinden entlasten will. Dieser Grundsatz, daß die Gemeinden hinsichtlich der Aufgaben, die nicht zu dem eigenen und daher zu dem übertragenen Wirkungskreis gehören, finanziell entlastet werden sollen, das ist ja jüngst in der Regierungserklärung der dritten Regierung Moro auch als ein Programmsatz festgestellt worden. Man will von der Seite her also auch die Reform der sogenannten Lokalfinanzen bzw. der Gemeindefinanzen anpacken, wobei es ja eine ganze Masse von Aufgaben gibt, die die Gemeinden im übertragenen Wirkungskreis, d.h. auf Grund einer Delegation durchführen und wofür sie eigentlich finanziert werden müßten. Ich erinnere daran, daß seinerzeit Ministerpräsident Fanfani einmal eine Verfassungsänderung betreiben wollte, durch die der Grundsatz verfassungsrechtlich verankert werden sollte, nach dem den territorialen Körperschaften, Gemeinden, Provinzen usw. keine Aufgabe aufgebürdet bzw. delegiert werden dürfte, die nicht unter ihre autonomen Befugnisse fällt, wenn nicht die

entsprechenden Mittel vorgesehen werden. Es ist dann leider nicht zu dieser Verfassungsergänzung gekommen. Dieser Grundsatz ist ja, wie Moro erklärt hat, im Gemeinde- und Provinzgesetz vom Jahr 1934 enthalten, jedoch ist es nur ein in einem einfachen Staatsgesetz enthaltener Grundsatz, der in der Nachkriegszeit immer wieder übergangen worden ist. Der Ausschuß sagt in seiner Erklärung, man wolle hinsichtlich der Waldaufseher etwas tun, um die Gemeinden zu entlasten. Der Gemeindeverband der Provinz Bozen hat in dem Entwurf über die Änderung der Gemeindeordnung dasselbe vorgeschlagen. Der zuständige Assessor hat dann jüngst beiden Landesausschüssen auf Grund des Vorschlages des Gemeindenverbandes einen Entwurf darüber zugehen lassen, wie er sich die Sache vorstellt. Die Landesausschüsse sollen jetzt Stellung dazu nehmen. Der Landesausschuß von Bozen wird wahrscheinlich nächste Woche dazu Stellung nehmen, also sobald der Regionalhaushalt erledigt ist. Im vorläufigen Entwurf, den uns der Assessor zugestellt hat, scheint aber dieser Vorschlag nicht auf. Wenn nun schon dieser Vorsatz in der Programmklärung enthalten ist, dann müßte er bei der Abänderung der Gemeindeordnung berücksichtigt werden, denn das ist die richtige Gelegenheit dazu, und zwar auf eine sehr einfache Weise: Da es sich um eine delegierte Befugnis handelt, hätte die Region für den Aufwand der Waldaufseher aufzukommen, der zumindest auch vom Landesausschuß vorher gebilligt werden sollte, damit keine Übertreibungen vorkommen. Dazu braucht es dann selbstverständlich wieder Geld und ich nehme an, daß dieses Geld aus dem Fonds für künftige gesetzliche Maßnahmen entnommen werden müßte. Der Abgeordnete Cecon hat davon geredet, daß es hier Schwerhörige

gäbe, z.B. sei der Assessor hinsichtlich der Gemeindefinanzen schwerhörig. Aber ich möchte sagen, auch er ist schwerhörig, denn wenn er immer wieder aufzeigt, daß soundsoviel Gemeinden defizitär geworden sind und immer mehr defizitär werden und immer mehr Geld dafür ausgegeben werden muß, so verißt er oder nimmt nicht wahr, daß die Region hinsichtlich der defizitären Gemeinden im zweiten Absatz des Art. 70 des Autonomiestatutes eine Pflichtaufgabe hat, ähnlich wie es in der Region Friaul-Julisch-Venetien der Fall ist, die Aufgabe nämlich, diesen Gemeinden zu Hilfe zu kommen, ohne aber das andere Werkzeug zu haben, um den Gemeinden systematisch in ihrer Finanzautonomie durch eine Reform der örtlichen Finanzen zu Hilfe kommen zu können. Diese Möglichkeit hat die Region nicht. Sie hat, solange das Gemeindefinanzwesen so ist, wie es heute ist, nur die Möglichkeit, Hilfe zu leisten und ist dazu sogar verpflichtet. Im zweiten Absatz des Art. 70 heißt es nicht, die Region solle das Defizit des ordentlichen Haushaltes decken, insofern es kontrolliert ist usw., sondern, daß sie die Gemeinden in die Lage versetzen soll, ihren Aufgaben und Funktionen nachzukommen, was ein viel weiterer Begriff ist und was selbstverständlich auch nicht nur den ordentlichen, sondern auch den außerordentlichen Haushalt betrifft. Die Region kann also außerordentlicherweise abhelfen, sie kann jedoch nicht organisch die Gemeindefinanzen kurieren. In diesem Zusammenhang möchte ich bitten, daß der Assessor sich dazu ausspricht, ob vorgesehen ist, daß bei der nächsten Haushaltsabänderung im Laufe des Jahres ein zusätzlicher Betrag für die defizitären Gemeinden zugewiesen wird. Voriges Jahr ist das der Fall gewesen; jedoch hat man das nicht vorher gewußt, sondern eben erst

in einer zweiten Phase und hat daher keinen Plan — wir reden von der Planung und von der Programmierung — darüber aufstellen können, wie die insgesamt zur Verfügung stehende Summe verteilt werden kann. Es wurden dann von den zusätzlichen 40 Millionen 30 Millionen der Gemeinde Meran gegeben, jedoch mußten 10 Millionen auch kleineren Gemeinden gegeben werden, die bereits einen sogenannten Ausgleichsbeitrag zugesichert erhalten hatten und wofür sich der Landesausschuß bereits verpflichtet hatte. Ich weise darauf hin, daß ja der Landesausschuß noch im Jahre 1965 über den Mindestbedarf an solchen Ausgleichsbeiträgen eine Eingabe gemacht hat, in der auch auf die besondere Lage, auf den außerordentlichen Bedarf für die Gemeinde Meran hingewiesen worden ist. Und so wie voriges Jahr befinden wir uns jetzt in der Lage, daß diese 190 Millionen für Ausgleichsbeiträge an kleinere Gemeinden nicht genügen, während zum Beispiel die große Gemeinde Meran damit nicht in einigermaßen entsprechender Weise bedacht werden kann. Es wäre also gut, wenn wir heute schon wüßten, was noch dazukommen soll.

Kurz noch: In der Programmerkklärung ist auch auf die Schaffung von Bezirksverwaltungen hingewiesen worden und der Abgeordnete Unterpertinger hat sich damit befaßt. Ich habe in früheren Haushaltsdebatten darauf aufmerksam gemacht, daß die Region dafür nicht zuständig ist, solche Bezirksverwaltungen zu schaffen, sondern wenschon der Staat, und daß es keinen Sinn hat, solche Verwaltungen, d.h. eine neue Bürokratie zu schaffen, falls diese Verwaltungen nur mit Befugnissen ausgestattet werden sollten, die den Gemeinden weggenommen werden. Bitte, ich verstehe, daß es einen Sinne hätte, z.B. für Mittelschulen, für Krankenhäuser usw. bezirksweise

einen Verband zu schaffen, der diese Einrichtungen verwaltet. Dafür genügen jedoch die sogenannten Verwaltungsgemeinschaften, bzw. die Konsortien. Die Schaffung von Bezirkshauptmannschaften — wie sie einmal genannt wurden — hat nur dann einen Sinn, wenn von oben, und zwar angefangen vom Staat, von der Region bis zu den Provinzen, eine gegliederte Gruppe von Befugnissen übertragen werden könnte, die auf Gemeindeebene nicht verwaltet werden kann, sondern nur auf Bezirksebene. Sonst hat die Schaffung von Bezirksverwaltungen keinen Sinn. Sie ergibt eine zusätzliche Bürokratie und damit zusätzlichen Aufwand, der nicht produktiv ist. Der Regionalausschuß hat jüngst der Talgemeinschaft Vinschgau durch Beschluß nach dem Berggesetz die Funktion zuerkannt, für die Berggegenden mit Ausnahme des Talbodens die sogenannte Großmeliorierung vorzunehmen. Er ist damit dem Beispiel Karniens gefolgt, des als « comunità carnica » auch die Befugnisse eines Großmeliorierungskonsortiums für Berggebiete zuerkannt worden sind. Was die Finanzierung dieser Konsortien betrifft, werde ich mich beim entsprechenden Kapitel äußern. Ich möchte in diesem Zusammenhang hier nur sagen, daß mir dieser Weg der Zuerkennung neuer Funktionen an solche Verwaltungsgemeinschaften als der natürlichste erscheint. Es sind Funktionen, die sonst entweder von der Region zentral oder durch ihre Außenstellen, aber letzten Endes entweder in Trient oder in Bozen wahrgenommen werden müssen. Diese Verwaltungsgemeinschaften sind ja spontan entstanden. Weitere werden wahrscheinlich zum Beispiel im Pustertal entstehen und es ist natürlich, wenn denselben von seiten der Region bzw. morgen von seiten der Provinz dezentralisierte Funktionen zuerkannt werden. Allerdings wä-

re das nur eine Übung auf dem Papier, wenn diesen Verwaltungsgemeinschaften dann nicht auch die entsprechenden Mittel gegeben würden, mit denen sie diese Funktionen dann auch ausüben können. Die Frage, wie solchen Verwaltungsgemeinschaften dann eine selbständige finanzielle Basis, also die Finanzautonomie gesichert werden kann, ist wiederum eine Frage, die höchstwahrscheinlich über die Zuständigkeit der Region hinausgeht, d.h. durch Reform der sogenannten Lokal Finanzen gelöst werden muß.

*(Nelle dichiarazioni programmatiche della Giunta regionale si afferma di voler fare qualcosa per alleggerire i comuni del pagamento dei custodi forestali in altre parole per sollevarli da questo onere. Questo principio, cioè che i comuni debbano esser sgravati delle spese dovute ai compiti che non rientrano nel loro specifico raggio d'azione ma sono stati loro delegati, è un principio comparso di recente nelle dichiarazioni programmatiche del terzo Governo Moro. Anche da questo lato si intende dunque affrontare la riforma delle cosiddette finanze locali, cioè delle finanze comunali; esiste infatti una gran quantità di compiti che i comuni assolvono in spese di influenza che sono state loro conferite, cioè in base ad una delega, e per i quali dovrebbero essere finanziati. Ricordo che a suo tempo il Presidente dei ministri Fanfani voleva introdurre una riforma nella Costituzione, riforma che avrebbe dovuto ancorare costituzionalmente il principio secondo cui non bisognerebbe assegnare, cioè delegare, ad enti territoriali come provincie, comuni ecc., alcun compito che non rientri nelle loro competenze autonome, senza assegnar loro i mezzi relativi. Purtroppo non siamo arrivati poi a questa integrazione della Costituzione. Il principio*

*è contenuto, come ha dichiarato Moro, nella legge sui comuni e sulle provincie del 1934; si tratta però di un principio contenuto in una legge nazionale semplice e la cui applicazione è stata nel dopoguerra ripetutamente tralasciata. Nelle sue dichiarazioni la Giunta ha affermato di voler fare qualcosa per sollevare i comuni dalle spese per i custodi forestali. Il Consorzio dei comuni della provincia di Bolzano ha fatto la stessa proposta in un progetto di modifica dell'ordinamento sui comuni. L'assessore competente ha poi di recente sottoposto ad entrambe le Giunte provinciali un progetto elaborato in base alla proposta del Consorzio sui comuni e contenente il suo punto di vista sulla questione: le Giunte provinciali dovranno ora prendere posizione in proposito. La Giunta provinciale di Bolzano si pronuncerà probabilmente la prossima settimana, dunque non appena sarà finita la trattazione del bilancio regionale. Nel disegno di legge provvisorio che l'assessore ci ha inviato la proposta però non appare. Se tale proposito è contenuto nelle dichiarazioni programmatiche, esso dovrebbe anche trovare considerazione nelle modifiche apportate all'ordinamento sui comuni. Questa mi sembra l'occasione giusta per farlo ed in modo semplicissimo: poiché si tratta di una competenza delegata, sarebbe la Regione a dover provvedere alle spese per i custodi forestali, spese che la Giunta provinciale dovrebbe prima approvare per evitare esagerazioni. Naturalmente anche per questo provvedimento ci sarà bisogno di denaro ed io penso che dovremo attingerlo dal fondo destinato a futuri provvedimenti di legge. L'assessore Ceccon ha affermato che qui ci sono dei sordi, per es. l'assessore sarebbe sordo nei riguardi delle finanze comunali. Vorrei però dire che anch'egli è sordo poiché, pur ripetendo spesso che tanti*

comuni sono ormai deficitari e lo diventano sempre più e che bisogna stanziare sempre maggiori fondi a tal fine, dimentica o non si accorge del fatto che la Regione, in base al secondo comma dell'art. 70 dello Statuto di autonomia, ha un dovere nei confronti dei comuni deficitari. Lo stesso dovere ha anche la Regione Friuli - Venezia Giulia e cioè quello di venire in aiuto a questi comuni, pur senza possedere lo strumento per venire sistematicamente in aiuto a questi comuni, nella loro autonomia finanziaria, riformando le finanze comunali. Questa è una possibilità che la Regione non ha. Finché l'organizzazione finanziaria comunale sarà quella che è, la Regione avrà soltanto la possibilità di portare aiuto, anzi addirittura ne ha l'obbligo. Il secondo comma dell'art. 70 non dice che la Regione deve coprire il deficit dell'ordinaria amministrazione, una volta controllata ecc., bensì che essa deve mettere i comuni in grado di assolvere alle loro funzioni ed ai loro compiti, concetto molto più ampio e che logicamente si riferisce non soltanto all'amministrazione ordinaria ma anche a quella straordinaria. La Regione può intervenire dunque, con degli aiuti in via straordinaria, essa non può invece ordinare organicamente le finanze comunali. A tale proposito vorrei pregare l'assessore di comunicare se sia stato previsto di destinare nel corso dell'anno, con la prossima variazione al bilancio ai comuni deficitari una somma aggiuntiva. L'anno scorso lo si è fatto: non lo si è però saputo in anticipo ma soltanto in un secondo tempo, cosicché non è stato possibile compilare un piano — parlo di un piano e non della programmazione — di distribuzione della somma a disposizione. Dei 40 milioni in più, 30 sono stati assegnati al comune di Merano, mentre 10 si sono dovuti dare anche a comuni minori, che ormai

avevano ottenuto l'assicurazione di un cosiddetto contributo integrativo per cui la Giunta provinciale si era ormai impegnata. Accenno al fatto che la Giunta provinciale ha presentato già nel 1965 un documento sulla somma minima necessaria per tali contributi di integrazione, documento in cui si è accennato anche alla particolare situazione, alle particolari necessità del comune di Merano. Ci troviamo così nella stessa situazione dell'anno scorso, quella cioè che non bastano i 190 milioni destinati ai contributi integrativi dei comuni minori, mentre per es. con questa somma non si può prendere in considerazione in modo adeguato ai suoi bisogni il comune di Merano. Sarebbe dunque bene poter sapere già oggi quanto si intende ancora assegnare a questo capitolo.

In breve: Nelle dichiarazioni programmatiche si è accennato ancora all'istituzione di amministrazioni distrettuali, argomento che è stato trattato anche dal cons. Unterpertinger. Già nella discussione di passati bilanci ho fatto notare che la Regione non è competente a creare tali comunità di zona, ma caso mai allo Stato. Ho detto anche che non ha senso creare tali distretti, cioè una nuova burocrazia, se si intende assegnare a tali comunità soltanto competenze sottratte ai comuni. Prego, comprendo che si istituiscano per ogni circondario delle associazioni allo scopo di provvedere all'amministrazione di scuole medie, ospedali ecc. A tal fine bastano però le cosiddette comunità amministrative e rispettivamente i consorzi. L'istituzione di capitani distrettuali, come essi sono stati chiamati una volta, ha un senso soltanto se dall'alto e cioè a cominciare dallo Stato fino alle Regioni ed alle Province, si trasferisse a questi distretti un gruppo articolato di competenze che non è possibile amministrare su piano

*comunale ma soltanto su piano distrettuale. Altrimenti la creazione di distretti amministrativi non ha alcun senso; essa produrrà soltanto nuova burocrazia e nuove spese improduttive. La Giunta regionale ha di recente riconosciuto, con una delibera in base alla legge sulla montagna, alla comunità di valle della Venosta competenza sulle cosiddette grandi bonifiche fondiarie, escluso il fondovalle. Essa ha seguito qui l'esempio della Carnia, a cui sono state riconosciute, come « Comunità carnica », le competenze di un consorzio per le grandi bonifiche in zone montane. Parlerò del finanziamento di questi consorzi al capitolo relativo: a questo proposito vorrei soltanto dire che il sistema di riconoscere nuove funzioni a comunità amministrative del genere sembra essere il più naturale. Si tratta di funzioni che altrimenti devono venir espletate dalla Regione, dai suoi uffici centrali o periferici, ma infine sempre a Bolzano od a Trento. Tali comunità amministrative sono sorte spontaneamente ed altre se ne formeranno probabilmente per es. in Pusteria, ed è naturale che la Regione, e rispettivamente domani la Provincia, riconosca loro funzioni decentralizzate. Si tratterebbe comunque soltanto di un riconoscimento puramente teorico se non si assegnassero a tali comunità amministrative anche i mezzi necessari ad adempiere a queste funzioni. Il modo con cui assicurare a tali comunità amministrative una base finanziaria autonoma, cioè l'autonomia finanziaria, è di nuovo una questione che va al di là delle competenze regionali, che andrà cioè risolta attraverso la riforma delle cosiddette finanze locali.)*

**PRESIDENTE:** Nessun altro prende la parola? La parola alla Giunta.

**FRONZA** (assessore enti locali - D.C.):  
Io ringrazio i vari consiglieri intervenuti su questo tema; è dimostrato veramente da questi interventi che è un problema importante e interessante, da approfondire. La Giunta e il mio assessorato hanno dimostrato con le varie relazioni distribuite, sia l'anno scorso che quest'anno, che il tema è stato studiato, approfondito, che vi sono varie proposte che qui sono state riprese da vari consiglieri. Naturalmente il tema più importante e, direi, che è stato oggetto un po' delle discussioni e degli interventi dei vari consiglieri, è il grosso tema della finanza locale. Tema che non può essere certamente risolto, direi anzi per la gran parte non può essere risolto dalla Regione, ma deve essere risolto dallo Stato. E qui anche nelle recenti dichiarazioni del Presidente del Consiglio Moro, è uno dei quattro-cinque temi che fanno parte dei grossi problemi che il Governo intende affrontare in questo biennio, in questo scorcio di legislatura. Lo Stato deve proporre un'organica soluzione a questo tema della finanza locale. Quali siano le linee fondamentali di questa struttura e di questa riforma, non si sa ancora esattamente; naturalmente che lo Stato, per quanto riguarda la nostra regione, dovrà essere in coordinamento, tenendo conto delle varie competenze. Posso tuttavia dare atto, anche per recenti incontri che ho avuto in sede di Ministero degli interni, che il problema impegna proprio in questo periodo un apposito gruppo di lavoro, come posso confermare che in parallelo è in atto l'iniziativa di altri organi statali, per promuovere le necessarie misure di emergenza, limitate nel tempo, ma capaci di intervenire nel settore della finanza locale. A tal fine risulta già predisposto apposito schema di provvedimento, atto ad incrementare le entrate attraverso l'adegua-

mento dei tributi che per legge lo Stato corrisponde per determinati servizi, e di una maggiore partecipazione dei comuni a taluni tributi fiscali. In parallelo provvedimenti atti a contenere le spese correnti, rimuovendo le cause della loro espansione. E qui è stato toccato anche un altro importante tema, che è quello che riguarda i compiti affidati ai comuni da parte di leggi statali. Effettivamente l'argomento — lo ha notato anche il cons. Benedikter — è stato oggetto di uno studio attento del governo Fanfani, appunto con una — si parlava allora, addirittura — proposta di modifica costituzionale, per impedire che lo Stato faccia nuove leggi e affidi nuovi compiti. Qui è stato detto, proprio recentemente, in sede di Ministero degli interni, che la nuova struttura, la legge per la riforma della finanza locale, dovrebbe prevedere appunto anche un modo per superare questa situazione e per impedire che ulteriormente si affidino nuovi compiti, cioè nuove spese, senza dare adeguate entrate. Quindi, a nome della Giunta regionale, dico che sono d'accordo nel sollecitare gli organi competenti, e che in occasione della visita che farò in questi giorni, porterò il desiderio e l'auspicio del Consiglio regionale, perché questa cosa sia fatta presto e bene, perché altrimenti troviamo situazioni di comuni che non possono certamente risolvere il problema col nostro piccolo contributo integrativo o con le supercontribuzioni. È stato detto qui e lo confermo a nome della Giunta, che effettivamente in determinati comuni non si può andare oltre con la pressione fiscale e con le supercontribuzioni, che sono aumentate notevolmente e direi che, nella maggior parte dei comuni, siamo al limite massimo.

È stato toccato dal cons. Odorizzi il tema delle anticipazioni che fanno i comuni. Nel 1965 i comuni hanno chiesto delle anticipa-

zioni per circa 2 miliardi 800 milioni, come è detto nella relazione che è stata distribuita al Consiglio, ciò che comporta 260-270 milioni circa di interessi passivi che hanno gravato. Il modo per risolverlo: io accetto senz'altro la proposta che ha fatto il cons. Odorizzi per studiare e approfondire il tema della sezione di credito comunale presso il Mediocredito. Questa proposta dovrà essere studiata adeguatamente, studiata anche dagli organi competenti del Mediocredito, anche arrivando ad eventuali modifiche di quello statuto. Qualche anno fa si era parlato qui, in sede di Consiglio regionale, anche di una proposta di cassa di compensazione fra i vari comuni, proposta che è stata approfondita e che però non ha trovato entusiasmo in molti amministratori comunali. Il tema che è stato studiato qui ed è stato oggetto anche nelle mie relazioni, è quello di trovare degli accordi con gli istituti di credito che hanno in gestione le tesorerie comunali. Anche questo è un argomento che sarà ulteriormente approfondito, perché effettivamente è dimostrato che l'importo degli interessi passivi che sopportano i comuni, direi che è quasi il doppio del fondo a disposizione per integrazione dei comuni deficitari. Se potessimo arrivare con un'adeguata proposta per lo meno a dimezzarlo, sarebbe, direi, un contributo sostanziale al problema della finanza dei nostri comuni.

Il prof. Giuliani ha parlato di fare uno studio di comparazione fra i vari bilanci comunali, come è stato fatto in altre province; una proposta che potrà essere studiata, e vedremo di fare qualcosa. Tenga presente che quest'anno, 1966, e completamente col nuovo bilancio, sarà studiata ancora una nuova struttura di bilancio per i comuni, che è stata approvata dallo Stato con apposita legge. Il

Ministero degli interni ha emanato proprio in questi giorni le disposizioni per la nuova struttura, anche per una uniformità di impostazione, che corrisponde per certa parte all'impostazione data al bilancio della Regione e al bilancio dello Stato. In quella sede e con quella struttura sarà più facile arrivare a dei paragoni, a delle comparazioni, per vedere se effettivamente dei comuni che hanno gli stessi abitanti, le stesse caratteristiche, abbiano magari delle spese maggiori. Tenga presente però che talvolta, anche se hanno gli stessi abitanti e le stesse caratteristiche, ci possono essere situazioni o circostanze o un complesso di cose che determinano spese diverse. Non so, se un comune ha gli stessi abitanti e la stessa situazione di un altro, ma è lontano da un altro e il segretario comunale deve tenerlo da sè e non può consorziarlo con l'altro, naturalmente che la spesa generale va su. Questo è solo un esempio. Ma se poi estendiamo la discussione al consorzio ostetrico, al consorzio medico o ad altre cose, ne viene una diversità. È impossibile arrivare a dei sistemi di comparazione completa, però penso che con la nuova struttura già data ai bilanci, sarà più facile individuare le diversità o le sperequazioni per quanto riguarda determinate spese.

Il cons. Ceccon ha approfondito e ha messo in risalto dei dati illustrati nella relazione distribuita dal mio assessorato, circa il contributo per la soluzione dei bilanci deficitari e delle supercontribuzioni. Effettivamente queste nel 1956 coprivano a Bolzano il 100 per cento e a Trento quasi il 70%, e ora siamo arrivati appena al 18%; ma quella è la stessa situazione anche per i contributi integrativi, che allora venivano incontro in provincia di Trento per il 40%, ora appena per il 15 o il 16%; la situazione è ben diversa.

Tenga presente inoltre un'altra considerazione che non è stata detta qui, per quanto riguarda l'incremento delle entrate e delle spese che si è avuto in questo decennio. Abbiamo avuto dal '57 al '64, nella spesa ordinaria dei comuni, un incremento del 158%; invece l'entrata ordinaria dei comuni nello stesso periodo, ha avuto appena un incremento del 110 per cento; quella tributaria si è limitata ad un incremento del 92%. Quindi abbiamo visto aumentare notevolmente le spese ordinarie e non invece le entrate ordinarie; anzi, le entrate di carattere patrimoniale, anziché essere aumentate in questo decennio, sono diminuite in rapporto ad allora, di circa il 7%. Queste naturalmente non creano prospettive di soluzione unicamente in sede locale. Anche il cons. Ceccon ha toccato il problema dei bilanci deficitari, la politica del BIM e le conseguenze della legge 17. La soluzione dei problemi pubblici deve essere risolta non solo con mutui e naturalmente con una certa gradualità anche nell'assunzione di questi. Effettivamente il totale dei debiti dei nostri comuni è notevole e determinati comuni devono andare con molta cautela e con molta prudenza.

Il cons. Vinante ha sottolineato la necessità indilazionabile di risolvere il problema della finanza locale in sede nazionale. Io sono d'accordo con lui quando dice che non esiste, da parte regionale, un provvedimento unico che possa risolvere la situazione. Può essere un complesso di provvedimenti, come ho dimostrato prima, leggendo quelle considerazioni che erano state fatte anche nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta.

Il cons. Unterpertinger ha accennato al tema della riforma della legge comunale. Io non faccio altro che confermare quanto il Presidente ha detto in sede di dichiarazione di bilancio. Questa proposta di legge l'assesso-

rato l'ha già approntata e verrà presentata alla Giunta nei prossimi mesi e la Giunta farà certamente una discussione approfondita. In quella sede esaminerà soprattutto il problema della finanza locale e il tema di indirizzo della Giunta, e direi che in questo momento non sono in grado di assumere impegni per quanto riguarda l'aumento di questo fondo. Mi impegno solo a portare, in sede di Giunta regionale, questo disegno di legge nelle prossime sedute e in quella sede approfondire il tema della finanza locale, in accordo e in discussione anche con le Province e con le proposte. Non è solo con l'aumento di questo fondo che si può risolvere il problema o dare un contributo determinante alla soluzione del problema. Quindi mi impegno di discutere e di approfondire e poi di portare delle conclusioni in sede di Consiglio regionale.

Accennando al tema della modifica della legge elettorale, anche quello è un progetto già pronto, che verrà portato a una delle prossime sedute di Giunta e quindi in Consiglio regionale: porta appunto a cinque anni la durata in carica dei Consigli comunali e inoltre estende il sistema proporzionale ai comuni con popolazione superiore ai 4 mila abitanti, anziché ai 5 mila abitanti come prima. Inoltre darà un coordinamento e una disciplina delle incompatibilità e ineleggibilità, anche in coordinamento fra le varie leggi regionali e fra queste e quelle dello Stato, tenendo conto anche delle recenti decisioni in sede giurisprudenziale.

Il cons. Benedikter ha sottolineato il tema dei compiti appunto affidati dallo Stato e non coperti appunto da entrata. Proprio in questi giorni mi risulta, per integrare quanto detto prima, che il disegno di legge che dà il rimborso del mancato introito per il dazio

sul vino, è stato presentato al Parlamento, e dovrebbe essere approvato nei prossimi mesi. Naturalmente è un tema che deve essere approfondito e risolto appunto dall'organo competente che è lo Stato. Ha accennato poi al disegno di legge sulla materia dei custodi forestali. Posso dire che è allo studio all'assessorato foreste competente; non fa parte quindi della riforma della legge comunale, ma è un disegno di legge apposito, disegno di legge che terrà conto della diversità di situazioni che abbiamo a Trento e a Bolzano. In provincia di Trento i boschi sono praticamente tutti di proprietà comunale, in provincia di Bolzano in gran parte sono di proprietà privata. Bisognerà appunto affrontare il tema del finanziamento anche di questo disegno di legge, non solo in sede giuridica ma anche in sede pratica di copertura di fondi.

Altri temi riferentisi all'ente intermedio: qui è stato distribuito uno studio a cura della Giunta regionale, per invitare appunto i signori consiglieri a voler approfondire questo tema. Non è un tema che possa far parte di un disegno di legge della Giunta, e lo stesso cons. Benedikter ha riconosciuto che non è competenza nostra intervenire in questo argomento; certo è che l'orientamento dell'opinione pubblica, specie degli amministratori comunali, è quello di arrivare a delle consultazioni, di arrivare a delle unificazioni, ma di arrivare anche a questo ente intermedio, si chiami distretto, si chiami circondario, per appunto arrivare a decentrare una parte almeno di servizi e di competenze di amministratori, che attualmente sono accentrati — vedi uffici tecnici, che possono riguardare i comuni, vedi il problema tributario o anagrafico o di altre cose — perché sia fatta un'economia nelle spese generali e perché siano tenuti presenti appunto i moderni metodi

di meccanizzazione e di intervento. Naturalmente che il problema di unificazione dei comuni, dicono il cons. Unterpertinger e il cons. Benedikter, riguarda un po' meno la provincia di Bolzano e più la provincia di Trento. In Provincia di Trento intendiamo seguire con la Giunta provinciale quei gruppi di comuni che sono in deficit cronico e che non possono ormai più andare avanti, o con la formula di consorziamento della maggior parte di servizi, o con la unificazione, tenendo conto che gli stessi amministratori comunali in certi gruppi di comuni hanno espresso già il desiderio — anzi un'inchiesta è stata fatta interpellando il loro amministratore comunale e anche la popolazione — di trovare formule di consorziamento e anzi alcuni di unificazione. Potrei citare tre-quattro gruppi di comuni, in provincia di Trento; spero di portare qui nel giro di un anno o un anno e mezzo, anziché disegni di legge con richieste di autonomia, con richieste di unificazione. Naturalmente che la legge attuale sull'ordinamento dei comuni non prevede la possibilità per l'ente Regione o per l'ente Provincia di fare unificazioni d'ufficio, ma solo la possibilità di richiesta da parte di amministratori comunali. Effettivamente in provincia di Trento, per alcuni casi, siamo in questa fase di richiesta, ma anche per la provincia di Bolzano vorrei sottolineare che l'iniziativa della consorziamento di determinati servizi è attuale e può portare certamente a dell'economia di spesa. Direi che con questo complesso problema, occorre un approfondito studio e seguire i vari settori e le varie iniziative; posso assicurare, a nome della Giunta, che le proposte portate qui dai vari consiglieri verranno ulteriormente approfondite e la Giunta regionale le esaminerà concretamente e porterà quanto prima le conclusioni al Consiglio regionale.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 590: approvato a maggioranza con 6 astensioni.

Sul cap. 610 ha la parola la signorina Gebert.

GEBERT (S.V.P.): Nur ganz kurz. Ich möchte noch einmal auf das zurückkommen, was ich schon im allgemeinen gesagt habe.

Das Problem der Beschaffung von Prothesen und Hilfsgeräten sollte meines Erachtens durch das Vorschreiben nur eines Fachgeschäftes nicht allzu einengend gelöst werden. Die Prothesen und Geräte sind doch so persönliche Sachen, die dazu dienen sollen, einen Körperteil zu ersetzen und daher muß dem Behinderten weitgehendst, d.h. unter Berücksichtigung seiner besonderen Lage, entgegengekommen werden, indem ihm die Beschaffung der Prothesen usw. nicht erschwert, sondern erleichtert wird. Danke!

*(Vorrei tornare brevissimamente su quanto ho già detto nella parte generale.*

*Il problema di procurare le protesi e gli apparecchi ausiliari ai minorati non dovrebbe venir risolto, a mio avviso, con eccessive limitazioni prescrivendo un unico negozio. Le protesi e gli apparecchi sono cose personalissime che sostituiscono una parte del corpo e per questo bisogna venire incontro il più possibile al minorato, cioè tenere conto della sua situazione particolare, facilitandogli, invece che rendergli più difficile, il procurarsi una protesi ecc. Grazie.)*

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 610: è approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Sul cap. 613 ha chiesto la parola la signorina Perazzolli.

PERAZZOLLI (D.C.): Potrebbe sembrare la mia, signori consiglieri, una ostinazione di poco buon gusto, per il fatto che io qui prendo la parola su un altro articolo che riguarda ancora l'Opera nazionale maternità e infanzia. Ma io vorrei pregare veramente i signori consiglieri di non considerarla tale, perché in realtà sto difendendo dei servizi sociali penso di primo ordine e che riguardano la nostra prima infanzia. Qui io proponevo un emendamento all'art. 613 che suona così: « Inserire nell'art. 613 la dizione: » Contributi e sussidio all'Ente nazionale per la protezione morale del fanciullo e all'ONMI per il potenziamento e l'attrezzatura di centri medico - psico - pedagogici ,, », e nello stesso momento proponevo di fare un'aggiunta di un milione, riducendo lo stanziamento del cap. 645 da 41 milioni a 40 milioni. È giusto che io illustri il perché di questa richiesta di un emendamento, che riguarda dei centri medico-psico-pedagogici che funzionano in provincia di Trento da parecchi anni e per i quali, togliendo questa dizione dell'ONMI, verrebbe a caderne per lo meno una parte, uno di questi servizi. Forse i signori consiglieri non sanno che i centri medico-psico-pedagogici nella provincia di Trento hanno una doppia organizzazione; cioè da zero a sei anni ha sempre funzionato qui un centro medico-psico-pedagogico organizzato dall'ONMI che fa capo alla casa dell'ONMI come sede che funziona regolarmente, una volta in settimana, con in media la visita di quattro bambini, con una equipe che è formata da un medico specializzato in pediatria, in neuropsichiatria e psicologia, un'assistente sociale testista e un'assistente sanitaria visitatrice. Queste due ultime persone, assistente sociale e assistente sanitaria, sono già alle dipendenze dell'ONMI, per cui vengono distaccate, vengono comandate per quelle tali giornate, per quelle

tali visite, senza bisogno perciò di appesantire ulteriormente sulla amministrazione del centro stesso. Il medico, invece, lo specialista, che naturalmente è un consulente, e così pure le medicine che si danno a questi bambini, vengono completamente a carico di questo fondo che la Regione ha sempre messo a disposizione e che naturalmente ci consente di poter operare. Ora io ho chiesto anche in sede di commissione al signor assessore come mai era stata cancellata questa dizione « e all'ONMI » ed egli mi rispose che si trattava di un ente nazionale e che avrebbe dovuto pensare da sé all'allestimento di questi mezzi finanziari. Io devo qui osservare che anche l'Ente nazionale per la protezione morale del fanciullo è un ente nazionale così come lo è l'ONMI, e quindi penso che questa ragione cade senz'altro, perché non si giustifica che un ente, sempre di quella natura, nazionale, lo si aiuti e l'altro no. D'altronde in provincia di Trento, come ho già detto, l'Ente nazionale per la protezione morale del fanciullo pensa a visitare e diagnosticare le minorazioni psichiche per i bambini da sei ai 14 anni, mentre l'età da zero a sei resterebbe completamente scoperta. Qualcuno potrà dire: ma questo lo può allora fare l'Ente morale del fanciullo, allargando la sua attività. Io conosco bene quell'ente, perché vi ho operato tre anni, e posso dire che un'organizzazione così com'è, e buona organizzazione, e una mole di visite che quell'ente deve fare ogni anno, non gli consentirebbe di certo di poter allargare una organizzazione che richiederebbe molti più mezzi, perché adesso presso l'ONMI troviamo già una sede messa a disposizione, un'assistente sociale, un'assistente sanitaria e una testista. Questo va detto perché, come oggi è impostata la cosa, ritengo che sia impostata bene, nel senso che abbiamo una continuità di assistenza, che non si interrompe

o non incomincia solo a sei anni, il che sarebbe non prevedibile se noi vogliamo fare una diagnosi di queste minorazioni psichiche dell'infanzia. Tutti sanno che i centri medico-psicopedagogici hanno la funzione di praticare ogni anno delle visite sia nelle scuole materne, sia nelle scuole elementari, per selezionare quegli elementi che non possono rimanere in una scuola materna o elementare normale, perché purtroppo hanno dei ritardi psichici, hanno delle insufficienze mentali che non consentono loro di rimanere nelle classi normali. Ecco allora che l'ONMI entra in funzione, lodevolmente, nella provincia di Trento per coprire questo vuoto che altrimenti ci sarebbe da zero a sei anni, in modo tale da assicurare la possibilità di visita a tutti i bambini, già dai primi anni di vita, quando cioè la madre si accorge di queste minorazioni e ha bisogno di essere consigliata, di essere guidata e di essere sorretta in questa disgrazia, che naturalmente è grande per una madre, che ha bisogno senza altro di un appoggio, di un sostegno, non solo morale ma anche terapeutico, e anche di consiglio di indirizzo. Questa è la ragione per la quale io chiedo che si rimetta nell'articolo la dizione « e all'ONMI », tanto più che, come si dice, indietro non si può andare, nel senso che se noi abbiamo perfezionato in passato dei servizi di questo genere, non vedo perché, in un momento in cui si parla tanto di bambini minorati, di necessità di intervento e di un problema che è gravissimo, noi dobbiamo distruggere dei servizi che hanno una validità e la cui presenza si rende quanto mai necessaria. C'è poi un altro fatto che io voglio qui segnalare, ed è quello della impossibilità in questo momento, di chiedere all'ONMI centrale un maggiore intervento per quanto riguarda i centri medico-psicopedagogici. Impossibilità, perché oggi l'Alto Adige porta lo

annuncio di una tavola rotonda che domani sera vien fatta in quel di Rovereto, organizzata dalle ACLI, per affrontare il pesante tema della Casa della madre e del bambino dell'ONMI di Rovereto, la quale sembra — ed io lo posso dire in qualità di commissario dell'ONMI — che, andando avanti di questo passo con le limitazioni di personale che si impongono per mancanza di mezzi, debba, a un certo momento, addirittura chiudere i battenti. Ho notevoli reclami anche da Mori; l'assessore Giuliani mi ha portato questi allarmi della cittadinanza di Mori, perché anche lì non possiamo accettare tutte le richieste delle madri lavoratrici, che desiderano portare presso le nostre Case della madre e del bambino i loro figli, nelle ore in cui esse si trovano al lavoro. Quindi, forzare la mano in questo momento presso l'ONMI, la quale si trova in questa particolare difficile situazione e dire: cerca di incrementare questo fondo per i servizi medico-psicopedagogici, sarebbe quanto mai inopportuno e soprattutto darebbe un risultato del tutto negativo se pensiamo la situazione in cui la ONMI si trova oggi. D'altronde ritengo che questo intervento che la Regione ha sempre fatto, anche quest'anno occorra fare per questi servizi specializzati; per lo meno non vedo la ragione per la quale si debba interrompere, vista l'urgenza che questi servizi continuino, anzi prosperino e quindi, malgrado le limitazioni di mezzi, si cerca di tenere in piedi con notevoli sacrifici. Ecco allora che io, signor assessore, le raccomando molto vivamente questo emendamento e lo raccomando a tutto il Consiglio. Questa è la seconda edizione dopo quella di ieri, che mi auguro possa avere un esito, non dico migliore, perché del resto anche l'esito di ieri non mi ha lasciata del tutto amareggiata, in quanto, se immediatamente l'assessore non si è potuto impegnare per l'emen-

damento di questo bilancio, però mi ha dato il suo formale impegno di provvedere più avanti con una variazione di bilancio. Qui però io ritengo che possiamo, senza reclamo di nessuno, fare questo spostamento — si parla solo di un milione — da un articolo, quale quello 645, che per l'intervento della legge statale potrà darci qualche piccolo margine, che senz'altro l'assessore così non avrà difficoltà nel trasportare questo milione all'altro capitolo 613. Queste sono le ragioni di questa mia richiesta, sempre pronta ad approfondire ulteriormente la discussione, se l'assessore riterrà opportuno. Io naturalmente raccomando e attendo dal signor assessore, dalla Giunta, una parola di tranquillità in questo senso, e attendo dai signori consiglieri anche un appoggio, che certamente riuscirà a far superare anche questo ostacolo.

PRESIDENTE: Allora c'è questo emendamento a firma Perazzolli, Bolognani e Grandi: mettere un milione al cap. 613 e toglierlo dai 41 milioni del cap. 645. La parola all'assessore Nicolodi.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Volevo dire che l'illustrazione fatta dalla signorina Perazzolli era a conoscenza della Giunta e che conosciamo, io particolarmente conosco l'attività che il Centro psico-pedagogico dell'ONMI svolge a favore dei bambini. Lo stralcio delle parole « ONMI » in base al capitolo rimasto invariato, aveva una sua giustificazione, in quanto la Giunta si era ripromessa, come mi pare abbia accennato ieri il collega Fronza, di regolamentare il problema degli interventi verso la ONMI con un disegno di legge o qualche cosa di simile. Ecco qui perché è stato tolto da questo capitolo. Ora le esigenze di questi due cen-

tri le riconosciamo e sappiamo che essi svolgono una attività molto lodevole. Personalmente non ho difficoltà a spostare un milione dal capitolo dei silicotici, perché penso che alla fine dell'anno si possa realizzare qualche economia su quel capitolo in seguito all'intervento dello Stato, in seguito all'entrata in vigore del testo unico sulle malattie professionali. Non so se, per una ragione di principio, è il caso di ripristinarlo o meno; personalmente non ho nulla in contrario a ripristinare e a spostare questo milione. Per me l'emendamento è accettato.

PRESIDENTE: Metto in votazione la prima parte di questo emendamento; la seconda, che riguarda il cap. 645 la mettiamo in votazione dopo. Allora modificare la dizione e inserire oltre che « Ente nazionale per la protezione del fanciullo », anche « ONMI », ed aumentare lo stanziamento da 5 a sei milioni. Chi è d'accordo è pregato di alzare la mano: approvato a maggioranza con 6 astensioni. Sul cap. 614 ha la parola il cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Das Kap. 614 lautet: « Beiträge und Beihilfen an Krankenhäuser, Konsortien, öffentliche Pflegeanstalten und andere Körperschaften zur Vervollkommnung der Gesundheitspflege- und Krankenhausdienste, einschließlich der Einrichtung der zu Pflegezwecken bestimmten Räume ». Ich gebe ohne weiteres zu, daß es einem der hier anwesenden Ärzte sicher besser anstehen und zustehen würde, über den Sektor des Gesundheitswesens etwas zu sagen, aber ich möchte gleich anfügen, daß ich ja ohne weiteres auch aus der Perspektive des Patienten sprechen kann. Als solcher ist es mir und auch jedem von uns, der nicht Arzt ist, klar, daß in der heutigen

Zeit der unnatürlichen Lebensweise und der hektischen Jagd nach Gewinn, Geschäft und Erfolg und bei den immer mehr sich steigenden Unfallzahlen, den Krankenhauseinrichtungen und den Gesundheitspflegeeinrichtungen immer mehr Bedeutung zukommt. Das akute Problem in der Region ist das der veralteten Einrichtungen der Krankenhäuser und des chronischen Bettenmangels in denselben. Einer Statistik der Region sind folgende Zahlen zu entnehmen: Die Provinz Trient weist in den Krankenhäusern für akute Krankheiten 2.284 Betten auf, das entspricht 5,3% der Bevölkerung; mit anderen Worten: in der Provinz Trient entfallen auf 1.000 Einwohner 5,3 Krankenhausbetten. In der Provinz Bozen haben wir 8 Krankenhäuser für akute Krankheiten mit 1.706 Betten, das entspräche einem Koeffizienten von 4,2%; mit anderen Worten: in der Provinz Bozen fallen auf 1.000 Einwohner nur 4,2 Betten. Die Erfahrungsnorm wäre hier mindestens 6%; also auf 1.000 Einwohner sollten möglicherweise 6 Krankenhausbetten entfallen. Das nur, was die Krankenhäuser, die für akute Krankheiten bestimmt sind, betrifft, nicht also Nervenkliniken usw. Nun, dieser chronische Bettenmangel in beiden Provinzen, besonders aber in Südtirol, führt zu unliebsamen Erscheinungen: in erster Linie zur Erscheinung, daß nicht immer alle Kranke angenommen werden können, daß manche Spitäler überfüllt sind und daß manche Kranke warten müssen, bis überhaupt Betten frei sind. Es kommt vor, daß auch neugebaute Krankenhäuser schon wieder zu klein sind und daß die Patienten auf den Gängen und in den Badezimmern untergebracht werden müssen. In den großen Krankenhäusern, in denen Bettenmangel herrscht, führt dieser Mangel und die damit verbundene Massenbehandlung — besonders

in den dritten Klassen — zu Deprimierung der Pflegebedürftigen. Es ist nicht gerade gesundheitsfördernd, wenn Kranke einer solchen Massenbehandlung unterzogen werden müssen, wie das besonders in den großen Krankenhäusern heute der Fall ist, was auch durch den Bettenmangel oder durch die zu große Ansammlung von Betten in ein und demselben Raum bedingt wird.

Bei uns in Südtirol kommt dann noch ein anderes Problem dazu, das dieses technische Problem zu Ungunsten des Kranken noch mehr erschwert, und das ist der Mangel der Doppelsprachigkeit. Ich habe selbst als Patient volle drei Monate in einem großen Krankenhaus in Südtirol zugebracht und weiß daher aus eigener Erfahrung, was es bedeutet, sich als Kranker nicht in seiner Muttersprache ausdrücken zu können, weil es vielfach an doppelsprachigem Personal und an doppelsprachigen Ärzten fehlt. Aber darüber will ich nicht sprechen, ich möchte das nur als eine Erschwernis in der Behandlung und in der Pflege der Kranken anführen. Es ist immerhin anzuerkennen, daß von den staatlichen Stellen, aber auch von den regionalen Stellen bereits Vorkehrungen getroffen werden, um dem Mißstand besonders des Raum- und Bettenmangels, zu begegnen. Der Staat hat ja bekanntlich für die laufende Fünf-Jahres-Periode 1965-1969 7 Milliarden Lire allein für die Provinz Südtirol vorgesehen, um neue Krankenhäuser zu bauen, um bestehenden Krankenhäusern zu einer Erweiterung zu verhelfen. Auch ist es erfreulich, daß die Region und der zuständige Assessor diesem Problem mit Energie auf den Leib zu rücken scheinen, was übrigens auch aus dem Bericht des Präsidenten hervorgeht.

Ich möchte aber die Aufmerksamkeit des Regionalausschusses noch auf eine andere Tatsache lenken. Außer den öffentlichen Kranken-

häusern haben wir in beiden Provinzen der Region auch nichtöffentliche Krankenhäuser, Kliniken, Anstalten, und auf diese möchte ich in diesem Zusammenhang ebenfalls hinweisen. Es sind zwar private Initiativen, aber sie stehen im Dienste der Kranken und Pflegebedürftigen. Sie stellen meiner Ansicht nach eine ergänzende Dienstleistung für das öffentliche Gesundheitswesen dar und gewinnen an Bedeutung gerade deswegen, weil wir in der Region und in den Provinzen einen Mangel an Raum und an Betten haben. Deshalb sollte seitens der Region gerade den nichtöffentlichen Kliniken und Krankenhäusern besondere Aufmerksamkeit geschenkt werden. Wir haben heute in der Provinz Bozen beispielsweise elf solcher Kliniken mit insgesamt 408 Betten; das ist die offizielle Zahl, ich glaube aber, daß diese Bettenzahl in Wirklichkeit annähernd 450 beträgt. Wenn die öffentlichen Krankenhäuser 1.700 Betten aufweisen, dann hätten also die nichtöffentlichen Krankenhäuser beinahe ein Drittel der vorhandenen Bettenzahl. Ich darf wohl auch auf die Vorteile hinweisen, die diese nichtöffentlichen Krankenhäuser der Bevölkerung zu bieten haben: erstens einmal die freie Ärztwahl. In einer Zeit der freien Entscheidung ist das besonders zu schätzen und zu fördern. Also freie Ärztwahl und dazu noch die freie Ortswahl. Ein anderer Vorteil: die dritte Klasse in diesen nichtöffentlichen Kliniken ist mit 3 bis 6 Betten pro Zimmer belegt. Diese Zimmer sind derart komfortabel ausgestattet, daß sie der zweiten Klasse der öffentlichen Krankenhäuser fast gleichkommen. Außerdem gewährleisten diese nichtöffentlichen Krankenhäuser bzw. Kliniken eine gewissermaßen familiärere und individuellere Behandlung. Auch das muß doch in Betracht gezogen werden. Außerdem ist dort auch der Verkehr in der Muttersprache fast hundert-

prozentig gegeben; das Personal ist durchwegs doppelsprachig, in den meisten Fällen auch der Arzt. Das ist doch gerade in Südtirol, in einer doppelsprachigen Provinz, glaube ich, sehr wichtig. Wenn man mir sagt: « Ja, die nichtöffentlichen Krankenhäuser haben keinen spezialisierten Nachtdienst », dann muß ich sagen, daß auch dort in den meisten Fällen ein spezialisierter Nachtdienst vorhanden ist und daß dieser Nachtdienst wirklich spezialisiert ist. In einem öffentlichen Spital, in dem ich lag, ist es zum Beispiel vorgekommen, daß ein Patient Nasenbluten bekam, der diensttuende Nachtarzt aber ein Augenarzt war. Er wurde also gerufen, mußte aber dann einsehen, daß er nicht zuständig war, weshalb er dann erst umständlicherweise den Hals-, Nasen- und Ohrenarzt antelephonieren mußte, der schließlich eine Stunde später kam, als der Mann beinahe verblutet war. Das kommt in nichtöffentlichen Kliniken wahrscheinlich nicht so häufig vor. Auch muß ich sagen, daß mehr als die Hälfte dieser Kliniken direkte Verträge mit den Krankenkassen haben, was mir sehr wichtig erscheint. Die Patienten dritter Klasse zahlen dort praktisch nichts, genauso wie in den öffentlichen Krankenhäusern. Damit stehen also auch diese nichtöffentlichen Krankenhäuser und Einrichtungen allen Schichten, besonders auch den minderbemittelten Schichten der Bevölkerung mit allen ihren Vorteilen jederzeit offen. Diese Vorteile werden geboten, trotzdem heute die nichtöffentlichen Kliniken nicht jene Unterstützung genießen, die die öffentlichen Krankenhäuser haben. Die Krankenkasse zahlt ihnen wesentlich niedrigere Tagsätze als den Spitälern. In den meisten Kliniken sind mehr als die Hälfte der Patienten Krankenkassen-Patienten, obwohl die Krankenkassen mit der Liquidierung der Tagsätze meistens sehr lange auf sich warten las-

sen. Die nichtöffentlichen Kliniken bieten zudem diese Vorteile, trotzdem sie nicht jene Steuerfreiheit und jene Beiträge des Staates genießen, die heute öffentliche Krankenhäuser haben. Ich glaube also damit zusammenfassend sagen zu können, daß das Gerede, das manchmal im Umlauf ist und nach dem die privaten Kliniken nur auf das Lukrative aus seien, nicht zutrifft, denn sie stehen sehr stark sowohl unter steuerlichem Druck als auch unter dem Druck der nicht gleich ausgerichteten Tagsätze der Krankenkassen. Damit, glaube ich, kommt auch diesen Kliniken, meine Damen und Herren, im Rahmen der Gesamtplanung des Krankenhauswesens und der zu ergreifenden Maßnahmen eine nicht zu unterschätzende Bedeutung zu. Wir dürfen deshalb auch die soziale Bedeutung dieser Einrichtungen nicht übersehen, weil sie ja wirklich einem Großteil der Bevölkerung zugute kommen. Sie haben es heute genauso wie die öffentlichen nötig, ihre Einrichtungen zu verbessern; sie stehen vor der Notwendigkeit, ihre bestehenden Bauten zu erweitern, sei es um die Bettenanzahl zu erhöhen, sei es um den gesetzlichen und sanitären Anforderungen, die heute immer mehr und immer klarer gestellt werden, zu entsprechen. Es wäre daher nicht unbescheiden, zu erwarten und zu verlangen, daß auch diese nichtöffentlichen Kliniken Zinszuschüsse bekommen auf Darlehen, d.h. Krediterleichterungen durch die öffentliche Hand erhalten, wenn sie die Absicht haben, ihre Kliniken auszubauen, ihre Einrichtungen zu verbessern usw. Selbstverständlich müßte das an eine entsprechende Kontrolle seitens der Region gebunden sein. Ich würde z.B. sagen, daß eine Klinik den Nachweis erbringen müßte, mindestens 60% der Betten für Krankenkassenpatienten zur Verfügung zu stellen. Ich glaube, daß man diesen Einrichtungen ebenso

Kredithilfe geben müßte, wie man sie heute jedem Beherbergungsbetrieb und jedem Gastbetrieb gibt, umso mehr als diese Einrichtungen ja dem Kranken und dem Hilfebedürftigen dienen. Die Region ist autonom und hat daher die Möglichkeit, hier etwas zu machen. Die Region sollte auch im Sinne des Grundsatzes der Subsidiarität diesen kleineren privaten, selbständigen Einrichtungen unter die Arme greifen und ihnen helfen weiterzukommen, auch im Interesse der Allgemeinheit. Diese Initiativen sollen nicht entmutigt, sondern ermutigt werden. Praktisch ist es ja heute so, daß fast 90% der berufstätigen Bevölkerung krankenversichert sind. Daher werden sich auch diese Kliniken immer mehr und mehr auf die Krankenkassenpatienten und damit auf die arbeitende Bevölkerung umstellen. Aus diesem Grunde ersuche ich die zuständigen Herren im Regionalausschuß, sich auch diese Angelegenheit durch den Kopf gehen zu lassen und diesen Einrichtungen ebenso wie den anderen ihr Augenmerk und ihre Hilfe zuzuwenden.

*(Signor Presidente, Signore e Signori! Il cap. 614 prevede « Contributi e sussidi ad ospedali, consorzi, istituti pubblici di cura ed altri enti per il miglioramento dei servizi di assistenza sanitaria ed ospedaliera, compreso l'arredamento di locali adibiti all'assistenza stessa ». Ammetto senz'altro che spetterebbe e si addirebbe meglio ad uno dei medici presenti in aula parlare sul settore della sanità; io vorrei però subito aggiungere che posso senz'altro intervenire dalla prospettiva del paziente. Come paziente mi è dunque chiaro, come è chiaro a ciascuno di noi che non sia medico, che nell'attuale periodo caratterizzato da condizioni di vita innaturali e dalla convulsa caccia al guadagno, agli affari ed al successo dal*

numero sempre crescente di incidenti, le attrezzature ospedaliere e quelle sanitarie assumono una sempre maggiore importanza. Il problema acuto della nostra regione è quello delle antiquate attrezzature dei nostri ospedali e della deficienza cronica di letti negli stessi. Da una statistica della Regione si possono desumere i seguenti dati: la provincia di Trento dispone di 2284 posti letto in ospedali per malattie acute, ciò che corrisponde al 5,3‰ della popolazione. In altre parole nella provincia di Trento esistono 5,3 letti d'ospedale per 1000 abitanti. Nella provincia di Bolzano abbiamo 8 ospedali per affezioni acute con un totale di 1.706 letti, ciò che corrisponde ad un coefficiente del 4,2‰: in altre parole la provincia di Bolzano dispone di soli 4,2 letti per 1000 abitanti. In base all'esperienza i letti dovrebbero essere almeno il 6‰, dunque possibilmente 6 letti ogni 1000 abitanti. Questo per quanto riguarda i soli ospedali per malattie acute, dunque escludendo le cliniche per malattie nervose ecc. Tale carenza cronica di posti letto nelle due province e specialmente nel Sudtirolo, porta a spiacevoli fenomeni: prima di tutto al fenomeno che non tutti gli ammalati possono essere ricoverati, che alcuni ospedali sono sovraffollati e che alcuni ammalati devono aspettare finché si renda libero un letto. Succede che anche ospedali nuovi risultino troppo piccoli e che i pazienti debbano venir ricoverati nei corridoi e nelle stanze da bagno. Negli ospedali maggiori, in cui c'è carenza di posti-letto, tale deficienza e la cura di massa derivantene, specialmente in terza classe, porta ad una depressione dei pazienti. Non è proprio favorevole alla guarigione il fatto che gli ammalati vengano sottoposti ad una cura di massa del genere di quella applicata oggi specialmente nei grandi ospedali, dove la carenza di letti o l'ammassamento di un ecces-

sivo numero di letti in una stessa stanza provoca appunto tale situazione.

Da noi in Sudtirolo si aggiunge a ciò un altro problema, che rende ancor più grave questo problema tecnico a tutto svantaggio degli ammalati: la mancanza della bilinguità.

Personalmente ho trascorso tre mesi interi come paziente in un grande ospedale sudtirolese e so perciò per esperienza che cosa significhi per un malato non potersi esprimere nella propria lingua materna, perché spesso manca personale bilingue e medici bilingui. Ma non è di questo che intendo parlare, cito questo soltanto come un'ulteriore difficoltà nella cura e nell'assistenza dei pazienti. Bisogna nonostante ciò riconoscere che tanto gli uffici statali quanto quelli regionali hanno già preso misure per ovviare a tali inconvenienti, specialmente a quelli della carenza di letti e di spazio. Lo Stato ha previsto, com'è noto, 7 miliardi di lire, per la sola provincia del Sudtirolo e per il quinquennio 1965-1969, destinati alla costruzione di nuovi ospedali ed a contribuire all'ampliamento di quelli esistenti. È consolante constatare che la Regione e l'Assessore competente sembrano affrontare con energia questo problema, ciò che risulta del resto anche dalla relazione del Presidente.

Vorrei però attirare l'attenzione della Giunta regionale su un altro fatto. Oltre agli ospedali civili esistono nelle due province della Regione anche ospedali privati, cliniche ed istituti a cui vorrei accennare in questo contesto. Si tratta di iniziative private che sono però al servizio degli ammalati e di chi ha bisogno di cure. Essi rappresentano a mio avviso un servizio integrativo al servizio della salute pubblica ed hanno tanto maggiore importanza in quanto nella regione e nelle province esiste una carenza di spazio e di posti-letto. Bisogna perciò che la Regione dedichi

particolare attenzione proprio alle cliniche ed agli ospedali privati: per es. in provincia di Bolzano esistono attualmente undici cliniche del genere per un totale di 408 letti; questa è la cifra ufficiale, io credo però che l'effettivo numero dei letti si avvicini ai 450. Poiché gli ospedali pubblici hanno in tutto 1.700 letti, quelli privati avrebbero quasi un terzo dei posti-letto disponibili. Permettetemi di accennare anche ai vantaggi offerti alla popolazione da questi ospedali privati: prima di tutto quello della libera scelta del medico. Nel nostro tempo, caratterizzato da libere decisioni, ciò va particolarmente apprezzato e incoraggiato. Libera scelta del medico, dunque, ed inoltre libera scelta del luogo. Un altro vantaggio: la terza classe porta in queste cliniche private da 3 a 6 letti per stanza, le stanze sono arredate con un comfort paragonabile quasi a quello della seconda classe negli ospedali pubblici. Inoltre tali cliniche ed ospedali privati garantiscono un trattamento in un certo modo più familiare ed individuale, ciò che non va trascurato. Inoltre il trattamento nella lingua materna esiste quasi nel 100% dei casi: il personale è tutto bilingue, nella maggior parte dei casi anche il medico. Credo che ciò sia in Sudtirolo, in una provincia bilingue, molto importante. Se mi si dice poi che — gli ospedali privati non hanno servizio specialistico notturno, dovrò rispondere che anche lì nella maggior parte dei casi esiste un servizio specialistico notturno e che tale servizio è veramente specialistico. In un ospedale civile in cui sono stato ricoverato, è successo per esempio che un paziente avesse un'epistassi e che il medico di turno fosse un oculista. Lo si è dunque chiamato ed egli ha dovuto ammettere di non essere competente, ragione per cui ha dovuto telefonare, con notevole scomodità, all'otorinolaringoiatra che arrivò un'ora

più tardi quando il paziente era quasi dissanguato. Ciò non succede probabilmente molto spesso in cliniche private. Devo dire ancora che più di metà di queste cliniche sono convenzionate direttamente con le Casse malattia, circostanza che mi sembra molto importante. I pazienti di terza classe praticamente non pagano, esattamente come negli ospedali civili. Con ciò tali attrezzature ed ospedali privati sono a disposizione con tutti i loro vantaggi, di tutti i ceti sociali, specialmente anche dei ceti più poveri della popolazione, vantaggi che sono offerti nonostante le cliniche private non godano di quegli appoggi di cui godono gli ospedali civili. La Cassa malati paga loro poi rette notevolmente minori che agli ospedali civili. Nella maggior parte delle cliniche più della metà dei pazienti appartengono alle Casse malattia, anche se le Casse nella maggior parte dei casi fanno sospirare a lungo la liquidazione delle rette. Le cliniche private offrono tutti questi vantaggi anche se non godono dell'esenzione dalle imposte e dei contributi che ricevono oggi gli ospedali civili. Riassumendo credo di poter dire che le chiacchiere che talvolta si sentono e secondo cui le cliniche private hanno soltanto fini di lucro, non corrispondono al vero, poiché esse sono sottoposte a pesanti oneri tributari ed in più all'onere delle rette non pareggiate da parte delle Casse malattia. Così, Signore e Signori, credo che a queste cliniche vada attribuita nell'ambito della pianificazione generale dell'organizzazione ospedaliera e dei provvedimenti relativi, una importanza da non sottovalutarsi.

Non dobbiamo perciò neanche trascurare l'importanza sociale di tali attrezzature perché esse vanno effettivamente a vantaggio di una gran parte della popolazione. Questi ospedali, esattamente come quelli civici, hanno bisogno di rinnovare le loro attrezzature, di ampliare

le costruzioni esistenti, sia per aumentare il numero dei posti-letto, sia per portarsi all'altezza delle esigenze legali e sanitarie che oggi si impongono in sempre maggior numero e con sempre maggiore chiarezza. Non sarebbe perciò immodesto aspettarsi e chiedere che anche le cliniche private ottengano contributi in conto interessi sui mutui, cioè facilitazioni di credito, dagli enti pubblici, se hanno intenzione di perfezionare le loro cliniche, di migliorare le loro attrezzature, ecc. Tutto ciò dovrebbe essere logicamente condizionato da un corrispondente controllo da parte della Regione. Direi per es. che una clinica dovrebbe dimostrare di mettere a disposizione almeno il 60 per cento dei suoi letti per i pazienti della Cassa malattia. Credo che a queste istituzioni si dovrebbero concedere le stesse facilitazioni di credito che si danno oggi ad ogni industria alberghiera o turistica, tanto più che esse sono al servizio degli ammalati e di coloro che hanno bisogno di aiuto. La Regione è autonoma ed ha perciò la possibilità di fare qualcosa in questo campo: anche in nome del principio della sussidiarietà la Regione dovrebbe venire in aiuto a queste piccole istituzioni private ed indipendenti aiutandole ad andare avanti, anche nell'interesse della comunità. Iniziative del genere non devono essere scoraggiate bensì incoraggiate. Praticamente oggi quasi il 90% della popolazione attiva ha un'assicurazione contro le malattie cosicché anche queste cliniche si orienteranno sempre di più verso i pazienti della Cassa malattia e perciò la popolazione che lavora. Per questa ragione chiedo ai signori competenti della Giunta regionale di dedicare un pensiero anche a questa faccenda ed a dedicare la loro attenzione ed il loro aiuto anche a queste istituzioni come alle altre).

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Il capitolo che stiamo votando non si riferisce propriamente al problema degli ospedali, ma si riferisce a quei piccoli contributi che si danno per l'acquisto di attrezzature. Tuttavia, dato che il problema è stato sollevato dal collega Posch, credo sia opportuno dire due parole in merito. I signori consiglieri sanno che la Giunta regionale, con la legge n. 7 del 1959, ha stanziato a favore degli ospedali della nostra Regione 3 miliardi 250 milioni di cui la maggior parte a fondo perduto e una parte in conto interessi. Con questi 3 miliardi 250 milioni è stato dato l'avvio alla costruzione dell'ospedale civile di Trento, all'ampliamento dell'ospedale civile di Rovereto, alla costruzione del nuovo ospedale civile di Bolzano, un contributo di 70 milioni all'ospedale consorziale di Silandro e un contributo a fondo perduto all'ospedale di Bressanone, il quale ospedale poi, fra il resto, ha già appaltato i lavori e dovrà iniziarli quanto prima. Come è stato scritto nella relazione del Presidente della Giunta, la Giunta ha intenzione di presentare al Consiglio regionale prossimamente un ulteriore disegno di legge per il finanziamento degli ospedali. Si prevede di stanziare un miliardo in conto interessi che potrà movimentare mutui per 2 miliardi e mezzo. Tuttavia anche questi fondi non sono sufficienti per portare a termine il programma ospedaliero pubblico regionale. L'assessorato, fin dall'anno scorso, fin dall'aprile dell'anno scorso ha elaborato uno schema di programma ospedaliero, che prevede il tipo di ospedali che devono essere costruiti o avviati nella nostra Regione e prevede anche gli altri ospedali

non per acuti, ma i convalescenti e gli altri ospedali specializzati che dovrebbero essere realizzati nella regione. Contemporaneamente è stata approvata dal Governo la legge n. 574 del 30 maggio 1965, che prevede dei contributi trentacinquennali del 4% agli ospedali, con le garanzie del mutuo da parte dello Stato. La Regione ha coordinato, l'assessorato ha coordinato immediatamente con gli assessori delle due Province il programma da presentare al Governo e assieme agli assessori delle due Province siamo stati convocati lo scorso giugno a Roma, dove abbiamo sottoposto al Ministero il programma regionale per la costruzione degli ospedali. E in quel programma abbiamo indicato anche, di comune accordo fra le due Province, le priorità di intervento. Come i signori consiglieri sanno, i tre Ministeri competenti, il Ministero del bilancio, della sanità e dei lavori pubblici, hanno ammesso che nel quinquennio 1965-69 la nostra Regione ha concorso in conto interessi su un complesso di mutui pari a 10 miliardi 580 milioni. Tuttavia l'impegno effettivo è stato limitato al biennio 1965-66 per un miliardo 753 milioni. Per la differenza di 8 miliardi e 800 milioni il Governo non ha assunto effettivamente alcun impegno, in quanto la concessione degli ulteriori contributi in conto interessi sugli ulteriori mutui, sono subordinati all'incremento del reddito nazionale previsto nel programma nazionale. Purtroppo il 1965 non ha dato quello incremento del reddito che era stato previsto e quindi non sappiamo se sul bilancio, sul prossimo bilancio del 1967 verranno presi in considerazione tutti gli importi che sono stati ammessi; da qui è scaturita la necessità, e la Giunta si è fatta sensibile ed ha accolto le mie richieste, di stanziare, da parte della Regione, un ulteriore miliardo per venire incontro a questi ospedali. D'altra parte però si rende

necessario a mio avviso di procedere anche ad una particolare programmazione della costruzione ospedaliera, in quanto gli amministratori — e qui bisogna darne atto effettivamente agli amministratori degli ospedali — sentendo parlare del giro di miliardi a Roma, sentendo parlare che la Regione ha intenzione di portare in Consiglio un'altra legge di finanziamento, quasi tutti credono di poter partire immediatamente con la costruzione di nuovi ospedali; e pensano che basti chiedere per poter fare tutti gli ospedali col numero di posti letto che si vuole, con le attrezzature che si crede. Sono stato impegnato in questi ultimi mesi in un giro di tutti gli ospedali, per convincere questi amministratori che bisogna procedere coi piedi di piombo e che bisogna anche attenersi a quelle che sono le esigenze locali, e che non in ogni comune o in ogni paese o piccolo comprensorio si possa costruire indiscriminatamente un ospedale, pur che sia un ospedale. Spero di poter presentare, in occasione della presentazione del disegno di legge, una relazione molto più completa sulla situazione ospedaliera. Per quanto riguarda la richiesta fatta dal collega Posch sulle case di cura private, senza dubbio queste case di cura private hanno una funzione sociale nella nostra comunità. Tuttavia — almeno questo è il mio pensiero personale — è difficile poter dire, oggi come oggi, che la Regione possa intervenire anche a favore delle case di cura private, in quanto la situazione degli ospedali pubblici è talmente grave che ci vogliono molti ma molti miliardi ancora per metterli in situazione da poter garantire agli ammalati ed agli assistiti, alla popolazione, quelle cure e quella familiarità e quell'agiatezza all'interno dell'ospedale che è necessaria. Io stesso ho avuto contatti, son venuti da me i rappresentanti delle case di cura private, e a giustificazione della loro richie-

sta, hanno sollevato il problema che la Regione interviene anche con contributi agli albergatori, con contributi per gli impianti a fune. Ora non mi pare che si possa fare un raffronto con questi interventi da parte della Regione: mentre l'assistenza sanitaria è un obbligo fondamentale da parte delle amministrazioni pubbliche, non lo è per gli interventi a carattere industriale. Quindi la Regione deve, prima di tutto — ed è suo obbligo — intervenire nei confronti degli ospedali e delle case di cura pubbliche, per garantire al cittadino questa assistenza. D'altra parte io so benissimo che nelle case di cura private vi sono stanze più confortevoli; ma siccome le case di cura private non sono in grado di assorbire tutta la popolazione malata, noi dobbiamo fare uno sforzo per rendere confortevoli anche le case di cura pubbliche, perché questo è il nostro compito fondamentale. Poi non tutte — e anche questo discorso l'ho fatto molto chiaro con i rappresentanti delle case di cura private — non tutte le case di cura private garantiscono quel servizio di sicurezza che garantisce l'ospedale pubblico, il medico di guardia e via di seguito. Quindi anche questo deve essere un impegno da parte delle case di cura private, prima di poter chiedere i contributi da parte dell'ente pubblico. Poi vi è un altro problema che noi, come amministratori pubblici non dobbiamo sottovalutare, cioè quello del trattamento economico normativo dei dipendenti per le case di cura private; si richiede una garanzia verso questi dipendenti per poter eventualmente pensare un domani all'intervento dell'ente pubblico. Ora il cons. Posch dice: non è vera la diceria che le case di cura private lo fanno per scopo di lucro. Cons. Posch, mi dica: chi è quel filantropo che mette su una casa di cura privata per non averne un lucro? Io vorrei conoscerlo chi è quel filantropo che mette su

una casa di cura per non avere un lucro! Certamente lo farà per averne un lucro. Io dubito che con questo non sia benemerito di fare qualche cosa per la società, ma non mi si dica che non si fa per scopo di lucro. Perché probabilmente nessuno lo obbliga a fare e quindi se lo fa, lo fa appunto per trarne un vantaggio, ed è giustificatissimo. Quindi nel bilancio, tanto per essere precisi, nel bilancio di quest'anno non ne sono previsti contributi; tuttavia non è escluso che facendo una situazione molto più precisa degli ospedali, si può domani pensare anche a questo. Del resto mi son letto anche un'intervista concessa dal Ministro della Sanità, Mariotti, proprio all'Associazione nazionale case di cura private, nella quale anche il Ministro Mariotti dice: sì, noi consideriamo la benemerita di queste case di cura private, tuttavia le esigenze che abbiamo di mettere a posto gli istituti pubblici di cura non ci permette, almeno per il momento, di poter pensare ad un intervento da parte dello Stato e degli enti pubblici a favore di queste case di cura private. Ripeto, è un problema che non vogliamo, certamente io non voglio respingere a priori, è un problema che terremo presente naturalmente in tutta l'impostazione generale dello sviluppo dei nostri ospedali. Il capitolo che qui stiamo votando, ho detto all'inizio, si riferiva particolarmente agli interventi da parte della Regione, a favore soprattutto dei comuni, per la costruzione, cioè per l'attrezzatura di ambulatori e per l'attrezzatura anche degli ospedali. Nel giro che ho fatto degli ospedali in quest'ultimo periodo ho avuto con piacere la conferma che i soldi che noi abbiamo dato agli ospedali e anche ai comuni, hanno trovato veramente una applicazione efficace, perché quasi tutti — e questo va a onore della Regione — quasi tutti gli ospedali della nostra Regione hanno un'attrezzatura che fa invidia

a ospedali di tante altre regioni. L'indagine che ho fatto svolgere sulla situazione degli ambulatori comunali e che vi è stata data come allegato alle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, mette in evidenza quale sia la situazione degli ambulatori comunali della nostra regione. È mia intenzione con questi 70 milioni — nell'ambito del possibile, perché le esigenze sarebbero molto superiori — di procedere razionalmente nell'intervento verso i comuni per l'attrezzatura e per la costruzione di ambulatori, tenendo conto soprattutto della difficoltà economica e finanziaria dei comuni, tenendo conto soprattutto della dislocazione dei comuni, cioè della lontananza degli ospedali, tenendo conto soprattutto del tipo di popolazione che c'è. Questo è lo spirito con cui io intendo portare avanti il problema della assistenza sanitaria, in modo che la nostra regione, nel più breve tempo possibile, possa avere un'attrezzatura tale, sia dal punto di vista dell'attrezzatura minima, cioè ambulatoriale comunale, che dell'attrezzatura degli ospedali, che possa dirsi veramente un'attrezzatura degna della nostra popolazione, degna della nostra civiltà.

**PRESIDENTE:** Pongo in votazione il cap. 614: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Sul cap. 631 ha chiesto la parola il cons. Mattivi.

**MATTIVI (D.C.):** Ho notato con particolare interesse, a proposito di questo articolo, l'aumento di 5 milioni a favore dei patronati; si passa cioè da una cifra di 30 milioni a 35 milioni e di ciò giustamente va dato atto alla Giunta regionale. L'azione sociale dei patronati è indubbiamente valida; il loro lavoro, specie in questi ultimi tempi, è stato massic-

cio, soprattutto in rapporto all'azione sociale svolta, sia dal Governo, in questi ultimi tempi, e dalla Regione. È degli ultimi anni la possibilità che hanno i coltivatori diretti di adire alla pensione oltre che di vecchiaia anche di invalidità. Idem nel 1965 per gli artigiani; e da ultimo vi è stata la legge nazionale 21 luglio 1965, n. 903, che parla della maggiorazione delle pensioni; e la legge nazionale sui riscatti 1920-1926, e la legge regionale per la silicosi e l'asbestosi. Tali leggi hanno praticamente fatto raddoppiare il lavoro degli anni precedenti, con conseguente aumento di pratiche, visite mediche, esami radiografici, di laboratorio, visite specialistiche, a carico, tutte queste, dei patronati. L'aumento delle tariffe dell'ordine dei medici, la necessità di avere patronati validi ed altamente specializzati, data la farragine di leggi che oggi regolano la materia, con personale tecnicamente preparato e in numero sufficiente in una regione topograficamente tormentata come la nostra, hanno fatto sì che oggi i patronati si trovino in difficoltà. Giustamente vedo che qui è apprezzata l'opera che svolgono i patronati, a favore direttamente alle nostre popolazioni e, vorrei far notare, indirettamente alla regione stessa, sollevandola da un peso economico non indifferente di ordine assistenziale e sociale, in quanto tale assistenza, oggi, ricade sullo Stato, sempre in virtù dell'azione dei patronati sulle leggi sociali e nazionali. Anche altre regioni danno fattivamente il loro aiuto e vediamo infatti l'ultima regione a Statuto speciale, il Friuli - Venezia Giulia, stanziare oggi 100 milioni a favore dei patronati di tre Province; la Sicilia 500 milioni su 9 province. Un augurio che faccio è che durante l'anno 1966 si possa, in eventuale variazione di bilancio, reperire ulteriori fondi affinché i patronati possano svolgere la loro preziosa attività in clima di tranquillità,

e possano così potenziare maggiormente le loro strutture tecniche.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 631: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Sul cap. 636 è iscritto a parlare il cons. Posch.

POSCH (S.V.P.): Herr Präsident, meine Damen und Herren! Ich wollte eigentlich im Zusammenhang mit diesem Kapitel die Frage nach der Erneuerung des Verwaltungsrates der Krankenkasse stellen. Nachdem mir aber der Herr Assessor Nicolodi versichert hat, daß die Erneuerung desselben der Krankenkasse der Provinz Bozen unmittelbar bevorsteht, also praktisch nur noch der formelle Akt bevorsteht, will ich diesem Wort und dieser Zusage Glauben schenken und kann das nur mit Befriedigung zur Kenntnis nehmen und dem Regionalausschuß danken, daß dieses leidige Problem im Interesse vor allem auch der versicherten Arbeitnehmer nun wirklich einer Lösung zugeführt wird.

Vielleicht erlauben Sie, daß ich noch ganz kurz auf ein Problem ebenfalls der Krankenkasse, zurückkomme, mit der Bitte, dasselbe zu überprüfen und es allenfalls auch bei den kommenden gesetzlichen Neuerungen, die man in puncto Krankenkasse vorhat, zu berücksichtigen. Meine Kollegin, Frau Vizeassessor Gebert, hat schon einmal bei einer anderen Gelegenheit kürzlich darauf hingewiesen, daß der derzeitige Krankenschutz von nur 180 Tagen auf mindestens 360 Tage verlängert werden müßte. Es ist sehr bedauerlich, manchmal zu sehen, daß krankenkassenversicherte Arbeitnehmer, die 15, 20, 25 Jahre ihre Krankenkassenbeiträge eingezahlt haben, dann plötzlich auf Grund eines Unfalls oder auf Grund

einer Krankheit aus dem Dienst ausscheiden müssen. Die Krankheit zieht sich länger als sechs Monate, länger als ein Jahr oder eineinhalb Jahre hin und trotzdem scheidet die Krankenkasseleistung nach 6 Monaten bei diesem Mann aus. Nur in seltensten Fällen wird, nachdem ein entsprechendes Gesuch eingereicht wurde, diese Zeit verlängert. Es sollte doch, glaube ich, und es wäre dies wirklich wesentlich gerechter — auch in Hinblick auf die lange Zahlungsdauer des Durchschnittes der Krankenkassenversicherten —, diese Zeit des Krankenschutzes verlängert werden. Ich bitte den Herrn Assessor, dieses Problem zu prüfen und uns eventuell auch zu sagen, ob es in der Absicht des Regionalausschusses ist, bei kommenden gesetzlichen Neuerungen diese Sache mitzubersichtigen.

*(Signor Presidente, Signore e Signori. In relazione con questo capitolo volevo chiedere notizie del rinnovo del Consiglio di amministrazione della Cassa malattia. Poiché però l'assessore Nicolodi mi ha assicurato che questo rinnovo, per quanto riguarda la Provincia di Bolzano, è prossimo, che cioè praticamente manca soltanto l'atto formale, voglio credere alle sue parole ed alla sua assicurazione. Non posso constatare ciò che con soddisfazione ringraziando la Giunta regionale perché ha portato ad una soluzione questo delicato problema nell'interesse soprattutto dei lavoratori assicurati.*

*Forse permetterete che ritorni su un problema riguardante ancora la Cassa malattia, con la preghiera di prenderlo in esame e di tenerlo in ogni caso in considerazione anche nelle innovazioni legislative che si intendono applicare alla Cassa malattia. La mia collega, viceassessor Gebert, ha già accennato brevemente in altra occasione al fatto*

*che l'attuale periodo coperto dall'assicurazione malattia dovrebbe venir prolungato da 180 ad almeno 360 giorni. È deplorabile constatare talvolta come lavoratori che pagano da 15, 20, 25 anni le quote assicurative, debbano lasciare improvvisamente il loro lavoro per un incidente o per una malattia. La malattia si trascina per più di 6 mesi, per più di un anno o di un anno e mezzo e ciononostante le prestazioni della Cassa malattia cessano dopo 6 mesi. Soltanto in casi eccezionali il periodo viene prolungato presentando una domanda in questo senso. Credo che il periodo di assistenza, ciò che sarebbe più giusto anche in riferimento all'anzianità di iscrizione della media degli assicurati presso la Cassa malattia, prolungare il tempo coperto da assicurazione. Prego l'assessore di prendere in esame questo problema e di dirci eventualmente se sia nelle intenzioni della Giunta regionale prendere in considerazione anche questo aspetto in future innovazioni legislative.)*

PRESIDENTE: Nessun altro prende la parola? La parola alla Giunta.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Posso riconfermare l'assicurazione già data, che il problema del rinnovo del consiglio di amministrazione delle Casse di malattia di Trento e di Bolzano è imminente; non è avvenuto fino adesso per alcune questioni. Per quanto riguarda la seconda parte dell'intervento del collega Posch, posso assicurare che il disegno di legge che modifica la legge istituzionale della Cassa di malattia è già pronto e che questo disegno di legge prevede l'estensione dell'assistenza di malattia a 365 giorni; inoltre prevede altre agevolazioni ai lavoratori, figli

o dipendenti di artigiani, che hanno anche fatto una richiesta, e possono essere assicurati presso la Cassa di malattia. Prevede anche l'estensione, oltre i 180 giorni, oltre i 60 giorni cioè, ai disoccupati e con alcuni accorgimenti pensiamo che il disegno di legge non porti degli eccessivi aggravii alle due Casse di malattia. Per il resto io, pur avendo sentito il pessimismo del collega Corsini, spero in una ripresa economica della nostra regione, e quindi con la ripresa economica anche un maggior contributo delle Casse mutue di malattia, perché teniamo conto che se quest'anno il consuntivo della Cassa di Bolzano ha un certo deficit e quella di Trento è arrivata in pareggio, è anche dovuto al fatto che con la riduzione dei posti di lavoro, con la riduzione dell'orario di lavoro, c'è la tendenza al ricorso alla Cassa mutua di malattia, e, diciamo pure, anche la benevolenza dei medici di prescrivere la malattia, anche quando questa non sussista, per far avere a questi disoccupati e a questi sottooccupati delle sovvenzioni che la Cassa mutua dà. Quindi il disegno di legge sarà presentato al Consiglio quanto prima e porterà quelle innovazioni certamente favorevoli ai lavoratori, e io confido che il Consiglio vorrà approvare questo disegno di legge quando sarà presentato.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 636: è approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Sul cap. 637 ha la parola il cons. Jenny.

JENNY (S.V.P.): Herr Präsident! Herr Assessor! In diesem Zusammenhang eine Frage, die meiner Ansicht nach von großer Bedeutung ist. Es zeigt sich immer wieder, daß die Zahlung der Krankenkassen an die Krankenhäuser, sei es an die öffentlichen, sei es

auch an die privaten, mit großer Verspätung erfolgt, und zwar derart, daß man schlechthin von einem Skandal sprechen kann. Ich kann als Beispiel nur eines herausgreifen: Ein kleines Bezirkskrankenhaus, wie Schlanders, hatte im August vorigen Jahres Außenstände bei den Kassen von 130 Millionen Lire. Das führt zu einer äußerst schweren Komplikation in der Verwaltung; es führt auch zu einer Verzögerung und es ist schlechthin unbegreiflich, wieso eigentlich solche Zustände eintreten können. Ich habe schon in anderen Ländern gearbeitet: in der Schweiz, Österreich und Deutschland, wo es undenkbar ist, daß diese Krankenhauszahlungen länger als drei - vier Monate hinausgezogen werden. Ich bin überzeugt, daß es hier notwendig ist, das Übel an der Wurzel zu fassen und die verwaltungsmäßige Reorganisation dieser Kassen durchzuführen, um diesen Übeln abzuhelfen. Ich sage es ganz offen: es nützt nichts, wenn man schöne, demagogische Forderungen auf Verlängerung des Schutzes auf 360 Tage usw. stellt, wenn in der Praxis das ganze Funktionieren dieser Kassen nicht stimmt, wenn sich das dann über Jahre hinauszieht, wenn wir wissen, daß z.B. die Auszahlungen an die Ärzte in Form von Anzahlungen gemacht werden und sich das so weit kompliziert, daß es mit der Zeit unübersichtlich wird. Ich möchte in diesem Zusammenhang auf etwas hinweisen, was mir immer wieder zum Bewußtsein kommt. Man spricht hier von Programmierung, man spricht hier von schönen Dingen. Wenn man die Sachen objektiv sieht, so muß man sagen, daß vieles verbessert werden könnte, indem die Verwaltung konkretisiert und verbessert wird. Das bedeutet aber, das zu tun, was auf der ganzen Welt ohne demagogischen Anstrich als Planung vorgesehen ist, d.h. für eine gewisse Einteilung zu

sorgen. Aber wie kann man eine Einteilung machen, wenn sie in der Praxis von einer nach meiner Ansicht unberechtigten Schlamperie bedingt ist, die vielleicht bürokratische Ursachen hat? Wie kann man da eine Verbesserung auch für die Versicherten erreichen, wenn in der finanziellen Gebarung dieser Versicherungen solche schwere Mängel auftreten? Ich will jetzt nicht auf das zurückgreifen, was bereits gesagt worden ist. Ich möchte aber doch darauf hinweisen, was auch der Herr Assessor selbst genau weiß, nämlich, daß schon die unterschiedliche Bezahlung der verschiedenen Krankenkassen und die verschiedenen Tarife die Ursache ständiger Streitereien sind. Wie sich das gegenüber einem privaten Krankenhaus oder auch einem privaten Arzt auswirkt, das kann ich gar nicht beschreiben. Es kommt zu Verzögerungen von Monaten und von Jahren, sodaß niemand imstande ist, die Lage genau zu kontrollieren. Man wird so willkürlich diesen Kassen ausgeliefert, die dann einfach Streichungen vornehmen, so wie sie es für zweckmäßig halten, die meistens von Bürokraten durchgeführt werden, die am Schreibtisch sitzen und von den Krankheiten schon lange keine Ahnung mehr haben, aber trotzdem entscheiden können, was da gemacht werden soll oder nicht. Auf diese Zustände möchte ich besonders hinweisen und auch als Arzt den Herrn Assessor darauf aufmerksam machen. Ich weiß, was die Patienten sagen, die auf diese Kassen nicht gut zu sprechen sind. Ich möchte ihn darum bitten, erst einmal Ordnung bei diesen Kassen zu schaffen, anstatt mit großen Ideen über die Reorganisation zu kommen. Diese Ordnung müßte vorläufig einmal eine korrektere Finanzgebarung gewährleisten, die effektiv den Gegebenheiten angepaßt ist. Damit will ich nicht sagen, daß die heutige Finanz-

gebarung unkorrekt ist, aber es darf nicht vorkommen, daß durch eine gewisse Schlamperei die Zahlungen über Monate und Jahre zum Schaden aller Organismen, aller derjenigen, die tatsächlich für den Versicherten arbeiten, verzögert werden. Es ist klar, daß ich jetzt nicht die damit verbundene Entwertung des Geldes, sondern überhaupt die ganze Situation schildern will. Wenn zum Beispiel für die im Jahre 1964 erfolgte Behandlung des Patienten die Gelder erst im Jahre 1966 ausbezahlt werden, dann ist das skandalös. Ich bin der Meinung, daß durch keine noch so schöne Verlängerung des Krankenschutzes eine Verbesserung der ganzen Krankenversicherung erreicht werden kann, wenn nicht einmal dort eingegriffen und das erreicht wird, was jeder normale Betrieb und auch jeder Private tun muß: sich einer korrekten und prompten Finanzgebarung zu befeißigen.

*(Signor Presidente, Signor Assessore! In questo argomento vorrei porre una domanda che mi sembra molto importante. Si continua a constatare che i pagamenti della Cassa malattia agli ospedali, sia a quelli civili che a quelli privati sono effettuati con molto ritardo ed oltre a ciò in un modo che si può chiamare scandaloso. Come esempio posso scegliere questo: un piccolo ospedale distrettuale come quello di Silandro, aveva nell'agosto dell'anno scorso crediti pendenti per 130 milioni di lire. Ciò determina gravissime complicazioni amministrative, è causa di ritardi ed è semplicemente incomprensibile che possano verificarsi circostanze del genere. Io ho esercitato anche in altri Paesi, nella Svizzera, in Austria ed in Germania, e dappertutto era impensabile che le Casse malattia protraessero i pagamenti per più di tre - quattro mesi. La mia convinzione è che qui sia necessario affrontare il male alla*

*radice ed attuare una riorganizzazione amministrativa delle Casse per ovviare a questi inconvenienti. Affermo apertamente che non servono a niente le belle richieste demagogiche, come quella di prolungare a 360 giorni il periodo coperto da assicurazione malattia, quando tutto il funzionamento della Cassa in pratica è difettoso, quando le cose si trascinano per anni, quando sappiamo che per es. i pagamenti ai medici vengono effettuati con acconti e che tutti si complica tanto da diventare col tempo incontrollabile. In relazione a ciò vorrei accennare ancora ad una cosa che continua a venirmi in mente. Qui si parla di programmazione, si parla di tante belle cose, ma quando si guardano le cose obiettivamente bisogna dire che molto potrebbe essere migliorato, concretizzando e migliorando appunto l'amministrazione. Ciò significa insomma attuare quanto in tutto il mondo, senza facciata demagogica, si chiama programmazione, cioè provvedere ad istituire un certo ordine. Ma com'è possibile introdurre un ordine se in pratica esso è condizionato da una disorganizzazione a mio parere ingiustificata e che forse ha le sue radici nella burocrazia? Come si potrà raggiungere un miglioramento, anche per gli assicurati, quando la organizzazione finanziaria di queste assicurazioni dimostra deficienze tanto gravi? Pur non volendo ritornare ora su quanto è già stato detto, vorrei però accennare ad una cosa ormai notissima all'assessore, cioè che i diversi pagamenti delle diverse Casse malattia e le diverse tariffe sono causa di continue questioni. L'effetto di tutto ciò nei confronti di una clinica privata o di un medico privato è veramente indescrivibile. Si arriva a ritardi di mesi e di anni e nessuno ormai è più in grado di controllare esattamente la situazione. Così siamo arbitrariamente in balia di queste Casse, che sem-*

*plicemente eliminano come a loro sembra opportuno: i depennamenti sono fatti di solito da burocrati che siedono a tavolino e da lungo tempo non hanno alcuna idea delle malattie, ma che nonostante ciò possono decidere quello che bisogna o non bisogna fare in questi casi. Vorrei attirare in modo particolare l'attenzione su questo stato di cose e far notare ciò all'assessore anche come medico. So che cosa dicono i pazienti, che non vedono di buon occhio le Casse. Vorrei pregare l'assessore di voler prima di tutto portare un po' d'ordine in queste Casse, invece di presentarci grandi idee sulla organizzazione. Tale ordine dovrebbe garantire per ora una più corretta gestione finanziaria, che si adegui effettivamente alla realtà. Con ciò non voglio dire che l'attuale amministrazione finanziaria sia scorretta: non dovrebbe però succedere che una certa disorganizzazione faccia dilazionare i pagamenti per mesi ed anni a danno di tutti gli organi e di tutti coloro che lavorano effettivamente per gli assicurati. È chiaro che io non intendo ora parlare della svalutazione della moneta implicita in questo stato di cose ma della situazione nel suo insieme. Se per es. viene liquidata nel 1966 la parcella per la cura di un paziente avvenuta nel 1964, ciò è semplicemente scandaloso. Io sono del parere che nessun prolungamento del periodo coperto da assicurazione, per quanto auspicabile, possa portare al miglioramento dell'assicurazione malattia in generale, a meno che non si intervenga per raggiungere quanto è obbligatorio per ogni azienda e per ogni privato: una amministrazione finanziaria corretta e sollecita.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Manica.

MANICA (P.S.I.): Io ho ascoltato l'intervento del cons. Jenny, e ritengo di dover

intervenire su questo problema, che indubbiamente è importante: i rapporti di carattere finanziario tra gli ospedali e le Casse mutue, soprattutto perché danno l'assistenza alla grande maggioranza della nostra popolazione. Senonché mi sento di intervenire perché ritengo profondamente ingiusto l'apprezzamento nei confronti delle Casse mutue fatto dal cons. Jenny; vale a dire che egli ha ravvisato in un senso unico i torti che portano a queste disfunzioni. A senso unico perché? Perché, per il cons. Jenny, solamente da una parte v'è il torto: da parte degli organismi mutualistici. Io contesto una affermazione di questo tipo, o per lo meno credo di dover dire quali sono anche i motivi che stanno alla base di queste cose, indubbiamente incresciose e che hanno delle ripercussioni. Anzitutto se andassimo a vedere quando vengono presentati i conti da parte degli ospedali alle Casse mutue, troveremo che vengono presentati con mesi di ritardo; quindi se di riorganizzazione della amministrazione delle Casse mutue parla il cons. Jenny, io vorrei dire che anche da parte degli ospedali sarebbe bene per lo meno che ci fosse una riorganizzazione di questo tipo e che i conti fossero presentati in tempo utile. Ma indipendentemente da questo, l'aspetto principale che ha dato luogo, soprattutto nel decorso anno, al ritardo nei pagamenti, non è stato dovuto tanto a questioni di carattere amministrativo interno, quanto alla richiesta di aumento delle rette da parte degli ospedali, che erano ritenute ingiustificate. Si è creata una vertenza, che ha comportato dei ritardi superiori a dei ritardi normali. Ecco perché io ritengo che se un intervento da parte dell'assessorato ci possa essere, possa essere fatto in duplice direzione, per permettere una armonica azione da parte di tutti gli organismi, e delle Casse mutue da un lato e degli ospe-

dali dall'altro, togliendo quelle che sono le cause fondamentali, che non vanno ravvisate in un atto puramente burocratico, ma che trovano la loro origine in queste cose che brevemente ho voluto dire.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Certamente il problema sollevato dal cons. Jenny è un problema interessantissimo e va approfondito. Il motivo per cui le Casse mutue sono in ritardo col pagamento degli ospedali e dei medici, l'ha in parte spiegato il cons. Manica. C'è poi un'altra questione: il problema del ritardo della riscossione dei contributi da parte dei datori di lavoro, attraverso l'INPS. Vi è un problema anche, giustamente, di ospedali: noi abbiamo creato una commissione per le rette ospedaliere, che controlla i bilanci degli ospedali, ecc., fa delle proposte alle Giunte provinciali sulle rette ospedaliere. Generalmente le Giunte provinciali accettano le proposte delle commissioni. Quasi sempre gli ospedali, invece, riconfermano le primitive delibere, ed ecco che allora ci sono i ricorsi da parte delle Casse mutue, ricorsi da parte di ospedali e tutto il problema si ingarbuglia e si aggrava. Tramite il mio intervento, l'anno scorso ho potuto dirimere alcune controversie con l'ospedale civile di Bolzano, che si protraevano da tre - quattro anni. Ci sono ancora delle controversie in corso: vi è il problema di scopertura di Cassa, da parte delle Casse mutue, appunto per il ritardo nei pagamenti, ecc. Anche questo è un problema che mi sono proposto e mi propongo di affrontare non appena saranno rinnovati i Consigli di amministrazione, per vedere quali accorgimenti si possono trovare per poter far fronte agli

immediati pagamenti verso gli ospedali e verso i medici. Devo respingere però, con forza, la parola « disamministrazione » da parte delle Casse mutue. La Giunta regionale ha il controllo sulle Casse mutue e posso dire che non vi è stata disamministrazione; ci saranno degli errori nelle impostazioni, che capitano in tutte le amministrazioni, ma parlare di disamministrazione non è giusto e non si deve dire, perché gli amministratori hanno diritto di essere tutelati nella loro integrità morale.

Un altro problema, quello del procedere arbitrario. Io non lo so se la scelta dei medici delle Casse mutue viene fatta arbitrariamente da parte di qualche funzionario, di qualche burocrate, come dice lei, tuttavia i medici hanno una potenza in mano, che forse nessun'altra categoria ha: l'Ordine dei medici, il sindacato medici, che sa sempre volere quello che vuole. E anche in questo caso i medici, se si sentono in qualche modo danneggiati, hanno la possibilità di ricorrere dove meglio credono e di far valere le loro opinioni. Quindi dobbiamo avere una certa discrezione nel parlare e soprattutto nelle affermazioni che possono essere, ripeto, di danno morale a chi della cosa pubblica si occupa, perché il qualunquismo a tutti i costi, non lo possiamo accettare.

PRESIDENTE: La parola al cons. Jenny.

JENNY (S.V.P.): Herr Assessor! Sie haben sich die Antwort sehr leicht gemacht. Ich habe nicht gesagt, daß die Verwalter der Krankenkassen das Geld in ihre Tasche gehen ließen. Ich habe nur gesagt, daß es eine schlampige Verwaltung ist, die sich ein Privatbetrieb nicht leisten kann, denn ich muß meine Dinge ja auch prompt bezahlen. Und Sie wissen, daß auch der Arbeitgeber die Bei-

träge den Kassen unverzüglich abgeben muß. Es ist nicht so, daß die Kasse die Beiträge erst nach Jahren bekommt. Ich muß als Arzt, wie auch als sozial denkender Mensch fordern, daß die Leute, die effektiv die Leistungen vollbringen — das sind das Krankenhaus, der Arzt, der Privatarzt —, auch prompt bezahlt werden. Das ist soziale Einstellung! Ich habe keineswegs behauptet, daß die Verwalter irgendwie unkorrekte Dinge vollbringen, sondern möchte nur sagen, daß, wenn es in der Schweiz möglich ist, innerhalb eines Monats den Krankenfall abzuschließen und vollkommen zu liquidieren, dies auch bei uns möglich sein müßte. Wenn man nicht imstande ist, eine Finanzgebarung korrekt, d.h. prompt zu erledigen, dann kann ich mir auch nicht vorstellen, daß man programmieren kann, denn das setzt von vornherein eine klare Übersicht der finanziellen Möglichkeiten voraus. Sonst ist die ganze Programmierung ein Potemkinsches Dorf.

*(Signor Assessore, Lei si è resa molto facile la risposta. Io non ho detto che gli amministratori delle Casse malattia intascano i fondi. Ho detto soltanto che tutta la amministrazione è disorganizzata come un'azienda privata non potrebbe mai permettersi, perché anch'io devo saldare prontamente i miei debiti. Lei sa poi che anche i datori di lavoro debbono pagare senza ritardi i loro contributi alle Casse malattia. La Cassa malattia non incassa dunque i contributi soltanto con un ritardo di anni. Tanto come medico quanto come persona sensibile ai problemi sociali debbo chiedere che chi ha dato effettivamente la sua prestazione, cioè l'ospedale, il medico, il medico privato, vengano anche pagati sollecitamente. Questa è sensibilità sociale! Non ho assolutamente affermato che gli ammini-*

*stratori commettano delle scorrettezze amministrative: vorrei soltanto dire che se in Svizzera è possibile chiudere il caso e liquidare le pendenze entro un mese, ciò dovrebbe essere possibile anche da noi. Se non si è in grado di condurre una amministrazione finanziaria corretta, cioè sollecita, non riesco proprio ad immaginare che si possa programmare, ciò che richiede una chiara e preventiva visione d'insieme delle possibilità finanziarie. Se questa manca ogni programmazione non sarà che illusione.)*

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 637: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

La seduta è sospesa e rinviata alle ore 15. Prego di essere puntuali.

*(Ore 12.30).*

Ore 15.15.

PRESIDENTE: La seduta riprende.

Sul cap. 645 c'è un emendamento a firma Perazzolli, Bolognani, Grandi per togliere un milione. Mi pare che sia quell'emendamento sul quale la Giunta si è già pronunciata.

Allora io, se non c'è difficoltà, lo metto in votazione, senza altra procedura. Pongo in votazione l'emendamento che riduce da 41 a 40 i milioni del cap. 645 in relazione all'aumento del cap. 613 corrispondente: è approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Sul cap. 646 ha chiesto la parola il cons. Spöglar.

SPÖGLER (S.V.P.): Herr Präsident! Meine Damen und Herren! Ich will nur ganz

kurz zu diesem Kap. 646 Stellung nehmen, mit dem auf Grund des bekannten Regionalgesetzes zur Auszahlung einer Rente für solche Personen 330 Millionen Lire zur Verfügung gestellt werden, die sonst keine Rente beziehen und die auch sonst über kein Einkommen verfügen. Nun, der Betrag beläuft sich auf nur 5.000 Lire monatlich und daß dieser Betrag natürlich geradezu nur ein Schnupftabak-Geld darstellt, somit als ein fast lächerlicher Betrag bezeichnet werden kann, dürfte ja allen einleuchten. Trotzdem sind aber 330 Millionen Lire ein ziemlich hoher Betrag. Nun möchte ich nur den Herrn Assessor fragen, ob dieser ganze Betrag für Renten ausbezahlt wird oder ob da auch Verwaltungsspesen usw. dabei sind. Bekanntlich werden die Gelder ja an die Gemeindefürsorgeämter ausbezahlt. Also erstens, ob dieser ganze Betrag von 330 Millionen Lire an diese alten Personen, die sonst keine Pension beziehen und sonst kein Einkommen haben, ausbezahlt werden. Wenn dem so wäre, dann würden es in den beiden Provinzen Trient und Bozen 5.076 Personen sein, die in den Genuß dieser bescheidenen Rente kommen. Mir persönlich kommt diese Zahl von über 5.000 Personen, die über keinerlei Einkommen verfügen und auch sonst keine Rente beziehen, als etwas hoch vor. Aber die Rechnung ist ja ganz einfach zu machen: 5.000 Lire im Monat — es kommt auch noch eine 13. Monatsrente dazu —, das sind pro Person 65.000 Lire im Jahr; 330 Millionen Lire, das sind wie gesagt, 5.076 Arbeitnehmer, Kleinbauern und Handwerker.

Als zweites möchte ich den Herrn Assessor fragen, wie sich die Aufteilung dieser über 5.000 Personen auf die beiden Provinzen Trient und Bozen beläuft. Es wäre für mich nur irgendwie interessant, sagen wir

mehr vom statistischen Standpunkt her, das zu wissen. Ich ersuche den Herrn Assessor, wenn es möglich ist, auf diese zwei gestellten Fragen kurz Auskunft zu geben.

*(Signor Presidente, Signore e Signori! Interverrò soltanto brevissimamente su questo capitolo 646, con cui si stanziavano, in base alla nota legge regionale, 330 milioni di lire per assegnare una pensione a chi non ne abbia alcuna e non goda di altre entrate. Ora l'importo ammonta a sole 5.000 lire al mese e dovrebbe essere chiaro a tutti che una somma del genere rappresenta soltanto il necessario per comprarsi il tabacco da futo e che perciò la si può definire quasi ridicola. Ciononostante 330 milioni di lire sono una somma piuttosto alta. Vorrei chiedere al signor assessore soltanto se la somma venga spesa interamente per le pensioni o se vi siano comprese anche le spese di amministrazione. Come è noto, questi fondi vengono liquidati agli ECA; vorrei dunque sapere prima di tutto se il fondo di 330 milioni di lire venga liquidato per intero agli anziani che non godano di una pensione e che non hanno altre fonti di rendita. Se le cose stanno così, nelle due Province di Bolzano e di Trento sono 5.076 le persone che verrebbero a godere di questa modesta pensione. Personalmente il numero di 5.000 persone senza pensione nè reddito mi sembra piuttosto alto. Il conto è semplicissimo: 5.000 lire al mese, più la tredicesima, fanno 65.000 lire per persona all'anno: 330 milioni divisi per 65.000 danno 5.076 lavoratori, piccoli coltivatori diretti ed artigiani.*

*Vorrei poi chiedere all'assessore quale sia la suddivisione di queste 5.000 persone fra le due province di Trento e Bolzano: mi interesserebbe saperlo, da un punto di vista diciamo più statistico che altro. Se fosse dunque*

*possibile, chiedo all'assessore di voler rispondere brevemente alle due domande che gli ho poste.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Il problema dei 330 milioni al cap. 646 effettivamente serve soltanto per pagare le 5 mila lire al mese; non ci sono spese di amministrazione o altre spese. I titolari dell'assegno di 5 mila lire al 31 dicembre 1965 erano 4.899, quindi lei faccia il calcolo e vedrà che, grosso modo, sono 310-315 milioni circa di spesa. L'anno scorso era di 300 milioni soltanto l'impegno, e non è stato naturalmente sufficiente. Poi ci sono, anche durante l'anno, continue aggiunte; anche se v'è qualche depennamento per morte, le aggiunte sono maggiori dei depennamenti. Tuttavia il problema certamente non può rimanere così com'è con le cinque mila lire. Io sono stato a Roma qualche mese fa e ho preso accordi con la direzione generale dell'INPS per potere inviare i nostri impiegati presso le sedi provinciali della Previdenza sociale, per fare una revisione delle liste dei titolari dell'assegno di 5 mila lire; revisione delle liste che ha soprattutto lo scopo di constatare se vi sono dei titolari dell'assegno della Regione che abbiano maturato il diritto alla pensione da parte dell'INPS e che comunque manchino di pochi contributi per poter usufruire della pensione da parte dell'INPS. Ho avuto così, da parte dei patronati dei lavoratori, sentore che vi sono parecchie persone che avrebbero diritto all'INPS, ma l'INPS come tale non notifica a nessuno la maturata posizione di aver diritto alla pensione. Quindi se il titolare, colui che ha versato i contributi, non si interessa personal-

mente per avere la pensione, anche se ha maturato i diritti, l'INPS d'ufficio non lo notifica e non gli assegna la pensione. Ecco che noi facciamo adesso questa revisione dell'elenco dei titolari dell'assegno mensile, per vedere se c'è gente che ha effettivamente i contributi versati presso l'INPS e quindi diritto ad avere la pensione dell'INPS, perché voi capite che lo facciamo non per portar via le 5 mila lire nostre, ma nell'interesse del titolare dell'assegno, il quale percepisce come minimo, se era un lavoratore dipendente, 19.500 lire, se è un coltivatore diretto o un artigiano 12.000 lire, che sono sempre superiori alle 5.000 lire che diamo noi. Se vi fossero delle persone anziane alle quali mancano pochi contributi per poter avere diritto alla pensione, io penso che la Regione, attraverso una legge o con il mezzo che riterrà più idoneo, potrà pagare la differenza dei contributi, in modo da fare maturare il diritto alla pensione da parte dell'INPS per far godere una pensione superiore a quella che facciamo noi. Fatta questa revisione, faremo i calcoli delle persone che si possono stralciare dall'elenco dei titolari dell'assegno; e quindi io mi propongo, durante la legislatura, di portare a 10 mila lire annue la pensione delle persone più anziane, cioè quelle che hanno superato il 70° anno di età, perché fino a 70 anni qualcuno può anche arrangiarsi con qualche lavoretto; quindi accumulare, racimolare qualche lira in aggiunta alle 5 mila lire che dà la Regione: dopo i 70, questo è molto difficile. E quindi poter portare a 10 mila lire almeno la pensione di coloro che hanno superato i 70 anni di età, credo che sarà un'azione molto utile e molto richiesta da parte dei titolari dell'assegno. Come ripeto, i titolari dell'assegno sono quasi 5 mila, quindi la revisione delle liste è abbastanza lunga, ma spero, en-

tro l'anno, di poter venire con una previsione molto più concreta di quella che è l'attuale.

Ora, per quanto riguarda la ripartizione fra Trento e Bolzano, credevo di avere qui la cifra esatta ma non ce l'ho; mi riprometto di farvela avere, comunque, durante la giornata. So che i titolari dell'assegno sono, grosso modo, due terzi nella provincia di Trento e un terzo nella provincia di Bolzano. Bisogna poi vedere anche il problema della modifica della legge, anche per quanto riguarda la richiesta che c'è oggi di avere fatto sei anni di lavoro presso terzi, perché è un palliativo che non serve a niente, in quanto tutti i comuni, con un atto notorio sostitutivo, fanno la dichiarazione. Quindi una clausola che nella legge si dovrà abolire, e accertare meglio invece le possibilità, eventualmente, dei familiari che possono sostenere questi vecchi. Quindi c'è anche qui tutto un problema di revisione per poter arrivare ad aumentare l'assegno, soprattutto agli anziani sopra i 70 anni, per poter far avere la pensione, attraverso l'INPS, a coloro che hanno maturato il diritto e che non ne sono a conoscenza. Poi c'è in programma, durante la legislatura, di dare l'assistenza di malattia a quei vecchi titolari di assegno che ancora non la godono. Dalla statistica che voi avete ricevuto, dalla rilevazione che avete ricevuto in allegato alle dichiarazioni del signor Presidente, avrete visto che ci sono alcune centinaia di titolari dell'assegno, che non godono l'assistenza di malattia. Il costo si aggira circa sui 70 milioni ed è impegno della Giunta di portare a termine questo programma fra un anno o due. La cifra esatta della ripartizione fra Trento e Bolzano, gliela faccio avere ancora in giornata. Comunque mi pare, così, a occhio e croce, che sia due terzi dei titolari nella provincia di Trento e un terzo nella provincia di Bolzano.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 646: è approvato a maggioranza con 7 astensioni.

Sul cap. 1000 ha la parola il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Der Regionalrat hat ja bereits mit eigenem Darlehensgesetz die Errichtung der notwendigen Gebäude für die Ämter, die von der Region abhängig sind, für die Provinz Bozen vorgesehen. Wir wissen auch, wie die 300 Millionen Lire als erster Ansatz zustandegekommen sind. Nun wissen wir aber alle, daß die Situation verschiedener Regionalämter in Bozen als Stadt unhaltbar geworden ist, daß es direkt fraglich geworden ist, ob aus Raummangel oder -bedrängnis überhaupt noch gewisse Tätigkeiten richtig, wenigstens rationell, ausgeübt werden können. Ich erinnere da vor allem an die Ämter, in denen das Landwirtschaftsinspektorat untergebracht ist; ich erinnere noch zusätzlich daran, daß seit jener Zeit, aus der der Beschluß datiert, in Bozen endlich an die Errichtung neuer Gebäude für diese Ämter heranzugehen, die Situation sich noch wesentlich verschlechtert hat, nämlich dadurch, daß inzwischen verschiedene Neuaufnahmen von Personal bei den Ämtern erfolgt sind, Neuaufnahmen, die absolut unaufschiebbar waren. Ich erinnere z.B. nur an den Fall — immer Landwirtschaftsinspektorat, Abteilung Viehwirtschaft —, wo gerade im vergangenen Jahr namentlich der unhaltbare Zustand aufgezeigt worden ist, wo dieser für die Provinz Bozen wohl sehr wichtige Beamte, der der Viehwirtschaft vorsteht, in einem viel zu kleinen Raum seinen Dienst versehen muß. Manchmal hat man hier den billigen Ausdruck « sgabuzzino » gebraucht; es ist nicht so schlimm, aber jedenfalls unmöglich. Und jetzt ist noch ein Beamter dazuge-

kommen. Der Herr Assessor hat uns anlässlich der Diskussion in der Finanzkommission von verschiedenen Ideen in dieser Hinsicht Mitteilung gemacht. Ich wenigstens habe inzwischen nach Verlauf von weiteren Monaten nichts Neues mehr zu hören bekommen. Und ich hätte eben den Herrn Assessor gebeten, ob er uns hier nicht etwas nähere Auskunft geben könnte: ob man sich endlich entschlossen hat, diese Misere des Raummangels für die Ämter, sei es durch Ankauf und Anpassung eines bereits bestehenden Gebäudes oder durch Neubau zu beseitigen und dabei vor allem auch die in diesem Fall so wichtige Verkehrslage zu berücksichtigen, denn wir wissen, daß gerade für diese Ämter, die von der Landbevölkerung besucht werden müssen, die Verkehrslage, die möglichst zentral sein sollte, sehr wichtig wäre. Ich wäre, wie gesagt, sehr dankbar, wenn ich hierüber wennmöglich gleich konkrete Mitteilungen erhalten könnte.

*(Il Consiglio regionale ha già previsto, con una propria legge per l'accensione di un mutuo, la costruzione degli edifici necessari agli uffici dipendenti dalla Regione e dislocati in provincia di Bolzano. Sappiamo anche in qual modo siano stati reperiti i 300 milioni di lire del primo intervento, come sappiamo tutti che la situazione di diversi uffici regionali a Bolzano città è divenuta insostenibile, che è diventato un problema esercitare bene, od almeno razionalmente, determinate attività e tutto ciò per mancanza di spazio o per l'eccessiva ristrettezza dei locali. Voglio ricordare qui soprattutto gli uffici in cui è alloggiato l'Ispettorato all'agricoltura: ricordo inoltre che, dalla data di emissione della delibera in cui veniva deciso di affrontare finalmente la costruzione di nuovi edifici per gli uffici di Bolzano, la situazione è ancora peggiorata perché nel frat-*

*tempo negli uffici si sono fatte nuove assunzioni che erano assolutamente improrogabili. Ricordo per es. soltanto il caso, sempre nell'Ispettorato all'agricoltura, sezione zootecnica, la cui insostenibile situazione è stata chiaramente citata l'anno scorso: l'importante funzionario che dirige il settore zootecnica per la provincia di Bolzano è costretto a lavorare in un locale assolutamente troppo piccolo. Si è usata qui talvolta l'espressione « sgabuzzino »: non si tratta proprio di uno sgabuzzino ma comunque di un locale impossibile, in cui si è aggiunto ora un nuovo impiegato. Nel corso delle discussioni nella commissione finanze, l'assessore ci ha comunicato diverse proposte: da alcuni mesi però non ho più sentito niente di nuovo. Avevo chiesto all'assessore se non fosse in grado di darci informazioni un po' più precise: se finalmente non si avesse deciso di eliminare l'inconveniente della mancanza di spazio negli uffici, sia acquistando un edificio ed adattandolo sia costruendone uno nuovo. Anche in questo caso andrebbe soprattutto tenuta in considerazione la sistemazione in una posizione comodamente accessibile, poiché sappiamo che proprio per questi uffici, che devono essere consultati dalla popolazione rurale avrebbe molta importanza una dislocazione accessibile rispetto al traffico e possibilmente in centro. Come ho detto, sarei molto grato se mi si potessero dare concrete comunicazioni in proposito).*

PRESIDENTE: Vuole rispondere l'assessore? Ha la parola.

AVANCINI (assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Ero stato pregato, già in Commissione, di fare presente ai signori consiglieri, le varie proposte che ci erano state fatte per l'acquisto degli uffici regionali nella città

di Bolzano. Vorrei precisare al signor cons. Kapfinger, che non si tratta questo stanziamento della prima rata, ma si tratta di uno stanziamento che la Giunta regionale non intende assolutamente aumentare, ma anzi spera di poter creare un risparmio su questi 300 milioni per l'acquisto degli uffici in Bolzano. Nella prima proposta di legge regionale erano previsti 500 milioni, ma poi, per le ragioni note, sono stati ridotti a 300, ma ciò nonostante, dai calcoli fatti, noi riteniamo che questo importo sia sufficiente per sistemare dignitosamente i nostri uffici in Bolzano. Vorrei ancora far presente al signor consigliere che questi 300 milioni entreranno in bilancio, quando il bilancio sarà approvato, anche se la legge è dell'anno scorso e perciò ancora non abbiamo la disponibilità reale di questo denaro. Concordo con lui per quanto riguarda la grave situazione esistente specialmente presso l'Ispettorato agrario; noi recentemente abbiamo provveduto ad affittare alcuni locali in via Talvera per sistemare proprio l'ufficio della zootecnia, cui lei faceva cenno.

La Giunta regionale ha esaminato, in linea di massima, le varie proposte ed ha esaminato anche la corrispondenza intercorsa con la Giunta provinciale di Bolzano. Io ho informato anche il mio compagno di partito, perché ne informasse anche gli altri, sulle proposte che ci erano state fatte per l'acquisto degli uffici in Bolzano, e la Giunta regionale non ha ancora preso una decisione; ma io penso che questa decisione dovrà essere presa quanto prima e ritengo che entro il mese di aprile, la Giunta regionale possa prendere la sua decisione per la sistemazione di questi uffici, che, come ripeto . . .

(INTERRUZIONE)

AVANCINI (assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): . . . sì, dopo l'approvazione del bilancio . . . che, come ripeto, dovranno, secondo le intenzioni della Giunta, essere acquistati già fatti, cioè un edificio già costruito e che non superi assolutamente l'importo stanziato in bilancio e previsto dalla legge n. 15.

PRESIDENTE: Metto in votazione il cap. 1000: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 4 astensioni.

Sul cap. 1021 ha chiesto la parola il cons. Malignoni.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Parlerò il più brevemente possibile di un tema che è ancor oggi di grande attualità, anche se c'è chi lo considera ormai completamente definito e c'è chi, viceversa, aspira ancora a qualche revisione in materia: il tema cioè dell'autostrada del Brennero. Io spero vivamente che non mi si venga a dire, magari in tono benevolo finché si vuole, che anche questo tema, che vengo introducendo nella discussione articolata, ha il sapore di un tema polemico, di un tema di comodo e pertanto più o meno artificioso. Può darsi benissimo che nel clima attuale, particolarmente nei miei confronti, venga giudicato così, ma io vi dico sinceramente, signori della Giunta e signori del Consiglio, che comunque venga giudicato, io sento il dovere di farlo lo stesso; proprio un dovere che deriva anche da posizioni che ho assunto in passato, responsabilmente, quale rappresentante del partito socialista democratico italiano. Spero soprattutto che non si faccia ricorso a degli appellativi poco simpatici, anche dal punto di vista dell'educazione, come si è fatto in questi giorni; non si faccia ricorso cioè ad aggettivazioni forti, quale « cane libero », « libero battitore »,

« cane sciolto », che so io, perché allora in questo caso, signori, vado in cerca anch'io degli altri cani, perché qui non ci sono soltanto cani liberi, ma ci sono anche cani randagi, che bussano alle porte, affannosamente, in cerca non so se di cibo o di protezione e le trovano sistematicamente chiuse. Ho finita la polemica e affronto il tema. Brevissima premessa: dirò che per il passato, istintivamente noi, e sottolineo questo « istintivamente », che giustifico poi, ci si era schierati per la variante Merano, senza pretendere naturalmente di avere conoscenza profonda del tema, di essere scesi in un dibattito approfondito sullo stesso, perché è un tema squisitamente tecnico e noi sappiamo benissimo quali sono le nostre limitazioni, che purtroppo sono tante, particolarmente in campo tecnico. Comunque ci eravamo schierati istintivamente verso questa soluzione e riteniamo ancor oggi che la validità di una scelta, rispetto all'altra, debba essere vista sotto il profilo della efficacia economica del tracciato, oltre che sotto il profilo tecnico stesso del tracciato, il costo, la sicurezza e tutti quegli altri elementi che fanno contorno al problema. Ho detto istintivamente, e lo sottolineo, perché . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Conta molto l'istinto per la scelta dell'Autostrada.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ma vedi, Raffaelli, penso che tutti inizialmente, sai, noi l'abbiamo fatta istintivamente la scelta. Poi sono subentrati i fattori che ci avranno chiarite le idee, a te, a me, a tutti gli altri e forse c'è ancora qualcuno che non le ha chiare. Ma guarda, inizialmente, siccome tecnico non sei tu, tecnico non sono io, tecnici qui dentro non ce ne sono, può darsi che proprio quell'« istintivamente » che avevo sottolineato inizialmente

te e che ripeto ancora, abbia avuto il suo valore. Comunque ho detto « istintivamente », e lo sottolineo ancora, perché a noi sembrava impossibile di mantenere le tre vie nella Valle dell'Isarco, cioè la linea ferroviaria, la statale del Brennero attuale e l'autostrada, propriamente detta; questo per ragioni di sicurezza e in vista dei ricorrenti disastri di carattere idrologico, geologico, ecc. Poi — ecco che l'« istintivamente » cade, vero Raffaelli? — a paralizzare questa nostra opinione, era subentrato il fatto del traforo del Giovo, che in quel momento, allora, cinque-sei-sette anni or sono, veniva giudicato irrealizzabile o comunque di difficilissima realizzazione. Ora io ho qui un estratto — una parte, evidentemente, perché non posso averla tutta e anche se l'avessi non sarei in grado di leggerla perché è troppo lunga — l'estratto della relazione del prof. Ielmoni; l'ultima, ultimissima relazione in materia, di quel prof. Ielmoni che penso tutti conosciate come conosco io, per ordinario di strade, ferrovie e aeroporti alla facoltà di ingegneria del Politecnico di Milano, e soprattutto come il padre dell'Autostrada del Sole e della Autostrada attuale della Riviera Ligure; quindi un nome che ritengo debba dire qualche cosa, a meno che non si voglia ironizzare per ironizzare. Penso che sia un nome, comunque, che possa destare un certo interesse. E, come vedremo poi, questa relazione dichiara con estrema franchezza, che non esiste alcunissima difficoltà per quanto riguarda il traforo del Giovo. Esistono invece, e sono state illustrate dalla stampa, ragioni valide di natura economica, che fanno veramente pensare e riflettere, per chi ha voglia di pensare al tema, se c'è tempo, se c'è voglia di riflettere sull'argomento. A noi non pare possibile tacere, scrollare le spalle, quando, per esempio, il più diffuso quotidiano della Regione insiste con una tenacia

che da taluni è stata giudicata quasi caparbieta e ha rovesciato colonne di piombo, nel vero senso della parola, su argomenti che a volte sembra quasi abbiano saturata addirittura l'opinione pubblica. Bisogna dire che a questa voce se ne sono aggiunte altre, di comunisti, di giornalisti, di inviati speciali, che hanno preso posizione sul problema, a favore della tesi sostenuta dal quotidiano « Alto Adige ». A questo punto, dato il clima, mi si potrebbe dire la solita frase: « ormai è troppo tardi »; ed io sarei costretto un'altra volta a ripetere, a dire ancora che è sempre troppo presto o sempre troppo tardi quando si vuole eludere un problema, cioè quando non lo si vuole risolvere in un determinato modo: noi diciamo per il meglio, chi dice per il peggio, comunque non lo si vuole affrontare a fondo, a pieno. Mi pare che però, di fronte a un'opera di quel genere, di quella portata, di quella natura, il quoziente di — se mi si consente la parola — di pregiudicazione, è un po' trascurabile se esiste veramente la volontà di esaminare il problema a fondo, nelle sue componenti fondamentali, essenziali. Ci sono stati dei personaggi autorevoli che hanno cercato di tranquillizzare ambienti incerti, affermando che mancava — e questa è un'affermazione che è stata fatta ufficialmente in quel di Bolzano — da parte e dell'opinione pubblica nazionale e locale, e da parte di un tecnico di valore, una precisa, una chiara presa di posizione. Oggi direi che c'è e l'una e l'altra; c'è la presa di posizione dell'opinione pubblica nazionale e locale, c'è rispettivamente un parere di un tecnico di valore. Perché della perizia del prof. Ielmoni, noi quindi ci auguriamo che, per l'autorevolezza del nome, si proceda senz'altro ad attento esame da parte della società dell'Autostrada e non solo da parte di essa, perché sappiamo che essa è guidata dal desiderio di uscire da queste

incertezze, e forse di fare presto; ma anche da parte dei rappresentanti politici delle popolazioni non si può, a nostro avviso, ignorare un documento di tale importanza e di tale autorevolezza; bisogna quanto meno prenderne visione e poi ci si può pronunciare sullo stesso. Non è possibile trascurare la cosa, ritenendola come una suonata monocorde di un quotidiano locale soltanto. Del resto io ho qui un elenco abbastanza lungo — che potrei anche leggere, ma non lo faccio per economia di tempo — di interessi, di interessamenti cioè, sul problema da parte di molti organi di Stampa, e di opinione e anche di parte. Mi limito a citare il « Tempo », l'« Automobile », « Il Corriere della Sera », « Il Sole », « Ventiquattro ore », « La voce repubblicana », il « Tiroler tageszeitung », « Il Giorno », « Il Corriere della Sera », ancora « Il Corriere della Sera », « Il Messaggero », « il Secolo XIX », « Socialismo democratico », « La Stampa », « Il Resto del Carlino », « Il giornale d'Italia », e molti altri, che in sostanza hanno tutti elevate le loro perplessità sull'argomento, sul tema in parola, con titoli che sono anche notevolmente espressivi, vedi « La variante Merano, alternativa al budello Isarco », vedi « L'Autostrada del Brennero passerebbe per la Val Passiria », vedi « I nuovi lavori per l'Autostrada, ecc. », « Verifica o autoverifica », si polemizza sul tracciato dell'Autostrada e che so io. Sono organi d'opinione pubblica, ho detto prima, e anche di parte, che hanno sposata una tesi dopo averla, io penso, valutata e meditata, non presa così a casaccio. Dirò di più: che il problema riguarda fundamentalmente, per quel tratto, evidentemente, l'Alto Adige, e questo mi pare potrebbe essere una buona occasione, per i responsabili politici regionali, di dimostrare una certa sensibilità, una certa attenzione per un problema di tanta portata; quella sensibilità e

quella attenzione che dicono, e che hanno ripetuto anche in questi giorni, anche in queste circostanze, di avere verso gli interessi economici dell'Alto Adige. Mi pare che prima di passare alla lettura di qualche tratto della relazione stessa — i più salienti — debba chiarire un altro concetto, che è stato un po' svisato. Si dice che non è possibile tornare indietro, perché la Banca europea avrebbe assicurato il finanziamento, a condizione di seguire il tracciato Via Isarco. Questi argomenti sono stati smontati in sede centrale, da esponenti notevolmente elevati, in sede del mondo bancario, che assicurano, hanno assicurato quanto meno, che la cosa, detta in questi termini, svisa, distorce quella che può essere la verità. Probabilmente andrebbe detta in questi termini invece: alla Banca europea è stato presentato evidentemente il progetto, un progetto, quel progetto. Su di esso si è ottenuto il finanziamento; con quel finanziamento non si può realizzare che il progetto depositato, come accade del resto — e non è un miracolo — per ogni pratica bancaria, dalla più complessa alla più modesta. Basterebbe naturalmente, per capovolgere questo ragionamento, proporre la variante, per ottenere lo spostamento del finanziamento in quest'altro senso. Quindi questo ragionamento non calza, questo ragionamento non convince. Da questo, ad affermare che la banca avrebbe posta una condizione imperativa, mi pare che ci corra veramente un divario enorme. Sarebbe poi opportuno, per chiarezza, che le cose fossero precisate, non potendosi indurre facilmente in errore, lasciando credere in un atto di imperio da parte della Banca europea, atto di imperio che apparirebbe quanto meno incomprensibile, e nell'ipotesi poi di non convenienza, addirittura sembrerebbe inaccettabile. Perché noi diciamo, come hanno detto molti altri: non basta fare l'autostrada, ma bi-

sogna fare la migliore autostrada per servire il territorio e i suoi interessi economici. Del resto, signori, conoscitori dei problemi economici della nostra provincia ci dicono che i vantaggi che possono derivare dall'una o dall'altra scelta del tracciato sono incomparabili, assolutamente incomparabili. Io ve ne faccio grazia, perché del resto voi li conoscete tutti per averli più volte letti, più volte sentiti esprimere e nel dettaglio illustrare, e forse anche qualcuno di voi l'ha condivisi, magari nel proprio subcosciente. In sostanza, qualche anno fa, il traforo del Giovo e il tracciato via Merano veniva giudicato oneroso, veniva giudicato difficile, tecnicamente insoddisfacente, e oggi pare che ci si voglia installare su queste posizioni nel timore — noi abbiamo la sensazione — nel timore di essere accusati di avere sbagliata la scelta del tracciato; timore che dovrebbe assolutamente scomparire di fronte all'importanza del lavoro e soprattutto alla durata del lavoro stesso, perché in fondo non si tratta della Trento - Malé, ma si tratta dell'autostrada del Brennero. Ci auguriamo che questo non avvenga, che ognuno assuma le proprie responsabilità e che se ci sono elementi nuovi vengano veramente esaminati con spassionatezza, con attenzione e con il necessario senso della responsabilità. E, detto questo, lasciate che io legga brevemente qualche parte che ho potuto raccogliere della relazione Ielmoni. È una novità, potrebbe destare qualche interesse, in qualcuno almeno; chi non la vuol sentire può accomodarsi al bar. Inizia . . .

RAFFAELLI (assessore turismo, caccia e pesca e settore idroelettrico - P.S.I.): Sei cattivo . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Non è che sia cattivo sai, è che io sono capacissimo di par-

lare anche a me stesso, non ho nessun timore particolare. Siccome m'accorgo che l'interesse è molto scarso, non vorrei consideraste un diversivo per trascinare la discussione, perché guardate che mi son taciuto su tutta la discussione articolata, ed è soltanto su questo tema che prendo la parola; poi mi taccio e voto il bilancio.

La relazione inizia con questa paginetta: « Già nell'ottobre del 1960 il sottoscritto, avendo avuto il compito di esaminare e di riferire su di un progetto di un'autostrada per il Brennero, ebbe ad esprimere il parere essere di maggiore convenienza il tracciato per il Monte Giovo, la Val Passiria, Merano, nel tratto di autostrada compreso fra Vipiteno e Bolzano ». Al riguardo ricorda che la sua relazione ebbe a concludersi nel modo che segue: « Le enormi difficoltà di ordine topografico, geognostico, idrografico e pratico che si incontrano nella Valle dell'Isarco, da Vipiteno a Bolzano, indurrebbero ad abbandonare per l'Autostrada questo classico itinerario e a ricercare invece un altro passaggio, precisamente quello offerto dalle Valli di Giovo o del Racines e quindi da quella del Passirio. Questa soluzione, se pur comporterebbe necessariamente l'escavo di una lunga galleria, incontrerebbe peraltro ben minori difficoltà e abbrevierebbe altresì il percorso di una quindicina di chilometri da Vipiteno a Bolzano, ma soprattutto eviterebbe, oltre le anzidette gravissime difficoltà opposte dall'impervia orografia dei versanti della Val d'Isarco e dalle loro infide caratteristiche geologiche e idrografiche, massima dalla Chiusa a Bolzano, eviterebbe — si diceva — la pesante soggezione, specie durante i lavori di costruzione, della presenza di una ferrovia a doppio binario di grande importanza internazionale e di intensissimo traffico, che già oggi è in ardue con-

dizioni di esercizio, della presenza di una strada statale del pari importante, di abitati frequenti e vasti, su alcuni dei quali inoltre vige uno stretto vincolo di rispetto paesaggistico ed impianti idroelettrici insediati nella stretta e angusta valle ». Questa è l'introduzione che si richiama già a un giudizio, ripeto, del 1960. Poi continua dicendo: « Il sottoscritto avendo accettato l'incarico, presenta ora qui di seguito una prima relazione dello studio svolto in questo breve tempo, con la collaborazione dell'ing. Luigi Becco, suo assistente alla cattedra di costruzioni stradali, ferroviarie e aeroportuali della facoltà di ingegneria del Politecnico di Milano e con la consulenza del prof. Luigi Peretti, geologo del Politecnico di Torino. La relazione ovviamente non poteva escludere anche un esame di confronto con la soluzione ufficiale, che come è noto scende invece da Vipiteno a Bolzano per la Valle dell'Isarco come la ferrovia e la strada statale ». Quindi i temi sono due: anzitutto un esame della variante, con le sue caratteristiche fondamentali, con le difficoltà che ci sono e soprattutto con i dati precisi, relativi a queste difficoltà, e poi un confronto, un parallelismo con le difficoltà, viceversa, della Valle Isarco. Io sintetizzerò al massimo queste due parti, perché evidentemente ho solo un sunto molto breve di quella che è l'ampia relazione in materia. Parliamo della galleria anzitutto. Dice: « La galleria sarebbe costituita, nella sua versione definitiva, da due vani paralleli, uno per ciascuna direzione di marcia, che sarebbero capaci assieme di consentire un movimento orario massimo di 3500 veicoli. A questo limite verrebbe proporzionata, come si dirà, la potenzialità definitiva degli impianti meccanici di ventilazione. Infatti, come dimostreremo in seguito, basterebbe realizzare in un primo tempo uno solo dei due vani,

per smaltire il traffico anche delle massime punte orarie che sono da presumere in questo primo periodo, che avremo calcolato della durata di una diecina d'anni, ossia un volume di oltre 1200 veicoli all'ora. Questa considerazione porterebbe ad una notevole economia, di quasi 11 miliardi — si parla di miliardi, noi non ne abbiamo molti a disposizione — per il risparmio che si avrebbe negli investimenti iniziali, valutabile, questo risparmio, come si vedrà — dice — in ben 23 miliardi; economia conseguente agli interessi capitalizzati di codesto grosso risparmio. D'altronde la necessità di avere in esercizio entrambi i vani della galleria si manifesterebbe, secondo i calcoli di previsione che esporremo, soltanto all'11° anno, e la loro coesistenza porterebbe allora la capacità della galleria a 3500 veicoli all'ora, ossia il traffico della trentesima ora di punta, preventivabile addirittura a dopo il 30° anno di esercizio dell'Autostrada ». Per quanto riguarda ancora la galleria dà altre caratteristiche e dice che avrebbe la lunghezza di m 10.950, con pendenza unica di neppure l'1,13% in discesa verso sud, fra l'anzidetta quota di m 985 s.m. e quella di m 860 s.m., dove sboccherebbe nella valle del Val-tina a circa 1300 m a nord - est di S. Leonardo in Passiria. Parla poi delle distanze inter-assiali fra i due vani gemelli, che si avrebbero nella forma definitiva di realizzazione del progetto, e si converrebbe, dice, pari a una trentina di metri, sia per assicurare una conveniente larghezza al diaframma di roccia da lasciare fra i due vani paralleli, sia per consentire fra i due l'insediamento delle centrali intermedie di ventilazione in caverna, disposte ciascuna alla base di ognuna delle tre copie di camini previste lungo il sotterraneo. E dà i dati precisi per quanto riguarda ogni vano: « Nella sezione allegata — dice — sarebbe

largo al piano variabile m 8,50, comprendente una carreggiata di m 7, due corsie di m 3,50 ciascuna, la prima per la marcia normale, la seconda per il sorpasso, un passo pedonale di servizio sulla sinistra di m 1, che include anche l'ingombro, circa m 0,25 della barriera elastica e sulla destra uno spazio di circa m 0,50 per l'altra barriera elastica ». Conclude su questo argomento, dicendo: « Come si vede nella figura, la sezione libera per la circolazione veicolare sarebbe in ogni tubo di circa 42 mq e vi si vede pure che la sezione stessa consentirebbe il transito anche di veicoli con sagoma eccezionale: m 4 di larghezza, 4,75 di altezza ».

Mi pare che con questi dati il prof. Ielmoni toglie ogni e qualsiasi nube, ogni e qualsiasi difficoltà che si possa elevare ancora sulla questione del traforo del Giovo, sia per quanto riguarda l'ampiezza, la viabilità, la transitabilità dei veicoli, ecc. C'è un sacco di dati, di grafici, ecc., che io non ho neppure raccolti, perché oltre tutto non sono il tecnico che li intende — altro che istintivamente, amico Raffaelli — e quindi non sono in grado naturalmente di illustrarli neppure; in effetti conclude su questo argomento, dicendo che la differenza fra i due percorsi, ponendo l'origine di entrambi al Brennero, vale a dire, come si è or ora detto, all'origine del tracciato ufficiale, risulterebbe pari a km 13,300; da km 89,200 a km 75,900, vale a dire con un favore per la variante di 13 km e 300 m. Continuano ancora dati a non finire, e per quanto riguarda la scelta della altezza altimetrica del tunnel, il prof. Ielmoni ha fatto una serie di possibilità, a partire da quella che era stata inizialmente prospettata dall'ing. Wacker-nell, lunga m 4815 posta a 1232 m di altezza sul livello del mare, per scendere ad una di 5650 a 1200 metri sul livello del mare, ad

una di 6450 a 1210 m sul livello del mare, e finalmente ad una di 7900 a 1170, e poi quella da lui proposta e da lui sostenuta di 10.950 posta a 985 m sul livello del mare. Dice che questa ultima soluzione consente di evitare una nociva contropendenza in Val Racines, di attenuare sensibilmente le pendenze medie generali, sia lungo questa valle, sia lungo quella del Passirio, e particolarmente la preoccupazione di permettere una circolazione celere, scorrevole, economica, al forte volume di traffico, prevedibile sulla grande arteria di comunicazione internazionale, che ha fatto determinare il favore per quest'ultima, alla quale è stato accordato, dopo lunga meditazione, il parere positivo dello stesso prof. Ielmoni. Non mi dilungo a parlare di natura geologica, ecc., perché son tutte cose che considera di estrema facilità. E conclude questa prima parte dicendo: il tracciato della galleria consentirebbe l'apertura di tre camini, che in realtà, come si è già accennato, sono tre coppie di camini, in quanto di ciascuna coppia un camino servirebbe all'evacuazione dell'aria inquinata e l'altro alla presa di aria pura. Le tre coppie di camini sarebbero ubicate rispettivamente alla metà e a ciascun quarto all'incirca della lunghezza delle gallerie, le quali sarebbero entrambe servite dalle stesse coppie di camini, in quanto questi avrebbero la base nelle accennate centrali di ventilazione poste in caverna, e che sono infatti anch'esse in comune alle due gallerie tra le quali sarebbero interposte. Poi finisce col dire che, a proposito di tempi di realizzazione in totale, l'apertura completa degli scavi di tutta la galleria potrebbe avvenire in 800-850 giorni e quindi preventivando in altri 9-10 mesi l'ultimazione delle opere complementari e quelle dell'installazione e messa in funzione degli impianti, riteniamo che la

galleria potrà essere messa in esercizio nei termini di tre anni; ossia, supponendo di iniziarla ai primi del '67, possiamo confidare di avere in attività l'intera variante fin dal principio del 1970. E ancora una serie di altri calcoli relativi al traffico, partendo da un traffico di 3 mila veicoli al giorno con 360 veicoli ora, all'inizio del 6° anno di 6.035 veicoli giorno, 750 veicoli ora, all'inizio dell'11° anno 9.720 veicoli giorno, 1.200 veicoli ora, al 31° anno 25.800 veicoli giorno, 3.100 veicoli ora. « Poiché — dice — come si era detto, gli impianti di ventilazione meccanica verrebbero commisurati nella fase definitiva dell'opera, ossia verso il 10° anno, quando verrebbe aperta anche la seconda galleria per il passaggio di 3.500 veicoli all'ora, si rileva come gli impianti stessi sarebbero sempre largamente sufficienti ad assorbire anche le punte massime eccezionali, cioè quelle che superano il limite della 30ª ora di punta. Il che dunque fa ritenere che in nessun momento il movimento veicolare dovrebbe mai essere rallentato nel passaggio in galleria ».

Vi faccio grazia di un sacco di altre cose. Per quanto riguarda il costo, dopo calcoli riassuntivi, per la realizzazione della variante, arrotonda a 87 miliardi e mezzo, pari a circa 1 miliardo 350 milioni il chilometro, che però verrebbero poi ridotti, in quanto abbiamo detto che sarebbe fatta in due tempi; abbiamo detto che c'è la capitalizzazione del risparmio stesso, ecc. Pertanto, applicando il procedimento di realizzazione graduale della grande galleria, quale il sottoscritto la propone e raccomanda, in quanto rappresenta, secondo lui, un modo veramente razionale di investimento, la variante di Monte Giovo verrebbe in realtà a costare soltanto circa 76 miliardi e mezzo anziché gli 87 miliardi e mezzo denunciati

dianzi; quindi con un vantaggio di natura economica.

E passa alla seconda parte, dove per forza io debbo dire qualche cosa: il confronto cioè con quella che è la tesi ufficiale della Valle Isarco. « È pur necessario — diceva — procedere al confronto della variante con il tracciato ufficiale e considerare le caratteristiche tecniche di questo, per dedurne, usando la massima possibile obiettività, gli effettivi oneri di spesa da esso imposti da Vipiteno a Bolzano, più precisamente dal punto di distacco della variante, al rientro della variante medesima nel tracciato ufficiale. Figuravano — dice — negli elaborati ufficiali del tronco in questione, da Ceves a Valle di Bolzano, una ventina di gallerie, per lo sviluppo complessivo non inferiore a 8.000 metri, e una quarantina fra grossi viadotti e ponti per questi, calcolando solo quelli di lunghezza superiore a 30 metri, per una lunghezza totale dell'ordine dei 9 mila metri ». Queste sono cifre, signori. Una ventina di gallerie, per un complesso di 8 mila metri, e una quarantina di viadotti, di ponti, calcolando solo quelli di lunghezza superiore ai 30 metri, per una lunghezza totale di 9 mila metri; con l'aggravante però, per il tracciato ufficiale, del disagio creato dalla esistenza della ferrovia e della strada statale, nonché di un numero assai maggiore di insediamenti abitati da circuire e oltrepassare. E adesso fa un po' l'esame del tracciato e veniamo a quel famoso tratto del tracciato, che è *sub judice* anche per l'opposizione della Giunta provinciale, per la quale ci si attribuiscono delle responsabilità di ritardatori, di volere cioè ritardare, anziché delle ragioni valide dal punto di vista paesaggistico e da tutti gli altri punti di vista. « Da Bressanone alla Chiusa — dice —, a Ponte Gardena, il tracciato ufficiale verrebbe, fra l'al-

tro, ad attraversare in corrispondenza di Bressanone aree fabbricabili di notevole valore, e imporrà opere di sostegno di mole cospicua e una galleria parietale di quasi 800 m, in una posizione che a noi sembra particolarmente delicata nei confronti della ferrovia. Ancor peggiore appare il tronco da Chiusa a Bolzano, che indubbiamente racchiude — come si è già avuto occasione di sottolineare — dei tratti anche assai lunghi, di estrema difficoltà tecnica e pratica, in quanto la valle, in questo tronco, si mantiene quasi ovunque assai stretta, con versanti ripidi e infidi, soggetti a frequenti scoscendimenti di massi e dove le pochissime e avare posizioni, appena favorevoli, sono già occupate dalla ferrovia e dalla strada statale. Si renderanno perciò necessari parecchi manufatti e frequenti e non brevi gallerie. A Cardano, Cornedo all'Isarco, verrebbe interessata una centrale idroelettrica, e appare molto dubbia l'attuazione di un passaggio del genere. Ma il culmine delle difficoltà, ci sembra da individuare nel successivo tratto presso Bolzano, tanto che reputiamo addirittura impossibile oltrepassare la città, se non ricorrendo ad una galleria di 4 km, che con l'imbocco un poco ad ovest della confluenza della Val d'Ega, ossia in corrispondenza di S. Martino, perfori le falde nord-occidentali del Monte Rosso, sotto Santa Geltrude e Castel Flavon, sboccando a sud del cimitero e quindi scavalcando la strada statale e la ferrovia. Questa galleria, che a noi pare indispensabile — non potendosi, a nostro avviso, attraversare l'area edificata del capoluogo con un lunghissimo viadotto, come sembra si voglia fare, che oltre a tutto rappresenterebbe uno sfregio che non esitiamo a definire di inaudita gravità al carattere ambientale bolzanino — comporterebbe la necessità dell'installazione di un impianto di ventilazione meccanica.

Per cui il solo costo della galleria non dovrebbe risultare molto inferiore ai 12 miliardi ». Queste sono le considerazioni sul tratto Chiusa - Bolzano, e mi pare che queste considerazioni siano abbastanza chiare, provenendo non da me e non dal mio partito, ma da un uomo della statura di Ielmoni. Tutto sommato — dice — con la scorta della esperienza derivatagli dallo studio dei progetti costruttivi dell'autostrada del Sole, da Milano a Napoli, della Genova - Sestri Levante e della Messina - Catania, per limitarsi a questi soli, si ritiene in grado di asserire che il costo consuntivo del tracciato ufficiale, qualunque siano le cifre del preventivo attuale del progetto, dovrebbe essere sicuramente non inferiore al seguente, cioè a 85 miliardi. Pertanto la differenza di costo fra il tracciato ufficiale e quello della variante Merano, come dicevo poc'anzi, che risultava di 76 miliardi 500 milioni, è di 8 miliardi e 500 milioni. Il sottoscritto reputa in ogni modo di avere considerata e la variante e il tracciato ufficiale, in quanto a costi alla medesima stregua; ed è convinto di non essersi lasciato trascinare da opinioni preconette, anche se da sempre giudicava, come giudica ancor oggi, oggi anzi più di prima, dopo questo esame, che il percorso da Vipiteno a Bolzano per le valli del Ridanna, del Racines, del Passirio e dell'Adige, è più favorevole sotto molteplici aspetti di quello ufficiale, ancorché quello comporti di necessità una lunga galleria. Dobbiamo peraltro — conclude — dare anche il giusto peso, che è tutt'altro che da trascurare, per la sua rilevante importanza, al grave disagio che durante tutto il periodo della costruzione del tracciato ufficiale nella Valle dell'Isarco subirebbero, sia la ferrovia, il cui esercizio è già tanto arduo, sia la strada statale, la quale è fin da ora in condizioni di percorribilità estre-

mamente difficoltose, tanto da far considerare con molta preoccupazione le giuste argomentazioni del prof. Zignoli, quel suo collaboratore di cui ho parlato prima, in merito ai già constatati sintomi di inizio di diserzione del traffico turistico su codesta strada statale. Ed è ben noto, poiché è l'esperienza che lo insegna, che il dirottamento delle correnti turistiche è facile da avvenire, ma risulta poi assai difficile il recuperarlo. Ma a queste pur tanto importanti considerazioni, che già di per sè potrebbero far oscillare l'ago della bilancia a deciso favore della variante, si deve aggiungere ben altro, precisamente il beneficio che lucrerebbe la massa degli utenti per la minore percorrenza virtuale, cioè km 10,600, realizzata dalla variante nei confronti del tracciato ufficiale. E qui, attraverso calcoli che io non sono in grado assolutamente di intendere — e penso nessuno di noi, neanche quelli che magari si danno le arie di capirli, potrebbero intenderli — giunge a queste considerazioni: risparmio che deriverebbe all'economia generale dell'autostrada, risparmio da ripartirsi nel modo che si vorrà, fra la collettività degli utenti e la gestione dell'autostrada stessa, a seguito del minor costo di percorrenza consentito da Vipiteno a Bolzano dalla variante rispetto al tracciato ufficiale. Il risultato appare veramente vistoso: oltre 15 miliardi e mezzo.

Ripeto che non ho altro da aggiungere, perché la conclusione è il giudizio nettamente favorevole, per quanto riguarda l'autostrada, alla variante di Merano, da Vipiteno a Bolzano, rispetto al tracciato ufficiale. Questa relazione sarà resa evidentemente di pubblica ragione, sarà portata a conoscenza degli organi più responsabili dell'autostrada nella sua completezza, non soltanto in un sunto modesto, sintetico, rapido, che io ho dovuto fare in

questo momento, anche perché ormai l'Assemblea è stanca e siamo a conclusione dei lavori e io non intendo assolutamente prolungarli di più e sentirmi magari altri rimproveri dal momento che sono stato un po' la pietra dello scandalo di questa discussione. Sentivo il bisogno di dirle queste cose, signori, perché secondo l'avviso, non mio personale, non della mia parte, ma di molti, non è mai troppo tardi per esaminare una posizione che potrebbe essere risultata sbagliata inizialmente nella sua scelta. Di fronte a dati concreti, precisi, a calcoli, al parere cioè di un uomo che ha tutto il rispetto nel campo nazionale e internazionale, mi pare che sia venuto anche qui il momento della verità, il momento di riesaminare questo argomento. Del resto non è che non ci sia da fare, perché se noi volessimo metterci a lavorare da Bolzano a Modena, avremmo da fare finché vogliamo, e anche i due-tre mesi necessari per eventuale ripensamento, per eventuale revisione del tema o quanto meno per un esame più approfondito, non sarebbero certo quelli che ci rovinano. Allora, a chi dice questo, dovremmo ricordare che se fosse stata consegnata all'IRI a suo tempo, anziché passata alla società concessionaria, probabilmente l'autostrada sarebbe già fatta, già operante, già in atto, come c'è tutta quella del Sole, quasi da Milano fino a Reggio Calabria o poco meno. Io, ripeto, questo l'ho dovuto dire, l'ho dovuto fare, perché mi pare che le considerazioni meritino di essere esaminate da un punto di vista economico, da un punto di vista tecnico, da molti punti di vista.

Avrei ancora una specie di pro-memoria, che riflette quelli che sono, in sostanza, i punti fondamentali e salienti di queste argomentazioni che riassumo brevemente e concludo: abbiamo già detto che il tracciato

Brennero-Vipiteno-Bressanone-Bolzano è stato essenzialmente motivato da ragioni di carattere tecnico, cioè dalle perplessità suscitate dal famoso traforo del Giovo, necessario per la variante. Questa motivazione coincideva anche — nessuno si offenda, non si parli di campanilismo, di antitrentinismo od altro — con il desiderio degli ambienti economici e politici trentini, partecipi della società dell'autostrada, di assicurare, col tracciato della Val d'Isarco, il transito obbligato per Trento di tutto il traffico da nord a sud. Evidentemente questo desiderio è legittimo, desiderio che nessuno può contestare. Le esperienze fatte recentemente dai trafori del Gran San Bernardo, del Monte Bianco, ecc., hanno fatto cadere tutte le motivazioni tecniche della scelta, mentre sulle caratteristiche negative di questa, hanno attirato l'attenzione piuttosto le recenti alluvioni — c'è stato anche altro partito, che siede qui in aula e che ci è molto vicino, molto caro, che a suo tempo aveva posto l'accento su questo aspetto — le alluvioni dell'estate scorsa, che hanno provocato ripetute interruzioni del traffico stradale e ferroviario. In sostanza oggi ci sono motivi per riprendere in considerazione questo tracciato, sostenuto ormai — diciamo pure — da tecnici di fama europea, non più da ingegnerucoli qualsiasi, nostrani o di altra regione. Tanto più se si tiene conto che il maggior ritardo nel completamento dell'opera sarebbe compensato largamente dai risultati e dalle conseguenze benefiche di una migliore scelta del percorso, mentre nel frattempo si potrebbe costruire il lungo tratto da Bolzano a Modena, come dicevo poc'anzi, e procedere al miglioramento della statale n. 12, non ingombrata dalla costruzione dell'autostrada. Posto questo, resta da considerare che il percorso per Bressanone, rispetto all'altro, non offre

veramente alcun vantaggio e presenta invece parecchi svantaggi assai gravi, e principalmente, l'abbiamo detto, l'immissione dell'autostrada nel budello della Valle d'Isarco, già intasato dalla statale n. 12, dalla ferrovia, ecc. e le difficoltà, alcune delle quali ancora non del tutto individuate, di una valle idraulicamente insidiosa, come si è visto e come è stato dimostrato, l'attraversamento dell'abitato di Bolzano, con assoluta mancanza di spazio, e mi rifaccio alle considerazioni di Ielmoni, cioè alla sopraelevata, cosiddetta, che diventerebbe veramente una bruttura che non potrebbe essere inserita insomma nell'ambiente paesaggistico della città di Bolzano, oppure la galleria di 4 km, che taglia nettamente la città stessa. In più il percorso per l'Isarco incanalerebbe i traffici da nord e sud e viceversa, ma avrebbe scarse conseguenze per lo sviluppo dell'economia altoatesina, perché passa via, di passaggio, in una zona che per quanto riguarda gli effetti locali, è servita da comunicazioni, come la statale n. 12 e la ferrovia. La via per Merano non presenta nessuno di questi svantaggi, rispetto a quella per Bressanone, e offre invece qualche altro vantaggio: l'attraversamento di valli larghe e comode come la Passiria e la Val d'Adige, senza difficoltà incognite di carattere geologico e idraulico; il percorso inferiore, magari di pochi chilometri — si tratta di 10-11 km, d'accordo — l'aggiramento della città di Bolzano da ovest, senza toccare l'abitato, ma vantaggi però ancora più importanti, di carattere economico e sociale. Infatti, dato che l'attuale strada da Merano a Vipiteno per il Giovo è praticamente disertata dal traffico, a causa dei dislivelli del passo del Giovo, della sua intransitabilità per quasi tutti i mesi dell'anno, l'autostrada per Merano costituirebbe una arteria del tutto nuova per la zona occidentale

dell'Alto Adige, mentre la zona orientale verrebbe sempre servita, direi ottimamente — lasciatemelo usare questo termine —, dalla statale n. 12 e dalla ferrovia. Si creerebbe così, nel massiccio centrale delle montagne per Sarentino di tutta la vallata, un quadrato di grandi comunicazioni, con vertici Bolzano, Merano, Vipiteno e Bressanone, nessuno escluso, sul quale confluirebbe direttamente o indirettamente tutto il restante sistema viario altoatesino, con l'aggiunta della costruenda strada d'Alemagna tra Venezia e Monaco e della strada da e per la Lombardia, attraverso il traforo dello Stelvio, il quale traforo dello Stelvio, non dimentichiamolo, verrebbe certamente costruito, qualora vi fosse la vicina autostrada Bolzano-Merano-Vipiteno-Bressanone a convogliare il grande traffico dalla Lombardia alla Germania e viceversa, altrimenti difficilmente verrebbe costruito.

Qui si inserirebbe il discorso, che è già stato fatto pubblicamente sulla stampa e che io non riprendo, della Valle di Non e della Valle di Sole e della loro valorizzazione turistica, cosa che io non faccio, perché lascio alla meditazione — come dice sempre il Presidente Dalvit — alla meditazione dei molti consiglieri che sono stati eletti nelle due valli, queste considerazioni. L'Alto Adige, concludo, diverrebbe così una zona non solo di transito, come sarà, se l'autostrada sarà quella che è stata ideata e che penso è voluta, ostinatamente voluta dalla società Autostrada, ma una zona di raccolta e di smistamento di un traffico senza uguali, in tutto l'arco alpino. Le conseguenze di ordine economico e sociale, è inutile che le stia ad elencare, sono incommensurabili, tali da influire sugli sviluppi di molti ma molti decenni a venire, anche per quanto riguarda la disoccupazione, anche per quanto riguarda l'emigrazione di una notevole

parte della gioventù locale, superflua oggi alle tradizionali attività agricole.

Io ho finito, signori; so di aver fatto il mio dovere, anche se l'ho fatto in un'aula sorda e grigia — lasciatemelo dire — che mi ha ascoltato poco e malvolentieri. L'ho fatto perché era mio dovere il farlo e spero, mi auguro, che gli organi responsabili vogliano prendere in esame e in considerazione quelle che sono le relazioni ultime e soprattutto il parere di illustri tecnici che sull'argomento si sono pronunciati, come ho detto poc'anzi.

PRESIDENTE: Cons. Molignoni, « l'aula sorda e grigia » poteva risparmiarlo veramente, perché l'aula è stata cortese ad ascoltare lei . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ho continuato a parlare fra il disinteresse generale.

PRESIDENTE: Sì, come gli altri, non di più e non di meno degli altri che hanno parlato . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Comunque mi scusi, mi scusi pure; guardi, non ho difficoltà a chiederle scusa . . .

PRESIDENTE: Ha chiesto la parola ancora il cons. Unterpertinger.

UNTERPERTINGER (S.V.P.): Ich werde die Geduld der Herren Kollegen nicht sehr lange in Anspruch nehmen. Aber ich glaube, daß es notwendig ist, auch die Gegenstimme hören zu lassen. Ich wollte zu dem Thema nicht Stellung beziehen, aber nachdem der Herr Kollege Molignoni auch als Nichttechniker dazu Stellung bezogen hat, glaube ich, ist es notwendig, daß auch jemand anders sich zu Worte meldet, der nicht ganz der

Meinung des Herrn Kollegen Molignoni ist. Ich bin tatsächlich der Ansicht, daß dieses Argument heute hier im Regionalrat zu spät behandelt wird. Die vollendeten Tatsachen sind da und können nicht geleugnet werden, und ich kann dem Kollegen Molignoni den Vorwurf nicht ersparen, daß er Schaumschlägerei betreibt, die niemandem nützt. Denn, seien wir uns im klaren: über dieses Thema könnten wir ein ganzes Jahr lang sprechen und wir würden uns wahrscheinlich nicht einigen, denn die Argumente und Gegenargumente würden nie aufhören und der Befürworter der einen oder anderen Lösung würde immer noch ein zusätzliches Argument finden. Ich glaube, wir können die Entscheidung so, wie sie getroffen wurde, akzeptieren, schon auch deshalb, weil wir nichts mehr daran ändern können. Nachdem fast vollinhaltlich ein Dokument des Herrn Prof. Jelmoni verlesen wurde, erlaube ich mir, einige Zitate aus der heutigen deutschsprachigen Tageszeitung zu bringen, Zitate desselben Prof. Jelmoni von Mailand, — aber wenn es nicht stimmen sollte, dann habe ich es « relata refero » auch nur aus der Zeitung entnommen. Aber dieser Prof. Jelmoni, laut Zeitung, hätte im Jahre 1963 in Turin gesagt, daß Tunnels immer ein Verkehrshindernis darstellen und daß die Lüftung sehr schwierig und sehr kostspielig wäre; daß eine geringe Anzahl von Autos pro Stunde durchfahren könnte, wodurch eben die Tunnels ein Verkehrshindernis darstellten, auch durch die Begrenzung der Geschwindigkeit, die sowieso vorgeschrieben werden muß; und außerdem, daß auch der psychologische Faktor nicht zu übersehen ist. Von einer Person, die kürzlich den Montblanc-Tunnel durchfahren hat, wurde mir berichtet, daß man ganz und gar kein gutes Gefühl hat, wenn man so lange Tunnels durch-

fährt. Herr Kollege Molignoni selber sagte — und das war uns aus der Zeitung auch bekannt —, daß der geplante Tunnel durch den Jaufenpaß ja 11 Kilometer lang werden soll. Ich muß da noch hinzufügen, daß ich persönlich ein großer Feind von Tunnels bin und ich glaube, daß mir da viele Autofahrer recht geben. Der Tunnel ist ein Hindernis und ich wäre der Meinung, man sollte nicht nur den Jaufen-Tunnel vermeiden, sondern sollte versuchen, auch im Eisacktal möglichst die Tunnels auszuschalten. Man sollte auch mehr Kosten in Kauf nehmen, nur um Tunnels zu vermeiden, denn wir alle wissen aus eigener Erfahrung — bitte, zumindest die kurzen Tunnels, die ich kenne —, daß kaum einer dicht ist; das Tropfwasser — zumindest in den kurzen Tunnels, die von Bozen nordwärts verlaufen —, ist nicht zu vermeiden. Die Folge davon ist, daß der Straßengrund immer offen ist. Tunnels sind ein Hindernis und man kann sie leichter, glaube ich, im Eisacktal vermeiden als unter dem Jaufen. Das dürfte klar sein.

*(Interruzione.)*

UNTERPERTINGER (S.V.P.): Ja, das stimmt. Aber mir ist auch bekannt, daß es Bautechniken gibt, die es durchaus möglich machen, die Autobahn von Tunnels freizuhalten. Man brauchte sich nur dazu zu entscheiden, die Autobahn einfach über den Eisack zu bauen, und zwar lauter Brücken. Wir kennen alle vom Hörensagen das System Finsterwalder und ich kann mir vorstellen, daß man das ohne weiteres auch in der Talsohle anwenden könnte. Dann hätten wir eine Autobahn, die sicher und beinahe frei von Tunnels wäre, abgesehen davon, daß ein großer Unterschied besteht zwischen dem

Durchfahren einer Galerie oder eines Tunnels von 700-800 Metern oder eines Tunnels von 10-11 Kilometern. Da besteht natürlich ein großer Unterschied. Nun führt man als Argumente für Meran an, daß das Land besser erschlossen würde. Ich sehe diese bessere Erschließung nicht. Was man vom Osten Südtirols wegnehmen würde, würde man eben gegen Westen verlagern. Und wenn man unbedingt dieses famose Verkehrsherz, wie es der « Alto Adige » so rührend darstellt, um die Sarntaler Berge anlegen will, dann kann man es auch umgekehrt anlegen: Man kann ja durch das Eisacktal die Autobahn bauen und nachher die Verbindung obenher herstellen, wenn man schon meint, daß dadurch die Wirtschaft von Meran in derartiger Weise gefördert werden könnte. Andererseits habe ich gehört, daß, wenn durch den Jaufen gebaut würde, man durch das Eisacktal eine Schnellstraße vorsehen würde. Ich sehe mehr Möglichkeit, die Schnellstraße von Bozen nach Meran zu machen. Das ist ganz bestimmt nicht mit mehr Kosten verbunden. Und wenn die Schnellstraße gebaut werden soll, warum wollen wir hier im Regionalrat darum kämpfen, die teurere Schnellstraße bauen zu dürfen oder beim Staat wegen der teureren Schnellstraße vorstellig werden zu müssen? Es ist sicher leichter, die billigere durchzuführen und ich bin überzeugt, daß Meran durch eine Schnellstraße von Bozen aus ausgezeichnet verbunden ist.

*(Interruzione.)*

UNTERPERTINGER (S.V.P.): Ja, diesbezüglich habe ich allerdings auch Daten gesehen, die nicht ganz genau so sind, wie die von Ihnen hier gebrachten. Ich kann mich auch nur auf die Feststellungen der Techni-

ker berufen. Mir wurde gesagt, daß das nicht so ganz genau stimmen soll. Man sagt, es ginge mehr Grund verloren, wenn man durch das Eisacktal fährt. Nun, davon bin ich nicht ganz überzeugt, denn der Grund über Schönna her und durch das Etschtal dürfte wahrscheinlich wertvoller sein als der in Brixen und vor allem wertvoller als der in der Eisackschlucht. Man muß wohl auch sagen, daß man beim Anlegen von Straßen — ich zumindest habe das in meiner ganz kurzen Erfahrung in einer Gemeindeverwaltung auch festgestellt — möglichst die natürlichen Wege sucht, und der natürliche Weg ist, glaube ich, schon der Kanal von Nord nach Süd, wenn man so sagen darf. Geben wir einmal zu, daß es ein Kanal ist. Aber der natürliche Weg ist der und wir haben doch den günstigen Übergang am Brenner als einzigen Paß mit ganz geringer Meereshöhe. Warum gehen wir dann noch einen zweiten Paß suchen? Mir leuchtet das nicht ein. Wenn wir schon den zweiten Paß haben wollen, ja, dann fahren wir doch um Gottes willen unter dem Penser Joch hindurch; das ist noch der direktere und sicher kürzere Weg, wenn man das auch noch sagen darf. Die Vorteile durch das Eisacktal sind nicht zu übersehen: der natürliche Weg, der historische Weg; hierzu kommt vor allem auch ein gleichmäßiges Gefälle von Nord nach Süd und die Möglichkeit — davon bin ich überzeugt — auch viele Tunnels zu vermeiden, das wäre schon sehr viel. Man darf auch bei den Tunnels nicht vergessen, daß die Betriebsspesen schwer ins Gewicht fallen. In dem Moment, wo man lüften muß, sind die Ventilatoren zu betreiben und dazu ist noch die Beleuchtung zu bezahlen. Das alles fällt bei den Betriebsspesen schwer ins Gewicht. Das alles zusammen, glaube ich, sind Argumente, die nicht ganz zu übersehen sind und

es darf auch darauf hingewiesen werden, daß in Rom ja nicht für das Eisacktal-Projekt entschieden wurde, ohne daß man die Variante über Meran gekannt hätte; die war dort auch bekannt. Deswegen war es auch möglich, ein vergleichendes Studium anzustellen; man konnte die Vorteile des einen und des anderen abwägen und feststellen, daß die Eisackstraße vorzuziehen ist. Nun muß ganz am Schluß noch vielleicht eine Klarstellung gemacht werden und dann bin ich am Ende. Herr Kollege Molignoni hat sich sehr bemüht, seine These mit Argumenten technischer Natur zu untermauern. Bitte, er zitiert einen Techniker. Aber es ist mir klar, daß Prof. Jelmoni für das Projekt beauftragt wurde und auch dafür bezahlt wird. Es ist wohl so, daß . . .

*(Interruzione.)*

UNTERPERTINGER (S. V. P.): Das stimmt. Deswegen kann man nicht sagen, daß das eine Argument richtiger als das andere wäre. Dann steht das eine gegen das andere; der eine ist bezahlt und der andere ist bezahlt und man kann beinahe alles beweisen, wenn man dafür bezahlt wird.

*(Interruzione.)*

UNTERPERTINGER (S. V. P.): Auch der Techniker ist bezahlt worden, das ist klar. Und bleiben wir ehrlich! Ich habe keine Schwierigkeiten zuzugeben, daß ich « pro domo mea » spreche; das ist klar, so wie es klar ist, daß auf der anderen Seite, welche die Meraner Trasse unterstützt, auch für das eigene Interesse gesprochen wird. Ich bin da wirklich, glaube ich, so ehrlich zuzugeben, daß die Objektivität auf beiden Seiten nicht vorhanden sein kann. Ich weiß zwar nicht,

was Kollege Molignoni für ein Interesse an Meran hat. Ich bin aber überzeugt, daß die ganze Aktion, sei es des « Alto Adige », sei es selbstverständlich der Gesellschaft in Meran, und sei es auch die Stellungnahme des Kollegen Molignoni, von Interessen inspiriert ist, — nicht privaten Interessen, um Gottes Willen! Ich habe auch keine privaten Interessen. Aber bei der Eisackstraße habe ich eine Talschaft zu vertreten, das ist ganz klar, das Pustertal, und das sage ich auch ganz offen. Die technischen Argumente werden nicht aufhören. Ich sagte schon am Anfang, die Diskussion könnte Jahre dauern. Nehmen wir die Tatsache zur Kenntnis, wie sie heute ist, nachdem die Entscheidung einmal gefallen ist. Versuchen wir eher, alles dazuzutun, daß die Realisierung möglichst bald erfolgen möge. Andererseits, wenn man sagt, durchs Eisacktal fahre alles schnurstracks in ungeheurem Tempo durch und über Meran würden die Leute anhalten, so glaube ich das nicht. Die Leute werden nach Südtirol kommen, wenn sie entsprechend behandelt werden, wenn die Werbung entsprechend ist und wenn der Aufenthalt entsprechend angenehm gestaltet wird. Dann werden sie so und so, auf der einen und auf der anderen Trasse, nach Südtirol kommen.

*(Non intendo mettere a lungo alla prova la pazienza dei signori colleghi, ma credo che sia necessario far suonare anche l'altra campana. Non avevo intenzione di prendere posizione sul tema, ma visto che lo ha fatto anche il collega Molignoni, senza essere un tecnico, credo necessario che prenda la parola anche qualcuno non completamente dello stesso parere del collega Molignoni. Effettivamente mi pare che l'argomento in oggetto venga trattato oggi in Consiglio regionale*

*con eccessivo ritardo. Ormai siamo davanti al fatto compiuto che è innegabile ed io non posso risparmiare al collega Molignoni il rimprovero di voler alzare un polverone che non giova a nessuno. Infatti, volendo esser franchi, potremmo parlare per tutto un anno sull'argomento e non riusciremmo probabilmente a metterci d'accordo perché gli argomenti pro e contro non si esaurirebbero mai ed i sostenitori di una o dell'altra soluzione troverebbero sempre un altro argomento. Credo che possiamo accettare la decisione così come la si è presa, anche semplicemente per il fatto che non siamo più in grado di cambiarla. Dopo che è stato letto, quasi integralmente, un documento del prof. Jelmoni, mi permetto di citare alcuni passi dal giornale in lingua tedesca di oggi, passi che sono citazioni dello stesso prof. Jelmoni di Milano. Se essi non dovessero corrispondere a verità, allora prego, relata refero, è quanto ho letto nel giornale. Secondo il quotidiano il prof. Jelmoni avrebbe affermato nel 1965 a Torino che le gallerie rappresentano sempre un ostacolo per il traffico e che la loro areazione sarebbe difficile e costosa; inoltre che la frequenza degli attraversamenti per ogni ora sarebbe piuttosto bassa. Per queste ragioni le gallerie rappresenterebbero appunto un ostacolo per il traffico, anche a causa del limite di velocità che sarebbe comunque necessario introdurre, ed inoltre che non bisognerebbe trascurare il fattore psicologico. Qualcuno che di recente ha attraversato il traforo del Monte Bianco mi ha raccontato che non si prova affatto una piacevole sensazione a dover attraversare una galleria tanto lunga. Il collega Molignoni stesso ha affermato — ciò che si sapeva già dai giornali — che il traforo in programma attraverso il Passo del Giovo dovrebbe avere una lunghezza di 11 km. Devo*

*aggiungere ancora che sono un acerrimo nemico delle gallerie e credo che molti automobilisti mi daranno ragione. Una galleria è sempre un ostacolo ed io sarei del parere di evitare non soltanto il traforo del Giovo ma di limitare il più possibile le gallerie anche nella valle dell'Isarco. Bisognerebbe accettare anche maggiori spese pur di evitare gallerie perché noi tutti sappiamo per esperienza — almeno nelle brevi gallerie che mi son note — che poche sono completamente a tenuta d'acqua; non è possibile almeno nelle brevi gallerie che si incontrano a nord di Bolzano, evitare lo stillicidio. La conseguenza è che il fondo stradale è sempre difettoso. Le gallerie sono dunque un ostacolo e le si potrà facilmente evitare, od almeno lo credo, nella Val d'Isarco come anche sotto il passo del Giovo. Questo dovrebbe esser chiaro.)*

(Interruzione.)

UNTERPERTINGER: *(Sì, questo è vero. So però anche che esistono tecniche di costruzione che rendono possibile costruire un'autostrada senza gallerie. Basterebbe decidere di costruire l'autostrada semplicemente sopra l'Isarco, tutta su ponti. Conosciamo tutti, almeno per sentito dire, il sistema Finsterwalder e posso immaginare che lo si possa applicare senz'altro anche nel fondo valle. Avremmo così un'autostrada sicura e quasi priva di gallerie, a parte il fatto che esiste una bella differenza fra l'attraversare una galleria di 700-800 metri ed un traforo di 10-11 chilometri. La differenza naturalmente è grande. Come argomento in favore della variante di Merano, si porta quello che la zona verrebbe meglio sviluppata. Questo maggiore sviluppo io non lo vedo proprio: si sposterebbe semplicemente verso ovest quello che si è tolto alla parte est del Sudtirolo.*

*E se assolutamente si vuole creare questo famoso « cuore del traffico » intorno alle montagne di Sarentino, come lo chiama con toccante espressione l'« Alto Adige », lo si può fare anche nella direzione contraria: si può costruire l'autostrada attraverso la valle dell'Isarco e costruire in seguito il collegamento da nord, se si è dell'avviso che l'economia di Merano ne risulterebbe tanto incrementata. D'altro canto ho sentito che se la strada passasse per il passo del Giovo, si costruirebbe una superstrada attraverso la Valle dell'Isarco. Io vedrei meglio la possibilità di costruire la superstrada da Bolzano a Merano, ciò che non porterebbe senz'altro a maggiori spese. E se la superstrada deve venir comunque costruita, perché vogliamo battagliaire qui in Consiglio regionale per poter costruire la più costosa o perché vogliamo chiedere allo Stato di poter costruire la più costosa? È senz'altro più facile costruire la meno costosa ed io sono convinto che Merano avrebbe un collegamento di prim'ordine con Bolzano attraverso una superstrada.*

#### INTERRUZIONE

UNTERPERTINGER: *(A questo proposito ho visto anche dei dati che non corrispondono perfettamente a quelli che Lei ha portato qui in Consiglio. Posso riferirmi soltanto alle constatazioni dei tecnici: mi è stato detto che ciò non sarebbe del tutto vero. Si dice che se l'autostrada passasse per la Valle dell'Isarco andrebbe perduto una maggior quantità di terreno: di ciò non sono affatto convinto poiché i terreni di Scena e della Valle dell'Adige hanno probabilmente maggior valore di quelli della zona di Bressanone e soprattutto maggiore di quelli nella stretta dell'Isarco. Bisognerà dire poi che per la costruzione di strade, almeno queste sono state le esperienze*

*che ho fatto nel breve periodo in cui sono stato in un'amministrazione comunale, si sceglie possibilmente la via naturale, ed in questo caso la via naturale è appunto, od almeno lo credo, il canale da nord a sud, se si può chiamarlo così. Ammettiamo una volta per tutte che si tratta di un canale. Ma si tratta pur sempre della via naturale che presenta un unico, passo favorevole, quello del Brennero, che ha un'altitudine sul mare molto modesta. Perché andiamo a cercare un altro passo? Non riesco proprio a capirlo. Se vogliamo avere un secondo passo, allora passiamo addirittura sotto al passo Pennes, è la via più diretta e sicuramente la più breve, se posso aggiungere anche questo. I vantaggi della variante della Val d'Isarco non sono trascurabili: è la via naturale, la via storica, vantaggi a cui si aggiunge soprattutto quello della pendenza uniforme da nord a sud e la possibilità, ne sono persuaso, di evitare molte gallerie, il che sarebbe già molto. Non bisogna dimenticare poi che anche le spese di manutenzione delle gallerie pesano molto sulla bilancia: se è necessaria una aereazione bisogna provvedere ad azionare ventilatori ed a pagare l'illuminazione, ciò che pesa molto sulle spese di manutenzione. Non credo che tutti questi argomenti presi insieme siano da trascurarsi; bisogna accennare anche al fatto che a Roma non si è deciso per il progetto attraverso la Valle dell'Isarco senza conoscere la variante di Merano; anche quest'ultima era nota. Per questo è stato possibile condurre un esame comparativo, si sono potuti pesare i vantaggi dell'una e dell'altra soluzione e stabilire che era da preferirsi la strada nella Val d'Isarco. Alla fine bisognerà forse ancora dare un chiarimento, poi ho finito. Il collega Molignoni si è sforzato di appoggiare la sua tesi con argomenti di natura tecnica. Prego, egli cita un tecnico. Mi è chiaro però che il prof. Jelmoni*

*è stato incaricato del progetto ed è stato anche pagato. Evidentemente . . .)*

#### INTERRUZIONE

**UNTERPERTINGER:** *(È vero. Perciò non si può dire che un argomento sia più valido dell'altro: essi si oppongono l'uno all'altro. Un esperto è stato pagato e l'altro pure e quando si è pagati si può dimostrare quasi tutto).*

#### INTERRUZIONE

**UNTERPERTINGER:** *(Anche quel tecnico è stato pagato, questo è chiaro, siamo sinceri! Non ho alcuna difficoltà ad ammettere che parlo « pro domo mea »: questo è chiaro così come è chiaro che la parte che difende la variante di Merano parla anch'essa in favore dei propri interessi. Credo di essere tanto onesto da ammettere che l'obiettività non può esistere né dall'una né dall'altra parte. Non so quale sia l'interesse che il collega Molignoni ha per Merano, sono però convinto che tutta l'azione, sia dell'« Alto Adige » sia logicamente della società di Merano, sia la presa di posizione del collega Molignoni siano ispirate da un interesse, non privato, per carità! Neanch'io ho interessi privati in questa faccenda, ma per quanto riguarda la strada nella Valle dell'Isarco difendo una vallata, è chiaro, la Val Pusteria, e lo dico chiaro e tondo. Gli argomenti tecnici non finiranno più: ho già detto all'inizio che la discussione potrebbe durare anni ed anni. Accettiamo i fatti come sono oggi, dato che ormai è stata presa una decisione. Cerchiamo piuttosto di fare il possibile per affrettarne la realizzazione. D'altro canto se si afferma che attraverso la Valle dell'Isarco il traffico scorrerebbe veloce e senza soste mentre a Merano gli automobilisti si fermerebbero, non sono*

*dello stesso parere. La gente verrà in Sudtirolo se sarà trattata bene, se la propagna sarà adeguata e se il soggiorno sarà piacevolmente organizzato. Allora la gente verrà in ogni caso in Sudtirolo, sia per un tracciato che per l'altro).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Dal-

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Präsident! Dieses Kapitel « Beteiligung der Region an der Autobahngesellschaft » gibt uns Gelegenheit, einige Probleme zu streifen. Wir haben jetzt zwei Redner gehört: einen, der sich für die Meraner Trasse und einen anderen, der sich für die Eisackstraße eingesetzt hat. Ich möchte dazu nur sagen: Ich bin der Überzeugung, daß die Entscheidung schon gefallen ist; daß die Eisacktaler Trasse zum Zuge kommen wird und daß es notwendig ist — das möchte ich auch in aller Klarheit sagen —, sich baldigst an die Arbeit zu machen, d.h. die Autobahn auch zu bauen. Es ist ja im Interesse der ganzen Wirtschaft, daß diese Autobahn gebaut wird. Ich möchte nur um etwas ersuchen: daß von seiten der Autobahngesellschaft das nötige Verständnis dafür aufgebracht wird, das Projekt zumindest in der Provinz Bozen auch irgendwie der Landschaft anzupassen, d.h., daß nicht versucht wird, irgendein Projekt mit Gewalt durchzusetzen. Im übrigen sind wir für einen baldigen Bau der Autobahn. Im Laufe dieser Bauzeit werden jedoch einige Probleme entstehen, die auch von seiten des Kollegen Molignoni und vom Kollegen Unterpertinger schon berührt worden sind. Es wird während dieser Bauzeit Verkehrsschwierigkeiten und Verkehrsstockungen geben, und es wundert mich, daß man hier im Regionalrat nie etwas darüber gehört hat, wie man diesen Verkehrshindernissen bzw. Verkehrsstockun-

gen zu begegnen gedenkt. Ich bin überzeugt, daß der Fremdenstrom von Norden nach Süden, also über den Brenner, irgendwie gehindert werden wird und es wird notwendig sein, etwas zu unternehmen, damit derselbe nicht in andere Gegenden abgeleitet wird. Leider hat man bis heute nichts vernommen, was man in dieser Hinsicht zu tun gedenkt. Ich war früher einmal Vertreter der Provinz Bozen im Verwaltungsrat der Brennerautobahngesellschaft. Nun, schon vor drei Jahren habe ich auf diese unbedingte Notwendigkeit hingewiesen, daß der Verkehr auch auf anderen Straßen aufrechterhalten und daß Ausweichmöglichkeiten, und zwar akzeptable Ausweichmöglichkeiten gesucht und gefunden werden müßten. Vor drei Jahren habe ich dieses Problem bereits angeschnitten, aber bis heute bin ich auf taube Ohren gestoßen. Schon damals habe ich gesagt, daß für den Fremden, der vom Brenner herunterfährt und sich nach Bozen oder weiter südlich begeben will, die beste Ausweichmöglichkeit von Sterzing über das Penser-Joch besteht, d.h. über die Sarntaler Straße; Voraussetzung jedoch ist, daß diese Straße besser in Ordnung gebracht, bzw., daß auch der restliche Teil dieser Straße noch asphaltiert wird. Auf der Sarntaler Straße können die Personenkraftwagen gut und ohne Schwierigkeiten fahren; der schwere Lastenverkehr kann natürlich nicht auf der Penser-Joch-Straße abgewickelt werden.

Eine zweite Ausweichmöglichkeit — und ich nenne sie die zweite, weil die Straße etwas schmaler ist — wäre die Straße über den Jaufen. Auch da könnte man vielleicht einige Verbesserungen anbringen, um den Fremdenstrom über den Jaufen nach Meran und Bozen umzuleiten.

Die wichtigste Ausweichstraße ist jedoch die Straße über den Reschen durch den Vinsch-

gau herunter nach Meran. Deswegen würde ich es als eine unbedingte Notwendigkeit erachten, daß die Regionalverwaltung, vielleicht zusammen mit der Landesverwaltung von Bozen, und auch mit den Vertretern von Meran und vom Vinschgau, einmal bei der Staatsstraßenverwaltung vorstellig wird, um einen schnelleren und wirksameren Ausbau der ganzen Vinschgauer Straße zu erreichen. Der Ausbau dieser Straße müßte vorangetrieben werden, denn für mich ist sie die beste Ausweichmöglichkeit für den Fremden, der in unser Land kommen will. Auf der Brennerstraße wird es unvermeidlich die schon erwähnten Verkehrshindernisse geben.

Dann würde ich noch etwas vorschlagen. Nachdem ich überzeugt bin, daß die Autobahn durch das Eisacktal führen wird, möge man sich mit der Autobahngesellschaft in Verbindung setzen, um auch den Bau dieser Schnellstraße wenn möglich mit dem Bau der Autobahn auszuführen. Ich habe gehört, daß die Autobahngesellschaft nicht abgeneigt wäre, auch diese Schnellstraße von Bozen bis Meran zu bauen; man müßte nur die Amortisierung dieser Summen ins Auge fassen, um zu einer solchen Lösung zu kommen.

Ich würde daher vorschlagen: erstens daß man auch von seiten der Region an die Autobahngesellschaft herantritt, damit diese Schnellstraße von Bozen nach Meran — die, wie wir alle wissen, notwendig ist — auch von dieser Gesellschaft gebaut wird; zweitens müßte man, wie ich gesagt habe, den Ausbau der Vinschgauer Straße auf jeden Fall vorantreiben und diesbezüglich, damit es schneller geht, beim zuständigen Minister in Rom und auch bei der Staatsstraßenverwaltung ANAS vorstellig werden. Drittens müßte man unbedingt erreichen, daß auch die Straße über das Penser-Joch in Ordnung gebracht wird, damit

der Personenverkehr eventuell über das Penser-Joch umgeleitet werden kann.

Ich möchte noch auf eine Sache hinweisen: Die Sarntaler Straße ist heute noch Provinzstraße. Sie hätte jedoch auf Grund des Gesetzes 126 schon seit 1960 auf die ANAS übergehen sollen. Leider hat der Staat, oder besser gesagt, die ANAS, diese Straße bis heute noch nicht übernommen. Wir als Provinz haben uns immer an das Gesetz gehalten und haben alle Straßen, die irgendwie die Voraussetzungen für Provinzstraßen besessen haben, übernommen. Die ANAS hingegen hat diese Straßen, die die Voraussetzungen einer Staatsstraße besitzen, nicht übernommen. Deswegen müßte man darauf drängen, daß die ANAS sie übernimmt und auch herrichtet. Anderenfalls müßte man auch hier wiederum die Autobahngesellschaft einschalten, damit dort die allernotwendigsten Arbeiten durchgeführt werden. Nur auf diese Weise könnte man erreichen, daß während der Bauzeit unserem Fremdenverkehr kein großer Schaden zugefügt wird.

*(Illustrissimo signor Presidente. Il presente capitolo « partecipazione della Regione alla Società per l'autostrada » ci offre l'occasione di toccare alcuni problemi. Abbiamo appena ascoltato due oratori: uno ha appoggiato il tracciato di Merano ed uno quello della valle dell'Isarco. A questo proposito vorrei soltanto dire di esser convinto che la decisione sia ormai stata presa, che verrà realizzato il tracciato lungo l'Isarco e che sarà necessario, questo vorrei dirlo con tutta chiarezza, mettersi al più presto al lavoro, cioè alla costruzione dell'autostrada. L'autostrada è costruita in fondo nell'interesse di tutta l'economia. Vorrei soltanto pregare che la Società per l'autostrada trovi la necessaria comprensione e cerchi di adattare in qualche modo, almeno in provincia di Bolzano,*

*il progetto al paesaggio, cioè che non si cerchi di realizzare con la forza un progetto. Per il resto siamo favorevoli ad una pronta realizzazione dell'autostrada. Nel corso della costruzione si presenteranno comunque alcuni problemi a cui già i colleghi Molignoni ed Unterpertinger hanno accennato. Durante il periodo dei lavori ci saranno difficoltà ed intralci nel traffico e mi meraviglio che qui in Consiglio regionale non si sia mai sentito niente su come si intenda ovviare a questi intralci ad ingorghi del traffico. Sono convinto che la corrente turistica da nord verso sud, cioè attraverso il Brennero, ne verrà in qualche modo disturbata e che sarà necessario intraprendere qualcosa perché essa non devii in altre zone. Purtroppo finora non si sa nulla su quanto si intende fare a tale proposito. Io ho rappresentato la Provincia di Bolzano nel Consiglio di amministrazione della Società per l'autostrada del Brennero. Già tre anni fa ho accennato all'assoluta necessità che il traffico sia mantenuto anche su altre strade e che si cerchino e si reperiscano possibili deviazioni, ma deviazioni accettabili. Già tre anni fa ho affrontato questo problema ma fino ad oggi ho parlato al muro. Già allora ho affermato che per il turista proveniente dal Brennero e diretto a Bolzano o più a sud esiste un'ottima deviazione da Vipiteno attraverso il passo Pennes, cioè per la strada di Sarentino, con la premessa però che la strada sia migliorata, cioè che si asfalti anche il tratto restante. Sulla strada di Sarentino gli automobili possono circolare bene e senza difficoltà: il traffico pesante invece non può naturalmente svolgersi per la strada del passo Pennes.*

*Una seconda possibilità di deviazione, la chiamo « seconda » perché la strada è un po' più stretta, sarebbe quella attraverso il passo del Giovo. Anche qui si potrebbero forse apportare alcuni miglioramenti per deviare la*

*corrente turistica per Bolzano e Merano attraverso il Giovo.*

*La deviazione più importante resta comunque quella attraverso il Resia e la Val Venosta fino a Merano e per tale ragione riterrei assolutamente necessario che l'amministrazione regionale, forse anche in collaborazione con la amministrazione provinciale di Bolzano ed i rappresentanti di Merano e della Venosta, si faccia promotrice presso l'ANAS di una pronta ed efficace sistemazione di tutta la strada della Venosta. Si dovrebbe dare maggiore impulso alla sistemazione di questa strada poiché essa costituisce secondo me la migliore possibilità di deviazione per i turisti diretti nel nostro paese e perché sulla strada del Brennero si formeranno inevitabilmente gli ingorghi del traffico di cui ho detto sopra.*

*Un'altra proposta. Poiché sono convinto che l'autostrada passerà per la valle dell'Isarco, ci si metta in comunicazione con la Società per l'autostrada in modo da realizzare, contemporaneamente alla costruzione dell'autostrada, anche quella della superstrada. Ho sentito che la Società per l'autostrada non avrebbe niente in contrario a costruire anche questa strada da Bolzano a Merano: per raggiungere una soluzione basterebbe prendere in considerazione lo ammortamento dei capitali.*

*La mia proposta è perciò quella che in primo luogo la Regione si metta in contatto con la Società per l'autostrada affinché questa costruisca anche la superstrada da Bolzano a Merano, che tutti sappiamo necessaria; in secondo luogo bisognerebbe, come ho detto, dare maggiore impulso alla sistemazione della statale della Venosta. Perché tutto proceda più in fretta, bisognerebbe far pressione sul Ministero competente di Roma e sull'ANAS. In terzo luogo bisognerebbe assolutamente fare sistema-*

re la strada del passo Pennes per potervi eventualmente deviare il traffico leggero.

*Un ultimo accenno: la strada di Sarentino è oggi ancora provinciale mentre in base alla legge n. 126 avrebbe dovuto passare alla ANAS già dal 1960. Purtroppo lo Stato, o meglio l'ANAS, non ha finora assunto la strada. Noi come provincia ci siamo sempre attenuti alla legge ed abbiamo assunto tutte le strade con le premesse per diventare strade provinciali, mentre l'ANAS non ha assunto le strade che avevano tutte le caratteristiche per diventare strade statali. Bisognerebbe dunque insistere perché l'ANAS assuma la strada e provveda alla sua sistemazione. In caso contrario bisognerebbe far intervenire anche qui la Società per l'autostrada e far eseguire i lavori più necessari. Soltanto in tal modo si potrebbe far sì che durante la costruzione dell'autostrada il nostro turismo non ne venga troppo danneggiato).*

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? La parola al cons. Agostini.

AGOSTINI (P.L.I.): L'argomento autostrada è stato introdotto oggi dal collega Molignoni, consigliere provinciale di Bolzano, e all'intervento di Molignoni hanno fatto seguito — e devo rilevarlo con un certo stupore — due soli interventi: quello del collega Unterpertinger, evidentemente fatto a titolo personale, che si è schierato a favore della variante della soluzione Isarco. C'è stato poi l'altro intervento del collega Dalsass, il quale, dopo un lungo giro di frasi e di parole, si è ben guardato però dal prendere posizione sul tema in particolare . . .

DALSASS (S.V.P.): *Alea iacta est.*

AGOSTINI (P.L.I.): Ecco, e io raccolgo proprio questa sua interruzione, collega Dalsass, per dirle che avremmo preferito noi qui incompetenti, o quanto meno non tecnici, sentire qui il parere ufficiale del suo gruppo, della S.V.P., la quale, io credo, ha il suo peso in provincia di Bolzano. E poiché l'autostrada passa anche per la provincia di Bolzano, io insisto nel richiamare l'attenzione del Consiglio su questa grave mancanza che qui è stata rilevata oggi: l'assenza ufficiale della S.V.P.; e qui oggi sono presenti, anche se in questo momento sono fuori dell'aula, il Presidente del partito dott. Magnago e il capogruppo dott. Volgger . . .

DALSASS (S.V.P.): No, no, c'erano qui!

AGOSTINI (P.L.I.): Sì, segua per cortesia . . . A maggior ragione, ripeto, mi sarei atteso, e con me, credo, anche gli altri colleghi, un intervento ufficiale sulla questione, perché qui è inutile nascondersi dietro al dito, è inutile che qui si cerchi di giocare a pallavolo, di rimbalzare la palla da un gruppo all'altro e stare a guardare quello che fanno o non fanno, dicono o non dicono gli altri. Qui è ora, a un certo momento, signori colleghi, di parlarci chiaro: qual è la soluzione migliore. Giustamente ha detto Molignoni: quello che non è stato ancora fatto si può anche correggere. Io in questo momento, come non tecnico, ma che ho seguito però fino ad oggi le varie voci discordi, e Telmoni e gli altri, ecc., tutte persone certamente che hanno una loro serietà professionale da difendere quanto meno, e non credo perciò che vengano qui a raccontarci direttamente o indirettamente delle frottole, qui, ripeto, siamo di fronte a una nostra responsabilità come Consiglio regionale, come gruppi consiliari in particolare. A quanto mi sembra

è stata rilevata qui una discordanza di vedute, quanto meno, sull'Autostrada: variante Isarco e variante Merano. Signori, se siamo di fronte appunto a questa discordanza, io penso che altre soluzioni, non per quanto riguarda l'autostrada, ma soluzioni per quanto riguarda lo studio, si possono ancora prendere. Io, ripeto, in questo momento non so quale delle due soluzioni sia la migliore; abbiamo sentito dei dati che sono stati poi contrastati dal collega Unterpertinger. Qual è il costo maggiore, qual è il costo minore delle autostrade? Ripeto, su questa questione, in questo momento, io non sono preparato ancora a pronunciarmi e mi riserverò di farlo dopo avere maggiormente approfondito la questione. Ma quello che mi importa è una cosa, a parte il costo: è la preoccupazione dell'eventuale perdita di tempo che suole conseguire a una ulteriore stasi per questi studi che dovranno occorrere ancora per quanto riguarda la variante di Merano. Il Consiglio regionale, ho detto dianzi, è responsabile anche su questa questione; e allora io domando: è possibile — e da qui poi scende la mia proposta — nominare una commissione consiliare, la quale abbia il diritto e il dovere di avvalersi di una commissione di tecnici, per studiare nel più breve tempo possibile le due soluzioni, e venga qui poi a dirci qual è stato il risultato di questo studio della commissione consiliare . . .

PUPP (Vicepresidente - S.V.P.): (*Interrompe*).

AGOSTINI (P.L.I.): Scusi, Presidente Pupp, avrei desiderato che lei scendesse dal banco di Vicepresidente e venisse qui ed esprimesse ufficialmente un suo parere anche su questa questione, perché è questo che io ho detto prima; prima di essere un diritto è un

nostro dovere di pronunciarsi sulla questione, anche se siamo ancora agnostici sulla questione, ma che si dica per lo meno qual è il parere di ognuno, che si abbia il coraggio di dirlo almeno. Perciò, di fronte alla situazione che si è creata oggi, io chiedo che si nomini una commissione consiliare, che si avvalga di tecnici e riferisca, entro il più breve tempo possibile, al Consiglio regionale. Perché noi come Consiglieri regionali e in particolare come consiglieri provinciali di Bolzano, abbiamo il diritto una buona volta di sapere se hanno ragione quelli che sostengono la variante Isarco o se hanno ragione quelli che sostengono la variante Merano. Perciò faccio questa proposta e desidero che su questa proposta si voti.

PRESIDENTE: Vuole parlare la Giunta su questo argomento? La parola all'assessore Albertini.

ALBERTINI (Assessore industria e trasporti - D.C.): Senza affrontare l'argomento dal punto di vista dell'inizio, perché occorrerebbero allora veramente alcune ore, e senza anche accettare un po' la polemica che al fondo del discorso del collega Mognioni c'è sempre, cioè da dire: io parlo, ma è inutile che io parli, tanto le cose sono decise, ma effettivamente non è tanto perché son decise le cose che si mantiene una certa opinione, quanto perché questa opinione è suffragata anche da studi e dalle premesse necessarie, per confortare una certa decisione. Cioè non v'è stato un atteggiamento aprioristico per la soluzione della via dell'Isarco, possiamo dire; se vi è stato un tracciato, che è stato ampiamente esaminato, da chi doveva esaminarlo per l'approvazione e per la concessione, pensiamo sia stato proprio il tracciato dell'autostrada. È da dire, innanzitutto, che l'esame

spetta al Consiglio dell'ANAS, e al suo Presidente il Ministro dei lavori pubblici. Il Ministro dei Lavori pubblici, già in una interrogazione al senato, ebbe a rispondere in maniera abbastanza ampia, sulle premesse della discussione fra un tracciato e l'altro tracciato; ebbe anche a chiarire che i due progetti sono stati messi in contraddittorio presso il Consiglio d'amministrazione dell'ANAS e all'esame di una Commissione nominata proprio dal Consiglio di amministrazione dell'ANAS, perché allora vi era il progetto presentato dalla società dell'autostrada e il progetto presentato per la soluzione di Merano, dall'altra società. Quindi i due progetti sono stati analizzati e sono stati visti e sono stati anche esaminati. A me preme soltanto leggere la dichiarazione del Ministro; sono subentrati altri elementi — va bene che tutto si sia . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Sì!

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Sì, evidentemente sono subentrati anche altri elementi, perché, come dicevo, il parere, per esempio, del prof. Ielmoni, per quanto riguarda la areazione, come è stato citato dal collega Unterpertinger nel convegno di Torino, tre anni fa, era nettamente contrario, e diceva assolutamente. . .

(INTERRUZIONE):

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Il prof. Ielmoni sì . . . era nettamente contrario in quanto espressamente dice che . . . espressamente disse tre anni fa: « l'impianto installato nel Monte Bianco, che ha la potenza di oltre 500 cavalli, ha ri-

chiesto, per i condotti di aspirazione dell'aria un maggior volume di scavo, pare all'incirca ad oltre un terzo del totale »; questo impianto — dico — non consentirà che un traffico molto limitato: 250 veicoli all'ora per ogni senso di marcia, in quanto essi dovranno procedere ad una velocità di non più di 50-60 km. all'ora, mantenendosi l'uno dall'altro, ad una distanza non inferiore ai 300 metri. Una limitazione così drastica del passaggio nelle lunghe gallerie di valico, sminuisce enormemente la funzionalità delle arterie di collegamento dall'una all'altra parte delle Alpi, che dovrebbe essere capace di 1000-1500 veicoli. E appunto dice che l'attuale tecnica dell'areazione che è agli inizi, non è riuscita ancora a superare questa strozzatura del traffico, rappresentata da gallerie.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Oggi invece dice che è superata!

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Oggi il prof. Ielmoni dice che è superata.

MOLIGNONI (P.S.D.I.): (*Interrompe*).

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Sì, sì, io non metto in dubbio quanto dice il prof. Ielmoni, perché quando noi abbiamo sottoscritto ebbe ad esprimere il parere un altro illustre progettista, il prof. universitario Zignoli, circa la sua convinzione che questa contrastata vicenda conferma quanto penso anch'io, e cioè che la via classica, ancor prima dei romani, non può essere che quella scelta dal progettista — ultima lettera . . . —. Io dico che, anche il prof. Zignoli è rispettabile nella sua opinione, come il prof.

Ielmone. E lei si ricorda che un suo collega autorevole di Bolzano disse: ma quello è pagato . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): Ha collaborato anche . . .

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Io dissi che il prof. Zignoli esprimeva la sua opinione, perché è il prof. Zignoli, non perché era pagato, come ritengo che l'altro tecnico esprima la sua opinione per sue convinzioni personali. Comunque dicevo, è in contrasto la soluzione se la società di Milano per il tracciato Merano, vuole congiungersi alla autostrada del Brennero con un'altra arteria. Io ho sempre pensato in questo modo, dato che il giudizio ormai per noi è pacifico; il Ministero ha fatto anche la verifica idraulica, il Ministro ha nominato la Commissione, la Commissione ha fatto un'ulteriore inchiesta di natura geologica o quello che è, comunque ha riferito che il progetto di alcuni adattamenti può avere esecuzione; ci sono le raccomandazioni per quanto riguarda la tutela del paesaggio, che sono state tutte accolte dal progettista, perché non sono tali da modificare il tracciato, o che la tecnica non consenta di aderirvi. Tutte queste difficoltà sono superate. Per noi intendo, come Regione che partecipa in minoranza al capitale sociale, perché non abbiamo la maggioranza e il capitale sociale della società. Stiamo amministrando una concessione dello Stato. Per noi i dati ufficiali e le relazioni che accompagnano i dati ufficiali e l'indagine fatta, la comparazione dei progetti, senza che io debba leggere — questa qui la posso dare al cons. Agostini, a quelli che non la conoscono — confortano a sufficienza e largamente la questione

esaminata da tecnici. Rimangono sempre margini di discussione, di opinione. Evidentemente, rimangono. Ma io vi domando: se quelli di Milano o altri interessati, vogliono portare avanti questa esecuzione di questo tracciato, lo possono fare. Fanno la loro domanda al Ministro dei lavori pubblici e iniziano la loro procedura per la concessione e per il finanziamento. Come la strada dell'Alemagna. È stato chiesto il parere dell'autostrada sull'esecuzione della strada dell'Alemagna — altro tracciato è da Venezia —; è stato detto anche in Consiglio di amministrazione dell'autostrada che il parere può essere anche della Giunta; noi non possiamo essere contro nessuna soluzione, o altre soluzioni. L'autostrada è una soluzione che attraverso un valico, il più naturale, che è confortata da studi, che è possibile in questo momento, che ha ottenuto la concessione, che ha ottenuto un finanziamento, e che è immediatamente eseguibile. Le altre soluzioni debbono essere portate avanti, non contro questa soluzione, anche in aggiunta . . . Io penso che fra alcuni anni le esigenze evidentemente turistiche e altre esigenze, comporteranno l'esigenza di altre autostrade, che non potranno essere in contrasto con questa. Perché debbono essere in contrasto con questa? Perché formare l'autostrada del Brennero nella soluzione naturale? Perché vi è possibile soluzione; certo che è possibile anche l'altra soluzione. Fra dieci anni la tecnica della relazione sarà tale, per cui magari il traffico sarà possibile come quello della via d'Isarco; ma questa è possibile, è realizzabile, ha tutti i crismi, ha tutte le autorizzazioni, salvo alcune difficoltà al finanziamento che sono ancora superabili, e possiamo, in coincidenza con la costruzione dell'autostrada da Innsbruck a Monaco, nel

1969, essere in condizione di averle effettivamente in esercizio. Già al convegno di Verona, evidentemente anche lì il governatore della Baviera si è espresso nettamente a favore, sollecitando l'esecuzione dell'Autostrada del Brennero per la Via dell'Isarco, non assumendo questa tesi contro altra tesi, dicendo: guardate che noi andiamo avanti, abbiamo l'esigenza di avere questo collegamento; l'Austria è arrivata ad avere una soluzione preventiva in base alla legge; sappiamo che essa arriverà al Brennero con una soluzione integrale nel 1969. Noi dobbiamo arrivare nel medesimo tempo e col piano di esecuzione. Ogni ritardo di questo piano di esecuzione mette in crisi il collegamento e quindi è veramente un danno all'economia turistica, a tutto lo sviluppo del nostro territorio, agli interessi che attorno all'autostrada si sono concentrati. Quindi non capisco, e questa tematica che vorrebbe escludere una soluzione possibile e realizzabile immediatamente con una soluzione che diventerà possibile nel tempo, fra alcuni anni. Poi sarà l'economia che deciderà, e saranno i clienti che decideranno la strada che vorranno prendere. Se il traffico pesante come dico io potrà avere le percorrenze virtuali, più facilitate attraverso la via dell'Isarco, sceglierà la via dell'Isarco, perché sarà meno costosa. Altri turisti potranno scegliere una via di minore impegno, di passaggio di traffici diversi, di altri interessi m'intendo; saranno i clienti che decideranno in fondo; quindi a noi, come Regione, penso, non abbiamo interesse di coltivare una polemica, che escluda l'una o l'altra; abbiamo l'impegno di attuare quello che adesso è da attuarsi, immediatamente, per moltissimi motivi. L'ambiente milanese dice: però se voi non fate quella

variante, noi non faremo il collegamento. Eh signori, è troppo comodo, a prescindere che non è stato chiesto, alla Regione parlo, una partecipazione del capitale azionario, per quella soluzione; a prescindere... ma comunque non è stato chiesto; potremmo giudicare se è opportuno partecipare; la Camera di commercio di Bolzano partecipa e anche la Provincia di Bolzano partecipa alla società per quella soluzione. Ma non penso che sia nell'interesse né della provincia di Bolzano, né della Camera di commercio di Bolzano, dei partecipanti a questo capitale, di opporsi a quella soluzione per questa. Ci si arriverà anche a questa soluzione; sarà ingenuo da parte mia o una previsione, chissà, ma dico, se la nostra economia si solleverà e se potremo dirottare ulteriori fondi, ulteriori canali dello Stato e dei privati, per interventi in questo settore della viabilità, molto interessante indubbiamente, potremmo avere tutte e due le soluzioni. Oggi però una revisione... perché in pratica dovremo chiedere una revisione, chiederla noi; l'ha chiesta la società Merano e non è stata accolta, l'hanno chiesta i deputati di Milano e c'è stata la risposta ministeriale netta e precisa. Vogliamo noi farci attori per chiedere una revisione del tracciato, che ponga in dubbio quello che abbiamo avuto in concessione? Non è vero che non succedono complicazioni, questo sì che non corrisponde alla verità; non tanto perché non è modificabile il contratto di finanziamento, tutto può essere modificabile, ma anche la banca europea che ha fatto il finanziamento ha esaminato in contraddittorio e l'uno progetto e l'altro progetto. I suoi tecnici hanno fatto questo esame e hanno dato il finanziamento evidentemente con una idea e con una impostazione, modifi-

cata la quale evidentemente dovremo rifare tutta l'impostazione di natura finanziaria sul piano internazionale. E il tempo che noi perdiamo, non per avere una soluzione migliore, io dico anche per avere una soluzione che è possibile, può presentare anche dei lati positivi, ma certamente migliore di questa, che è immediatamente realizzabile e possibile in questo momento, che galvanizzerebbe la nostra economia, evidentemente potrebbe e risolleverebbe anche, dato gli investimenti fatti, i lavori pubblici, ecc., anche momentaneamente la congiuntura; è evidentemente un intervento, questo sì è un intervento anticongiunturale. Se noi potessimo veramente, in maniera massiccia, dare seguito ai lavori, sia a Bolzano che a Trento. Teniamo conto poi degli interessi anche di Verona, della provincia di Trento, della provincia di Verona, provincia di Mantova; noi siamo in minoranza, che cosa diranno? Il Consiglio di amministrazione dell'autostrada è nettamente favorevole alla soluzione dell'Isarco e anche gli interessi di tutti questi enti che partecipano al capitale sociale devono essere rispettati; dovremmo sconvolgere tutta questa impostazione? Ma dico, mi pare esagerato. Veramente trovo esagerato anche la tematica dell'Alto Adige, quando disse: la via dell'Isarco è miseria; la via del Passirio è progresso. Questa dialettica, questa contraddizione. Da questa parte il paradiso, da questa parte l'inferno, eh insomma, andiamo a coltivare, non è. . . dal punto di vista giornalistico sarà bello. Ho letto l'altra volta l'articolo, era proprio impostato su questo tema . . .

MOLIGNONI (P.S.D.I.): In mezzo c'è il purgatorio di Dalsass!

ALBERTINI (assessore industria e trasporti - D.C.): Sì può darsi anche che sia il purgatorio, ma il purgatorio è già una bella cosa per noi, perché evidentemente arrivarci al purgatorio. . . Ma io dico: rendiamoci conto che noi abbiamo l'interesse veramente di fare il punto della situazione e di non attardarci; giustamente diceva il cons. Dalsass, raccogliendo tutte le sue raccomandazioni che sono giuste, perché i problemi dell'intasamento del traffico durante i lavori ci sono, c'è un problema di studio, di come dirottare il traffico e quindi sarà utilissimo raccomandare all'autostrada un contatto con la provincia di Bolzano e con la Regione, d'accordo, ma anche con la Provincia di Bolzano. e con l'ANAS per vedere di prevenire come risolvere questo, perché è un dato molto importante; io direi: lasciamo perdere, lasciate che l'autostrada vada effettivamente avanti e si lavori all'esecuzione di questo tracciato, che è importantissimo. Quelli che stanno fuori e che guardano, quelli che vogliono fare gli investimenti, tutto il problema delle zone doganali; abbiamo il problema della stazione autotrasporti e delle loro localizzazioni, interessi della provincia di Bolzano, indubitabile, interessi di coordinamento dei traffici con l'Austria. Evidentemente è un tema molto importante. Quindi noi dobbiamo essere tranquilli, che la cosa è stata esaminata molto seriamente da parte del Consiglio dell'ANAS, da parte del Ministero dei lavori pubblici; sono state nominate commissioni di tecnici, è stata fatta un'ulteriore revisione, poi dico, questi signori dell'autostrada Merano-Bolzano ed altro, vogliono proporre una loro soluzione, non la pongono in contrasto con la nostra soluzione, la pongono come soluzione, come una derivazione dell'autostrada, come un percorso diver-

so. Porteranno via del traffico, evidentemente porteranno via del traffico, ci vorrà pazienza, fra dieci anni realizzeranno questa ulteriore strada e andrà ad integrare gli interessi di altre zone. Merano potrà essere benissimo collegato con un'autostrada o una superstrada da Bolzano a Merano, evidentemente; sarà necessario farla per il collegamento con Merano, per il centro turistico di Merano, perché c'è un traffico di interesse turistico notevolissimo, che viene dall'Austria e dalla Germania e che vuole arrivare a Merano in tempi di percorrenza inferiori. Quindi la soluzione è una cosa realisticamente possibile; quindi domandiamo anche a . . . l'Alto Adige — evidentemente i giornali fanno la loro parte, ecc., — ma ai consiglieri domandiamo una miglior considerazione; qui non ci troviamo davanti, perché alcuni hanno detto che ci troviamo davanti alla vecchia soluzione come era quella di piccoli ingegneri, i quali han fatto un tracciato così alla svelta, così improvviso, ecc. È un progetto che è stato sottoposto a tutte le verifiche. Quindi le opinioni saranno valide, ma in questo caso le cose sono state portate avanti con molta serietà; dobbiamo essere anche tranquilli. Possiamo sempre, ogni momento, discutere tutte le decisioni, e anche nella vita il discutere ad ogni momento tutte le decisioni, quando hanno avuto tutto il loro *iter* e si sono fatte tutte le verifiche, è anche veramente dannoso all'economia. Dicevo agli ambienti di Bolzano, nell'ultima riunione, prendiamo questo atteggiamento: diciamo agli amici milanesi e a quelli che vogliono questa strada, che la facciano; con il loro finanziamento vadano dallo Stato, chiedano.

Dicono che è possibile, dicono che si può arrivare lì, va bene ma avremo un ulteriore

congiungimento. Credo che l'autostrada non si opporrà a questa istruttoria come non si oppone, non deve opporsi all'altra strada dell'Alto Adige, se vorrà essere portata avanti da altri, ma intanto noi abbiamo il dovere di invitare l'autostrada a non frapporre remore all'esecuzione dei propri lavori e degli appalti. Ha tenuto fermo questo tracciato, per la verifica del Ministro dei lavori pubblici, era doveroso; adesso la verifica è venuta, ha dato ragione al progettista, e si faccia, perché abbiamo tutti gli ambienti economici, anche della provincia di Bolzano — parlo del Presidente della Camera di commercio e l'impressione delle varie categorie — abbiamo sentito anche, per esempio, il cons. Dalsass, favorevole, perché in definitiva il suo discorso è interpretato come un atteggiamento favorevole — io non ho visto le perplessità del cons. Agostini, l'altro consigliere anche della S.V.P. è favorevole — gli altri, evidentemente si affidano, in pratica, essendo una questione di natura tecnica, a quelli che sono gli organi e le decisioni di natura tecnica. Qui sono interessi che sono ben superiori, e a quelli della Provincia e a quelli della Regione, sono interessi internazionali in gioco e noi, a un certo momento, ci dobbiamo anche fidare di questi studi, senza fare una premessa di natura politica o introdurre discorsi di altro genere, che possono costituire delle remore. Quindi per me non vi è che accogliere eventualmente solo la raccomandazione di limitare la polemica; guardare che questa polemica per noi, non solo ha posto in difficoltà il Consiglio di amministrazione e l'autostrada sarebbe poco, ma ha posto in difficoltà anche coloro che sull'autostrada vedono un interesse notevole per investimenti; devono sapere effettivamente determinati tracciati, se sono de-

finitivi o se son discutibili. E un ritardo di due - tre anni di determinati investimenti, sia in provincia di Bolzano che in provincia di Trento, possono rinviare per parecchi anni la rinascita anche del territorio, anche se l'autostrada non è la soluzione, lo sappiamo benissimo, è una infrastruttura di notevole importanza. Quindi al cons. Mognoni che ha assunto questo atteggiamento dico: lei ha avuto ragione di esporre le sue tesi, nessuno fa carico, ognuno ha il dovere di dirle, evidentemente. Ma altrettanto pensi che seriamente coloro che hanno assunto un diverso atteggiamento, seriamente lo hanno ponderato e sinceramente e serenamente sono conseguenti a questa decisione; e quindi con altrettanta sincerità devo riconoscere, rispettando le opinioni del prof. Ielmone, noi proseguiamo e avremo conferma anche di questa tesi, con la conferenza sui trasporti e con lo studio fatto dal prof. Zignoli, dalla relazione del prof. Zignoli, al quale è stato dato l'incarico, senza indirizzo, di esaminare anche ulteriormente in contraddittorio le due soluzioni e di prospettare anche alla conferenza sui trasporti indetta dalla Regione fra breve tempo, conferenza multilaterale, anche questa prospettiva, non per ridiscutere il tema, ma per confortare quella decisione che è stata presa perché è stata una decisione, secondo lui, è una decisione corretta e che sicuramente è nell'interesse della popolazione, del gruppo della popolazione di Bolzano. Dopo, che ci siano le difficoltà di attraversamento della città, lo sappiamo, e le trattative in corso fra l'autostrada e il sindaco di Bolzano, per trovare una soluzione con la Provincia, evidentemente, come ci sono problemi a Trento, sono molto più gravi i problemi di Bolzano, evidentemente, ma

non è detto che non si trovi una soluzione in questo senso, che non si debba trovare una soluzione anche a Bolzano e sia una soluzione che possa adattarsi e non possa sfigurare l'ambiente della città di Bolzano; questo è logico. Sono parti di esecuzione che dovranno essere affrontate, che non sono state ancora in dettaglio affrontate, ma che sono allo studio. Questo volevo dire a nome della Giunta e come membro del Consiglio di amministrazione dell'autostrada, proprio perché nasca dal Consiglio regionale, non una commissione ulteriore. Se vuole gli elementi di approfondimento, il cons. Corsini, glieli possiamo dare, perché se dovessimo nominare una commissione, a prescindere che, non so, che competenza potrebbe avere questa commissione, di esaminare il tracciato, perché questa è competenza del Ministro, ma evidentemente porrebbe ancora ulteriori perplessità in un momento nel quale non abbiamo solo che un dovere: quello effettivamente di porci al lavoro e di dare immediata esecuzione.

PRESIDENTE: . . . vuole parlare? Veramente quando la Giunta . . .

SPÖGLER (S.V.P.): Ich möchte dem Regionalausschuß nur danken, daß er durch den zuständigen Assessor Albertini die Empfehlungen des Kollegen Dr. Dalsass angenommen hat, nämlich, einerseits mit der Autobahngesellschaft in Verbindung zu treten, um durch diese Gesellschaft eine Schnellstraße nach Meran zu bauen, und andererseits mit der Generaldirektion der ANAS und mit dem zuständigen Ministerium für öffentliche Arbeiten in Rom Verbindungen aufzunehmen. Der Herr Assessor hat, glaube ich, wenn ich richtig verstanden habe, erklärt, daß der Regional-

auschuß diese Verbindungen aufnehmen wird, um zur Lösung des Problems der Schnellstraße nach Meran einerseits und des Ausbaues der Vinschgauer Straße andererseits, die nötigen Schritte zu unternehmen. Ich sage das nur deswegen, weil ich im vergangenen Jahr eine Anfrage an den Regionalausschuß gestellt habe, die sich auf dasselbe Thema bezogen hat, und damals hat mir der Assessor Pasqualin geantwortet — wahrscheinlich im Namen des Regionalausschusses —, daß der Bürgermeister von Meran und der Präsident der Talschaft Vinschgau, Dr. Müller, nach Rom gehen werden, um beim zuständigen Ministerium vorstellig zu werden. Ich möchte nur sagen, daß man diese Bürgermeister, die an der Schnellstraße und am Ausbau der Vinschgauer Straße am meisten interessiert sind, in ihren Bemühungen nicht allein lassen kann, sondern daß diese Bemühungen durch den Regionalausschuß weitmöglichst unterstützt werden sollen.

Ich möchte nur für diese Erklärungen des Herrn Dr. Albertini danken, und der Hoffnung Ausdruck geben, daß wirklich Schritte in dieser Richtung vom Regionalausschuß unternommen werden.

*(Vorrei soltanto ringraziare la Giunta regionale per aver accettato, attraverso l'assessore competente Albertini, le raccomandazioni del collega Dalsass, di mettersi cioè in contatto da un lato con la Società per l'autostrada perché costruisca una superstrada per Merano, dall'altro con la direzione generale dell'ANAS e col Ministero competente di Roma, quello dei lavori pubblici. Se ho capito bene, l'assessore ha dichiarato che la Giunta intende prender contatto e fare i passi necessari alla soluzione dei due problemi, tanto quello della superstrada per Merano quanto quello della sistemazio-*

*ne della strada della Venosta. Dico ciò soltanto perché l'anno scorso ho diretto alla Giunta regionale un'interrogazione che si riferiva allo stesso tema: l'assessore Pasqualin mi ha risposto allora, probabilmente a nome della Giunta, che il sindaco di Merano e presidente della comunità di valle della Venosta, dott. Müller, sarebbe andato a Roma per prendere contatti con il Ministero competente. Vorrei dire soltanto che non si possono lasciar soli nei loro sforzi questi sindaci, che sono i maggiori interessati alla superstrada ed alla sistemazione della strada della Venosta; questi sforzi dovranno venir appoggiati in tutti i modi dalla Giunta regionale.*

*Volevo solo ringraziare l'assessore Albertini per le sue dichiarazioni ed esprimere l'auspicio che la Giunta regionale prenda delle iniziative in questo senso.)*

PRESIDENTE: Allora possiamo andare avanti; non si vota perché questo capitolo è per memoria. Non si vota nemmeno il capitolo successivo, sul quale ha chiesto . . .

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, c'è una proposta formale!

PRESIDENTE: Ha formulato la proposta? Non so, è una proposta che peraltro deve essere formulata con una mozione; non so se nella discussione generale si può presentare una proposta di costituire una commissione. Si riservi di fare una mozione per presentare questa proposta. Vuole che la metta in discussione adesso? Se la metto in discussione su questo argomento e il Consiglio non è preparato a discutere questa questione.

CORSINI (P.L.I.): Signor Presidente, sul regolamento. . .

PRESIDENTE: Sì, parli sul regolamento.

CORSINI (P.L.I.): Mi dispiace, non voglio far perdere tempo, Lei lo sa che sono, fra il resto, anche personalmente interessato a non ritardare minimamente i lavori del Consiglio, però, signor Presidente, mi pare che a sensi di regolamento, una proposta può essere sempre fatta, in ogni momento si dà la parola a due a favore e due contro, e poi si mette in votazione. Il fatto che lei dica: ci si può richiamare alla presentazione di una mozione o meno, questo è ben vero, ma in ogni momento della discussione è possibile fare delle proposte. Non è la prima volta che le cose vengono fatte in questo modo qui; il regolamento lo prevede. Che questo possa farci o meno piacere, perché abbiamo fretta od altro, questa è un'altra questione, ma che si possa disattendere la presentazione di una proposta formale, a me pare di no.

PRESIDENTE: Citi l'articolo di regolamento, per favore . .

CORSINI (P.L.I.): *(Interrompe)*.

PRESIDENTE: Insiste allora sulla proposta, cons. Agostini?

AGOSTINI (P.L.I.): Solo per evitare una perdita di tempo nella discussione procedurale, signor Presidente, io ritiro la proposta e mi riservo di presentare una mozione.

PRESIDENTE: Cap. 1023; il capitolo è soppresso dalla commissione. Su questo capitolo ha chiesto la parola il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich hoffe, daß meine ganz kurze Anfrage an den Herrn Assessor nicht wieder eine Kettenreaktion von

zwei Stunden Dauer auslösen wird. Ich möchte den Herrn Assessor nur bitten, uns mitzuteilen, wie weit der heutige Stand der Bauten der SALVAR ist und ob das so lange angestrebte Darlehen mittels Bürgschaft vom Ente Terme in Rom endlich gegeben worden ist; ferner *was* für weitere Pläne bzw. Aussichten bestehen, die SALVAR-Bauten endlich, wenn auch nur teilweise, fertigzustellen. Kurz gesagt: Beabsichtigt die Region, die Angelegenheit SALVAR, in Anbetracht, daß hier einmal mit großem Elan die ersten 600 Millionen Lire für den Ankauf des Meraner-Hof-Geländes gewährt worden sind, weiterhin aktiv zu verfolgen oder ist man irgendwie entmutigt und hat weniger Interesse daran?

*(Spero che la mia breve interrogazione all'assessore non susciti un'altra reazione a catena di due ore. Vorrei soltanto pregare l'assessore di comunicarci a che punto siano attualmente gli edifici della SALVAR e se finalmente sia stato concesso il tanto desiderato mutuo su garanzie dell'Ente Terme di Roma; inoltre quali siano i progetti e le probabilità di completare finalmente, anche se per ora soltanto in parte, gli edifici della SALVAR. In breve: vorrei sapere se la Regione, considerato il fatto che sono già stati concessi con grande slancio i primi 600 milioni per l'acquisto del terreno dell'Hotel Merano, intende continuare a seguire attivamente la questione della SALVAR o se si sia in qualche modo scoraggiata, perdendo interesse per la faccenda?)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Spögl.

SPÖGLER (S.V.P.): Ich wollte nur die gleiche Frage an den zuständigen Assessor richten: nämlich welches Ergebnis bei den Be-

sprechungen in Rom erreicht worden ist, und ob da etwas beschlossen worden ist, um die Kapitalanteile zu erhöhen, oder um ein Darlehen aufzunehmen, oder ob entweder seitens des « Ente Terme » oder seitens des Regionalausschusses andere Lösungsvorschläge bereit stehen.

*(Volevo soltanto rivolgere la stessa domanda all'assessore competente, e cioè quali siano stati i risultati dei colloqui tenuti a Roma, se sono state prese decisioni per aumentare le quote di capitale od accendere un mutuo, o se l'Ente Terme o la Giunta regionale siano in grado di proporre altre soluzioni.)*

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore.

**AVANCINI** (assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Ringrazio i signori consiglieri per aver limitato le loro richieste agli ultimi sviluppi della situazione, altrimenti sarei stato costretto a ripetere i temi che sono già stati trattati in questo Consiglio. Come è noto il 25 di gennaio c'è stata a Roma una riunione con i rappresentanti dell'Ente Terme, nella persona del prof. Arata, e di altri tre funzionari; per la Regione Trentino-Alto Adige era presente il Presidente Dalvit e il sottoscritto, per il comune di Merano il Sindaco, ing. Volante e il dott. Zadra, e per l'azienda autonoma il dott. Huber. Era presente anche, naturalmente, il Presidente della SALVAR, sen. Breitenberg. In quella sede si è esaminato ancora il problema Salvar, anche alla luce dei colloqui che noi avevamo avuto il 15 gennaio, presso la Presidenza della Giunta regionale, con gli stessi signori presenti a Roma. In quella sede si era deciso, dopo una telefonata a Roma, di convocarsi nella sede dell'Ente Terme, cosa che è avvenuta, come ripeto, il 25 gennaio, e in quella sede si è preso atto, in seguito a una

precisa dichiarazione del sen. Breitenberg, che la Salvar era libera e pulita da qualsiasi debito, e si è presa in esame la possibilità di garantire il finanziamento dei 600 milioni per ultimare la costruzione delle Terme, in base ad un progetto che non ci era ancora pervenuto, ma che adesso ci è pervenuto ed è all'esame del nostro ufficio tecnico. Si è unanimamente riconosciuta la necessità di eliminare dal centro di Merano l'attuale bruttura, cosa che si può fare solo con la definitiva sistemazione del complesso termale. Non c'è nessuno che non può riconoscere che quella palizzata che c'è al centro della città di Merano, quelle buche che ci sono e i topi che circolano in quella buca che si è fatta, rappresentino un vero e proprio sconcio. Il sindaco di Merano ha insistito sulla questione turistica e sulla necessità che lo Stato intervenga, anche per dare la possibilità alla città di Merano di mantenere le sue tradizioni di ospitalità. La soluzione più logica e più economica sarebbe indubbiamente quella dell'aumento del capitale, e la Regione ha dichiarato in quella sede che sarebbe disposta a prendere la cosa in esame ed eventualmente a versare la propria quota. L'Ente Terme però ha chiaramente ed espressamente dichiarato che non avrebbe mai potuto aderire alla richiesta di aumento di capitale in quanto si trova assolutamente privo di mezzi, ed ha invece insistito sulla possibilità di contrarre un mutuo. È stato fatto osservare, da parte di tutti, che evidentemente il mutuo graverebbe troppo pesantemente sulla futura gestione delle Terme; non è stato preso in esame quel preventivo di gestione che è stato presentato dall'Ente Terme di Merano, non è stato preso in esame in quella sede, però in sede nostra è stato esaminato quel preventivo ed è stato riconosciuto troppo ottimistico, in quanto l'esperienza nostra, delle Terme di Levico, ci insegna che non è possibile pensare a una

gestione attiva di un complesso termale come quello di Merano, ma che si doveva pensare già a una gestione in passivo, dato che si tratta di un pubblico servizio e si tratta di una realizzazione che dovrebbe dare a Merano un po' di respiro e un po' di ossigeno per la risoluzione dei suoi pressanti problemi. Un funzionario dell'Ente Terme ha prospettato anche la possibilità di aiutare la Salvar, per lo meno nella fase di prefinanziamento; ma anche questa soluzione rappresenterebbe un gravame per la futura gestione, e perciò è stato chiesto lo intervento dello Stato e della Regione per pagare, almeno per i primi anni, gli interessi e ammortamenti. Tale soluzione però equivarrebbe praticamente a quella del mutuo e perciò non avrebbe una pratica utilità. Rimane quella dell'aumento del capitale e quella della concessione del mutuo. I soci avrebbero dovuto riunirsi il 21 febbraio per trovare una risoluzione definitiva, ma nel frattempo è intervenuta la crisi del Governo e la crisi al comune di Merano, perciò quella riunione non ha potuto aver luogo; adesso che la crisi del Governo è stata risolta, siamo in attesa che l'Ente Terme riconvochi l'assemblea per poter decidere in merito. Nel frattempo però, e precisamente il 31 gennaio, è arrivata alla società Salvar questa lettera da parte del Ministero del Tesoro, direzione generale degli istituti di previdenza: « In riferimento alla lettera sopraindicata, si comunica che il Consiglio di amministrazione di questi istituti ha accolto la richiesta di codesto ente, intesa ad ottenere la modifica della garanzia del mutuo in oggetto. Detta garanzia infatti, contrariamente a quanto in precedenza deliberato, dovrà essere presentata mediante l'ipoteca di primo grado sull'area e sulle erigende costruzioni, nonché su altri immobili di proprietà di codesto ente liberamente commerciabili e suscettibili di reddito, aventi un valore

almeno pari all'importo del mutuo. Prima di impartire precisazioni in merito alla documentazione da allestire per il perfezionamento della operazione, si invita codesto ente a voler precisare che i beni indicati nella lettera cui si fa riferimento, che dovranno essere ipotecati a favore di questi istituti, sono quelli su cui insisteranno in tutto o in parte le costruzioni finanziate con il mutuo ». E a questo proposito l'Ente Terme, nella riunione di dopodomani del Consiglio di amministrazione, ha posto all'ordine del giorno, al punto 5: « Deliberazione consiliare della Salvar riguardante l'accettazione del mutuo di lire 600 milioni concessi dagli istituti di previdenza di Roma ». Se questo mutuo potrà essere accettato, se cioè il Consiglio di amministrazione potrà accertare che ci siano tutte le condizioni poste dal Ministero del Tesoro, allora potrà contrarre il mutuo senza bisogno della fidejussione dell'Ente Terme, senza bisogno della garanzia della Regione e potrà iniziare la propria opera. Evidentemente è necessario che il progetto e il programma di costruzione sia attentamente vagliato, sia attentamente studiato; che non si facciano previsioni per 600 milioni e poi occorra un miliardo, ma è necessario che il Consiglio di amministrazione valuti tutte le situazioni ed esamini il progetto attentamente in maniera che non ci siano elevazioni troppo onerose di prezzo e che il progetto presentato risponda veramente alla realtà, cioè che con i 600 milioni si possa finalmente ultimare questo benedetto impianto termale che, secondo gli amministratori di Merano, secondo il sindaco di Merano, dovrebbe proprio costituire il toccasana per la città di Merano. Qualche consigliere di amministrazione mi ha scritto anche recentemente che ha molti dubbi e perplessità ancora sulla possibilità di ultimare questo stabilimento con i 600 milioni, ma questa è una

cosa che riguarda prima il Consiglio di amministrazione e poi, nell'assemblea dei soci, si discuterà nel dettaglio questo problema e si cercherà di trovare una soluzione. Io posso assicurare che noi continuiamo a seguire attentamente il problema, come soci di minoranza, anche presso l'Ente Terme, il quale Ente Terme si trova, come ho detto prima, in difficoltà, in serie difficoltà a quanto ha detto il prof. Arata ed evidentemente l'entusiasmo per la costruzione dell'ente termale di Merano non è molto forte, perché le difficoltà ci sono, l'impegno finanziario è notevole.

**PRESIDENTE:** Sul cap. 1030 ha chiesto la parola il cons. Dalsass.

**DALSASS (S.V.P.):** Sehr geehrter Herr Präsident! Ich habe zum Kap. 1030 das Wort verlangt, und zwar nicht, um vielleicht Aufklärungen über die vorgesehenen neuen Gesetze, die demnächst erlassen werden sollen, zu verlangen, sondern um an den Regionalausschuß die präzise Frage zu richten, warum ein bestimmtes Gesetz nicht mehr vorgelegt wird. Es handelt sich um das Gesetz über die Schaffung eines Pensionsfonds in der Region zugunsten der Angestellten der Lokalkörperschaften. Ich möchte den Herren Kollegen die Sache ein wenig ins Gedächtnis zurückrufen. Im Jahre 1962 wurde vom damaligen zuständigen Regionalassessor Molignoni ein Gesetzentwurf mit einem entsprechenden Statut zur Schaffung eines eigenen Pensionsfonds oder besser gesagt einer eigenen Pensionskasse in der Region zugunsten der Angestellten der Lokalkörperschaften ausgearbeitet. Dazu gehören die Angestellten der Region, der Provinzen, aller Gemeinden, der Gemeindefürsorgestellten und überhaupt aller Körperschaften. Man hat uns damals, d.h. dem Regionalrat, in einem

ausführlichen Bericht die großen Vorteile in der Schaffung eines solchen Pensionsfonds dargelegt. Ich möchte nur einige kleine Absätze dieses Berichtes in Erinnerung rufen. Man behauptet darin, daß die Schaffung eines eigenen Pensionsfonds von so großem Interesse wäre, daß die Angestellten, wenn sie mit 15 Jahren in Pension gingen, nicht weniger als 52% des letzten Gehaltes als Pension bekämen, währenddem sie bei der jetzigen Pensionskasse in Rom nur 22% bekämen, bzw. 22,78%. Durch die Schaffung des eigenen Fonds, wie gesagt, 52%, also round 30% mehr. Wenn sie mit 25 Dienstjahren in den Ruhestand treten würden, bekämen sie bei der Pensionskasse in Rom 50% als Pension, beim eigenen Pensionsfonds in der Region nicht weniger als 76%. Bei 35 Dienstjahren, also beim höchsten Dienstalder, bekämen sie von der Pensionskasse in Rom 93% des Gehaltes und beim eigenen Fonds 100%. Dabei ist noch etwas hervorzuheben: Beim regionalen Pensionsfonds würden sie den Prozentsatz des letzten Gehaltes bekommen, während sie von der Pensionskasse in Rom immer den Prozentsatz eines vorhergehenden Gehaltes bekommen, d.h. man setzt einen bestimmten Termin fest und anhand des Gehalts an diesem Tage wird die Pension bemessen, die jedoch nicht sofort wieder berichtigt wird, falls in der Zwischenzeit eine Gehaltsaufbesserung stattgefunden hat. Nehmen wir an, damals bei der Vorlage des Gesetzes im Jahre 1962 galt der Termin 1. Jänner 1958. Die Pensionskasse in Rom hat die Pensionen auf Grund des Gehaltes vom 1. Jänner 1958 ausgezahlt, und alle in der Zwischenzeit gewährten Aufbesserungen zugunsten der Angestellten der Lokalkörperschaften werden dann praktisch nicht berücksichtigt. Die Angestellten haben für diese Aufbesserungen keine

Pensionsansprüche stellen können. Auf Grund dieses Berichtes hätte man also durch die Schaffung dieses Pensionsfonds in der Region einen großen Vorteil gehabt. Auch geht aus dem Bericht hervor, daß nicht weniger als 9.000 Angestellte — bitte, das ist der Bericht von 1962 — die Nutznießer dieses regionalen Pensionsfonds gewesen wären, also 9.000 Familien praktisch, die hier zum Zuge gekommen wären. Und der Beitrag, für diesen eigenen regionalen Pensionsfonds wäre nicht höher gewesen als der Beitrag, der nach Rom abgeliefert werden muß. Nun, wir wissen alle, daß dieses Gesetz vom Regionalrat verabschiedet worden ist und dann von der römischen Regierung rückverwiesen wurde. Die Regierung in Rom hat dann dem zuständigen Assessor, der in der Zwischenzeit eingetreten war, dem Assessor Avancini, die Versicherung gegeben, daß bei einer zweiten Verabschiedung des Gesetzes, dasselbe in Kraft treten würde. Deshalb ist es nochmals vom Regionalrat verabschiedet worden, aber leider ist es auch dieses zweite Mal von der Regierung nicht angenommen worden. Nun glaube ich, wenn schon damals Zusicherungen von der Regierung gegeben worden sind, müßte man es doch erreichen, daß ein solches Gesetz durchgeht. Denn der Zustand, der so für bestimmte Beamte entsteht, ist unhaltbar. Wir haben es auch im Rahmen der Regionalverwaltung erlebt, daß einige Beamte plötzlich gestorben sind und eine Familie hinterlassen haben, die dann praktisch ohne Pension dagestanden ist. Wäre dieses Gesetz angenommen worden, dann hätte diese Familie des verstorbenen Beamten eine angemessene Pension bekommen. Wir haben in der Provinz Bozen, um diese Härten, diese Ungerechtigkeit ein wenig zu mildern, ein Landesgesetz verabschiedet, auf Grund dessen wir ein Pensionsminimum garantieren, wenn einer wegen Errei-

chung der Altersgrenze oder durch plötzlichen Tod mit einer kurzen Dienstzeit aus dem Dienst ausscheiden muß, damit die Hinterbliebenen eine entsprechende Pension bekommen. Wir haben also ein eigenes Landesgesetz dafür verabschiedet. Ich möchte auf noch etwas hinweisen: Für die Handelskammerangestellten besteht schon ein solcher Pensionsfonds. Dieser ist damals von der Regierung angenommen worden und ich weiß wirklich nicht, warum man ihn damals genehmigt hat und jetzt einen eigenen Pensionsfonds für alle Angestellten der Lokalkörperschaften nicht akzeptieren will.

Und dann noch etwas: Die Gemeinde Bozen hat auch einen Beschluß gefaßt, um die allenfalls unzulängliche Pension dieser Gemeindeangestellten zu ergänzen. Nun wird mir gesagt, daß es sehr schwierig sein wird, diesen Pensionsfonds, so wie wir ihn damals wollten, durchzubringen, d.h. die Angestellten der Lokalkörperschaften aus der Pensionskasse in Rom herauszunehmen und bei einer eigenen Kasse zu versichern. Nun aber weiß ich — und ich kann mich diesbezüglich auf das Statut des Pensionsfonds bei der Handelskammer berufen, daß es ohne weiteres möglich wäre, einen « Ergänzungspensionsfonds », wenn man ihn so nennen darf, zu errichten, d.h. einen Fonds, mit dem man die unzulängliche Pension der Angestellten der Lokalkörperschaften ergänzen könnte. Diesbezüglich bestünde kein Hindernis. Dieser « Ergänzungsfonds » besteht heute schon: bei der Provinz Bozen, die mit eigenem Gesetz die entsprechende Maßnahme getroffen hat; bei der Gemeinde Bozen, die einen bestimmten Betrag bereitgestellt hat, und dann bei den Handelskammern, wo die Beamten eben aus diesem Pensionsfonds den Nutzen ziehen. Ich weiß nicht, warum die heutige Regionalregierung, die doch irgendwie für soziale

Probleme besonders sensibel sein müßte, einen solchen Gesetzentwurf unter den Tisch fallen läßt. Ich muß schon sagen, es klingt ein wenig eigenartig, wenn man hört, daß der frühere zuständige Assessor, ein Sozialdemokrat, sich für dieses Gesetz eingesetzt hat, und der heutige zuständige Assessor, nicht mehr Sozialdemokrat, sondern Sozialist, dasselbe unter den Tisch fallen läßt und persönlich, wie er in der Finanzkommission erklärt hat, nicht für den Gesetzentwurf ist. Eines ist jedoch, bitte, zu berücksichtigen: daß der heutige zuständige Assessor auch im Jahre 1962 bereits im Regionalrat war und für den Gesetzentwurf seine Stimme abgegeben hat und auch das zweite Mal für denselben gestimmt hat. Deswegen wäre es schon interessant zu erfahren, warum man so gegen diesen Gesetzentwurf ist, ihn nicht mehr einbringt und nicht mehr hier im Regionalrat verfißt. Diese Frage wäre sicher eine Antwort wert.

*(Onorevole signor Presidente! Ho chiesto la parola al cap. 1030, non per chiedere chiarimenti sulle nuove leggi in previsione che dovranno venir varate in un prossimo futuro ma per rivolgere alla Giunta regionale una precisa domanda e cioè perché non si presenta più una determinata legge.*

*Si tratta della legge sull'attuazione di un fondo pensioni regionale in favore degli impiegati presso gli enti locali. Vorrei richiamare un po' alla memoria dei colleghi tutta la faccenda. Nel 1962 l'allora competente assessore regionale Molignoni elaborò un disegno di legge contenente uno statuto per l'istituzione di un fondo pensioni apposito o per meglio dire di una cassa pensioni regionale in favore degli impiegati degli enti locali. In questa categoria rientrano gli impiegati della Regione, delle Province, dei Comuni, degli ECA e di tutti gli*

*altri enti. Allora ci si sono presentati, cioè si sono presentati al Consiglio regionale, i grandi vantaggi dell'istituzione di un fondo del genere. Vorrei ricordare qui soltanto alcuni piccoli tratti della relazione. In essa si afferma che la creazione di un fondo pensioni porterebbe a risultati tali che gli impiegati, andando in pensione con 15 anni di anzianità, non riceverebbero meno del 52% del loro ultimo stipendio, mentre l'attuale cassa pensioni di Roma assegna loro soltanto il 22%, cioè il 22,78%. Creando un fondo pensioni proprio gli impiegati riceverebbero dunque il 52%, cioè 30% in più. Andando a riposo con 25 anni di anzianità, la pensione assegnata dalla cassa pensioni di Roma ammonta al 50%, il fondo regionale assegnerebbe non meno del 76%: con 35 anni di anzianità, cioè col massimo degli anni di servizio, la cassa di Roma dà il 93% dello stipendio ed il fondo regionale darebbe il 100%. Bisogna poi mettere in rilievo ancora una cosa: il fondo pensioni regionale assegnerebbe una percentuale calcolata sullo ultimo stipendio mentre la cassa di Roma la percentuale sullo stipendio precedente all'ultimo scatto, cioè viene fissato un determinato termine ed in base allo stipendio percepito a questo termine è calcolata la pensione, che comunque non viene aggiornata immediatamente nel caso che nel frattempo ci sia stato un aumento di stipendio. Ammettiamo che allora, alla presentazione della legge nel 1962, valesse la data del 1° gennaio 1958. La cassa pensioni di Roma paga le pensioni in base allo stipendio percepito il 1° gennaio 1958 mentre tutti gli aumenti di stipendio maturati nel frattempo in favore degli impiegati degli enti locali praticamente non si tengono in considerazione. Gli impiegati non hanno diritto di pensione su questi aumenti di stipendio. Secondo la relazione dunque, la creazione di tale fondo pensioni*

regionale avrebbe portato grandi vantaggi. Dalla relazione risulta inoltre che gli usufruttuari di tale fondo pensioni regionale sarebbero stati non meno di 9.000 impiegati, sempre in base alla relazione del 1962, dunque 9.000 famiglie che goderebbero del fondo. La quota di contribuzione a questo fondo regionale pensioni non sarebbe stata maggiore di quella che bisogna versare a Roma. Ora è noto a tutti che questa legge è stata varata dal Consiglio regionale e rivista dal Governo di Roma. Il Governo di Roma ha dato poi all'assessore nel frattempo entrato in carica per la materia, cav. Avancini, l'assicurazione che al secondo varo della legge questa sarebbe entrata in vigore. La legge è stata così varata una seconda volta ma purtroppo essa è stata di nuovo respinta dal Governo. Credo che, se già allora il Governo ha dato tale assicurazione, si dovrebbe riuscire a far passare la legge, altrimenti la situazione di alcuni impiegati è insostenibile. Anche nell'amministrazione regionale abbiamo avuto casi di morte improvvisa di impiegati che hanno lasciato una famiglia praticamente senza pensione. Se la legge invece fosse accettata, la famiglia dell'impiegato deceduto avrebbe ricevuto una pensione adeguata. Per mitigare tali crudeltà e tali ingiustizie, in provincia di Bolzano abbiamo emanato una legge provinciale in base alla quale garantiamo un minimo di pensione se un impiegato raggiunge il limite d'età o muore senza aver raggiunto il minimo di anni di servizio, affinché i parenti possano avere una pensione. Noi abbiamo dunque emanato una legge apposita sull'argomento. Ancora un accenno: gli impiegati della Camera di Commercio hanno già un fondo pensioni del genere, che a suo tempo il Governo ha approvato. Proprio non so perché allora lo si sia approvato ed ora non si voglia accettare un fondo pensione per tutti gli impiegati degli enti locali.

*Ancora un'osservazione: anche il Comune di Bolzano ha deliberato di integrare la pensione degli impiegati che eventualmente dovesse rilevarsi insufficiente. Mi si dice ora che sarà difficilissimo far passare questo fondo pensioni nella forma in cui lo abbiamo concepito allora, cioè togliendo gli impiegati degli enti locali dalla centrale di Roma ed assicurandoli presso una cassa regionale. So però ora — e posso riferirmi per questo agli statuti del fondo pensioni della Camera di Commercio — che sarebbe senz'altro possibile istituire un «fondo pensioni integrativo», se lo si può chiamare così, cioè un fondo con cui sia possibile integrare le pensioni insufficienti degli impiegati degli enti locali. Tale misura non incontrerebbe ostacoli. Tale «fondo pensioni integrativo» esiste già oggi alla Provincia di Bolzano, che ha preso con una legge i provvedimenti relativi; esiste al Comune di Bolzano, che ha messo a disposizione una determinata somma, ed infine alla Camera di Commercio, i cui impiegati usufruiscono di un fondo pensioni. Non so perché l'attuale Governo regionale, che dovrebbe essere particolarmente sensibile ai problemi sociali, lasci cadere una legge del genere. Devo dire che suona un po' strano sentire che l'assessore competente di allora, un socialdemocratico, si è adoperato in favore di questa legge, mentre l'assessore attuale, non più socialdemocratico ma socialista, la lascia cadere e personalmente, come ha dichiarato in commissione finanze, non è favorevole alla legge. Ma c'è una cosa che bisogna tenere in considerazione: l'attuale assessore competente per la materia era già presente in Consiglio regionale nel 1962 ed ha votato per la legge, come ha fatto poi anche la seconda volta. Per questo sarebbe interessante sapere perché si è ora tanto contrari a questo disegno di legge e non lo si ripresenta né lo si impugna qui in Consiglio. Questa è una domanda che merita senz'altro una risposta.)*

**PRESIDENTE:** La parola al cons. de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Signor Presidente, signori consiglieri, man mano che il tempo passa e che ci si avvicina alla metà della presente legislatura, è logico che i consiglieri, e particolarmente i consiglieri di opposizione, incomincino a concentrare la loro attenzione sui documenti programmatici che la coalizione di maggioranza aveva sottoposto a tutti gli ambienti politici, e incomincino a fare una determinata verifica circa l'adempimento di queste affermazioni e di questi progetti di carattere programmatico. Ora mi sembra che la voce più idonea per appurare se si son fatti dei passi avanti e in quale misura, sia proprio questa voce del bilancio, cioè quella che si riferisce agli oneri finanziari per nuovi provvedimenti legislativi. Ora io avrei una vastissima gamma di domande da porgere alla Giunta, poiché questo libretto contiene dei punti abbastanza numerosi, ritengo però di non voler accedere in queste richieste; mi riserverò poi, eventualmente anche nel corso della discussione di altri articoli, di chiedere delle informazioni. Tuttavia, tanto per incominciare, io volevo chiedere al signor assessore ai lavori pubblici se la somma stanziata nel bilancio preventivo per quest'anno comprende anche dei provvedimenti di carattere legislativo corrispondenti agli impegni assunti a pag. 23 dell'accordo interpartitico per la formazione della Giunta regionale del Trentino-Alto Adige. All'art. 23 si dice: « Si conviene che la Regione si impegni a favorire con interventi finanziari la applicazione delle leggi provinciali per l'acquisizione di aree fabbricabili da mettere a disposizione dei comuni per l'edilizia economica e popolare ». Su questo argomento io ho avuto modo di intervenire ripetutamente in

sede di discussione del bilancio preventivo del Consiglio provinciale, e ritengo ora di dover intervenire in questa sede, dato appunto l'impegno esplicito assunto dalla coalizione di maggioranza al riguardo. È noto come ormai la legislazione per il reperimento di aree fabbricabili esiste, esiste una legge provinciale, esiste una legge regionale che riguarda gli espropri, legge regionale che è stata votata qualche mese fa. Tuttavia era chiaro, ed è chiaro, che per lo esproprio e l'acquisizione delle aree è necessario avere una disponibilità di fondi che i comuni, nella loro schiacciante maggioranza, non hanno. Quindi, in previsione di questo, la coalizione si impegna a formulare e a creare una legislazione che mettesse i fondi a disposizione. La mia domanda è questa: se la Regione, la Giunta regionale intende, in questo anno della legislatura, presentare un disegno di legge che ponga questi mezzi finanziari a disposizione dei comuni, affinché i comuni stessi siano posti in grado di mettere a disposizione le aree per la costruzione di case popolari. La domanda io ritengo abbia una certa importanza, perché in presenza di un'acuta crisi edilizia. L'edilizia è notoriamente il settore più colpito nel Trentino-Alto Adige dalla crisi, e noi sappiamo tutti anche quale incidenza abbia la manodopera del settore edilizio sulla manodopera industriale complessiva. Quindi da una parte esiste questa acuta tensione per quanto riguarda la occupazione, dall'altra noi tutti sappiamo quanta esigenza ci sia ancora di porre a disposizione dei lavoratori e dei ceti più umili, delle case popolari, che siano nello stesso tempo confortevoli e accessibili ai loro salari e alle loro retribuzioni. Il problema è importante, perché noi sappiamo tutti quale incidenza abbia avuto in passato e abbia tuttora la speculazione sulle aree fabbricabili nel blocco dell'edilizia. Sappiamo tutti che, nonostante ci

sia stata la contrazione dell'attività edilizia, i prezzi delle aree non siano sensibilmente diminuiti, essendo una caratteristica particolare di questo settore il fatto che lo speculatore che ha in mano le aree più pregiate, può permettersi di attendere, tanto non ha costi di produzione, tanto non ha rischi di esercizio e quindi può attendere, vorrei dire indefinitamente, senza abbassare i prezzi. Questo rappresenta evidentemente un blocco e un ostacolo non indifferente nel Trentino-Alto Adige, e naturalmente, in modo ancor più accentuato, in Italia. Porre quindi i comuni nella possibilità anche finanziaria di attuare la legislazione esistente in materia di acquisizione di aree fabbricabili, è una cosa importante. È una cosa importante, non solo sotto il profilo economico, ma anche sotto il profilo urbanistico, poiché è ben chiaro che uno sviluppo logico, uno sviluppo razionale urbanistico può sopravvenire qualora intervenga il comune, intervenga l'ente pubblico, il quale indentifichi le aree più adatte, anche dal punto di vista urbanistico, le attrezzi e le ponga a disposizione. Ecco, questa è, in sintesi, la domanda che io chiedo. Dico che leggendo le dichiarazioni del signor Presidente della Giunta regionale al bilancio, non ho trovato impegni legislativi per quest'anno di questo tipo. Chiedo comunque una precisazione, una presa di posizione abbastanza chiara, dimoiché si sappia se è allo studio e se si intende dar mano a questa legge quest'anno, oppure se viene demandata ad anni futuri. Dico, concludendo, che se la Giunta regionale intende attuare un programma elaborato ed enunciato in questo libretto, dovrà accelerare i tempi, poiché siamo presto a metà del quadriennio e quindi, ripeto, non c'è più tanto margine del tempo stesso.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Der Regionalausschuß hat in seinem Programm für das Jahr 1966 wiederum ein eigenes Kapitel der Verteidigung der Autonomie gewidmet und ich habe in meinen Ausführungen während der Generaldebatte auf dieselbe Sache wie mein Kollege Dalsass hingewiesen, daß es nämlich eine erste gute Gelegenheit wäre, einerseits ein sozial wichtiges Gesetz — den Pensionsfonds für alle Angestellten aller örtlichen Körperschaften — und andererseits ein Gesetz zu erlassen, mit dem die Autonomie auf dem Gebiete der sozialen Sicherheit behauptet würde. Es wäre also eine Großtat in der Verteidigung der Autonomie, wenn dieses Gesetz von Regionalauschuß gegenüber der Zentralregierung durchgesetzt würde. Sie kennen alle dieses Gesetz; es würde bedeuten, daß trotz Verringerung der Beiträge von seiten der Gemeinden und aller örtlichen Körperschaften höhere Pensionsleistungen zugunsten der Versicherten ermöglicht werden könnten, mit einem Minimum an Verwaltungsaufwand. Sie alle wissen ja, wie gerade derzeit der Rechnungshof aufgezeigt hat, daß bei einer Reihe von halbstaatlichen Körperschaften und besonders Körperschaften, die sich mit der sozialen Sicherheit befassen, die Gebarung zum Selbstzweck geworden ist, daß also der größte Teil der Gelder in Gehälter aufgeht und der kleinere Teil in Leistungen für die soziale Sicherheit. Das kann unter anderem auch durch die Zentralisierung erklärt werden, die jegliche demokratische Kontrolle bei einer solchen zentralisierten und nicht der unmittelbaren staatlichen Organisation angehörenden Körperschaft, ausschließt. Ich möchte daher den Regionalauschuß ersuchen, sich doch im Sinne des Programmes der Mittellinksregierung — ich meine das Programm der Zentralregierung — dafür einzusetzen, daß dieses Gesetz angenommen wird. Wir müssen noch einmal

einen Beharrungsbeschluß fassen.

Aber ich wollte noch auf einen zweiten Punkt hinweisen, zu dem der Regionalausschuß auch im Koalitionsabkommen eine Andeutung gemacht hat, nicht aber in den programmatischen Erklärungen. Wenn nämlich die Region ihre Autonomie auf dem Gebiet der Landwirtschaft behaupten und behalten will, dann muß sie das Bonifizierungsgesetz Nr. 215/1933 rezipieren, von dem in der italienischen Rechtslehre gesagt wird, daß es das erste Gesetz für eine planmäßige Entwicklung der Landwirtschaft war, und zwar lange noch bevor von der Programmierung gesprochen wurde. Das ist ein echtes Planungsgesetz für die Landwirtschaft und die Region ist hierfür zuständig. Wenn aber die Region dieses Gesetz nicht übernimmt, dann treten, wie es schon der Fall war, die staatlichen Gesetze über die Entwicklungskörperschaften auch in der Region in Kraft. Diese Entwicklungskörperschaften sind dann nicht mehr von der Region abhängig, sondern vom Landwirtschaftsministerium, und die Zuständigkeit der Region auf dem Gebiete nicht nur der Großmeliorierung, sondern allgemein auch auf dem der Förderung der Landwirtschaft wird dann ausgehöhlt. Über die Rezeption des Bonifizierungsgesetzes war schon ein Entwurf vorhanden, als wir noch im Regionalausschuß waren; es sind seitdem Zusicherungen gegeben worden, daß er vom Regionalausschuß vorgelegt würde, aber inzwischen sind schon wieder 7 Jahre vergangen. Ich bin der Ansicht, daß hier die Region — wenn sie besonders auf dem Gebiet der Landwirtschaft ihr Autonomie verteidigen will — die Rezeption des Bonifizierungsgesetzes, mit allem was drum und dran ist, betreiben muß, ansonsten hätte es keinen Sinn, von der Verteidigung der Autonomie zu reden.

In diesem Zusammenhang möchte ich —

weil es ebenfalls zum Programm dieses Ausschusses gehört — auch noch fragen, was wegen des Ente per le Tre Venezie unternommen worden ist, zumal sie die Bonifizierung in ihr Programm aufgenommen hat. Erst jetzt wieder haben wir gelesen, daß sozialistische Senatoren im Zusammenhang mit Berichten des Rechnungshofes über eine nicht dem Gesetz entsprechende Gebarung und Verwaltung Anfragen gestellt haben. Es waren die sozialistischen Senatoren Ercole Bonacina und Arialdo Banfi. Ich bin mir im klaren darüber, daß die Regierung diese Körperschaft so wie andere abschaffen muß. Aber nachdem dieser Ausschuß es sich vorgenommen hat, hier etwas zu unternehmen, wäre es doch richtig, wenn auch darüber berichtet würde.

*(La Giunta regionale ha di nuovo dedicato, nel suo programma per il 1966, un capitolo a parte alla difesa dell'autonomia: nelle mie dichiarazioni nel corso del dibattito generale ho accennato allo stesso argomento del collega Dalsass, cioè al fatto che in questo caso si tratterebbe di una prima buona occasione per emanare una legge importante dal punto di vista sociale — il fondo pensioni per tutti gli impiegati degli enti locali — ed inoltre di un'occasione per affermare la nostra autonomia nel campo della sicurezza sociale. Se la Giunta regionale riuscisse ad affermare tale legge nei confronti del Governo centrale, si tratterebbe di un'azione fondamentale nella difesa dell'autonomia. Conoscete tutti questa legge: essa crea la possibilità, nonostante una diminuzione delle quote corrisposte dai comuni e da tutti gli enti locali, di assegnare maggiori pensioni agli assicurati con un minimo di spese amministrative. Come ha fatto notare di recente la Corte dei Conti, Voi tutti sapete che in tutta una serie di enti parastatali che si occupano di materia so-*

*ziale, l'organizzazione è divenuta fine a se stessa, che cioè la maggior parte dei fondi viene investita negli stipendi del personale e soltanto una minima parte viene impiegata per le prestazioni in campo sociale. Ciò si spiega anche in parte con l'accentramento, ciò che esclude ogni controllo democratico in un ente accentrato del genere e non direttamente dipendente dall'organizzazione statale. Vorrei perciò chiedere alla Giunta regionale di volersi adoperare secondo lo spirito del programma del Governo di centro-sinistra — intendo il programma del Governo centrale — perché questa legge venga accolta. Dobbiamo confermare di nuovo la nostra delibera.*

*Volevo riferirmi poi ad un altro punto a cui ha accennato la Giunta regionale anche nel patto di coalizione, non però nelle dichiarazioni programmatiche. Se la Regione vuole difendere e mantenere la propria autonomia nel campo dell'agricoltura, deve recepire la legge di bonifica n. 215/1933, di cui la giurisprudenza italiana dice che è stata la prima legge a trattare lo sviluppo programmato dell'agricoltura ed esattamente molto prima che si parlasse di programmazione. Si tratta di una vera legge di programmazione per l'agricoltura, campo in cui la Regione è competente. Se però la Regione omette di recepire la legge, entrano in vigore in Regione, come è già successo, le leggi nazionali sugli enti di sviluppo. In tal modo questi enti di sviluppo non dipendono più dalla Regione ma dal Ministero all'Agricoltura, ed in tal modo vengono minate le competenze della Regione nel campo non soltanto della bonifica integrale ma anche in generale del potenziamento dell'agricoltura. Già al tempo in cui eravamo in Giunta regionale esisteva un progetto di recezione della legge sulla bonifica; da allora la Giunta ha dato assicurazioni che avrebbe presentato il progetto, ma nel frattempo sono pas-*

*sati sette anni. Sono dell'avviso che qui la Regione, specialmente se vuol difendere la sua autonomia nel campo dell'agricoltura, deve preoccuparsi di recepire la legge di bonifica con tutti gli annessi e connessi, altrimenti non ha alcun senso di parlare di difesa dell'autonomia.*

*Poiché rientra nel programma di questa Giunta, vorrei chiedere a tale proposito anche che cosa si sia intrapreso nei confronti dell'Ente Tre Venezie, tanto più che quest'ultimo ha assunto la bonifica nel suo programma. Recentemente abbiamo letto di nuovo che senatori socialisti hanno presentato interrogazioni riferentisi a relazioni della Corte dei Conti su una amministrazione ed una gestione non rispondente alla legge: i senatori erano Ercole Bonacina ed Arialdo Banfi. Ho piena coscienza del fatto che il Governo deve eliminare tale ente, come del resto altri: poiché però la Giunta attuale si è proposta di riprendere un'iniziativa in questo campo, sarebbe giusto che essa riferisse anche in materia.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

NICOLODI (assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Prima di rispondere al cons. Dalsass e Benedikter, vorrei dare al cons. Spogler i dati che prima m'aveva chiesto, riguardanti la ripartizione degli assegni ai vecchi senza pensione. Le cifre al 1° gennaio 1966 sono le seguenti: provincia di Trento: 3183 beneficiari, liquidati in conto competenza 208 milioni 920 mila e in conto residui 5 milioni 80 mila lire; in provincia di Bolzano, il numero di beneficiari 1652, liquidati in conto competenza 112 milioni 680 mila lire, in conto residui lire 4 milioni 765 mila. Per quanto riguarda invece il problema posto dal cons. Dalsass e dal collega Benedikter, riguardante la legge sul fondo di quiescenza dei dipendenti dagli enti locali, io dico che come sono stato favorevole quando

mi trovavo nei banchi dell'opposizione ed ho appoggiato quella legge, lo sono tutt'oggi, lo sono nei termini in cui era stata formulata allora quella legge. Quando io ho assunto l'assessorato, mi sono subito premurato di conoscere qual era il pensiero, almeno così, limitatamente, ad alcuni settori, del governo italiano in proposito. Ne parlai l'anno scorso col vicepresidente del Consiglio Nenni, il quale dal punto di vista politico concordava con me e diceva: io vi aiuto come posso a portarla avanti. Ne ho parlato in seguito negli ambienti del Ministero del tesoro e lì ho trovato un ostacolo insormontabile: sono decisamente contrari e faranno tutto il possibile per non lasciar andare avanti questo disegno di legge.

Ora mi trovavo nell'alternativa di portare avanti il disegno di legge così com'era e farlo andare alla Corte costituzionale e vederlo probabilmente bocciato, e quindi ridotte ancora una volta le nostre competenze in materia di previdenza, con delle motivazioni come nella sentenza della Corte costituzionale sul problema della classificazione degli ospedali, ecc. Questa preoccupazione è nata in me e quindi ho soprasseduto nel riprendere in mano il disegno di legge. Se il Consiglio è d'accordo che il disegno di legge sia ripreso in mano, io non ho niente in contrario a portarlo avanti e fare tutti quei passi che sono necessari presso gli organi governativi, la Vicepresidenza del Consiglio dei Ministri. Ripeto però che l'ostacolo più grosso è il Ministero del Tesoro, il quale è difficile da superare. Possiamo provare con il Ministro del bilancio, naturalmente, ma la Cassa depositi e prestiti, voi sapete bene, dipende dal Ministro del Tesoro ed è quella che pone le maggiori difficoltà. Ripeto, che io sono favorevolissimo a portare avanti il disegno di legge; che sia un disegno di legge però sostitutivo nella formulazione fatta allora, con le per-

centuali di contribuzione da parte dell'amministrazione e da parte dei dipendenti, naturalmente con le rispettive percentuali di liquidazione, ecc.; sono pienamente favorevole purché ci sia la spinta e ci sia la possibilità di portarlo avanti. Io, in sede di commissione, ho detto che sono contrario personalmente, e lo giustifico anche, ai fondi integrativi. Sono contrario perché a me pare che si creino delle ingiustizie nei confronti della massa dei lavoratori, e si crea questo a carico delle amministrazioni pubbliche. È troppo facile, signori miei, caricare alle amministrazioni pubbliche un costo, per dare dei vantaggi differenziati in confronto alla massa dei lavoratori. Ma prendiamo il fondo integrativo della cassa ammalati di Bolzano, che dà, a mio avviso, delle prestazioni che non hanno giustificazione nell'attuale sistema di sicurezza sociale che abbiamo oggi, e costa, per ogni dipendente, un 9% a carico della Cassa ammalati. Quindi è denaro che viene sottratto all'assistenza degli altri lavoratori che vanno in pensione con le 20-25-30 mila lire al mese. Ma per essere socialisti non vuol mica dire dare a tutti quello che vogliono; invece bisogna creare la giustizia in tutti gli strati e portare avanti gli strati più bassi e non portare avanti quelli che si trovano in posizioni migliorate, e a carico dell'ente pubblico, perché l'aggravio verrebbe a carico dell'ente pubblico. Io però su questo problema non mi pronuncio, perché è un problema di fondo integrativo e quindi un problema che riguarda il personale e che riguarda il Presidente, ed è riservata a lui questa competenza. Se il Presidente crede, o i sindacati credono di fare le loro azioni, io naturalmente non sarò quello che farà fuoco e fiamma per non darlo. Metto in evidenza che la giustizia sociale non va portata avanti soltanto in alcuni settori, ma va portata avanti sullo stesso piano e soprattutto va

portata avanti, favorendo quelle classi lavoratrici che oggi sono le meno dotate e le meno assicurate in materia di quiescenza. Ecco perché ho detto che io sono contrario a un fondo integrativo, perché, dai dati che ho raccolto da qualche sindacalista che se ne intende di queste cose, per i soli dipendenti regionali, dovrebbe andare sui 30 milioni all'anno, se non di più. Quindi è un problema che si pone: se il Consiglio crede che sia un problema che si debba portare avanti, portiamolo avanti. Per quanto riguarda invece il fondo sostitutivo, io sono pronto a fare tutte le azioni, appunto per le giustificazioni che ha detto lei: io sono d'accordo con lei sulle giustificazioni del decentramento, sulla valorizzazione dell'autonomia e delle competenze, sulla non creazione di quei carrozzoni burocratici che ci sono proprio oggi e le cui spese burocratiche e generali incidono notevolmente. Sono d'accordo su tutti questi problemi, ma dobbiamo batterci ed io mi impegno ancora di fare tutte le azioni che posso fare presso il Governo, perché questo disegno di legge vada avanti, ma che sia, ripeto, un disegno di legge sostitutivo, con le prerogative che erano state poste nella legge quando è stata varata le precedenti due volte. Quindi questo è il mio pensiero strettamente personale su questo problema.

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore Segnana.

**SEGNANA** (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Sono state fatte dal cons. Benedikter due precise richieste di informazioni, ed in particolare per il problema della recezione della legge 215 sulla bonifica integrale e sul problema degli enti di sviluppo, in modo particolare con riguardo all'ente delle Tre Venezie. Prendendo l'avvio da questo ultimo tema voglio ancora una volta assicurare il cons. Bene-

dikter, che da parte nostra è stato operato, in questo periodo, per rappresentare al Governo, in modo particolare al Ministro e agli alti funzionari del Ministero dell'agricoltura, la posizione precisa della Regione circa l'ente delle Tre Venezie. Purtroppo, per ragioni che sono dovute, credo in gran parte, al fatto del passaggio da una legislatura all'altra, non è stato sufficientemente pesato il problema della impugnativa della legge che crea gli enti di sviluppo presso la Corte costituzionale. Di fronte a questa posizione, che ci vede sotto un certo aspetto coerenti nella difesa di quelle che sono le prerogative autonomistiche, noi abbiamo presentato all'attenzione degli organi del Governo, la posizione della Regione quale è stata espressa in un ordine del giorno o in una mozione, se non sbaglio, che è stata approvata ancora nella precedente legislatura. È stata quindi inoltrata al Ministero dell'agricoltura una documentazione contenente la mozione approvata dal Consiglio regionale, contenente anche il testo di una interrogazione fatta dal cons. Benedikter e il testo della risposta data dal Presidente della Giunta regionale e inoltre una memoria contenente le nostre considerazioni. Nei colloqui che io ho avuti anche con il Ministro dell'agricoltura, l'allora Ministro Ferrari-Aggradi, ho avuto delle precise assicurazioni circa la massima attenzione nei confronti di questo problema, ho chiaramente detto che noi ci riserviamo e ci riserveremo di impugnare dinanzi alla Corte costituzionale i decreti relativi all'ente delle Tre Venezie. Possiamo anche dire che, fino ad oggi, pur di fronte alla serie di decreti che sono stati emanati per gli enti di sviluppo, noi non abbiamo avuto alcun decreto che riguardi ancora l'ente delle Tre Venezie. Posso anche assicurare che proprio per questo specifico argomento, io ho preso anche contatti diretti con il collega assessore regionale all'agricoltura del

Friuli-Venezia Giulia, con il quale abbiamo anche concretato una certa azione comune. Quindi, per parte nostra, io posso senz'altro assicurare che vi è la precisa posizione di tener fede a quelle che sono state le decisioni a suo tempo assunte dal Consiglio regionale, e che, come abbiamo chiaramente detto al Ministero competente, noi non avremmo alcuna difficoltà ad impugnare, nella sede competente, i decreti relativi all'ente delle Tre Venezie. Questo per quanto riguarda il settore a me affidato e non per altri aspetti di ordine politico che possono riguardare l'ente delle Tre Venezie e che implicano più che altro una presa di posizione della stessa Giunta, oltre che dell'assessore addetto alla materia dell'agricoltura. Circa il problema della recezione della legge 215, che ho avuto occasione di dire ancora, noi abbiamo allo studio la proposta di legge per la recezione della legge 215, però devo dire francamente che, anche fra coloro che abbiamo interpellato per questo argomento, ci sono state espresse delle perplessità circa l'opportunità di recezione di questa legge e pertanto un orientamento ancora deciso circa i tempi anche di presentazione di questo disegno di legge io in questo momento non lo posso dare. Posso assicurare, anche su un piano di impegno personale, che da parte mia il problema è alla attenzione e che io spero di poter giungere anche, in una occasione che mi sarà data in Consiglio regionale, a dire chiaramente una parola in proposito.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Benedikter.

**BENEDIKTER (S.V.P.):** Ich weiß nicht, wieviel Jahre es sind, daß wir das immer wieder vorbringen und daß mehr oder weniger immer dieselbe Antwort gegeben wird. Inzwischen, während wir gegenüber den « perplessi-

tà » schwanken, macht der Staat bzw. das Parlament Agrarreformgesetze, gegen die wir uns entweder überhaupt nicht zur Wehr setzen oder uns einmal nicht mehr zur Wehr werden setzen können. Wir werden ja sehen, was der Verfassungsgerichtshof zur Anfechtung der Region Sardinien sagt. Die einzige Möglichkeit, um hier einen Schutzwall für die Autonomie zu schaffen, damit durch Sozialreformgesetze nicht wieder zentralisiert wird und damit nur Gesetze in Kraft treten, die von der Region nach ihren Erfordernissen herausgegeben wurden, wäre die Übernahme der Staatsgesetze. Wir haben seinerzeit noch die Rezeption des Berggesetzes durchgeführt — das einzige auf dem Sektor Landwirtschaft — und es war beabsichtigt, auch andere, hierunter gerade das Bonifizierungsgesetz zu übernehmen; leider ist es nicht mehr dazu gekommen. Hätten wir dies getan, dann ständen wir nicht vor allen diesen Schwierigkeiten, wie sie sich z.B. aus dem Gesetz über die Entwicklungskörperschaften ergeben. Wenn Sie die Begründung der Anfechtung von seiten der Region Sardinien gelesen haben, dann, glaube ich, werden Sie sich davon überzeugen, daß es tatsächlich ein für die Autonomie gefährliches Gesetz ist. Jedenfalls steht die Region Sardinien auf diesem Standpunkt und in der Begründung ist er sehr glaubhaft dargelegt. Denn durch diese Entwicklungskörperschaften wird den Regionen die verwaltungsmäßige Zuständigkeit entzogen und damit ist es mit der Autonomie auf dem Sektor Landwirtschaft dann zu Ende. Ich glaube, mit « perplessità » kommen wir in der Verteidigung der Autonomie nicht weiter. Je mehr Zeit verstreicht, desto größer werden diese « perplessità »; je mehr der Staat Agrarreformgesetze macht, die dann von grundsätzlicher Bedeutung sind und die als Grundsätze oder Normen der sozial-wirtschaftlichen Reformen auch die

primäre Gesetzgebung binden, desto größer werden diese « perplessità » und desto schwieriger wird es für uns sein, dagegen aufzukommen. Es wäre deshalb höchste Zeit, etwas zu tun, denn wenn wir noch länger warten, dann wird es höchstwahrscheinlich zu spät sein, weil diese anderen im Programm der Zentralregierung enthaltenen Gesetze die Autonomie so durchlöchern haben werden, daß es keinen Sinn mehr hat, die Kompetenz nur noch stückweise anzufordern. Es wurden schon einmal drei Gesetze ausgearbeitet. Inzwischen sind selbstverständlich auch andere Gesetze gekommen, denen man Rechnung tragen muß, aber das wäre keine so große Arbeit, um sie nicht innerhalb eines Monats in den Regionalrat zu bringen. Selbstverständlich wäre es dann eine Aufgabe des Regionalausschusses, bei der Zentralregierung durchzusetzen, daß die Gesetze nicht angefochten werden, sondern daß sie, wenn auch mit eventuellen vernünftigen Änderungen der Zentralregierung, durchgehen. Wenn schon diese Zentralregierung, wie es heißt, die Förderung der Autonomien auf ihre Fahne geschrieben hat, dann müßte es doch auch möglich sein — jetzt eigentlich mehr noch und besser als seinerzeit vor zehn Jahren —, solche Gesetze durchzusetzen, die nichts anderes bewirken sollen, als die autonomen Befugnisse zu festigen. Ich möchte nur noch einmal, um eine Pflicht zu erfüllen, darauf hinweisen, daß, falls die Region diese Rezeption nicht durchführt, sie die Autonomie auf dem Sektor Landwirtschaft verlieren wird.

*(Non so da quanti anni noi presentiamo questo problema e ci si dà sempre la medesima risposta. Nel frattempo, mentre noi esitiamo di fronte a delle perplessità, lo Stato, anzi il Parlamento, emana leggi di riforma fondiaria da cui non ci difendiamo affatto e da cui prima*

*o poi non saremo più in grado di difenderci. Vedremo comunque quale sarà l'atteggiamento della Corte Costituzionale nei confronti del ricorso della Regione sarda. L'unica possibilità di difesa per l'autonomia, l'unica possibilità di impedire un'accentramento attuato attraverso leggi di riforma sociale e di far entrare in vigore solo leggi emanate dalla Regione in base alle sue esigenze, è quella di recepire le leggi nazionali. A suo tempo abbiamo recepito unica nel settore dell'agricoltura la legge sulla montagna e si intendeva recepire anche altre leggi, fra cui appunto quella sui miglioramenti fondiari; purtroppo non siamo poi arrivati a farlo. Se lo avessimo fatto non ci troveremo ora davanti a tutte queste difficoltà, come per es. quelle derivanti dalla legge sugli enti di sviluppo. Se avete letto la motivazione del ricorso opposto dalla Regione sarda, credo sarete convinti del fatto che si tratta di una legge pericolosa per l'autonomia: in ogni caso la Regione sarda sostiene questo punto di vista che nella motivazione del ricorso è presentato in un modo molto credibile. Tali enti di sviluppo infatti sottraggono alle Regioni le competenze in materia amministrativa, il che mette fine alla autonomia nel campo dell'agricoltura. Credo che con le perplessità non si facciano molti progressi nella difesa dell'autonomia. Più tempo passa e maggiori diventano tali perplessità; quante più riforme agrarie fa lo Stato, riforme che hanno importanza fondamentale e che come principi o norme riguardanti le riforme in campo sociale ed economico condizionano anche la legislazione primaria, tanto più grandi diventano tali perplessità e tanto più difficile diventerà per noi opporvisi. Sarebbe perciò ormai tempo di fare qualcosa, poiché se aspettiamo oltre diventerà troppo tardi: tali leggi contenute nel programma del Governo centrale avranno ormai esaurito l'autonomia ad*

*un punto tale che non avrà alcun senso esigere delle competenze soltanto frammentarie. Già una volta si erano elaborate tre leggi: nel frattempo sono intervenute naturalmente anche altre leggi di cui bisogna tener conto, anche se non si tratterebbe di un lavoro tanto pesante da non poterle presentare al Consiglio regionale entro un mese. Logicamente spetterebbe alla Giunta regionale far sì che il Governo centrale non ricorra contro tali leggi, anzi le approvi, anche se con eventuali ragionevoli modifiche da parte del Governo centrale, come si dice, sbandiera il potenziamento delle autonomie, dovrebbe essere anche possibile, ora più e meglio che dieci anni fa, far passare queste leggi che non hanno altro scopo che quello di consolidare le competenze autonome. Per dovere, vorrei accennare ora al fatto che la Regione, se non si deciderà a recepire questa legge, finirà per perdere la sua autonomia nel settore dell'agricoltura.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Dalsass.

DALSASS (S.V.P.): Sehr geehrter Herr Assessor! Nun habe ich wenigstens eine Antwort bezüglich der Bildung des regionalen Pensionsfonds oder der regionalen Pensionskasse bekommen, denn so genau haben Sie sich in der Kommission nicht ausgedrückt. In der Kommission haben Sie sich nur so ganz generell dagegen ausgesprochen und nicht so genau wie hier, nämlich, daß Sie gegen den Ergänzungsfonds sind und das andere Gesetz befürworten. Ich möchte Sie nur um etwas ersuchen, Herr Assessor: Dieser regionale Pensionsfonds sollte auf jeden Fall gebildet werden und ich glaube, es liegt in der Macht des Regionalausschusses, die zuständigen Minister oder die Regierung in Rom von der Güte und von der Zweckmäßigkeit einer solchen Pensionskasse auf regionaler Ebene zu überzeugen. Im

vergangenen Jahr waren wir auf Grund eines Kommuniqués von seiten des Vizeministerpräsidenten der Überzeugung, daß alles schon in Ordnung sei und daß diesem Gesetz freier Lauf gegeben werden könnte. Leider ist es nicht so. Ich berufe mich auf Härtefälle, die auf jeden Fall vermieden oder beseitigt werden müßten. Das bedeutet, daß für diejenigen Beamten, die nur eine geringe Dienstzeit zusammenbringen, weil sie entweder die Altersgrenze erreicht haben und somit aus dem Dienst ausscheiden müssen, oder weil sie plötzlich gestorben sind und somit die Familien allein dastehen, ein Pensionsminimum geschaffen und garantiert werden müßte. Wir haben in der Regionalverwaltung selbst mehrere solche Fälle, wo das Familienoberhaupt plötzlich gestorben ist und die Familie mit einer Pension von 17 - 18.000 Lire dagestanden ist. Das, glaube ich, ist auch sozial nicht zu vertreten. Dem muß abgeholfen und eine geeignete Maßnahme getroffen werden.

Und noch etwas möchte ich sagen. Sollte es nicht möglich sein, für alle Angestellten der Lokalkörperschaften diesen Pensionsfonds sofort zu schaffen, dann könnte folgendes gemacht werden: die Region könnte für die eigenen Angestellten, für die sie zuständig ist, einen Fonds schaffen, mit der Möglichkeit für die Provinzen, mit eigenem Gesetz ihre Beamten dort zu versichern und somit Nutznießer dieses Pensionsfonds zu werden. In der Zwischenzeit, glaube ich, könnte man erreichen, daß auch die anderen Angestellten dort versichert werden. Selbstverständlich die beste Lösung, die optimale Lösung wäre die Schaffung eines Pensionsfonds, d.h. einer regionalen Pensionskasse für alle Angestellten der Lokalkörperschaften. Ich würde Sie ersuchen, Herr Assessor, in diesem Sinne sich bei der Regierung in Rom zu verwenden und nicht die Sache un-

ter den Tisch fallen zu lassen, indem Sie, wie ich — und nicht nur ich, sondern auch andere Mitglieder der Finanzkommission — leider den Eindruck hatte, das Gesetz nicht weiter behandeln wollen.

*(Egregio assessore! Ora ho avuto almeno una risposta sull'argomento della costituzione della cassa o fondo pensioni regionale, poiché la sua risposta in commissione non è stata altrettanto esauriente. In commissione lei si è espresso contro la cassa soltanto in generale e non con i particolari che ha dato ora, cioè che lei è contrario al fondo integrativo ed appoggia l'altra legge. Signor assessore, vorrei poi sottoporle una preghiera: il fondo pensioni regionale dovrebbe venire in ogni caso costituito ed io credo che la Giunta regionale possa benissimo persuadere il Ministro competente od il Governo di Roma della bontà e dell'opportunità di una cassa pensioni regionale di questo tipo. In base ad un comunicato del vicepresidente dei Ministri, l'anno scorso eravamo convinti che tutto fosse ormai appianato e che si potesse dare libero il passo alla legge. Purtroppo non è così. Mi riferisco a casi estremi, che devono venire in ogni caso evitati od eliminati. Ciò significa che per tutti gli impiegati con soltanto un breve periodo di servizio, sia perché devono abbandonare il lavoro per raggiunti limiti d'età, sia perché muoiono improvvisamente lasciando una famiglia, deve essere procurato e garantito un minimo di pensione. Nella stessa amministrazione regionale esistono alcuni di questi casi, in cui il capofamiglia è improvvisamente deceduto lasciando una famiglia con una pensione di 17 - 18 mila Lire. Credo che ciò non sia ammissibile neanche dal punto di vista sociale, bisogna provvedere e prendere misure adeguate.*

*Vorrei aggiungere ancora qualcosa: se*

*non fosse possibile istituire subito tale fondo per gli impianti di tutti gli enti locali, si potrebbe provvedere come segue: la Regione potrebbe creare un fondo per i propri impiegati, per cui possiede la competenza, lasciando aperta per legge alle Province la possibilità di assicurarvi i suoi impiegati e perciò di diventare usufruttuarie del fondo. Nel frattempo credo che si potrebbe ottenere che anche gli altri impiegati possano venire assicurati in questa cassa.*

*Logicamente la soluzione migliore, la soluzione ottimale, sarebbe quella d'istituire un fondo pensioni, cioè una cassa pensioni regionale per tutti gli impiegati degli enti locali. Vorrei dunque chiederle, signor assessore, di volersi adoperare in questo senso presso il Governo di Roma e di non lasciar cadere la cosa ricusando di continuare a trattare la legge, come è stata impressione tanto mia quanto degli altri membri della commissione finanze.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): Volevo solo rispondere alle considerazioni che ha fatto il cons. Benedikter, che io naturalmente concordo su certe osservazioni, però devo dire che io ritengo personalmente di non poter subire da parte dei consiglieri il dubbio che io non faccia quanto è possibile per difendere le prerogative e le competenze della Regione in materia di autonomia. Io anzi sono convinto autonomista e quindi posso senz'altro assicurare che da parte mia io farò tutto quello che è possibile.

BENEDIKTER (S.V.P.): Ma i fatti?

SEGNANA (Assessore agricoltura e commercio - D.C.): . . . Sì, occorrono anche i fat-

ti... Guardi che l'aver delle perplessità, è una caratteristica di persone responsabili, di persone che nel compito che devono svolgere, cercano di usare la massima responsabilità. Ora io, di fronte a determinate perplessità che mi sono anche state prospettate, ho bisogno di poter arrivare a fare delle conclusioni di ordine positivo, in modo tale da poter presentare un disegno di legge, convinto che questo disegno di legge effettivamente sia uno strumento utile per la nostra agricoltura e che non mi ponga di fronte a certe prospettive, che sono state anche da lei avanzate nelle sue osservazioni, cioè quello di una impugnativa presso la Corte costituzionale che porti magari, in questa materia della bonifica, a una dichiarazione di minori competenze da parte nostra. Comunque io voglio ancora una volta assicurare che questo problema io ho la responsabilità di quello che hanno fatto i miei predecessori: io sono a questo assessorato da circa un anno, da un anno abbondante, e non è stato solo questo il problema che ho dovuto risolvere in questo periodo, io assicuro, dò assicurazione, anche di ordine personale oltre che di Giunta, che io il problema alla Giunta lo sottoporro. Però mi si consenta di superare, anche su un piano di piena responsabilità, determinate perplessità che io in questo momento ancora non ho superato.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Nicolodi.

NICOLODI (Assessore suppl. previdenza sociale e sanità - P.S.I.): Il problema riproposto dal collega Dalsass, quello dei pensionati anziani che non hanno maturato un determinato numero di anni di servizio, di coloro che disgraziatamente muoiono prima di aver raggiunto un determinato numero di anni, è un problema, direi, generale, che non riguarda

soltanto i dipendenti della Regione e i dipendenti degli enti locali. Lo so, è un problema grosso e quindi bisogna vedere in quale forma si può venire incontro. D'altra parte io assicuro il collega Dalsass che tutto quello che posso fare, anche per quelle relazioni di carattere politico che io ho con gli uomini del governo, almeno con i miei compagni che sono al governo, farò tutto il possibile per portare avanti il nostro disegno di legge. Pensavo — io non so, adesso forse dico qualche cosa che non ha senso — ma dato che, sia la Regione che le Province hanno competenza primaria nell'ordinamento del personale, eventualmente farlo come ordinamento del personale, limitatamente al personale regionale, e le due Province, limitatamente al personale delle Province, poi farle confluire; non so, potrebbe essere una strada, se la strada non va. È una proposta che faccio, un problema che si potrebbe studiare e vedere se questo è possibile portarlo avanti; potrebbe essere la via per superare forse l'altra. Ripeto che io non ho approfondito il tema e non so se è possibile. Assicuro ancora che farò tutto quello che sta nelle mie possibilità, perché il tema vada avanti.

PRESIDENTE: La parola all'assessore Avancini.

AVANCINI (assessore finanze e patrimonio - P.S.D.I.): Sì, brevemente, signor Presidente. Siccome si tratta di un capitolo dell'assessorato finanze, io vorrei rispondere brevemente alle osservazioni che sono state fatte. È stato parlato di fondo integrativo, e già l'assessore competente ha risposto. Noi tutti abbiamo seguito l'iter di questo fondo, cioè di fondo di pensione del personale, e io concordo pienamente con quello che ha detto l'assessore. Mi ricordo che a suo tempo la commissione, presieduta dall'assessore Benedikter, ha

proprio escluso che si possa costituire un fondo integrativo, ma il fondo semmai doveva essere sostitutivo. Il cons. de Carneri ha posto una domanda precisa per quanto riguarda i nostri impegni programmatici ed in particolare per quanto riguarda l'edilizia. Io ritengo che noi non abbiamo mancato ai nostri impegni programmatici per l'edilizia, perché lei certamente ricorda che l'anno scorso ci sono stati chiesti dalla Provincia di Bolzano 200 milioni per la edilizia e 200 milioni sono stati concessi. Noi abbiamo dato, in variazione di bilancio, 400 milioni in conto art. 70 alle due Province, ed in particolare i 200 milioni della Provincia di Bolzano dovevano servire per l'edilizia. Con questo noi non riteniamo di aver risolto il problema; il problema è sempre all'attenzione della Giunta, e vedremo quello che si potrà fare anche per il futuro. Il cap. 1030 riguarda il fondo a disposizione per far fronte ad oneri dipendenti da provvedimenti legislativi, e a pag. 17 della mia relazione sono elencati gli impegni che la Giunta regionale ritiene utile di dover prendere nel corso dell'anno 1966: e precisamente 115 milioni per l'industria, 100 milioni per l'agricoltura, 23 milioni per il commercio, 35 milioni per i lavori pubblici, che corrispondono al mutuo di 500 milioni, 100 milioni per il turismo, 70 milioni per la previdenza, 25 milioni sono destinati alla copertura di oneri per il personale e per la programmazione e in più abbiamo aggiunto ora 50 milioni per gli ospedali. La Giunta ritiene con questo di aver varato un programma valido, un programma che serva a provvedimenti che portino utilità alle nostre popolazioni e perciò ritiene di aver proposto al Consiglio un programma valido. Il cons. Benedikter ha parlato dell'ente Tre Venezie. Indubbiamente questo è un problema di carattere nazionale; se ne è parlato anche nella commissione dei

19, la Giunta regionale è a disposizione per tutte quelle iniziative che potranno essere prese in sede parlamentare, sia dai parlamentari della Provincia di Trento, sia dai parlamentari della provincia di Bolzano, sia da altri parlamentari per quanto riguarda la risoluzione di questo problema. La Giunta regionale assolutamente non porrà ostacoli, anzi si mette a disposizione per la risoluzione di questo problema.

PRESIDENTE: Nessuno prende la parola? Allora metto in votazione il cap. 1030: è approvato a maggioranza con 1 voto contrario e 11 astensioni.

La seduta è sospesa e riprende alle ore 20. Lavoriamo dalle ore 20 alle 23. Io prego però i signori consiglieri di essere puntuali. (Ore 18.40).

Ore 20.15.

(Assume la Presidenza il Vicepresidente Pupp).

PRESIDENTE: Siamo al cap. 1100. Ha chiesto la parola il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Ich habe zu diesem Kapitel um das Wort gebeten, weil hier Ausgaben vorgesehen sind, erfreulicherweise, die das letzte Jahr nicht gemacht worden sind, und weil ich hier den Anlaß nehmen will, um über eine Institution ganz kurz zu sprechen, die wenigstens nach meinem Erachten in Südtirol von einer nicht unwesentlichen Bedeutung ist, nämlich über den Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau. In erster Linie möchte ich meine Genugtuung zum Ausdruck bringen, daß der Herr Assessor heuer wieder Mittel, wenn auch sehr bescheidene, unter diesem Kapitel gefunden hat. Ich schmeichle mir, daß vielleicht mein Ersuchen vom vergangenen

Jahr in dieser Hinsicht nicht ganz nutzlos geblieben ist. Was ich bei dieser Gelegenheit aber dem Herrn Assessor ganz besonders in Erinnerung bringen möchte, ist der Umstand — und dieser Umstand ist ihm ja nicht neu —, daß dieser Südtiroler Beratungsring für Obst- und Weinbau nur dann eine gesicherte, ruhige Tätigkeit für die Hinkunft zur Entfaltung bringen kann, wenn ihm die bescheidenen, wenigstens bis jetzt bescheiden gewesenen Beihilfen auf gesetzlicher Basis zugesichert werden. Denn bis heute hat diese Institution nur so, wie wir sagen, von der Hand in den Mund leben können: einmal ist der Beitrag gegeben worden in einer Höhe, dann wieder ein niedrigerer Betrag usw. Ich hoffe, daß es dem Herrn Assessor gelingen wird, dieses Gesetz, von dem er ja sehr gut weiß, daß es wirklich allgemein von den interessierten Kreisen der Obst- und Weinbauern gewünscht wird, womöglich noch heuer zu einer Verabschiedung zu bringen. Es gibt wohl wenige Initiativen, die so aus eigenem Antrieb entstanden sind, wie gerade dieser Beratungsring, der bis heute mit nur allerbescheidensten Mitteln aus öffentlicher Hand sein Fortkommen hat finden müssen und der seit seinem Entstehen aus dem Jahr 1957/58 durch die Tätigkeit von wenigen Mitgliedern, die an beiden Händen gezählt werden können, heute bereits eine Anbaufläche von 5.000 ha Obst- und Weinbaugebiet betreut. Dem Herrn Assessor ist auch bekannt, daß hier die Privatinitiative so weit gegangen ist, daß sie sogar sich bereit erklärt hat, und diese Bereitschaft auch getätigt hat, Darlehen vor allem bei der Raiffeisenkasse aufzunehmen, als Überbrückungskredit bei persönlicher Garantie. Wie wichtig nicht nur in Südtirol, sondern auch im Trentino gerade die Produktion aus dem Obst- und Weinbau ist, ist wohl reichlich bekannt. Ich möchte mir nur erlauben, für die Provinz

Bozen die Bedeutung, die wertmäßige Bedeutung des Obst- und Weinbaues in Erinnerung zu rufen. Wir haben heute die offiziell abgeschlossenen Daten über die Produktionswerte des Jahres 1964 und da sehen wir, daß der Gesamtertrag der Land- und Forstwirtschaft in der Provinz Bozen rund 44,5 Milliarden Lire betragen hat; davon sind 46% Ertrag aus dem Obst- und Weinbau. Wir finden, daß die Viehzucht von den ursprünglich 42% zurückgegangen ist auf kaum 31,5%; nicht zuletzt ist der Grund gerade der Obst- und Weinbau. Und in diesen Gebieten ist die Viehzucht wesentlich zurückgegangen. Wir sehen noch die immer mehr an Bedeutung verlierende Produktion im Feld- und Futterbau, die heute noch gute 9% beträgt. Wir sehen die Produktion aus den Forsten mit kaum 13,5% Wert von der gesamten landwirtschaftlichen Produktion. Ich wollte diese Daten hier kurz in Erinnerung rufen, um eben damit, wenn es nötig wäre, noch besonders die Bedeutung, die der Obst- und Weinbau wertmäßig, handelsmäßig und deshalb in jeder Hinsicht auch steuermäßig, erlangt hat, zu unterstreichen. Vielleicht wird dann die Einsicht leichter, daß man zur Förderung dieser Tätigkeit doch wenigstens einige Millionen mehr geben kann, als es bis jetzt der Fall gewesen ist. Wenn wir das Verhältnis z.B. zur Produktion aus der Waldwirtschaft nehmen, die wir mit 13,5% angegeben sehen, und daneben die Produktion aus dem Obst- und Weinbau mit 46%, wobei ich gerade als Forstmann mir sehr wohl bewußt bin, daß bei der Waldwirtschaft nicht die Produktion allein ausschlaggebend ist, sondern ganz andere Werte genereller und auch ästhetischer Natur, so ist auf jeden Fall damit bewiesen, daß ein Gesetz mit annehmbaren bescheidenen Mitteln in diesem Fall eine Notwendigkeit darstellt. Es wäre sehr viel geschehen, wenn dieses Gesetz wenigstens

für das kommende Jahr in Wirksamkeit treten könnte.

Damit habe ich meine kurze Intervention abgeschlossen und möchte dem Herrn Assessor noch einmal, wenn er das nicht zu anmaßend findet von meiner Seite, Anerkennung zollen für das, was er in dieser Hinsicht bereits getan hat, vor allem dafür — was diesen Obst- und Weinbauern besonders wohlgetan hat —, daß er sich auch die Mühe genommen hat, persönlich an Ort und Stelle nach dem Rechten zu sehen. Damit haben Sie wesentlich dazu beigetragen, diese Institution zu festigen und zu fördern. Ich kann nur wünschen, daß im Trentino etwas Ähnliches, falls es nicht schon geschehen sein sollte, möglichst bald entstehen möge.

*(Ho chiesto la parola su questo capitolo perché fortunatamente vi sono previste spese che l'anno scorso non lo erano e perché voglio cogliere l'occasione per parlare brevemente di un'istituzione che, almeno a mio parere, non manca di importanza in Sudtirolo, cioè il Centro sudtirolese di consulenza fruttivinicola. Prima di tutto vorrei esprimere la mia soddisfazione perché l'assessore ha reperito dei fondi, anche se modesti, da assegnare a questo capitolo. Mi lusingo che forse il mio appello dell'anno scorso a tale riguardo non sia stato del tutto inutile. In questa occasione vorrei però ricordare in particolar modo all'assessore la circostanza, che del resto non gli è ignota che tale Centro di assistenza fruttivinicola può svolgere per il futuro un'attività sicura e tranquilla soltanto se gli si assicura un modesto, od almeno lo è stato finora, contributo su base legale. Fino ad oggi tale istituzione ha potuto vivere infatti, come si dice, soltanto giorno per giorno: i contributi concessi sono stati volta a volta maggiori o minori. Spero che l'assessore riuscirà, possibilmente ancora quest'anno, a far varare*

*la legge, che sa benissimo universalmente auspicata negli ambienti interessati dei frutticoltori e viticoltori. Sono senz'altro poche le iniziative sorte per un impulso tanto spontaneo come questo Centro di consulenza, Centro che finora ha dovuto tirare avanti con mezzi modestissimi concessi dagli enti pubblici e che dalla sua funzione nel 1957/58, e contando sull'attività di membri tanto scarsi da potersi contare sulle dita, è passato a curare un'estensione di frutteti e vigneti di 51000 ha. L'assessore sa anche che in questo caso l'iniziativa privata è arrivata a tanto da dichiararsi disposta, dimostrandolo coi fatti, ad assumere mutui, soprattutto presso le Casse rurali, per concederli poi come credito di emergenza provvisorio contro garanzia personale. È notissima la importanza che assumono, non soltanto nel Sudtirolo ma anche nel Trentino, la produzione frutticola e vinicola. Mi permetto di ricordare l'importanza, in cifre, della frutticoltura e della viticoltura in provincia di Bolzano. Oggi abbiamo a disposizione dati ufficiali e conclusivi sui valori di produzione del 1964 e possiamo così constatare che il reddito lordo totale dell'agricoltura e dell'economia forestale nella provincia di Bolzano è ammontato a 44,5 miliardi; il 46% è reddito proveniente dalla frutticoltura e dalla viticoltura. Vediamo ancora che il reddito della zootecnia è passato dall'originario 42% ad appena il 31,5%; la ragione non ultima di questo regresso va ricercata appunto nella frutticoltura e viticoltura. Infatti appunto in zone dedicate a queste colture la zootecnia è notevolmente regredita. Possiamo constatare anche come perda sempre più di importanza la produzione delle colture agricole e foraggere, che oggi ammontano ancora ad un buon 9%. I prodotti forestali incidono per il 13,5% sulla produzione agricola totale. Volevo ricordare brevemente*

*questi dati per sottolineare con ciò, se fosse necessario, l'importanza, tanto economica quanto commerciale, perciò anche fiscale ecc., che hanno assunto frutticoltura e viticoltura: forse sarà così più facile convenire che all'incremento di questa attività si possono assegnare alcuni milioni in più di quanto si è fatto finora. Facendo il rapporto fra i prodotti forestali, che abbiamo visto ammontare al 13,5% del totale, e la produzione frutticola e vinicola, con il 46% del totale, (e come forestale mi rendo conto benissimo che per l'economia forestale non è determinante soltanto la produzione ma anche altri valori di natura generale, anche estetica) dimostriamo in ogni caso che una legge dotata di mezzi accettabili anche se modesti rappresenta qui una necessità. Sarebbe già molto se questa legge potesse entrare in vigore almeno per l'anno prossimo.*

*Con ciò ho finito il mio breve intervento ma vorrei testimoniare il mio riconoscimento all'assessore, se non è troppo osare da parte mia, per quanto egli ha già fatto in questo campo, soprattutto perché si è dato la pena, ciò che ai frutticoltori e viticoltori ha fatto particolare piacere, di constatare personalmente in loco come stanno le cose. Con ciò lei ha contribuito sostanzialmente a consolidare ed a incrementare tale istituzione. Posso soltanto auspicare che anche nel Trentino si istituisca al più presto un'organizzazione del genere, sempre che non sia già stato fatto.)*

*(Assume la Presidenza il Presidente Bertorelle).*

PRESIDENTE: La parola al cons. Steger.

STEGER (S.V.P.): Rinuncio.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io penso che anzi sia doveroso da parte mia dare una risposta e innanzi tutto sento il bisogno di ringraziare il cons. Kapfinger, anche per le considerazioni di carattere positivo che ha voluto dare alla mia opera. Io, per quanto riguarda il tema da lui trattato, posso senz'altro confermare, per quanto riguarda e la mia responsabilità e anche la responsabilità che viene dai collaboratori miei dell'assessorato regionale e dell'ispettorato di Bolzano, che secondo noi l'organizzazione del Beratungsring è senz'altro da considerare come una organizzazione di primissima importanza per lo sviluppo della frutticoltura della provincia di Bolzano. Io anzi mi permetto, proprio da questo posto di responsabilità, per un dovere di doveroso riconoscimento, di esprimere ai dirigenti di quella istituzione il più vivo compiacimento per i risultati che essi hanno ottenuto in questi primi sei o sette anni di vita. Questa istituzione, come anche i consiglieri della provincia di Trento fanno, si occupa, in maniera veramente positiva, nel campo dell'assistenza tecnica a favore della frutticoltura e della viticoltura. Io penso che possa essere considerata una organizzazione di carattere ideale, che sarebbe veramente augurabile che potesse, un giorno o l'altro, avere una analoga ripetizione da parte delle forze agricole operanti nella provincia di Trento. Questo tipo di organizzazione, di assistenza tecnica, mi sembra corrisponda ad effettive esigenze, poste su un piano di produttività, secondo un livello di prospettive a carattere europeo. Noi non possiamo pensare di poter conseguire quelli che sono gli obiettivi della nostra politica agraria, cioè di ottenere una maggiore qualificazione nella nostra produzione di massimo pregio, soprattutto nella frutticoltura, nella viticoltura, se noi non possia-

mo contare su un'assistenza tecnica adeguata. Ora non è assolutamente pensabile che la Regione possa ingrandire ulteriormente gli organici degli ispettorati agrari e dell'assessorato, ma è anzi logico pensare che si debbano trovare degli strumenti nuovi che consentano di effettuare un'assistenza tecnica in campagna, attraverso organizzazioni che possono prestare la loro opera in un campo che sarebbe di stretta competenza degli organi tecnici della amministrazione pubblica. Quindi io di questo voglio dare atto alla organizzazione del Beratungsring e voglio anzi assicurare che da parte dei miei uffici è già stato predisposto una prima bozza di disegno di legge per la disciplina di questa materia e per l'amministrazione anche di questo capitolo e del capitolo corrispondente del bilancio. Io anzi spero che la Giunta vorrà esprimere anch'essa un parere favorevole sul disegno di legge, che spero di poter presentare quanto prima alla attenzione del Consiglio regionale.

In provincia di Trento non abbiamo una organizzazione di questo genere, però già si stanno muovendo degli ambienti interessati e possiamo dire che vi è già un primo esperimento che ricalca, almeno parzialmente, il modello del Beratungsring, nella zona di Lavis. Difatti, in quella zona, la cantina sociale, il consorzio dei cinque comuni e la cantina sociale di Cembra, si sono uniti per formare un primo circolo, proprio sul modello di quello che è stato, diciamo così, il primo circolo di Lana, a suo tempo istituito. Quindi su questo tema mi trovo senz'altro pienamente d'accordo con quanto è stato esposto e ritengo che anzi sia giusto che noi richiamiamo l'attenzione, che io richiami l'attenzione del Consiglio regionale, sulla importanza di questo settore dell'assistenza tecnica. Se noi non abbiamo a disposizione una assistenza tecnica

adeguata, anche gli sforzi di ordine finanziario che noi sviluppiamo attraverso le leggi che abbiamo in amministrazione sugli stanziamenti nazionali e anche le nostre leggi regionali non possono produrre quei frutti positivi che noi ci attendiamo. Quindi questo è un settore di base e quindi ritengo che meriti la massima attenzione. Io mi auguro che la Giunta prima e poi il Consiglio, sul disegno di legge che mi premurerò di presentare per disciplinare questa materia e per amministrare questo capitolo, siano consenzienti, e questa legge possa entrare in vigore ancora nel corrente anno.

PRESIDENTE. Nessuno prende la parola? È posto in votazione l'emendamento della Giunta che riduce da 10 a 4 milioni . . .

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Domando scusa . . .

PRESIDENTE: Ormai siamo in votazione . . .

È posto in votazione l'emendamento della Giunta che riduce da 10 a 4 milioni: è approvato a maggioranza con 6 astensioni.

La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Sia per questo emendamento, come per gli altri, faccio presente che non si tratta di diminuzioni di stanziamenti riguardanti la materia, ma di semplici trasferimenti tra un capitolo e l'altro della stessa materia. Cioè, in pratica, è il vecchio capitolo 58 che è stato diviso in due capitoli: 1100 e 1150, e quindi vi è una maggiore dotazione sulla parte che riguarda contributi e sussidi. Quindi le diminuzioni anche che riguardano i capitoli prossimi, non riguardano assolutamente la materia, cioè spostamenti da un vecchio capitolo ad un altro vecchio capitolo, ma solo assestamenti nello stesso capitolo.

PRESIDENTE: Sul cap. 1101 c'è un emendamento che aumenta da 5 a 7 milioni. Aveva chiesto la parola il cons. de Carneri.

de CARNERI (Segretario questore - P.C.I.): Veramente io volevo prendere l'occasione e riallacciarmi a un articolo qualsiasi, come è stato fatto anche l'anno scorso, per svolgere determinate osservazioni di carattere generale, riferendomi particolarmente alle brevi dichiarazioni di carattere generale rese dal signor assessore all'agricoltura, e premetto che sarò molto breve perché non voglio appesantire i lavori del Consiglio. Però vorrei toccare due punti: il dott. Benedikter, nella seduta pomeridiana, ha toccato un aspetto importante e vorrei dire vitale delle funzioni che deve svolgere la nostra Regione autonoma in ordine alle competenze primarie e secondarie che le sono affidate; ed egli giustamente denunciava come la legislazione nazionale, con un crescendo preoccupante, continua a ignorare o a negare queste competenze, e non esito a dire se si proseguirà di questo passo, le competenze della Regione verranno ad essere progressivamente vanificate, e noi ci troveremo ad essere non un'Assemblea legislativa, ma una specie di consiglio di amministrazione di un ente burocratico, il quale avrà una funzione prevalentemente di indole proprio burocratica, cioè di applicazione mera di quelli che sono gli indirizzi e gli orientamenti che vengono da Roma. Il dott. Benedikter portava degli esempi circa la legislazione già esistente. Io vorrei richiamare l'attenzione della Giunta, dell'assessore competente e del Consiglio, sul disegno di legge sul Piano verde n. 2, il quale copre un'area vastissima di competenze della Regione autonoma nostra e, a mio modo di vedere, non rispetta affatto queste competenze, anzi rappresenta un rincrudimento, un

aggravamento delle tendenze a negare la nostra autonomia legislativa, le nostre potestà legislative. Esaminando questo disegno di legge non si trova alcun riconoscimento di queste potestà legislative, anzi si trova, almeno in base alla mia interpretazione, una negazione di queste potestà legislative. Leggo qualche riga: «Il Ministro per l'agricoltura e le foreste, sentito il Consiglio superiore dell'agricoltura e delle foreste, determina con proprio decreto le direttive per l'applicazione degli interventi in ciascuna regione. Nelle direttive saranno indicati gli obiettivi generali dell'azione pubblica, le linee programmatiche ed i criteri secondo cui si applicheranno gli interventi, anche distintamente per territori aventi caratteristiche ecologiche omogenee. Le direttive sono predisposte previa consultazione del comitato regionale per la programmazione economica o del competente organo della Regione a statuto speciale.» Qua siamo parificati, in sostanza, alle regioni a Statuto ordinario, che ancora non esistono, quindi ai comitati regionali per la programmazione. «A tal fine il comitato si pronuncia sulla relazione dell'Ispettorato agrario compartimentale.» Per vedere poi quale peso ha la posizione della Regione in merito a questo Piano verde n. 2, sentite questo ulteriore comma: «Se il comitato, l'organo regionale, non si pronuncia entro due mesi dalla richiesta, le direttive saranno emanate con il solo parere del Consiglio superiore dell'agricoltura e delle foreste.» Su una quarantina di articoli, anzi quasi 50 articoli di questo disegno di legge, questo è l'unico riferimento alle competenze delle regioni a Statuto speciale, per quanto riguarda questo amplissimo campo, che va dall'agricoltura, all'economia montana e silvo-pastorale, alla regolamentazione delle acque dei bacini, ecc., alla cooperazione; cioè praticamente un arco, vor-

rei dire, che rappresenta almeno il 50% di quelle che sono le competenze statutarie della nostra regione. Ora io chiedo: possiamo andare avanti così? Accettiamo praticamente il fatto compiuto, accettiamo che la maggioranza governativa a Roma voti questo disegno di legge, salvo poi fare lamentele, o a un certo punto è ora di incominciare ad affrontare la situazione preventivamente? Io ritengo che quello di affidarsi alla Corte costituzionale, che sappiamo quali orientamenti abbia, sia a un certo punto una tattica elusiva e una specie di alibi; cioè riferirsi alla Corte costituzionale, la quale, fra l'altro, è un organismo che è di provenienza, per la maggior parte, politica, perché sono organismi politici che eleggono la maggior parte dei membri di queste Corti costituzionali. Quello che è necessario fare è ingaggiare una determinata battaglia in favore dell'autonomia sul terreno politico, poiché questo è il terreno proprio della materia in esame, il che significa intervenire in sede di Parlamento e non attendere il fatto compiuto e poi appellarsi alla Corte costituzionale, la quale si dimostra già nei fatti come un organo che tende a stralciare continuamente le competenze della Regione e delle Province autonome. Quindi cosa è necessario fare in questa azione? È necessario innanzitutto pronunciarsi come Regione, prendere contatto con tutti i deputati e senatori della Regione Trentino-Alto Adige, quale sia il partito al quale appartengono, prendere contatto con i vari gruppi parlamentari a Roma, tenere contatti con le altre regioni a Statuto speciale, in modo da avere una certa forza e difendersi sul terreno politico. Poiché se si considera che questo disegno di legge calpesta le competenze costituzionali della Regione, il disegno di legge sulle aree depresse del centro nord calpesta pure le potestà legislative della Regione in altre

importanti materie, come i lavori pubblici; il Piano verde n. 1 abbiamo visto che ha negato la nostra possibilità a legiferare. Noi, non dico piano piano, ma abbastanza rapidamente, man mano che progredirà la cosiddetta programmazione Pieraccini, ecc., noi ci troveremo gradualmente ad essere un organismo spogliato sempre di più delle sue competenze, che sono già ridotte, poiché lo Statuto è ancora per larga parte inattuato. Io segnalo questa questione al senso di responsabilità e della Giunta e di tutti i consiglieri, poiché qui si intacca un nostro potere primario di tutto il Consiglio, quale che sia la parte politica al quale ciascun consigliere appartiene. E io pertanto ripeto che è necessario muoversi politicamente e porre i vari gruppi politici, anche a livello nazionale, di fronte alle loro responsabilità. Per la parte di quello che è il partito comunista in sede di Parlamento, voi sapete benissimo che la difesa delle autonomie è sempre stato uno dei punti fondamentali dei nostri programmi, e coerentemente si muoveranno anche su questi punti, ma bisogna raggranellare una maggioranza su queste questioni, altrimenti, ripeto, lasceremo che le cose scivolino come sono andate sino ad ora e la cosa si aggraverà sempre di più. E dopo vi troverete, colleghi della S.V.P., a discutere sulla Regione e sulle Province, non avendo né Regione né Province, pian pianino. Questa è, a un certo punto, la linea di sbocco di questo processo antiautonómico, che è in atto a livello governativo. E io ritengo che la Giunta, fino ad ora, non si sia mossa come doveva muoversi sul terreno politico, per difendere queste competenze vitali, altrimenti i discorsi che qui si fanno diventano chiacchiere, se a un certo punto, ogni presupposto di quella che è la nostra azione viene progressivamente inciso e mortificato.

Secondo punto: brevemente. Io ravviso,

per quanto riguarda la politica economica in materia di agricoltura, delineata dalle dichiarazioni dell'assessore, io ravviso un orientamento di tipo tale da non favorire la piccola azienda contadina. Il discorso produttivistico, il discorso dell'azienda efficiente, il discorso dell'azienda ottimale, il discorso dell'azienda MEC, è un discorso che non è certo stato inventato nel Trentino e nell'Alto Adige: è un discorso che viene avanti a livello nazionale, che viene teorizzato anche qui nella relazione accompagnatoria a questo disegno di legge. Noi riteniamo che comunque, per quanto riguarda almeno per mia conoscenza il Trentino, la linea giusta, la linea democratica che bisognerebbe seguire sarebbe quella di appoggiare in pieno i piccoli proprietari, i piccoli coltivatori e di negare gli aiuti ai grossi proprietari, a coloro che in sostanza non lavorano direttamente la terra. Non si può fare una politica ambigua, poiché una politica ambigua che appoggia l'uno e appoggia l'altro, fatalmente risulta essere una politica di appoggio ai più grossi e praticamente di negazione di quelle che sono le esigenze dei più piccoli. Che debba essere stimolata la cooperazione fra i piccoli, in modo da razionalizzare le spese, ad esempio per quanto riguarda il macchinario agricolo, che debbano essere create zone omogenee, per quanto possibile, nelle colture, in modo da favorire una cooperativa addirittura di produzione; quando la zona è omogenea è più facile anche lo scambio e la permuta ecc.; che questa linea si debba seguire, noi lo affermiamo, convinti che debba essere seguita. Ma con questi indirizzi di carattere produttivistico e con questa ambiguità nella scelta fra i piccoli proprietari o fra i grossi proprietari, io ritengo che la scelta sia già stata delineata di fatto, anche se non lo si dichiara nella maniera più scoperta e aperta. Per la verità, nella discussione

al bilancio scorso, io mi ricordo l'intervento di un consigliere democristiano, il quale lo aveva detto abbastanza scopertamente che la piccola azienda doveva scomparire e che doveva affermarsi l'azienda tipo MEC. Ci sarebbe poi il problema di sapere dove andranno a finire i contadini, a un certo punto: dovranno prendere la valigia e andare all'estero? Come abbiamo visto nella provincia di Trento, l'emigrazione nel '65 è più che raddoppiata rispetto all'anno precedente.

Terza cosa — e ho finito — chiederei al signor assessore delle notizie piuttosto precise, il più possibile precise, circa il programma di risanamento delle colture dei vitigni, delle colture della vite, degli ibridi. Sappiamo che la pratica è stata seguita, la questione è stata seguita, però da parecchi contadini viene segnalato che vengono esercitate delle pressioni eccessive, nei confronti dei contadini, nel senso di obbligarli a sostituire i vitigni degli ibridi con determinati vitigni che verrebbero imposti dall'Ispettorato provinciale. Questa non è una cosa assolutamente accettabile; io attendo smentite al riguardo. I contadini vanno consigliati, i contadini vanno persuasi, ma porli di fronte a una specie di ricatto, cioè: o pianti ciò che voglio io o non avrai i contributi, non è una cosa certamente apprezzabile, né approvabile, poiché è giusto che il contadino venga istruito e orientato, ma contro la sua volontà nulla si può fare. È un punto fondamentale di politica agraria al quale noi siamo sempre attaccati. Ecco, questo era quello che volevo dire.

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Il cons. de Carneri ha toccato il tema sul quale ci eravamo soffermati anche durante la discussione di questo pome-

riggio, e cioè quello della difesa delle nostre competenze, e si è rifatto al disegno di legge, Piano verde n. 2, nel quale sarebbero contenute delle formule che sarebbero tali da precludere possibilità di esercizio di competenze, in sede regionale, da parte nostra. Ora io posso dire a lui e a tutti coloro che si interessano di questo argomento, che il disegno di legge è all'attenzione e all'esame anche dei nostri uffici e che non mancheremo di segnalare alla commissione competente del Senato le eventuali osservazioni per quanto ci riguarda. Mi risulta che anche da parte dell'assessore Grigolli è stata tenuta una riunione di tecnici, proprio nei giorni scorsi, per l'esame di questo disegno di legge. Io però non credo che in quello che ha citato il cons. de Carneri vi siano delle possibilità di lesione delle nostre competenze. Se il Piano verde prevede che il Ministro dell'agricoltura dia delle direttive di carattere generale, questo mi sembra corrispondere a una esigenza di ordine generale, secondo la quale non è possibile pensare che si faccia una politica agraria anche nelle regioni a Statuto speciale, che non sia inquadrata nella politica agraria a livello nazionale, soprattutto se si considera poi che gli obiettivi della politica nazionale sono da riferirsi a un'altra attività, cioè sono da inserirsi in un altro quadro, che è quello della Comunità economica europea, nella quale il nostro paese si trova ad essere impegnato e impegnato in modo serio, soprattutto per il settore dell'agricoltura. Ora io non ritengo che le direttive di ordine generale costituiscano una *diminutio capitis* per quanto riguarda le nostre competenze, ma possono costituire solo un elemento orientativo di massima. Anche con il precedente Piano verde noi abbiamo avuto l'esperienza che le direttive di carattere generale non hanno minimamente inciso nella nostra azione. Io

non so quali altri appigli possano essere trovati nel disegno di legge, relativamente a questa diminuzione delle competenze, attraverso l'applicazione del Piano Verde; il Piano verde è uno strumento di carattere finanziario, che ha funzionato in precedenza nella nostra regione e che speriamo funzioni anche nel futuro. Quindi la possibilità di reperire questi fondi, che sono stanziati con provvedimenti di carattere straordinario in sede nazionale, non mi sembra che costituisca un fatto negativo; caso mai noi dobbiamo pretendere — ed è questo un passo che faremo — pretendere che gli stanziamenti che ci devono essere attribuiti su questo provvedimento nazionale, ci vengano possibilmente attribuiti in toto e non divisi nei vari articoli, come è successo con il primo Piano Verde. E per questo noi interesseremo i nostri parlamentari, e interesseremo anche i parlamentari delle altre regioni a Statuto Speciale. È utile, ci sembra, e anzi ci sembra che questo possa corrispondere anche a una difesa delle nostre competenze, esigere, e presentare a questo fine anche un emendamento al disegno di legge, esigere che le assegnazioni avvengano su una cifra globale e non riguardino i singoli stanziamenti previsti dalla legge. Ma poi oltre questo io non ritengo che una applicazione del Piano verde nella nostra regione, tenendo presenti proprio le norme previste dal Piano verde, possa costituire una diminuzione nel campo delle competenze. Perché, come ho detto, ritengo che il Piano verde non costituisca altro che uno strumento di carattere finanziario, uno strumento naturale che ricalca determinati obiettivi di politica agraria governativa. È logico che se la politica agraria governativa punta verso determinati obiettivi, il Piano verde veda gli stanziamenti verso questi obiettivi della politica agraria, ma alla fin fine poi si

riduce, almeno per noi, a uno strumento di carattere finanziario. Circa poi il problema degli orientamenti della nostra azione in campo regionale nei confronti delle aziende, io voglio ancora una volta affermare che non è assolutamente nelle nostre intenzioni di aiutare il progresso delle grosse aziende, ma che da parte nostra si intende favorire la specializzazione, il rafforzamento della piccola azienda agricola. Naturalmente in una visione proiettata verso il futuro, è logico che pensiamo che vi siano anche delle piccole aziende che devono scomparire. Io ripeto, in pratica, quello che ho detto anche ieri, rispondendo a una obiezione che era stata fatta dal cons. Steger: noi non possiamo ritenere che nel giro di una diecina di anni non vi siano delle aziende di dimensioni assolutamente non economiche che non debbano scomparire. Ma pur di fronte a questa prospettiva, l'obiettivo della nostra politica agraria è quello di favorire tutte le piccole aziende, in modo tale da renderle autosufficienti. È logico però che noi gli sforzi, soprattutto di ordine finanziario, li dobbiamo indirizzare verso quelle aziende che siano effettivamente delle aziende agricole, nel vero senso della parola, e solo in un secondo tempo, quelle aziende che sono condotte da persone che partecipano ad attività in altri settori economici. E facciamo riferimento a quella agricoltura del sabato pomeriggio o della domenica, che non può essere considerata, a mio giudizio, un'agricoltura da incentivare e da aiutare e da sostenere, come l'agricoltura che è condotta da coltivatori diretti che dedicano completamente tutta la loro attività e tutto il loro tempo disponibile all'andamento dell'azienda. Quindi, caso mai, se vi deve essere una proporzione anche nei confronti delle piccole aziende, la priorità va verso coloro che sono effettivamente coltivatori diretti e che

sono titolari effettivi di aziende, perché, purtroppo, non possiamo pensare che noi continuiamo a disperdere fondi su aziende che in una certa prospettiva non hanno la possibilità di esistere. Dobbiamo vedere chiaro l'obiettivo che abbiamo davanti, e quindi non possiamo ad un certo momento continuare con una politica di sussistenza, che poteva essere valida dieci anni fa, che poteva essere valida quindici anni fa, ma che oggi non è più ammissibile. Però sia ben chiaro — e questo ci tengo a sottolinearlo — che da parte nostra non vi è assolutamente alcuna intenzione di voler favorire la grossa azienda, l'azienda di grandi dimensioni; e voglio anche assicurare, signori consiglieri, che nell'amministrazione del Piano verde n. 1, del Piano verde che ormai si è esaurito o che è in fase di esaurimento, le grosse aziende hanno avuto pochissime possibilità di usufruire dei fondi, caso mai le aziende grosse hanno potuto beneficiare di mutui agevolati, ma in piccolissima parte dei contributi a fondo perduto. Per quanto riguarda poi il problema della sostituzione degli ibridi, che interessa in modo particolare la zona della Vallagarina, io prendo atto di quanto mi è stato segnalato dal cons. de Carneri, e cercherò di indagare presso l'assessorato agrario quali siano effettivamente le direttive che sono state impartite in materia e vedrò senz'altro di chiedere che sia dato un chiarimento esplicito agli agricoltori per una maggiore estensione dei programmi che sono stati prestabiliti. È logico che noi non possiamo seguire tutte le indicazioni che ci vengono dai contadini; abbiamo bisogno, in molte occasioni, anche di indirizzarli e di governare la loro attività, in quanto riteniamo che i nostri tecnici possano avere una maggiore esperienza e un maggiore bagaglio anche di cognizioni che consenta di dare dei veri e propri suggerimenti.

menti. Ma se quanto è stato segnalato dal cons. de Carneri, assume quelli aspetti che si possono ravvisare nell'intervento del cons. de Carneri, io lo voglio assicurare che da parte mia sarà fatto un intervento affinché in questa fase di azione, si provveda con maggiore ampiezza di vedute.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 1101 con l'aumento di 2 milioni: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari.

Cap. 1106. L'aumento, con l'emendamento della Giunta da 6 a 9 milioni e 500.000, praticamente è di 3 milioni e mezzo.

Nessuno chiede la parola? Allora pongo in votazione il cap. 1106: è approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Cap. 1112. C'è un emendamento della Giunta di ridurre lo stanziamento da 30 a 20 milioni. C'è bisogno di spiegarlo? La parola alla Giunta.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Questo stanziamento è ridotto, in quanto si ritiene di dover aumentare lo stanziamento di 300 milioni previsto al corrispondente cap. 1176, è portato a 310 milioni.

PRESIDENTE: Il cons. Steger aveva chiesto di parlare?

STEGER (S.V.P.): Rinuncio.

PRESIDENTE: Rinuncia. Pongo in votazione il cap. 1112 così diminuito di 10 milioni è approvato a maggioranza con 6 astensioni. Cap. 1150. C'è un emendamento della Giunta che porta da 10 a 16 milioni; è in relazione alla diminuzione precedente. È stata già spiegata precedentemente. Anche qui aveva chiesto di parlare il cons. Steger, ma rinuncia.

Pongo in votazione il cap. 1150: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Cap. 1151. Ha chiesto di parlare il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Rinuncio.

PRESIDENTE: Rinuncia.

Cap. 1152. C'è un emendamento della Giunta che riduce lo stanziamento di 2 milioni.

Pongo in votazione il cap. 1152: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Cap. 1154. Ha chiesto di parlare il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Zu diesem Kapitel möchte ich erstens eine Feststellung machen und dann eine Bitte bzw. eine Empfehlung an den Herrn Assessor richten. Über die Ausgabe von einem gewiß namhaften Betrag von über 300 Millionen ist man hier sehr oft geteilter Meinung gewesen und ist es vielleicht auch jetzt noch. Es werden hier auch Beiträge bzw. Ausmerzbeihilfen gegeben. Ich erlaube mir bei dieser Gelegenheit, zu einer gewissen Rechtfertigung und Genugtuung für die Herren Kollegen, darauf hinzuweisen, daß mit diesen Geldmitteln bereits auch schon amtlich anerkannte Erfolge erzielt worden sind, denn seit einigen Monaten ist die Provinz Bozen nach Mitteilung im Amtsblatt amtlich als Tbc-frei erklärt worden. Sie sehen, daß die Ausgabe der Geldmittel auch Erfolge bringen kann. Bei dieser Gelegenheit möchte ich nur der Hoffnung und dem Wunsch Ausdruck geben, daß es auch der Provinz Trient möglichst bald gelingen möge, zu dieser amtlichen Erklärung zu kommen. Dieser Wunsch ist nicht etwa nur ein ideeller, sondern in diesem Fall, wenn ich so sagen darf, auch etwas parteiisch von seiten der Provinz Bozen. Wir haben doch so viele gemeinsame

Grenzen auf Weide- und Almwirtschaften — denken wir an das Nonstal, denken wir an das Fleimstal usw. — und wir sehen es mit einer gewissen Besorgnis, daß das nun von dieser Seuche freie und frei erklärte Vieh jeden Sommer beim Kontakt mit dem Vieh der Nachbarprovinz diesen Gefahren ausgesetzt ist. Es ist ja eine sanitärtechnische Tatsache, daß gerade die Tiere, die in dieser Hinsicht seuchenfrei geworden sind, bei Vorhandensein von Ansteckungsgefahren besonders anfällig sind. Hier sehen wir wirklich, daß eine gegenseitige Abhängigkeit vorhanden ist.

Noch etwas, Herr Assessor. Wie bekannt, sind seit dem vergangenen September auf Grund eines Staatsgesetzes neue Durchführungsnormen für die Seuchenbekämpfung vorhanden. Das, was z.B. die Vereinigung der Südtiroler Viehzuchtverbände seit bald einem Jahrzehnt in der Seuchenbekämpfung, die bereits, wie gesagt, zur Tbc-Freiheit und auch schon zu einem guten Erfolg in der Beseitigung der Bangkrankheit geführt hat, aus eigener Initiative getan hat, ist nun durch dieses Staatsgesetz abgelöst worden. Heute hat der Staat von Amts wegen in ganz Italien die Bekämpfung der Viehseuchen vorgeschrieben. Was ist aber passiert? Hier sind bestimmt die besten Absichten bei der Gesetzgebung vorhanden gewesen, aber bei der praktischen Anwendung haben sich vor allem zwei wesentliche Mängel, ganz besonders für uns hier — wobei ich in diesem Falle die Gebirgsgegend, den ganzen Alpenbogen, verstehe — ergeben.

In diesem neuen Sanitätsgesetz, das man sicher sozial ausrichten hat wollen, ist vorgesehen, daß bis zu 10 Stück Vieh hundertprozentige Ausmerzentschädigung gegeben wird. Wer mehr als 10 Stück Vieh hat, bekommt nur bis zu höchstens 60.000 Lire, in der wenigstens für uns hier irrigen Annahme, dabei die Kleinst-

und Kleinbesitzer gefördert zu haben und weniger die Großbesitzer, irgendwie analog zu den agrarpolitischen Gedanken, die uns der Herr Kollege Carneri vorhin hier mitgeteilt hat. Was geschieht nun bei uns? In der Bergwirtschaft besteht die Einnahme praktisch überhaupt nur aus der Viehwirtschaft. Bei diesen 10 Stück Vieh wird auch das jüngste Rindvieh als Stück (capo) gezählt. In dieser Hinsicht sind wir beim direkt zuständigen Amt, d.h. beim Provinzveterinär bereits vorstellig geworden und es ist in Aussicht gestellt worden, das Gesetz entsprechend abzuändern. Aber ich glaube, es wäre sehr wirksam und wesentlich, wenn auch der Herr Regionalassessor, falls er dieser Ansicht sein sollte, in Form sogenannter Amtshilfe, zu einem besseren Durchschlag in dieser Hinsicht verhelfen würde.

Eine andere Härte besteht darin, daß dieser Ausmerzbeitrag laut Nationalgesetz erst dann ausbezahlt wird, wenn innerhalb zwei Monaten das verseuchte Tier mit einem gesunden ersetzt wird. Wo soll nun der Bauer das Geld hernehmen, das kranke Tier mit einem gesunden zu ersetzen, wenn er keinen Beitrag bekommt, bevor er nicht das gesunde Tier eingestellt hat?! Daß wir hier eine Art « Perpetuum mobile » suchen, ist wohl selbstverständlich. Wir versuchen in der Provinz Bozen zu erreichen — und sind dabei auch bereits auf gutem Wege —, daß die Raiffeisenkassen bei Verzichtserklärung auf den versprochenen Ausmerzbeitrag diesen Geldbetrag vorschießen. Auch hier wird das Provinzveterinäramt zwecks Abänderung des Gesetzes in Rom vorstellig werden, und auch hier möchte ich den Herrn Assessor bitten, in sogenannter Amtshilfe zu besserem Durchschlag zu verhelfen. Das ist sehr wesentlich, denn sonst wird die Seuchenbekämpfung nicht vorwärts gehen, son-

dern einen Rückschritt erleiden, abgesehen davon, daß hier gerade die wirtschaftlich Schwächsten durch wahrscheinlich gutgemeinte Verordnungen betroffen werden.

*(Sul presente capitolo vorrei fare prima di tutto una constatazione e poi rivolgere all'assessore una preghiera, cioè una raccomandazione. Spesso siamo stati di diversa opinione sul modo di spendere la somma, senz'altro notevole, di 300 milioni di lire e lo siamo forse anche ora. Anche qui si assegnano contributi, cioè contributi di abbattimento. In questa occasione mi permetto di accennare, per una certa giustificazione e soddisfazione per i colleghi, al fatto che con questi fondi sono già stati raggiunti risultati ufficialmente riconosciuti, poiché da alcuni mesi la provincia di Bolzano, in base alla comunicazione data dal Bollettino ufficiale, è stata dichiarata ufficialmente esente da tubercolosi. Vedete che le spese possono portare anche a dei risultati. In questa occasione vorrei esprimere la speranza e l'auspicio che anche la provincia di Trento riesca nel più breve tempo possibile a raggiungere tale dichiarazione ufficiale. Questo auspicio non è soltanto ideale, ma in questo caso, se posso esprimermi così, da parte della provincia di Bolzano anche interessato. Noi abbiamo molte malghe e pascoli confinanti, si pensi soltanto alla Val di Non, alla val di Fiemme, ecc., e vediamo con preoccupazione il nostro bestiame immune e dichiarato immune da questa epizoozia esposto al pericolo di riinfettarsi al contatto col bestiame della provincia vicina. Dal punto di vista della tecnica sanitaria è un fatto che proprio gli animali guariti da questa malattia sono particolarmente esposti ai pericoli di un contagio. Qui possiamo constatare l'esistenza di una reciproca dipendenza.*

*Ancora una cosa signor Assessore. Come è noto, dallo scorso settembre esiste una legge*

*nazionale contenente nuove norme di attuazione per la lotta contro le epizoozie. È così sostituito ormai da una legge statale quanto per es. l'Associazione delle Federazioni provinciali degli allevatori fa già da dieci anni di propria iniziativa per la lotta contro le epizoozie, lotta che come si è detto ha portato alla eliminazione della tbc bovina ed ha buoni risultati nella circoscrizione della brucellosi. Attualmente lo Stato prescrive ufficialmente in tutta Italia la lotta contro le epizoozie. Che cosa è successo invece? Il potere legislativo aveva senz'altro le migliori intenzioni, ma all'applicazione pratica sono affiorati soprattutto due errori sostanziali, che sono sentiti in particolare qui da noi ed intendo in questo caso le zone di montagna, tutto l'arco alpino.*

*In questa nuova legge sanitaria infatti, che senz'altro nell'intenzione doveva avere finalità sociali, è previsto che fino ad un massimo di 10 capi il contributo di abbattimento ammonti al 100% del valore. Chi possiede più di 10 capi riceverà invece un massimo di L. 60.000 per capo, nella errata convinzione, errata almeno per la nostra zona, di aiutare i piccoli ed i piccolissimi proprietari e meno i grossi proprietari, analogamente a pensieri di politica agraria che ci ha presentato poco fa il collega Carneri. Che cosa succede ora da noi? Nell'economia alpina gli introiti provengono praticamente soltanto dalla zootecnia ed in questi 10 capi di bestiame è compresa anche la giovane bestia. A questo proposito siamo intervenuti presso l'ufficio direttamente competente, cioè presso il veterinario provinciale, e si è prospettata l'eventualità di modificare la legge in tal senso. Io credo però che sarebbe molto efficace ed essenziale che anche l'assessore regionale, sempre che egli sia di questo parere, ci aiuti ad ottenere un'affermazione con un cosiddetto intervento d'ufficio.*

*Un'altra difficoltà consiste nel fatto che*

*tale contributo di abbattimento, viene liquidato in base alla legge nazionale soltanto se l'animale abbattuto viene sostituito entro due mesi con una bestia sana. Dove prenderà un contadino il denaro per sostituire la bestia ammalata con una sana se il contributo non gli è versato finché non ha acquistato la bestia sana? È logico che qui si persegue una specie di «perpetuum mobile». In provincia di Bolzano stiamo cercando di ottenere delle Casse rurali — e qui siamo già su una buona strada — che anticipino la somma necessaria contro una dichiarazione di rinuncia al promesso contributo di abbattimento. Anche in questo caso l'ufficio del veterinario provinciale interverrà a Roma in favore di una modifica della legge in questo senso, ed io vorrei pregare poi l'assessore di aiutarci ad arrivare alla mèta con un intervento d'ufficio. Ciò ha per noi un'importanza essenziale, altrimenti la lotta alle epizoozie registrerà un regresso anziché un progresso, a parte il fatto che proprio le persone economicamente più deboli risultano colpite da disposizioni fatte probabilmente con le migliori intenzioni.)*

PRESIDENTE: Vuole rispondere l'assessore? Ha la parola.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Il risanamento della tubercolosi bovina in provincia di Bolzano è un fatto compiuto e noi ne abbiamo preso atto veramente con piacere. Pensiamo che gli sforzi che sono stati compiuti in passato possano dare dei risultati sul piano economico e ripagare sia gli enti pubblici locali come gli allevatori del coraggio e dello sforzo anche di ordine finanziario che hanno adoperato in questa attività. Questo consentirà, pensiamo, di poter vedere attuato in provincia di Bolzano, presto, anche il totale risanamento della brucellosi, con la possibilità di usufruire anche dei fondi messi a

disposizione dallo Stato. In provincia di Trento posso dire che abbiamo una situazione che va rapidamente migliorando. Ormai la zona non risanata dalla tubercolosi va sempre più restringendosi e si può dire che si limita al fondovalle dell'Adige, alla zona di sfruttamento che fa capo per l'alimentazione alle città di Trento e di Rovereto. Durante questo 1966 verrà attuato il piano completo di risanamento anche in provincia di Trento e speriamo così, nel giro di alcuni anni, di vedere completamente risanato il bestiame anche in questa provincia, in modo tale da poter escludere quei pericoli che sono stati giustamente messi in risalto dal cons. Kapfinger. Su quanto egli ha detto a riguardo della legge statale relativa alla bonifica del bestiame, cioè al risanamento del bestiame, io devo dire che concordo completamente con quello che ha detto e posso dire che questa mia espressione può essere condivisa anche da altri esponenti in regione e nella provincia di Trento. Proprio forse per il fatto che qui vi è anche una maggiore possibilità di rapporti fra le organizzazioni e l'assessorato regionale, noi abbiamo avuto la possibilità di riunirci frequentemente, sia con l'assessore provinciale all'agricoltura di Trento, come con gli esponenti degli allevatori della provincia di Trento e il veterinario provinciale, e abbiamo dovuto, purtroppo, constatare che la legge nazionale è veramente carente e meriterebbe di essere in gran parte emendata. Questo succede, purtroppo, quando in un settore economico vi è la presa di contatto, vi è la intromissione di persone che non partecipano all'attività economica del settore. Io con questo non voglio disconoscere quella che è la competenza e la benemerita anche dei veterinari, ma è giusto dare a Cesare quello che è di Cesare e riconoscere che nel campo del risanamento del bestiame dalle malattie, una parte notevole

hanno tutti coloro che si interessano della espansione del settore zootecnico e che quindi svolgono la loro attività per l'incremento zootecnico. Forse non sarebbe stato male che le competenze in questa materia non venissero attribuite al Ministero della sanità, ma venissero attribuite al Ministero dell'agricoltura. Purtroppo noi abbiamo questa materia, ormai precisamente attribuita ad un Ministero che non è un Ministero economico e quindi dobbiamo cercare di fare tutto quello che è possibile per disciplinare meglio l'applicazione di questa legge o comunque intervenire presso gli organi competenti dello Stato per attuare, nell'ambito della nostra regione, una applicazione della legge, il più possibile positiva nei confronti dei nostri allevatori. Quindi io concordo anche con quanto proprio è stato espresso su questa legge e voglio assicurare che da parte nostra sarà fatto quanto ci è richiesto per poter favorire la espressione di giudizio e per appoggiare le azioni che gli allevatori della provincia di Bolzano intenderanno fare nei confronti dell'autorità nazionale. A proposito anche di risanamento del bestiame dalla tubercolosi, c'è il problema anche della sostituzione; e poi, dal momento che siamo nel campo sanitario del bestiame, penso sia utile toccare anche il tema della fecondazione artificiale. Sia in provincia di Trento, negli ambienti responsabili della provincia, degli allevatori della provincia di Trento, come in quelli della provincia di Bolzano, vi è stata la richiesta di sostenere l'azione, che è stata impostata in campo nazionale, per ottenere una modifica dell'attuale legge che regola questa materia, con una nuova legge che consenta la fecondazione artificiale, da effettuarsi anche da parte di non laureati. A tale fine io mi permetterò di richiamare ancora l'attenzione del Consiglio regionale e mi onorerò di presentare, assieme con altri

colleghi, un disegno di legge-voto che potrà cooperare esso stesso al raggiungimento di questo obiettivo, che ci sembra anche di carattere urgente, data appunto l'importanza che costituisce la fecondazione artificiale per il miglioramento del patrimonio zootecnico.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 1154: è approvato a maggioranza con 2 astensioni.

Cap. 1160. Ha chiesto di parlare il cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Das Gesetz vom 10. Februar 1964 Nr. 6 ist delegiert und da es in der Reihe der ersten delegierten Gesetze aufscheint, erlaube ich mir dazu auch eine grundsätzliche Erwägung zu machen, wobei ich mich in der Hauptsache auf die Beilage zu den programmatischen Erklärungen des Präsidenten des Regionalausschusses hinsichtlich der Anwendung des Art. 14 des Regionalstatuts beziehe. In dieser Beilage, scheint mir, ist von demjenigen, der sie verfaßt hat, ganze besonders großer Wert auf die vielen delegierten Gesetze gelegt worden. Denn wir haben dieselben im ersten Teil in chronologischer Reihenfolge, während sie dann nach den verschiedenen Sachgebieten aufgeführt werden. In diesem Zusammenhang möchte ich auf etwas zurückkommen, was ich bereits im Laufe des vergangenen Jahres einmal gesagt habe: Wir leiden an einer gewissen « proliferazione legislativa », denn gleich bei der ersten Aufzählung der delegierten Gesetze in der Landwirtschaft scheinen vier Gesetze auf, die schon längst nicht mehr wirksam sind. Vielleicht wäre es doch gut, diese nicht mehr wirksamen Gesetze einmal endgültig aus dem Kodex zu streichen. Es würde dann für den Bürger leichter sein, sich in denen zurechtzufinden, die noch wirksam sind, und es

würde zu weniger Rechtsunsicherheit Anlaß gegeben. Allenthalben wird erklärt, daß die Landwirtschaft ungemein gefördert werde, denn es gäbe eine Unzahl von Gesetzen, die Geldmittel für Förderungsmaßnahmen in der Landwirtschaft versprechen, wobei die wenigsten aber wissen, daß der größte Teil dieser Gesetze nur noch leere Normen sind, hinter denen nichts steckt, da keine Geldmittel mehr da sind, um gemäß diesen Gesetzen irgendwelche Beiträge zu bekommen.

### *Interruzione*

BRUGGER (S.V.P.): Sie sollten abgeschafft werden! Was fertig ist, ist fertig! Ich wäre sehr froh, wenn im Regionalrat ein Gesetz eingebracht würde, mit welchem alle diese nutzlosen Gesetze, die heute noch überall aufscheinen, wieder abgeschafft würden. Wir würden uns einiges Papier, das wir immer nachschleppen, ersparen und somit zu einer etwas sparsameren bürokratischen Verwaltung beitragen. Wir bekommen nämlich so im Laufe der Zeit einen falschen Überblick über das noch wirklich Vorhandene und das unwirksam Gewordene, von dem man nicht weiß, daß es abgeschafft ist, und von dem man glaubt, daß daraus noch irgendwie Nutzen gezogen werden kann. Denken wir an die berühmten Gesetze 20 und 21. Ich glaube, wir sollten die endlich aus unserem Kodex herausnehmen.

Aber nicht das ist der Hauptgrund meiner Ausführungen, sondern vielmehr eine Aufstellung, die das regionale Berechnungsgesetz betrifft, das an die beiden Provinzen delegiert worden ist. Dabei muß leider festgestellt werden, daß in der ersten Zeit, wenigstens was die Provinz Bozen betrifft, die Verwaltung dieses delegierten Gesetzes recht gut gegangen ist, daß wir aber im Laufe des vergangenen Jahres Schwierigkeiten bekommen haben, insbesonde-

re bei der Registrierung der entsprechenden Dekrete durch den Rechnungshof, nachdem die Region, um zu einer Bilanzänderung wieder Geldmittel flüssig zu machen, aus verschiedenen anderen Gesetzen die erste Jahresrate abgeschöpft hat, um sie dann wiederum am Ende hintanzusetzen. Aus dieser Maßnahme der Region sind uns dann in der Verwaltung, wie bereits gesagt, Schwierigkeiten mit dem Rechnungshof erwachsen, sodaß wir ungefähr ein halbes Jahr lang an der Durchführung unserer Einzelmaßnahmen gehindert waren. Vielleicht könnte man aus dem Vergleich der Verwaltungsergebnisse der Provinz Trient mit denen der Provinz Bozen interessante Schlüsse ziehen. Während in der Provinz Trient der gesamte Betrag, der bis jetzt nach diesem Gesetze zur Verfügung stand, für 12 Konsortien aufgebracht wurde, ist in der Provinz Bozen eine wesentlich größere Anzahl an Eingriffen erfolgt. Aber nicht das ist das Interessante, sondern viel interessanter ist der Maßstab, mit welchem man die Beiträge in der Provinz Trient gegenüber der Provinz Bozen bemißt. In der Provinz Trient werden alle Ansuchen mit dem höchstmöglichen Prozentsatz für die höchstmögliche Laufzeit berücksichtigt. Es kommen also bei 15-jähriger Laufzeit dieser Zinshilfen für die Maßnahmen in Trient zuguterletzt 90% Beitrag auf den anerkannten Kostenvoranschlag heraus. Ich weiß nicht, ob in der Provinz Trient weniger Ansuchen oder weniger Initiativen auf dem Sektor Berechnungsanlagen vorliegen. Aus der Aufstellung über die Provinz Bozen geht hervor, daß wir mit Voranschlägen von 2 Milliarden 927 Millionen Lire fertig werden müssen und daß wir deswegen mit der Zuteilung der Beiträge wesentlich haushälterischer umgehen müssen. Während in Trient ein 90%iger Beitrag zum Kostenvoranschlag vorgesehen ist, wird in der Provinz

Bozen durch Herabsetzung des Prozentsatzes und durch Verminderung der höchstmöglichen Laufzeit ein Gesamtbeitrag von ungefähr 40 bis 50% zu dem betreffenden Kostenvorschlag vorgesehen, bzw. beschlossen. Aus dieser verschiedenen Art der Verwaltung müßten wir folgern, daß wir der Auffassung gewesen sind, mit dem im Gesetz vorgesehenen Finanzierungsplan das Bestmögliche zu erreichen. In der Provinz Trient scheint die Methode etwas anders zu sein, indem man hier die verfügbaren Geldmittel so rasch als möglich bis zur Gänze an den Mann bringt, und zwar mit den höchstmöglichen Prozentsätzen. Ich glaube nicht, daß in Trient nicht auch jener Bedarf an Investitionen für Beregnungsanlagen besteht wie in der Provinz Bozen. Ich muß doch daran erinnern, daß wir ein sehr belastendes Erbe vom Gesetz 20 übernommen haben, d.h. vom seinerzeitigen Frostberegnungsgesetz, und daß alle diese Belastungen in unseren Aufstellungen wieder aufscheinen, weshalb wir nicht weiter können, als wir bis jetzt gegangen sind. Sehr dankbar wäre ich, wenn der Herr Regionalassessor jetzt bereits erklären könnte, ob mit einer wesentlichen Refinanzierung dieses Gesetzes zu rechnen ist und in welcher Höhe. Um einen angemessenen Plan in der Förderung der wirklich berechtigten Beregnungsanlagen zu erreichen, wäre notwendig zu wissen, mit welchem Geld man endgültig rechnen kann, damit man sich darauf einstellen kann. Denn es würde wiederum zu großen Unstimmigkeiten und Ungerechtigkeiten führen, wenn man bei der Verwaltung dieses Gesetzes versuchte, nach einem bestimmten Plan sparsam zu sein, damit irgendwie alle berücksichtigt werden können. Ferner wäre es falsch zu glauben, daß das durch den Finanzierungsplan Vorgesehene als endgültig anzusehen ist, während aber in der anderen Provinz alles ra-

schest aufgebraucht wird, um dann sagen zu können, das Gesetz müsse wieder neu finanziert werden, sodaß für uns als Maßstab 40%, für Trient jedoch 90% herauskämen. Um hier Klarheit zu bekommen, bitte ich deshalb ein für allemal womöglich schon jetzt zu erklären, mit wieviel mehr Geld wir für dieses Gesetz rechnen können. Wenn diese Erklärung abgegeben worden sein wird, dann muß Schluß sein, um zu verhindern, daß wir dann zuguterletzt nicht von irgendeiner Seite wiederum zwecks Refinanzierung unter Druck gesetzt werden, was dann möglicherweise bei dieser verschiedenartig gelagerten Verwaltung zu großer Ungerechtigkeit führen könnte. Ich glaube, mich in diesem Falle deutlich genug ausgedrückt zu haben, in dem Sinne, daß wir größten Wert darauf legen, endgültig zu wissen, wieviel durch dieses Gesetz noch zusätzlich finanziert werden wird, damit wir mit verbindlichen Zahlen rechnen können und das Gesetz, sobald die Gelder aufgebraucht sind, außer Kraft tritt.

*(La legge del 10 febbraio 1964 è una legge delega e poiché compare nella serie delle prime leggi in delega, mi permetto di fare una osservazione di principio, riferendomi soprattutto agli allegati alle dichiarazioni programmatiche del Presidente della Giunta regionale che riguardano l'applicazione dell'art. 14 dello Statuto regionale. Mi sembra che il redattore degli allegati abbia dato particolarissima importanza alle molte leggi delegate: nella prima parte esse sono infatti elencate in ordine cronologico, mentre più avanti esse sono divise per materie. A tale proposito vorrei tornare su un argomento di cui ho già parlato una volta l'anno scorso: noi soffriamo di una certa « proliferazione legislativa », poiché già nel primo elenco delle leggi in delega sull'agricoltura*

*compaiono 4 leggi che ormai non sono più in vigore da moltissimo tempo. Forse sarebbe bene cancellare definitivamente dal codice tali leggi ormai non più attive: per i cittadini sarebbe allora più facile raccapezzarsi con quelle che sono ancora in vigore e ci sarebbero meno occasioni di insicurezza giuridica. Da ogni parte si dice che l'agricoltura ha molti appoggi, poiché sono molte le leggi che promettono fondi alle misure di incremento per l'agricoltura, mentre pochissimi sanno che la maggior parte di queste leggi sono ormai soltanto norme vuote dietro cui non c'è nulla poiché mancano i fondi da cui attingere i contributi in base a queste leggi.)*

#### INTERRUZIONE

*BRUGGER: (Bisognerebbe eliminarle! Quel che è finito è finito! Sarei contentissimo se venisse presentata in Consiglio regionale una legge con cui si eliminassero tutte queste leggi inutili che ancor oggi si trovano dappertutto. Ci risparmierebbero parecchia carta che ci trasciniamo sempre dietro e contribuiremmo in tal modo ad un'amministrazione burocratica un po' più parsimoniosa. Altrimenti avremo, col passare del tempo, un panorama del tutto inesatto di quanto veramente esiste e di quanto è diventato inattivo, di cui però si ignora l'abrogazione e si è convinti di poterne ancora trarre un utile. Pensiamo alle famose leggi n. 20 e 21: credo che dovremmo finalmente eliminarle dal nostro codice.*

*Ma non è questa la ragione principale delle mie dichiarazioni bensì un elenco riferentesi alla regionale sugli impianti di irrigazione, legge che è stata delegata ad entrambe le Province. Purtroppo a questo proposito va constatato che nei primi tempi, almeno in provincia di Bolzano, l'amministrazione di questa legge in delega ha funzionato piuttosto bene,*

*mentre l'anno scorso abbiamo avuto delle difficoltà, specialmente alla registrazione dei decreti presso la Corte dei Conti. Ciò è avvenuto dopo che la Regione, per avere disponibilità destinate ad una variazione di bilancio, ha prelevato da diverse altre leggi la prima annuale per riaggiungerla poi alla fine. Per questo provvedimento della Regione abbiamo avuto in amministrazione, come ho già detto, difficoltà con la Corte dei Conti, così che per circa sei mesi siamo stati ostacolati nell'attuazione delle nostre misure singole. Forse si potrebbero trarre interessanti conclusioni da un confronto fra i risultati dell'amministrazione della legge in provincia di Trento in provincia di Bolzano. Mentre in provincia di Trento la somma totale finora a disposizione in base alla legge è stata assegnata a 12 consorzi, in provincia di Bolzano il numero degli intervenuti è stato notevolmente maggiore. Ma non è questo l'interessante: molto più interessante è il metro con cui si misurano i contributi in provincia di Trento confronto a quello applicato in provincia di Bolzano. In provincia di Trento tutte le domande vengono prese in considerazione con la percentuale maggiore possibile per il periodo più lungo. Dati i 15 anni di decorrenza del contributo in conto interessi concesso alle misure in provincia di Trento si riesce a spuntare in fondo il 90% di contributo sul preventivo spese riconosciuto. Non so se in provincia di Trento esistono meno domande o meno iniziative nel settore degli impianti di irrigazione. Dall'elenco compilato per la provincia di Bolzano risulta che noi dobbiamo cavarcela con preventivi di 2 miliardi e 927 milioni di lire e che perciò dobbiamo procedere con maggiore cautela nell'assegnazione dei contributi. Mentre nel Trentino è previsto un contributo del 90% sul preventivo, in provincia di Bolzano è previsto, cioè concesso, abbassando la percentuale e riducendo*

la decorrenza massima, un contributo complessivo del 40 - 50% sul preventivo presentato. Da questi diversi sistemi di amministrazione dovremmo concludere che noi abbiamo creduto bene raggiungere i maggiori risultati possibili con il piano di finanziamento previsto dalla legge. In provincia di Trento sembra che il metodo sia un po' diverso; i fondi a disposizione vengono assegnati fino all'esaurimento il più prontamente possibile ed anche con la percentuale più alta possibile. Per quanto riguarda gli impianti di irrigazione a pioggia, non credo che il Trentino abbia le stesse necessità che ha la provincia di Bolzano: debbo ricordare che noi ci siamo assunti da un lato la pesantissima eredità della legge n. 20, cioè della legge sugli impianti antibrina, e che tutti questi obblighi ricompaiono nei nostri elenchi, ragione per cui non possiamo andare più avanti di quanto siamo andati finora. Sarei molto grato all'assessore se egli potesse dichiarare già da ora se si può contare su un finanziamento sostanziale di questa legge e per quale somma. Per realizzare poi un adeguato programma di incremento degli impianti di irrigazione a pioggia che hanno una vera ragion d'essere, sarebbe necessario sapere, per potersi adeguare, su quali fondi si può contare in definitiva. Si giungerebbe di nuovo a gravi malumori ed ingiustizie se nell'amministrazione della legge si cercasse di risparmiare secondo un determinato piano, per poter prendere in considerazione ogni domanda. Sarebbe poi sbagliato credere che quanto previsto nel piano di finanziamento vada considerato definitivo, mentre invece nell'altra provincia i fondi sono consumati velocissimamente per poter dire poi che la legge ha bisogno di un nuovo finanziamento: in tal modo per noi varrebbe la misura del 40%, per Trento del 90%! Per avere finalmente un chiaro quadro vorrei pregare di dichiarare, possibilmente già

da ora ed una volta per tutte, su quanti fondi in più si può contare per questa legge. Una volta data tale dichiarazione, bisogna finirla, in modo da evitare di esser messi di nuovo sotto pressione per ricevere nuovi finanziamenti, ciò che potrebbe portare, dati i diversi metodi di amministrare, a gravi ingiustizie. Credo in questo caso di essermi espresso abbastanza chiaramente, nel senso che noi attribuiamo il massimo valore al sapere finalmente quale sarà il finanziamento per questa legge, in modo da poter contare su cifre impegnative e perché la legge scada non appena i fondi saranno stati spesi.)

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Rispondo subito a questa precisa domanda che è stata fatta dal cons. Brugger al termine del suo intervento. Per quanto concerne la previsione che è contenuta anche nelle dichiarazioni del Presidente della Giunta regionale, circa la possibilità di un rifinanziamento della legge, devo dire che questo rifinanziamento è, per ragioni di ordine economico e finanziario, cioè per ragioni di ristrettezza di bilancio, per questa volta da considerarsi un rifinanziamento parziale, cioè un finanziamento limitato a quest'anno, proiettato naturalmente nel giro di 15 anni e per un importo che non è ancora stato stabilito, ma che potrebbe essere nell'ordine circa di 30 milioni per Provincia. Circa le osservazioni che sono state fatte, io mi trovo un po' imbarazzato a dare delle risposte, anche perché molte delle considerazioni che sono state fatte sono effettivamente delle considerazioni che hanno un fondamento e che meriterebbero di essere oggetto di un'ampia discussione, cosa che possiamo probabilmente anche intavolare presso la competente commissione prevista dall'art. 5 della legge regionale n. 6, cioè la commissione regionale di coordinamen-

to. Forse in quella sede sarà bene che noi incontriamo, diciamo così, le due parti che hanno responsabilità amministrativa nella regione, cioè quella della provincia di Bolzano e quella di Trento, e vediamo di poter concordare insieme anche delle linee di ordine generale circa l'amministrazione di questa legge. Spetterebbe, penso, più che altro al collega della provincia di Trento dare una risposta precisa su certi interrogativi posti dal cons. Brugger. Penso che per quanto riguarda la maggiore incidenza di contributi per la provincia di Trento, ci sia da fare una considerazione che è questa: in provincia di Trento ci troviamo di fronte a zone che arrivano adesso alla irrigazione dopo una situazione economica che non è certo ancora brillante e che è rapportata generalmente a zone che sono ancora depresse; quindi è logico che verso quelle iniziative debba essere dato un contributo in misura maggiore che verso zone che sono già sviluppate. Mi sembra che anzi nell'amministrazione della legge, durante il 1965, proprio la Provincia di Trento abbia considerato queste diverse posizioni e abbia modificato l'indirizzo che era stato assunto invece durante il primo anno di amministrazione della legge. Sul problema dell'irrigazione potremmo dire che abbiamo ancora molta strada da percorrere: io voglio richiamare l'attenzione del Consiglio regionale sulla necessità, almeno in prospettiva per i prossimi anni di questa legislatura, di pensare alla necessità di un rifinanziamento di questa legge, in forma abbastanza consistente. Abbiamo, dai rilevamenti che son stati fatti anche in occasione della conferenza regionale dell'agricoltura, ancora molte migliaia di ettari che debbono essere irrigati; e noi sappiamo che una agricoltura impostata produttivamente, la possiamo conseguire solo se abbiamo l'acqua. I nostri tecnici e anche i tecnici che sono presenti qui in Consiglio regionale

possono confermare questa mia affermazione: non vi può essere frutticoltura se non vi è irrigazione; non vi può essere una buona zootecnia se non vi è irrigazione. Quindi l'irrigazione costituisce il presupposto per poter veramente sviluppare questi vari settori della agricoltura della nostra regione. Dovremo quindi considerare questo aspetto e dovremo senz'altro proporci, per i prossimi anni, una ulteriore attenzione verso questo settore e chiedere l'attenzione della Giunta e del Consiglio regionale su un disegno di legge che sicuramente dovremo presentare per il rifinanziamento di questo ramo di attività, che come ho detto, costituisce l'elemento fondamentale per il progresso.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 1160: approvato all'unanimità. Cap. 1162. La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Es besteht das Gesetz hinsichtlich der Hagelabwehr und jenes, das die obligatorischen Konsortien und somit auch Pflichtausgaben zu Maßnahmen für die Hagelabwehr vorsieht. Aber das Gesetz sieht im Laufe der Zeit auch andere Versicherungsmöglichkeiten vor. Trotzdem sollen diese Pflichtkonsortien bleiben, bei deren Errichtung wir in der Provinz Bozen und, wie mir bekannt ist, auch in der Provinz Trient auf Grund des Gesetzes gewisse Schwierigkeiten feststellen mußten, weshalb ich sehr dafür bin, daß man gewisse Abänderungen an diesem Gesetz vornimmt. Aber aus einer nur oberflächlichen Übersicht über die Spesen dieser Hagelabwehren muß gesagt werden, daß die von öffentlicher Hand zur Verfügung gestellten Geldmittel im Verhältnis zu den Ausgaben, die mit der Raketenhagelabwehr verbunden sind, sehr knapp sind. Man ist sich heute eigentlich im-

mer noch nicht klar über die Wirksamkeit dieser Abwehr. Vielleicht sind wir hier etwas zu früh so entscheidend ins Zeug gegangen. Laut Veröffentlichungen von Meteorologen und Wissenschaftlern in den letzten Monaten scheint aber doch etwas dahinter zu sein, obwohl genaue wissenschaftliche Beweise der Wirksamkeit eigentlich noch nicht geliefert worden sind. Trotzdem glaubt man allenthalben, insbesondere in der Provinz Bozen, sehr viel an diese Art der Hagelabwehr. Ich habe das vorige Jahr anlässlich einer Bilanzänderung bereits erklärt, daß die 20, bzw. 10 zu 10 Millionen Lire je Provinz zu wenig sind, nachdem voriges Jahr in der Provinz Bozen nahezu um 50 Millionen Lire Raketen verschossen worden sind. Man hat mir dann anlässlich dieser Bilanzänderung einen zusätzlichen Betrag von 5 Millionen eingeräumt, die der Provinz Bozen am Ende des Jahres auch überwiesen worden sind. Aus dieser Tatsache ist jedenfalls abzuleiten, daß auch der Regionalausschuß der Auffassung ist, daß diese Zuteilungen für die im Gesetze vorgesehene Art der Hagelabwehr einfach zu niedrig sind. Ich möchte jetzt nicht eine Erhöhung des Kapitels beantragen, sondern möchte nur die Gelegenheit wahrnehmen, um zu sagen, daß anlässlich einer der Bilanzänderungen im Laufe des Jahres nicht versäumt werden möge, auf diesem Kapitel entsprechende Mehrbeträge für dieses Gesetz vorzusehen. Denn ich bin auch überzeugt, daß man im Trentino, wenn sich die Hagelabwehr weiterentwickelt, dieselben Erfahrungen machen wird, wie sie bei uns in der Provinz Bozen gesammelt worden sind, wo schon seit längerer Zeit freiwillige Arbeitsgemeinschaften auf einem größeren Raume als in der Provinz Trient tätig gewesen sind. Wenn schon das Gesetz besteht und eine Pflicht zu dieser Art der Abwehr vorgeschrieben ist,

dann würde ich sehr ersuchen, daß man hier nicht die gesamte Belastung der Abwehr auf die Eigentümer überwälzt, sondern daß sich diejenige Behörde, welche den Gesetzentwurf vorbereitet, und jene Einrichtung, die den Gesetzentwurf genehmigt hat, entschließen mögen, sich hier wirklich angemessen an diesen Auslagen zu beteiligen.

*(Esiste una legge sulla difesa antigrandine ed una legge che prevede i consorzi obbligatori e con essi anche spese obbligatorie per le misure antigrandine. La legge prevede però, col tempo, anche altre possibilità di assicurazione. Nonostante ciò dovranno rimanere i consorzi antigrandine, la cui sostituzione per legge ha fatto registrare certe difficoltà da noi in provincia di Bolzano e, per quanto ne so, anche in provincia di Trento. Per questa ragione sono favorevole all'introduzione di determinate modifiche. Da una panoramica soltanto superficiale delle spese sostenute per la difesa antigrandine bisognerà dire che i fondi messi a disposizione dagli enti pubblici sono molto scarsi in rapporto alle spese connesse con la difesa antigrandine per mezzo di razzi. Ancor oggi non si è del tutto certi dell'efficienza di tale difesa; forse le nostre decise misure sono state un poco premature. Da pubblicazioni fatte da meteorologi e scienziati negli ultimi mesi, sembra però che qualcosa di vero ci sia, anche se mancano ancora prove scientifiche definitive dell'efficacia del sistema. Nonostante ciò si ha dappertutto molta fiducia, particolarmente in provincia di Bolzano, per questo metodo di difesa antigrandine. Ho già dichiarato l'anno scorso, in occasione di una variazione di bilancio, che i 20 milioni, 10 per Provincia, sono troppo pochi: l'anno scorso infatti in provincia di Bolzano si sono consumati 50 milioni di razzi. Nella variazione di bilancio di cui sopra*

*mi è stato concesso poi un contributo aggiuntivo di 5 milioni per questo capitolo, milioni che sono stati anche trasferiti alla provincia di Bolzano alla fine dell'anno. Da questo fatto si può in ogni caso desumere che anche la Giunta regionale è del parere che le assegnazioni per il metodo di difesa antigrandine previsto dalla legge sono semplicemente troppo scarse. Non intendo proporre un aumento del capitolo, ma soltanto cogliere l'occasione per dire che, in occasione di una variazione di bilancio nel corso dell'anno, non bisognerebbe mancare di prevedere adeguati aumenti su questo capitolo in favore della legge suddetta. Sono convinto che infatti anche nel Trentino, se la difesa antigrandine continuerà a svilupparsi, si faranno le stesse esperienze che abbiamo collezionato noi in provincia di Bolzano, dove già da tempo svolgono la loro attività associazioni volontarie su estensioni maggiori che in provincia di Trento. Poiché la legge esiste ed è fatto dovere di applicare questo sistema di difesa, pregherei caldamente che non si scarichi tutto l'onere sui proprietari ma che l'autorità che ha elaborato la legge e l'istituzione che la ha varata decidano di partecipare alle spese in modo adeguato).*

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Io penso che senz'altro questi 20 milioni non siano sufficienti per le esigenze che derivano da questa lotta, sia che noi consideriamo le esigenze della provincia di Trento come quelle della provincia di Bolzano. Avevo anche chiesto alla Giunta un aumento, ma questo non è stato possibile. Io penso che durante l'anno sia possibile trovare degli ulteriori fondi e con una variazione aumentare questo capitolo, anche perché la legge in vigore prevede che sia concesso un contributo non

inferiore al 50%, perché fissa esattamente il contributo nella misura massima del 50%. Quindi siamo, sotto un certo aspetto, obbligati ad aumentare il capitolo, in corrispondenza alle esigenze che vediamo riscontrate, che ci sono segnalate dalle Province. Circa la difficoltà di applicazione della legge, concordo con quanto è stato detto e ricordo al cons. Brugger che è già stato da me presentato un disegno di legge che contiene delle modifiche. Io anzi mi auguro che per la discussione che avremo, sia in commissione legislativa come in aula, vi sia un apporto di esperienza, da parte soprattutto degli assessori provinciali e da parte dei consiglieri, in quanto ritengo che anche il disegno di legge che io ho presentato, non costituisca l'*optimum* con il quale si possano risolvere le difficoltà che si sono riscontrate. Quindi saranno bene accette tutte le proposte che possono orientare meglio la Giunta nella modifica della legge. Circa la efficacia dei mezzi, e soprattutto dei razzi, sappiamo che i tecnici sono divisi: vi è una parte di tecnici che ritiene questo mezzo veramente efficace, ma ve n'è una parte che ritiene che queste siano spese assolutamente inutili. Proprio in questi giorni, da parte di un tecnico che non crede all'efficienza di questi mezzi, avevo questa affermazione, che, dico, così anche a titolo di battuta finale: «I razzi antigrandine hanno la stessa efficacia del suono delle campane che una volta si faceva quando si prendeva una grandinata in un paese». È un'affermazione un po' paradossale e che non corrisponde a quella che è una impostazione soprattutto di ordine cristiano, ma che vedeva nel suono delle campane la richiesta di un aiuto da parte della Provvidenza, ma questo lo dico tanto per portare un metro di giudizio fra coloro che si interessano in questo campo. Ritengo che però, fino a tanto che non esistono delle certezze che i razzi antigrandine siano

assolutamente inutili, dobbiamo continuare in questa azione, in quanto con questo potremo senz'altro, in determinate circostanze, ovviare a certe calamità che, se si dovessero verificare, sarebbero di notevole danno per la nostra agricoltura.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 1162: unanimità. Cap. 1164. C'è un emendamento della Giunta che riduce lo stanziamento a lire 3 milioni. Pongo in votazione il cap. 1164 con l'emendamento della Giunta: è approvato a maggioranza con 1 astensione. Al cap. 1167 è iscritto a parlare il cons. Steger. È assente e quindi procediamo. Cap. 1168. La parola al cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Ganz kurz einige Worte zu diesem Kapitel. Hier haben wir ja sowieso nicht viel zu sagen. Die Region hat betreffs « Ausgaben des Grünen Planes » sowieso nur Funktionen der Kassagebarung, wenn ich so sagen darf, nämlich das Geld einzunehmen und auszugeben. Aber ich möchte den Herrn Assessor, falls nötig, auf eine besonders negative Auswirkung, die sich durch die Streichung der Geldmittel bei diesem Kapitel ergibt, aufmerksam machen. Auch das letzte Jahr habe ich anlässlich der Genehmigung dieses Kapitels auf die Sonderlage in Südtirol hingewiesen: daß wir hier das Höferecht haben und daß die jungen Hofübernehmer ihren Hof nur mit Darlehen übernehmen können und infolgedessen nicht mehr für weitere Hypotheken für würdig befunden werden. Und gerade die jungen Hofübernehmer sind ja diejenigen, und wir wollen, daß es diejenigen seien, die sich die Bauten auch etwas menschenwürdiger herrichten. Nun geschieht folgendes: Die Beiträge sind total gestrichen worden. Es sind nur mehr begünstigte Darlehen vorgese-

hen, die aber aus dem erklärten Grunde unerreichbar sind. Der Erfolg meiner letztjährigen Einwendung ist leider der, den wir hier sehen: nämlich daß die Beiträge gestrichen wurden. Nun, hier hat sicher nicht der Herr Assessor die Schuld, denn wenn man allgemein im Grünen Plan solche Beiträge nicht mehr vorsieht, dann wird man wahrscheinlich seine Stimme nicht genügend berücksichtigt haben. Nun frage ich mich in erster Linie, und bitte den Herrn Assessor hierauf möglichst zu antworten: Was geschieht mit den, glaube ich, noch zahlreichen Gesuchen, die auf diesem Gesetz bei den Agrarinspektoraten eingereicht worden sind, die auch schon angenommen und wo schon bereits die Lokalausweise vorgenommen worden sind? Besteht noch eine Aussicht, daß diese Gesuche günstige Erledigung finden oder nicht?

Außerdem glaube ich, muß in Hinkunft von seiten der Region, die ja schließlich die primäre Zuständigkeit in der Landwirtschaft hat, ein anderer Weg gefunden werden, um auch diesen Bürgern gerecht zu werden, die auf diese Weise unverschuldet vom Genuß der Begünstigungen ausgeschlossen sind. Ich könnte mir vorstellen, daß wir, ohne ein eigenes Gesetz zu machen, entweder im Assessorat für Landwirtschaft oder auch in dem für Forstwesen, in diesem Fall die alpine Bergwirtschaft betreffend, den rechtlichen Haken, wenn ich so sagen darf, finden könnten, um auch diesen Bürgern gerecht werden zu können. Auf jeden Fall, wenn wir die Dinge jetzt so auf sich beruhen lassen, werden wir erleben müssen, daß wir gerade diejenigen, die am meisten Ansporn in sich fühlen, in ihrer Wirtschaft fortzukommen, nicht mehr berücksichtigen können.

*(In breve alcune parole su questo capitolo. In questo caso non abbiamo comunque*

*molto da dire: per quanto riguarda le spese del Piano Verde, la Regione ha, se posso chiamarla così, solo la funzione di tenere la cassa, cioè quella di incassare i fondi e di spenderli. Io vorrei però attirare l'attenzione dell'assessore, sempre che sia necessario, su una ripercussione particolarmente negativa della cancellazione di fondi da questo capitolo. Anche l'anno scorso, in occasione dell'approvazione di questo capitolo, ho accennato alla particolare situazione del Sudtirolo: noi abbiamo qui la legislazione sui masi chiusi ed i giovani assuntori dei masi possono accettare la loro eredità soltanto accendendo un mutuo, così che in seguito non si concedano loro altre ipoteche. E sono proprio i giovani assuntori dei masi che sistemano gli edifici in modo un po' più umano, e noi vogliamo che lo facciano. Ora succede però che i contributi siano stati cancellati del tutto: si prevedono soltanto mutui facilitati irraggiungibili per le ragioni suddette. Il successo dell'obiezione da me fatta l'anno scorso è stato purtroppo quello che possiamo vedere qui: i contributi sono stati totalmente eliminati. Ora la colpa non è in questo caso senz'altro dell'assessore, poiché se nel Piano Verde non si prevedono più tali contributi, probabilmente non si è dato ascolto alla sua voce. Mi chiedo prima di tutto e prego l'assessore di darmi possibilmente una risposta sull'argomento: Che cosa avverrà delle domande, credo numerose, presentate in base a questa legge agli Ispettorati all'agricoltura, domande già accettate e per cui è già stato fatto il sopralluogo? Esiste o no ancora una possibilità che tali domande abbiano un esito positivo?*

*Credo inoltre che spetti alla Regione, data la sua competenza primaria in materia di agricoltura, trovare un'altra via per render giustizia anche a questi cittadini, esclusi senza loro colpa dal godimento di tali agevolazioni. Immagino che pur senza emanare una legge ap-*

*posita, potremmo trovare l'appiglio legale, se posso chiamarlo così, per accontentare anche questi cittadini, o nell'ambito dell'assessorato all'agricoltura o di quello alle foreste, in questo caso nel settore dell'economia alpina. In ogni caso, se lasciamo le cose come sono, constateremo l'impossibilità di prendere in considerazione proprio coloro che hanno in se più forte lo sprone a far progredire la loro economia.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Martinelli.

MARTINELLI (D.C.): Non vi spaventate, che io sarò breve. Comunque approfitto di parlare su questo articolo, anche se probabilmente sarò un po' fuori tema. Vorrei richiamare l'attenzione del Consiglio sulla situazione economica di alcune zone particolari della nostra regione, cioè delle zone, penso, più depresse, di quelle zone in pratica dove l'economia si identifica con un'economia agricola, per non dire prevalentemente zootecnica. Per far questo, credo che si debba rifarsi un pochino al quadro dell'economia agricola regionale, e lo farò con tre considerazioni: innanzi tutto la montuosità del nostro ambiente, la presenza di aziende insufficienti per le ridotte superfici — così, per lo meno genericamente — senza tener conto poi della frammentazione e della dispersione di cui soffrono le nostre aziende; terza considerazione: la ripartizione per azienda dei capi bovini in regione. Voglio ricordare queste tre considerazioni in cui si trova l'agricoltura e la fragilità della nostra struttura agricola. Ecco i dati: la montuosità della regione ci dà questo quadro: solo poco più del 6% del suolo regionale giace sotto i 500 metri sul livello del mare; solo il 16% del territorio giace tra i 500 e i mille metri,

mentre tutto il resto, cioè l'80% circa del territorio, è sopra i mille metri. La presenza di aziende agricole per provincia, al censimento del 1961 — e la situazione crediamo sia poco modificata — era il seguente: 56.949 aziende a Trento su 520 mila ettari; 29.131 aziende a Bolzano su 614 mila ettari. Questi dati dicono già qualche cosa; io non mi addentro nella considerazione più precisa, però vorrei richiamare una ripartizione che qualcheduno senz'altro ha sentito e forse ha anche presente, ma forse qualcheduno è utile che la risenta. Nella provincia di Trento su queste 56.949 aziende ne abbiamo 21.000 — e tralascio i rotti — sotto l'ettaro, 20 mila sotto i tre ettari, dall'1 ai 3 ettari, poi 7 mila dai 3 ai 5 mila dai 5 ai 10 ettari e solo circa 2 mila aziende dai 10 ettari in su. Nella provincia di Bolzano la situazione è un po' migliore; abbiamo comunque 6.798 aziende sotto l'ettaro; 5.800, dall'1 ai 3 ettari; 3 mila, dai 3 ai 5 ettari; 4 mila, dai 5 ai 10 ettari; 5 mila dai 10 ai 25 ettari; 2.500, dai 25 ai 50 ettari e 1.780 sopra questa quota. Le considerazioni, ripeto, le lascio fare al Consiglio, ai singoli consiglieri. Ultima considerazione — e per questa mi rifaccio ancora al censimento — si era rilevato che le aziende agrarie, con la dotazione di bestiame — e può sembrare una curiosità statistica — erano inquadrare: nella provincia di Bolzano avevamo 2.421 aziende con 1 capo bovino; 2.910 con 2 capi bovini; 14.605 con da 3 a 5 bovini; 8 mila aziende circa da 6 a 50 capi bovini, e solamente 11 aziende sopra i 50 capi bovini. Ora sentite i dati per la provincia di Trento, che erano questi: 8.013 aziende con 1 capo bovino; 7.865 con 2 capi di bestiame; 8.648 con 3 capi; 2.551 aziende da 5 a 50 capi. Ora, se è pur vero che la considerazione può essere più che parziale, perché aziende con un capo possono coincidere con aziende magari specializzate, aziende che quindi

non si dedicano all'allevamento del bestiame, è pur vero anche — e credo che la vostra esperienza sia uguale alla mia in questo campo — che si riscontrano spesso delle aziende con un numero ridotto di capi e son pure aziende che magari si dedicano come principale attività all'allevamento del bestiame. Ho voluto ricordare comunque questi dati, specialmente quelli del bestiame, per quello che possono illustrare in particolare per l'organizzazione agricola delle vallate più povere. L'agricoltura di queste zone, come di tutta la regione e anche dello Stato, non ha ancora trovato il suo assestamento, ma non bisogna che l'assestamento sia frutto del naturale abbandono; bisogna aiutare chi è animato da buona volontà ed ha spirito di iniziativa, e rinsaldare queste aziende in una organizzazione veramente cooperativa, di largo respiro, che promuoverà piacevolmente e più velocemente quel progresso e tecnico ed economico che arresti la lenta degradazione e il progressivo abbandono delle nostre vallate. Ora, se l'agricoltura di ogni paese ha le sue difficoltà e una possibile evoluzione strutturale e culturale va considerata attuabile in un lungo periodo — e qui c'è anche il piano Pieraccini, che si è intrattenuto su queste cose e molto appropriatamente —, difficoltà contingenti, ostacoli di natura varia rallentano un aggiornamento veloce, un ammodernamento della struttura della nostra agricoltura. La montuosità ricordata, il clima, la struttura dei terreni orientano a forme obbligate di orientamenti produttivi. I malanni soliti lamentati per l'agricoltura, anche di altre regioni, sono la palla di piombo che rallenta il progresso agricolo; così la polverizzazione, la frammentazione, la dispersione sono tutti termini che trovano la più reale collocazione nella descrizione della nostra agricoltura. E parlo di nostra agricoltura, riferendomi proprio all'agricoltura nostra regionale

trentina, specialmente per la provincia di Trento, a cui vanno più specificamente certe osservazioni; e questo l'avete potuto intuire dai dati riferiti, che voglio solamente ribadire in questo senso. In provincia di Trento, sulle 56.949 aziende, ce n'erano 52.258 a conduzione diretta, con la media di 2 ettari e mezzo circa per azienda. Ora, comunque, vogliamo tornare al problema delle zone depresse economicamente; e se noi volgiamo lo sguardo fugace alla vita economica della Regione, alla sua distribuzione, notiamo come l'evoluzione di questi ultimi vent'anni abbia spesso approfondito gli squilibri fra zona e zona, e specialmente fra zone agricole e zone ormai ad alto orientamento, e fra le stesse zone agricole tra quelle ad orientamento magari frutticolo, vitivinicolo e quelle a orientamento zootecnico. Il fenomeno è complesso e preoccupa coloro che temono giustamente lo spopolamento oltre una certa misura di tali zone, per l'inaridimento economico a cui si avviano con danno di tutta la collettività. Se noi guardiamo all'attività delle popolazioni di tali zone, constatiamo che sono comunità contadine che si dedicano prevalentemente all'allevamento del bestiame, con qualche altra produzione complementare, ma di secondaria importanza, in una disorganizzazione spesso aziendale, da richiamare i tempi dell'azienda familiare dove si produceva quello che abbisognava alla vita della famiglia. Ora siamo in una economia di mercato e tali aziende vanno inesorabilmente alla deriva, se manca una ristrutturazione, una organizzazione del mondo agricolo locale. Per fare della zootecnia occorrono delle superfici aziendali ben maggiori a quelle di un'azienda frutticola e viticola, e la situazione, sotto questo profilo, quale ci è descritta dall'ultimo censimento, è sufficientemente eloquente. Il voler fermare la nostra attenzione sui problemi agricoli delle vallate

più povere, non è che vedere localizzati i temi di interesse generale dell'agricoltura. L'inadeguatezza in generale delle strutture aziendali denunciate, si avverte in particolare di più, a mio avviso, in queste zone povere e nel settore zootecnico, dove, per le sue caratteristiche intrinseche, si sentono pesare le minime superfici aziendali più che in altre aziende. Per altro verso non è questo che un aspetto del vasto problema dello sviluppo economico della comunità. La sua complessità suggerisce, in una seria valutazione delle sue prospettive, di organizzare o meglio prevedere solo in un lungo periodo la soluzione di determinati quesiti e la riorganizzazione secondo determinati schemi, che si ritiene rispondano meglio all'attuale società. In ultima analisi gli obiettivi di tale modo di concepire l'evoluzione agricola, cioè la programmazione in agricoltura, non è il sistema per attuare una maggiore perequazione dei redditi fra le altre categorie e nell'interno della categoria stessa; perché se oggi c'è ancora fuga dai campi, se c'è femminilizzazione nell'agricoltura, se c'è l'invecchiamento della agricoltura, è perché l'agricoltura non strutturata, non rende. Il motivo psicologico del lavoro di stalla che degrada, tiene fino a un certo punto; se un giovane vede il guadagno, se nelle sue tasche arriva un onesto compenso delle sue fatiche, che non lo faccia apparire secondo a nessun altro, i paventati motivi psicologici svaniscono. Fino a quando il reddito dell'agricoltura è metà di quello dell'industria, l'aria salubre, la libertà di lavorare senza un padrone, è poca cosa per non dir niente. Lo obiettivo che si pone la categoria come tale, è di una obiettiva parità di reddito con le altre categorie. L'ente pubblico deve assecondare, per giustizia sociale, questo orientamento, anche se sarà un'operazione a lungo periodo. Di fronte a questi obiettivi, è legittima la doman-

da: che cosa fare? Noi diamo volentieri atto che la politica della Regione è stata sempre orientata all'evoluzione del mondo agricolo, per rendere possibile la trasformazione da colture meno pregiate a pregiate, dove le condizioni di clima e di terreno si addicevano, e nel qualificare, migliorare certe colture o allevamenti, dove l'ambiente non suggeriva niente di meglio. Sono state veramente provvide in tale senso le leggi per l'irrigazione, i miglioramenti fondiari spesi per il miglioramento del patrimonio zootecnico, per il risanamento, come diceva prima il cons. Kapfinger, e così per la costruzione di caseifici sociali e magazzini cooperativi. Ma le deficienze sono ancora molte, e specialmente in queste vallate più povere, dove si conduce un'agricoltura che non ha il reddito all'ettaro delle colture specializzate, anche gli strumenti legislativi regionali messi allo scopo a disposizione di tutti per il miglioramento dell'agricoltura locale, spesso non vengono utilizzati; e si può fare un esempio: la legge per l'irrigazione, la legge n. 6 del 10.2.'64, strumento veramente essenziale per una svolta nell'agricoltura di un luogo, sia per evitare l'alea del tempo, che piove si sa, quando vuole, e nel nostro clima normalmente difetta proprio quando ce n'è bisogno, ma anche per dare, attraverso questa irrigazione, la possibilità ottimale di ottenere il massimo di produzione. Tale legge dell'irrigazione, in cui si nutriva fiducia per le riconversioni colturali, tanto che si accordava la preferenza al suo utilizzo nelle zone di allevamento, non corrispondeva all'attesa, non riusciva a provocare quelle conversioni colturali che sembravano tanto necessarie in determinate zone, come si legge anche nella relazione al bilancio della provincia di Trento. Si lamentano carenze di idee per queste zone, carenze di iniziative da parte della popolazioni di queste zone; spesso si dice che appunto

queste carenze affliggono tali zone povere altrettanto che la carenza di mezzi, e forse è vero che anche il patrimonio umano finisce per difettare, però obiettivamente dobbiamo ammettere che, per restare ad un esempio, se la coltura frutticola o viticola può ricorrere alla irrigazione sulla base della concessione di un contributo del 6, del 6 e mezzo sulla legge regionale, per esempio, coltivazioni a prato, a frumento, a patate non ottengono alcun privilegio ottenendo il 7%, anche se magari in zone suscettibili di conversione colturale. E qui non vogliamo essere fraintesi in una dogmatica conclusione, che tali vallate dovunque e comunque debbano ottenere l'intervento pubblico gratis o quasi. I regali non giovano, e c'è un limite di economicità anche sociale. È con vera simpatia, tuttavia, che nella relazione del Presidente della Giunta abbiamo letto, a pagina 54, che la Giunta regionale si dedichi alla cura particolare dell'economia delle vallate depresse, sempre che presentino suscettibilità produttive agricole meritevoli di essere incoraggiate. La dizione è perfetta, e penso che la Giunta regionale intenda veramente muoversi in tale senso con discernimento. Io mi permetto di insistere però sull'opportunità di interventi legislativi differenziati e vorrei dire ancor maggiormente differenziati per queste zone povere, e, se occorresse, anche interventi specifici nella valutazione obiettiva dell'economicità sociale degli interventi. È un auspicio che mi permetto di rivolgere alla Giunta, che a queste zone depresse della nostra regione vada una particolare attenzione per la loro ripresa economica.

**PRESIDENTE:** Questo capitolo non deve essere messo in votazione, ma deve essere invece votato il cap. 1166 . . . La parola all'assessore Segnana.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Ringrazio il cons. Martinelli per il suo intervento che può costituire senza altro un contributo utile, soprattutto in vista di quello che è il programma futuro dell'attività della Giunta. Non a caso è stato inserito nella relazione del Presidente quel punto che riguarda la particolare attenzione che sarà posta verso i problemi della ripresa agricola nelle zone che sono economicamente depresse. Penso che sia giusto quanto è stato osservato, e cioè che sia necessario prevedere degli interventi differenziati, e magari anche di trovare degli strumenti particolari di ordine operativo, da applicare in queste zone. Circa la domanda fatta dal cons. Kapfinger, quale sarà la sorte delle domande che sono state presentate sull'art. 10 del Piano Verde e che non troveranno evasione, non essendo sufficienti i fondi che sono stati a suo tempo stanziati, io mi trovo imbarazzato a dover rispondere, perché oggi effettivamente non saprei dare una risposta. Il Piano Verde non prevedeva che vi fosse la possibilità di chiudere la presentazione delle domande, e quindi vi è stata una presentazione di domande superiore a quella che era la possibilità di evasione delle stesse. Il Piano verde n. 2 che si trova all'esame della commissione agricola del Senato, non prevede un particolare intervento a favore dell'edilizia rurale, e in modo particolare non prevede la concessione di contributi per la costruzione di case. Vi è solo un articolo, che in questo momento non ricordo, il quale accenna alla possibilità di concedere dei contributi per tutte le opere previste, se non erro, dall'art. 35 della legge 215. In queste opere che sono quelle normali di miglioramento fondiario, sarebbero comprese anche le costruzioni rurali e le case agricole. Una soluzione che potremmo dare al problema proposto, potrebbe proprio essere quella di destinare i

fondi che avremo su questo particolare capitolo, destinati alla evasione delle pratiche giacenti. È inoltre da tener presente però che il problema sociale della montagna, in modo particolare, non è stato affrontato dal secondo Piano Verde. Il secondo Piano Verde affronta più che altro e in modo preminente, i problemi di ordine economico dell'agricoltura e cerca di promuovere tutte quelle attività che portino la azienda agricola ad un aumento del reddito; trascura invece quelli che sono gli aspetti tradizionali anche degli interventi delle vecchie leggi statali, cioè gli interventi a favore delle abitazioni agricole, che possono essere, sotto un certo aspetto, considerati provvedimenti di ordine sociale. Per questo tipo di interventi è previsto — e ciò è stato anche annunciato nelle dichiarazioni del Presidente Moro durante il dibattito alla Camera per il voto di fiducia del nuovo Governo — che sarà una legge che finanzia la vecchia legge della montagna o che comunque riguarderà i problemi sociali ed economici della montagna. Ritengo che quella legge contenga anche questo particolare tipo di interventi, che quindi alcune delle posizioni che si trovano in questo momento in evidenza, possano domani essere sanate anche su questa legge. Si dirà: «campa cavallo che l'erba cresce»; purtroppo in questo settore non possiamo che affidarci a quelli che saranno gli stanziamenti del futuro. Voglio però assicurare il cons. Kapfinger, che le osservazioni che sono state da lui fatte l'anno scorso in occasione del bilancio, sono contenute in una memoria che noi abbiamo inviata al Ministero, nel momento in cui veniva predisposto il secondo Piano Verde. Purtroppo però la nostra voce si è dispersa come una voce che grida nel deserto, perché, come ho detto prima, gli orientamenti di questo nuovo disegno di legge, sono diversi da quelli della precedente legge, sono

cioè orientamenti più che altro che vanno allo sviluppo delle aziende e che non si ripromettono di risolvere gli aspetti sociali dell'azienda agricola.

PRESIDENTE: Dobbiamo mettere in votazione il cap. 1166. C'è un emendamento della Giunta che aumenta da 72 a 75 milioni il concorso negli interessi sui prestiti e sui mutui concessi agli istituti esercitanti il credito agrario per opere di miglioramento fondiario.

Pongo in votazione questo capitolo: è approvato all'unanimità.

Pongo in votazione il cap. 1167 sul quale si è svolta la discussione: è approvato all'unanimità.

Al cap. 1176 c'è un emendamento della Giunta che aumenta da 300 a 310 il contributo per il risanamento e il miglioramento del patrimonio zootecnico.

Pongo in votazione il cap. 1176 è approvato all'unanimità.

Cap. 1201. Su questo capitolo ha chiesto la parola il cons. Fioreschy.

FIORESCHY (S.V.P.): Ich will telegraphisch sein und mich nur auf eine Anfrage an den zuständigen Assessor beschränken. Wir wissen, daß das Schicksal aller Regionalgesetze mehr oder weniger darin besteht, daß durch dieselben eine Reihe von Erwartungen geschaffen werden, die dann schließlich nicht befriedigt werden können. Zumindes in unserer Provinz sind eine Reihe von Vorhaben angemeldet, die nicht zur Gänze befriedigt werden können. In der Ausführung des Ausschußpräsidenten ist eine Refinanzierung dieses Gesetzes in vager Form angedeutet worden. Ich möchte den zuständigen Assessor diesbezüglich konkret fragen, ob er im heurigen Jahr dieses Gesetz wirklich refinanzieren kann, damit die

Erwartungen, die in dasselbe gesetzt worden sind, auch erfüllt werden können.

*(Intendo essere telegrafico e limitarmi ad un'interrogazione all'assessore competente. Si sa che il destino di ogni legge regionale è più o meno quello di creare tutta una serie di aspettative che alla fine non si possono soddisfare. Almeno nella nostra provincia è annunciata tutta una serie di progetti che non si possono realizzare completamente. Nella dichiarazione del Presidente della Giunta regionale si accenna vagamente al rifinanziamento di questa legge. Vorrei chiedere in concreto all'assessore competente se gli sarà possibile rifinanziare la presente legge entro l'anno in corso, affinché non siano deluse le aspettative da molti riposte nella legge stessa.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

SEGNANA (assessore agricoltura e commercio - D.C.): Posso assicurare senz'altro il cons. Fioreschy che la Giunta, nel programma legislativo del corrente anno, ha previsto un rifinanziamento, in forma piuttosto modesta, ma comunque che può soddisfare alcune esigenze che sono evidenti, nelle legge regionale n. 15. Il finanziamento sarà nell'ordine di circa 23 milioni, quindi con un disponibilità di 11 milioni, 10-11 milioni, perché può darsi che alla fine, invece che 23 siano anche 20, comunque un minimo di 10 milioni per provincia. È però nostra intenzione di orientare l'uso di questo stanziamento, non tanto per la costruzione di nuovi magazzini nei centri commerciali e di magazzini che riguardano attività in genere di tutti i settori merceologici, ma possibilmente la costruzione di magazzini che servano alla valorizzazione della nostra produzione agricola. Quindi penso che questo modesto intervento, possa, se riservato a questa parti-

colare categoria, suscitare un certo interesse e quindi produrre alcune iniziative che potranno portare degli effetti positivi nella economia agricola delle nostre Province.

PRESIDENTE: Pongo in votazione il cap. 1201: è approvato all'unanimità.

Cap. 1254. Ha chiesto la parola il cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ganz kur nur. Die Beilagen zu den programmatischen Erklärungen des Herrn Präsidenten sind nämlich außerordentlich interessant; insbesondere die Zusammenstellung des Assessorates für Bergwirtschaft und Forste bringt ein sehr klares Bild über die noch vorhandenen Verfügbarkeiten aus dem Jahre 1965. Ich muß hier zugeben, es ist schon ein guter Fortschritt, daß der zuständige Assessor erreicht hat, von den vorjährigen Beträgen 47 Millionen Lire für die von der Region gebildeten Komprensorien in der Provinz Bozen freizubekommen, weil es bis dahin immer geheißen hat, daß von diesem Artikel nur Arbeiten für vom Staat gebildete Komprensorien finanziert werden könnten. Jedenfalls ist es ihm gelungen, mit diesem Grundsatz, der früher bestanden hat, zu brechen. Nun sind auf diesem Kapitel des Grünen Planes laut dieser Aufstellung vom 1.1.1966 noch 416 Millionen verfügbar. Ich möchte den Assessor ersuchen, einen Betrag aus diesen 416 Millionen von ungefähr 50 Millionen für eine dringende Maßnahme in einem der Komprensorien der Provinz Bozen, welche die Region gebildet hat, einzusetzen. Ich wollte nur diese ganz konkrete Frage stellen und würde sehr froh sein, wenn diese Möglichkeit bestünde. Über den genauen Einsatz des Betrages könnte man sich ja noch außerhalb des Regionalrates schlüssig werden. Es würde sich hier um eine

dringende Arbeit handeln und ich bitte, wie gesagt, diese 50 Millionen für eines dieser Komprensorien aus diesem Betrage zur Verfügung zu stellen.

*(Brevisssimamente. Gli allegati alle dichiarazioni programmatiche del presidente sono straordinariamente interessanti: specialmente la relazione dell'assessorato alle foreste ed alla economia alpina fornisce un chiaro quadro delle disponibilità ancora esistenti dal bilancio 1965. Devo ammettere che è già un bel progresso quello che l'assessore è riuscito a raggiungere, cioè che dai fondi dello scorso bilancio siano assegnati 47 milioni ai comprensori fondati dalla Regione nella provincia di Bolzano. Finora infatti si è sempre detto che coi fondi di questo articolo era possibile finanziare soltanto lavori in comprensori fondati dallo Stato. All'assessore è riuscito comunque di rompere con questo principio, finora sempre valido. In base all'elenco del 1.1.1966, sul capitolo in questione del Piano Verde sono a disposizione ancora 416 milioni. Vorrei chiedere all'assessore di assegnare una somma di circa 50 milioni di lire, dei 416 assistiti, in favore di un provvedimento urgente in uno dei comprensori della provincia di Bolzano fondati dalla Regione. Questa è in concreto la domanda che volevo porre e sarei lieto se questa possibilità esistesse. Sull'esatto impiego della somma ci si potrebbe accordare ancora, fuori del Consiglio regionale. Si tratterebbe di un lavoro urgente ed io pregherei, come ho detto, di mettere a disposizione questi 50 milioni dal fondo per uno di questi comprensori.)*

PRESIDENTE: La parola al cons. Martinelli.

MARTINELLI (D.C.): Solamente, in breve, per manifestare soddisfazione innanzi

tutto all'iniziativa dell'assessore per quel censimento delle malghe e per quella scelta delle malghe più opportune, più economiche, perché si tratta senz'altro di un problema economico. Vorrei qui, se mi è permesso, insistere per una proprietà nei miglioramenti delle malghe, e si tratta della proprietà dell'impianto dei lattodotti; perché penso che ormai l'economia agricola zootecnica della nostra regione debba essere vista proprio con la possibilità di conferire tutto il latte delle malghe ai caseifici delle valli, del fondovalle. Poi una seconda osservazione, o meglio un invito, è quello di far leva sui contributi concessi per questi miglioramenti alle malghe, perché quel tal paese, quella tale comunità che gode di questi contributi, tenga aperta la porta a paesi vicini, a comunità vicine, superando quelli che sono campanilismi, questioni di uso civico o di eratico, come si vuol dire. Ecco, solamente queste due, più che osservazioni, questi due inviti perché l'assessorato segua questa strada.

**PRESIDENTE:** La parola al cons. Volgger.

**VOLGGER (S.V.P.):** Herr Präsident! Meine Herren Kollegen! Ich darf wohl gleich die Kapitel 1254 und 1284 und auch 1288 zusammennehmen, um alles abzukürzen. Wir von der S.V.P., Herr Assessor, haben eine Tagesordnung eingebracht, die auch angenommen worden ist. Ich möchte jetzt ersuchen, daß der Tagesordnung auch Rechnung getragen wird. Wir haben mit dieser Tagesordnung einen Plan verlangt, damit die Kollegen sehen, daß wir nicht gegen die Planwirtschaft sind, sondern im Gegenteil, daß wir eine Planung wollen. Wir warten dringend darauf, daß diese Planung auf einem wichtigen Gebiet gemacht wird, möglichst schnell gemacht wird.

Dann haben wir mit der Tagesordnung ein Gesetz verlangt. Ich bin zwar immer gegen viele Gesetze gewesen und werde es immer bleiben, aber dieses Gesetz soll den Sinn haben, die bürokratischen Schwierigkeiten, die heute dem Bau von Güterwegen entgegenstehen, zu vermindern, wenn nicht ganz auszuschalten. Ich darf den Herrn Assessor daran erinnern, daß wir mit einem solchen Gesetz nicht an der Spitze der autonomen Regionen in Italien marschieren, sondern etwas nachhinken. Denn es gibt in der Zwischenzeit bereits drei Gesetze für den Bau von Güterwegen. Die Region Sardinien hat am 20. Dezember 1962 ein Gesetz über « Costruzione, sistemazione, ricostituzione delle strade vicinali » erlassen. Die Region Aosta hat seit dem 14. August 1962 ein Gesetz « Provvidenze per promuovere lo sviluppo della viabilità rurale ». Darin ist sehr interessant, daß für den Bau von Güterwegen, die von größerem Interesse sind, vorgesehen ist, daß in diesem Fall das Assessorat die Arbeiten in Eigenregie machen kann, was vielleicht wichtig wäre, um die Spesen zu verringern. Inzwischen hat auch schon die Region Friaul-Julisch-Venetien am 31. August 1965 ein Gesetz für den Bau von Güterwegen verabschiedet. Sie sehen also, Herr Assessor, alle drei Regionen nehmen die Sache sehr wichtig und halten sie für vordringlich. Deswegen glaube ich, ist es höchste Zeit, daß wir in einem Gebiet wie unserem auch ein solches Gesetz möglichst schnell einbringen, damit auch die bürokratischen Schwierigkeiten vermindert werden. Schließlich haben wir ersucht, daß die bisher vorliegenden Projekte möglichst schnell finanziert werden und das ist das wichtigste, Herr Assessor! Der Plan läßt sich machen, das Gesetz läßt sich machen, die Finanzierung ist das schwierigste. In der Zusammenstellung, die Sie mir zuvorkommenderweise

auf meine Anfrage gegeben haben, heißt es, daß es zur Finanzierung der jetzigen Projekte 750 Millionen Lire braucht. Ich glaube, man könnte, wenn man die Arbeiten in Eigenregie führt, wenn man sie vereinfacht, sie auch billiger machen. Deswegen ist Eigenregie bei solchen Arbeiten sehr, sehr wichtig. Darf ich noch an etwas erinnern, Herr Assessor? Ich habe da ein sehr interessantes Buch über Nordtirol — Sie werden sich daran nicht stoßen, daß es über Nordtirol Aufschluß gibt. In diesem Büchlein steht zu lesen, daß in Nordtirol in den Jahren 1961 bis 1964 267 Kilometer Güterwege errichtet worden sind, also in 4 Jahren 267 km. Wir haben das letzte Jahr in der Provinz Bozen auch 71 Kilometer gemacht. Aber wir haben noch viel, viel nachzuholen. Es gibt jetzt in ganz Nordtirol keinen landwirtschaftlichen Betrieb mehr, der nicht über elektrisches Licht verfügt, während es in Südtirol noch ganze Weiler ohne elektrisches Licht gibt.

Dann vielleicht noch die Waldwege, die ein besonderes Kapitel darstellen: Seit Kriegsende wurden in Nordtirol rund 1.870 km Waldwege in den nichtstaatlichen Wäldern gebaut. Dort wurde auch ausgerechnet, daß man, wenn man das Holz auf Wegen befördern kann, pro Festmeter 60 Schilling, das wären 1.300 Lire, und mehr verdient. Solche Ausgaben sind also nicht eine unproduktive Investition.

Wir wissen alle, Herr Assessor, daß es in Nordtirol keine Arbeitslosigkeit gibt, sondern daß Nordtirol im Gegenteil noch für Arbeiter aus anderen Bundesländern und aus dem Ausland über Arbeitsplätze verfügt. Ich würde sehr darauf Wert legen, Herr Assessor, daß Sie sich dieser Sache annehmen, denn für die Wirtschaft in Südtirol ist der Bau von Güterwegen und Waldwegen von ausschlaggebender

Bedeutung. Ich stimme einmal mit dem Herrn Kollegen Ceccon überein, der gesagt hat, die Industrie in den Tälern sei der Tourismus. Und ohne Zusatzverdienst am Fremdenverkehr müssen viele Höfe geräumt werden. Dann werden wir eines Tages Milliarden ausgeben, um diese Höfe wiederherzustellen. Dazu werden wir kommen. Es ist viel billiger und viel rentabler, sie zu erhalten — nicht alle, um Gottes willen, das wissen wir. Aber es gibt bei uns noch viele unerschlossene Orte, die auch für den Fremdenverkehr sehr, sehr geeignet wären. Der Herr Assessor hat mir zugesichert, daß er nach Ostern mit mir einen Ort besuchen wird, wo 400 Menschen leben, die kein Telephon haben, keinen Weg haben, die im Winter auch keine Holzarbeit machen können, weil eben keine Möglichkeit war, das Holz wegzutransportieren. Und diese Menschen vergrößern dann die Zahl der Arbeitslosen in den Städten oder müssen auswandern. Von unserer Seite aus — das zeigt Ihnen auch die Tagesordnung — betrachten wir die Behandlung dieser Frage wirklich als vordringlich und ich würde allen Ernstes darum ersuchen, daß Sie sie auch als vordringlich betrachten. Ich würde bitten, daß Sie sich im Regionalausschuß breiter machen, denn mir ist aufgefallen, daß in dem Abkommen der Regierungsparteien alle Probleme behandelt worden sind und nur Ihr Assessorat ist überhaupt nicht erwähnt, Assessor Grigolli! Dabei halte ich es in einer Zone wie der unseren für das wichtigste Assessorat. Danke!

*(Signor Presidente, signori colleghi! Per fare più in fretta permetterete che affronti contemporaneamente i capitoli 1254, 1284 ed anche 1288. Noi della S.V.P., signor assessore, abbiamo presentato un ordine del giorno che è stato accettato: vorrei chiedere ora che di*

questo ordine del giorno si tenga anche conto. In esso abbiamo chiesto un piano, affinché i colleghi possano constatare che non siamo contrari all'economia pianificata; tutt'altro, che noi vogliamo una pianificazione. Noi aspettiamo con impazienza un programma per un settore molto importante, un programma che andrebbe fatto al più presto possibile. Con l'ordine del giorno abbiamo chiesto poi una legge: per parte mia sono sempre stato contrario alle troppe leggi e lo sarò sempre, ma questa legge dovrebbe avere lo scopo di alleviare, se non di eliminare totalmente le difficoltà burocratiche che si oppongono attualmente alla costruzione di strade interpoderali. Vorrei ricordare all'assessore che noi, con una legge del genere, non siamo alla testa delle Regioni autonome italiane, anzi seguiamo a fatica: nel frattempo sono uscite infatti ben tre leggi sulla costruzione di strade interpoderali. La Regione sarda ha emanato il 20 dicembre 1962 una legge riguardante la «Costruzione, sistemazione, ricostituzione delle strade vicinali», la Regione toscana ha, dal 14 agosto 1962, una legge sulle «Provvidenze per promuovere lo sviluppo della viabilità rurale». Molto interessante è il fatto che in questa legge sia previsto che, per la costruzione di strade interpoderali di grande interesse, l'assessorato possa fare i lavori di propria iniziativa, ciò che sarebbe forse importante per ridurre le spese. Nel frattempo anche la Regione Friuli-Venezia Giulia ha emanato una legge sulla costruzione di strade interpoderali. Come Lei vede, signor Assessore, tutt'e tre le altre Regioni prendono la cosa molto sul serio e la considerano urgente. Per questo credo che sia ormai tempo di presentare al più presto anche in una zona come la nostra una legge del genere, anche per limitare le difficoltà burocratiche. Per finire abbiamo chiesto che i progetti giacenti vengano finanziati

al più presto, e questa è la cosa più importante, signor assessore! Si può fare un programma, si può fare una legge, ma il finanziamento rimane la cosa più difficile. Nella documentazione che lei mi ha gentilmente fornito su mia richiesta, è detto che per il finanziamento dei profitti esistenti occorrono 750 milioni di lire. Credo che eseguendo i lavori in proprio e semplificandoli, essi si possano realizzare con minore spesa: per questo i lavori in proprio hanno un'importanza essenziale. Posso ricordare ancora qualcosa, signor assessore? Ho qui un libro molto interessante sul Tirolo del nord e non vi urterà che parli proprio del Tirolo. In questo libretto si legge che dal 1961 al 1964 sono stati costruiti nel Tirolo 267 km di strade interpoderali, dunque 267 km in quattro anni. Anche noi, in provincia di Bolzano, abbiamo costruito l'anno scorso 71 km di strade, ma abbiamo ancora molto, moltissimo da fare. In tutto il Tirolo non esiste attualmente nessuna azienda agricola che non sia dotata di luce elettrica, mentre in Sudtirolo esistono interi villaggi ancora senza luce.

Ci sono poi le strade forestali, che rappresentano un capitolo a parte: dalla fine della guerra nel Tirolo austriaco sono stati costruiti circa 1870 km di strade in boschi non demaniali. In quella regione è stato anche calcolato che, potendo trasportare il legname su strada, si guadagnano 60 scellini, cioè 1300 lire, e più per metro cubo di legname da costruzione. Tali spese non sono dunque un investimento improduttivo.

Noi sappiamo tutti, signor assessore, che nel Tirolo austriaco non esiste la disoccupazione, anzi che questa regione offre posti di lavoro a maestranze provenienti da altre regioni e dall'estero. Darei molta importanza, signor assessore, a che lei si occupi della cosa, poiché la costruzione di strade interpoderali e

*forestali è decisiva per il Sudtirolo. Per una volta sono d'accordo con il collega Ceccon, quando dice che l'industria tipica delle valli è il turismo: senza un introito supplementare dal turismo molti masi devono essere abbandonati. Un giorno poi spenderemo miliardi per ricostruire questi masi, a questo arriveremo senz'altro. È molto meno caro e molto più redditizio mantenerli fin da ora, non tutti per carità, questo lo sappiamo benissimo! Ma qui da noi esistono molti luoghi non ancora collegati con la rete stradale che sarebbero adattissimi come mete turistiche. L'assessore mi ha assicurato che dopo Pasqua mi accompagnerà a visitare una località di 400 abitanti che ancora non hanno né telefono, né strada, che in inverno non possono neanche tagliare legname perché finora non c'è la possibilità di trasportarlo. Queste persone vanno poi ad ingrossare le file dei disoccupati nelle città o sono costretti ad emigrare. Dal nostro punto di vista, come risulta anche dall'ordine del giorno, la trattazione della questione è veramente urgente ed io chiedo seriamente che anche lei la consideri urgente. Vorrei pregarla poi di farsi un po' sentire in Giunta, assessore Grigolli, poiché ho notato che nell'accordo tra i partiti della coalizione sono stati affrontati tutti i problemi mentre quelli del suo assessorato non sono stati nemmeno sfiorati: in una zona come la nostra, io considero invece il suo assessorato il più importante di tutti. Grazie.)*

**PRESIDENTE:** La parola all'assessore.

**GRIGOLLI** (assessore economia montagna e foreste - D.C.): I temi trattati dai miei colleghi richiederebbero molte parole in più e dati e riferimenti molti di più di quelli che in effetti, per ragioni di tempo, posso dare. Quindi sarò, per forza di cose, sintetico, e per

alcuni aspetti toccati nella discussione generale e sui quali in questo momento non sono in condizione — per ragioni di tempo — di riferire potrò semmai, per lettera, dare qualche indicazione particolare. Al cons. Brugger, per quanto riguarda i comprensori di bonifica montana, devo precisare, che la cifra indicata nell'allegato al quale si è riferito e che dimostra determinati residui, non è tanto riferibile a programmi che siano ora da fare. In effetti la predisposizione degli impegni di spesa che riguarda le opere da farsi nei comprensori di bonifica montana, per la particolare struttura della legge della montagna e del Piano verde, è estremamente lunga e complessa, dura dai 10 ai 14 mesi, come abbiamo notato qualche volta, cosicché quelle cifre, in effetti, corrispondono a programmi che sono già fatti, e quindi si devono considerare cifre impegnate. Ora, in considerazione di questo, noi, per tener conto che esistono due comprensori di bonifica montana in Alto Adige, nei quali ci siamo ripromessi di intervenire — e ringrazio del riconoscimento che si è dato — prevediamo di intervenire quest'anno con 100 milioni sul cap. 1284. Di conseguenza, in quella sede, noi interverremo per opere per le quali già il ripartimento di Bolzano è stato incaricato di predisporre i relativi programmi di priorità. Oltretutto questo intervento può essere più sollecito essendo fatto sulla legge regionale della montagna, per così dire, quindi attraverso una procedura burocratica molto più rapida che l'altra. Per il resto dovremo riferirci al Piano verde n. 2, il quale, prevedendo ulteriormente la permanenza dei comprensori di bonifica montana, ci consentirà, una volta che sia approvato, una volta che con il Ministero si sia concordata la cifra da assegnarsi alla Regione, di stabilire per i due comprensori esistenti nell'Alto Adige, quanto c'è da fare.

Devo confermare al cons. Martinelli che per quanto riguarda l'operazione malghe, per così dire, cioè il settore dell'alpicoltura, stiamo operando con il massimo possibile di criterio logico razionale ed economico, attraverso la costituzione già avvenuta di uffici specializzati presso i due ripartimenti di Trento e di Bolzano, i quali hanno l'incarico di stabilire, dopo attenti sopralluoghi, delle priorità ai fini di intervenire. Apprezzo che egli abbia detto come anche l'intervento finanziario per realizzare i lattodotti debba considerarsi valido. Da questo punto di vista, stiamo, per quanto riguarda il Trentino, realizzando una prima operazione piuttosto precisa e di grossa dimensione, quanto a superficie, nell'alta Valle di Fassa, collegando tutti i paesi dell'alta valle attorno al caseificio di Campitello e stabilendo una rete di malghe, dimensionata su una base di studi, a mio giudizio bene valutata e rispondente anche dal punto di vista produttivistico e della resa economica. Per quanto riguarda il cons. Volgger, sa che con l'ordine del giorno che si è approvato, abbiamo accettato i criteri che lo ispiravano; abbiamo detto solamente che non era possibile, in questo momento, stante il bilancio regionale, prevedere di fare tutto quanto in quella sede veniva auspicato, per quanto riguarda il finanziamento. È vero che in questo momento in provincia di Bolzano esistono, presso il ripartimento, progetti nel settore della viabilità podereale e interpodereale per 1 miliardo e mezzo. Peraltro l'anno scorso abbiamo finanziato progetti per 630 milioni, se ben ricordo, in questo settore; quest'anno proseguiremo. Ho detto ultimamente che i ripartimenti quest'anno hanno un finanziamento supplementivo per esecuzione direttamente di viabilità forestale, tuttavia mi rendo conto che, rispetto al piano che si sta predisponendo e che prevede la spesa in dieci anni di 8 miliar-

di nella provincia di Bolzano, evidentemente occorre pensare a qualche cosa di molto più massiccio di quanto in questo momento il bilancio regionale non preveda. Mi sono riferito anche per questo aspetto al Piano verde n. 2, che prevede per la viabilità forestale qualche cosa di più, in proporzione di quanto non prevedesse il primo Piano verde. Comunque sappia il cons. Volgger, che questo settore da noi è considerato di primaria importanza, appunto perché ci rendiamo conto come, e per l'aspetto del patrimonio forestale in generale e anche per l'aspetto umano che viene in certo modo prima di quello del collegamento fra gli abitanti di alta montagna, è evidentemente di assoluto rilievo il poter realizzare una rete viabile che sia abbastanza capillare e che sia realizzata prontamente. Per quanto riguarda poi il riferimento a quanto avviene nel Tirolo, io mi propongo anche di rendermi conto direttamente; semmai si può anche andarci insieme, all'occorrenza, se il cons. Volgger vuole. Per quanto abbia visto — e mi riferisco a certe osservazioni del cons. Steger — per certi settori — tengo d'occhio le statistiche che si fanno di là — non è che siamo tanto più indietro di quanto a volte si dica. Ho visto che quanto facciamo non è molto al di sotto, in ogni caso, di quanto avviene di là, dove certamente i temi della montagna vengono tenuti in grande considerazione. Sono in debito — sia pure in questa rapida risposta — al cons. Brugger, di una informazione per quanto riguarda il settore dei bacini montani, della sistemazione montana in generale, che qui non si è toccato, nella discussione articolata. Gli posso dire che prevediamo in provincia di Bolzano, per quest'anno, interventi complessivamente per 749 milioni in questo settore e devo aggiungere che questo è il quadro delle previsioni di intervento, che è fatto di interventi regionali

e di interventi su leggi statali.

BRUGGER (S.V.P.): Dove i soldi ci saranno?

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Ritengo che i soldi ci saranno, nel senso che quest'anno riteniamo di poter disporre dei soldi del famoso super-decreto, che l'anno scorso non sono arrivati e che adesso stanno arrivando — non sono totalmente arrivati, ma stanno arrivando — e quindi prevediamo di poter utilizzare questi soldi; quindi questa cifra, che io dico di 749 milioni, in effetti sarà quella che potremo spendere. Voglio anche dirgli che noi calcoliamo quest'anno di poter operare su 70 mila giornate lavorative, complessivamente con questa somma, considerato che l'anno scorso eravamo a 42 mila giornate lavorative. Quindi l'auspicio da lui espresso, che si possa fare quest'anno in effetti di più, mi pare che possa venire a realizzarsi. Posso anche aggiungere, per informazione, che la Giunta regionale, nell'ultima seduta, ha già deliberato lavori per 270 milioni di lire. Quindi già in questo momento tutte le squadre in Alto Adige sono al lavoro in questo settore.

PRESIDENTE: La parola al cons. Brugger.

BRUGGER (S.V.P.): Ist in diesen 749 Millionen auch ein Betrag vom Kap. 1254 enthalten? Wird ein Teil davon auch in der Provinz Bozen verwendet? Handelt es sich um das Kapitel, auf das ich mich im vorigen Jahr bezogen habe?

*(In questi 749 milioni è compreso anche un importo dal cap. 1254? Una parte di essi verrà impiegata anche in provincia di Bolzano? Si tratta del capitolo a cui ho fatto riferimento l'anno scorso?)*

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Guardi, qui prevediamo una certa somma, in questo intervento, per i bacini montani, cioè una piccola somma di questi 96 milioni qui indicati, è prevista nel settore dei bacini montani.

PRESIDENTE Pongo in votazione il cap. 1254: è approvato a maggioranza con 3 astensioni.

Cap. 1256. Ha chiesto di parlare il cons. Kapfinger.

KAPFINGER (S.V.P.): Zu den sehr freudig anzuhörenden Erklärungen des Herrn Assessors habe ich leider einige Bemerkungen zu machen, die vielleicht weniger freudig klingen. Ich werde bei diesem Kapitel nicht sagen: « Zu wenig Geld; ich beantrage eine Erhöhung um soundsoviel Millionen. » Das wäre zwecklos, weil diese Millionen ja nicht vorhanden sind. Ich möchte auch nicht die Feststellung des Herrn Präsidenten Dalvit noch erleichtern, der uns gesagt hat: « Quei tali hanno dimenticato di indicare le fonti. »

Ich komme zurück auf die Bilanzdebatte über dieses Kapitel, d.h. über die Wildbachverbanung, vom vergangenen Jahre. Damals hatte ich mir erlaubt, die Feststellung zu machen, daß wir seit 1958 in der Zuweisung von Finanzmitteln für Wildbachverbanung nach und nach eine absteigende Linie verfolgt haben. Ich hatte mir auch erlaubt, Angaben über das Jahr 1958 und teilweise über das Jahr 1959 zu bringen. In seiner Erwidern glaubte der Herr Assessor diese Feststellungen zu widerlegen, indem er an Zahlen feststellte, der Betrag wäre sogar wesentlich erhöht worden. Zu dieser Feststellung möchte ich ihm nur — für Sie ist es nichts Neues,

Herr Assessor — die Aufstellung der Arbeitsschichten mitteilen, die in der Provinz Bozen vom Wildbachverbauungsamt in der Zeit von 1958 bis einschließlich 1965 gemacht worden sind. Im Jahre 1958 waren es 91.700 Arbeitsstunden; 1959 92.500; 1960 75.100 und so herunter bis zum Jahre 1965 mit nur 43.400. Sie haben vorhin sogar gesagt, ungefähr 42.000 Arbeitsstunden wären geleistet worden. Infolgedessen glaube ich, daß meine vorjährigen Feststellungen reichlich bewiesen sind, denn wir sind im Zeitraum von 8 Jahren von 92.500 auf 43.400 heruntergekommen. Hier sind nicht nur die verringerten Geldmittel, die zur Verfügung gestellt worden sind, maßgeblich, sondern auch natürlich die erhöhten Löhne, die Verteuerung sämtlicher Arbeitsleistungen. Bitte, Herr Assessor, beweisen Sie mir, daß diese Angaben nicht zutreffen. Ich kann mir jedenfalls nicht vorstellen, daß diese detaillierte Aufstellung leichtsinnig zusammengestellt worden sein könnte. Das ist die Feststellung, die ich treffen wollte.

Dann muß ich leider auf noch etwas kommen; es ist keine Rekrimation, aber leider habe ich wieder recht gehabt. Als wir im vergangenen Herbst unter der Schocknachwirkung der Überschwemmungen endlich die 200 Millionen Lire für die Provinz Bozen allein erreicht haben — sehen wir von den Begleitumständen ab —, habe ich gesagt: « Sehr erfreut, ich habe aber einen gelinden Verdacht, daß uns das irgendwie bei der nächsten Bilanzerstellung indirekt aufgerechnet wird. » Trotz aller Verteuerungen usw. auf dem Bausektor ist nicht eine einzige Million mehr für Wildbachverbauungen im ganzen Lande vorgesehen. Unter den 700 Millionen Lire, die hier vorgesehen sind, sind 181 Millionen enthalten, die wir bereits im Herbst mit einem Darlehen von 200 Millionen über die erwähnte Sonder-

maßnahme aufgebracht haben. Wenn ich richtig verstanden habe, Herr Assessor, haben Sie anlässlich der Diskussion in der Finanzkommission ja selber zugegeben, daß das die betreffenden 200 Millionen sind. Ich weiß nicht, ob wir hier unserer Pflicht Genüge tun, wenn wir ständig und nicht nur numerisch, sondern vor allem wertmäßig zurückgehen. Das heißt dann trotz aller Erfahrungen weniger Wildbachbauten, obwohl gerade im letzten Jahr einwandfrei erwiesen wurde, daß überall dort, wo verbaute Wildbäche vorhanden gewesen sind, die Überschwemmungen wenn nicht Null, so doch wesentlich geringer waren. Zur Bekräftigung, wie wirkungsvoll Wildbachverbauungen sind, ist es vielleicht ganz gut, auf die große Überschwemmung in Südtirol im Jahre 1882 hinzuweisen, die damals zur Etschregulierung usw. geführt hat. Damals war die gleiche Niederschlagsmenge zu verzeichnen wie im Jahre 1965. Seinerzeit sprach man noch nicht von Wildbachverbauungen, weil sie noch etwas Unbekanntes waren. Aber gerade wegen jener Katastrophen hatte man begonnen, Wildbachverbauungen vorzunehmen. Wie statistisch feststeht, wurden damals durch die Überschwemmungen über 300 Häuser in unserer Region fortgerissen. Nach erfolgter Wildbachverbauung, die leider immer noch ungenügend ist, gab es jedenfalls keine solche Katastrophe mehr. Früher, wo wir eine Bilanz von 6 bis 9 Milliarden Lire gehabt haben, haben wir 800 und noch mehr Millionen Regionalmittel aufgebracht und zusätzlich Gelder für die « aree depreste ». Jetzt, wo wir eine Bilanz von 17 Milliarden Lire haben, finden wir aber nur mehr 518 Millionen in der normalen Bilanz, trotz aller Verteuerung der Bauten, die eingetreten ist. Ich finde dies rein grundsätzlich gesehen etwas seltsam und frage mich, ob wir hier unserer Aufgabe Genüge

leisten. Ich glaube, hier sind wir wohl alle gleich verantwortlich. Wir verfügen über die entsprechenden Angaben und wissen doch, daß geregelte, verbaute Wildbäche in der Provinz Bozen auch mehr Ruhe für die Provinz Trient bis hinunter in die Poebene bedeuten. Daß uns vom Staat aus nicht mehr Verständnis gezeigt wird, ist schwer zu begreifen, vielleicht, weil bekannterweise das Hemd näher ist als der Rock. Warum wir in dieser Hinsicht die Sache immer leichter nehmen, frage ich mich. Das verstehe ich nicht.

*(Purtroppo devo fare alcune osservazioni forse poco liete sulle dichiarazioni dell'assessore, che suonano molto confortanti. A questo capitolo non dirò: «Fondi troppo scarsi, propongo un aumento di milioni». Ciò sarebbe inutile, perché i milioni non ci sono. Non vorrei poi facilitare la constatazione del Presidente Dalvit, il quale ci ha detto: «Quei tali hanno dimenticato di indicare le fonti».*

*Torno al dibattito sul bilancio e sul presente capitolo, cioè sulle sistemazioni idraulico-forestali, tenuto l'anno scorso. Mi ero permesso allora di constatare come dal 1958 in poi le assegnazioni di fondi alle sistemazioni idraulico-forestali abbiano seguito una linea decrescente. Mi ero permesso inoltre di fornire dati sull'anno 1958 ed in parte anche sul 1959. Nella sua risposta l'assessore ha creduto di contestare le mie osservazioni, dimostrando con le cifre che tali fondi erano stati addirittura notevolmente aumentati. In risposta alla sua osservazione vorrei soltanto comunicargli, e per lei non è niente di nuovo, signor assessore, lo elenco dei turni di lavoro effettuati in provincia di Bolzano dall'ufficio bacini montani nel periodo dal 1958 al 1965 incluso. Nel 1958 si è trattato di 91.700 ore lavorative, nel 1959 92.500; nel 1960 75.100 e così via fino alle 43.400 ore del 1965. Lei ha detto prima addi-*

*rittura che le ore lavorative erano circa 42.000. Di conseguenza credo che le mie consultazioni dell'anno scorso siano ampiamente dimostrate, dato che nel volgere di 8 anni siamo passati da 92.000 a 43.400 ore lavorative. Determinanti non sono qui soltanto i minori fondi messi a disposizione, ma naturalmente anche l'aumento dei salari, il rincaro di qualsiasi prestazione lavorativa. Prego, signor assessore, mi dimostri che questi dati non sono esatti. In ogni modo non so immaginare che un elenco tanto dettagliato possa essere stato compilato con leggerezza. E questa è la constatazione che avevo intenzione di fare.*

*Devo poi osservare ancora una cosa: non è una recriminazione ma purtroppo ancora una volta ho avuto ragione. Quando finalmente lo autunno scorso, sotto l'effetto dello shock dattoci dalle alluvioni, abbiamo raggiunto i 200 milioni per la sola provincia di Bolzano, ho detto, e prescindiamo per ora delle circostanze concomitanti: «Sono molto lieto, ma ho un vago sospetto che ciò ci verrà accollato in qualche modo nella compilazione del prossimo bilancio». Nonostante il rincaro dei prezzi nel settore edilizio, non si è previsto neanche un solo milione in più per le sistemazioni idraulico-forestali in tutta la provincia. Nei 700 milioni di lire previsti qui sono compresi i 180 milioni che siamo riusciti a procurarci in autunno attraverso il citato provvedimento straordinario, accendendo un mutuo di 200 milioni. Se ho capito bene, signor assessore, lei stesso ha ammesso nella discussione in commissione finanze che si tratta degli stessi 200 milioni. Non so se facciamo il nostro dovere continuando a regredire non soltanto nelle cifre ma anche e soprattutto nel valore. Ciò significa allora, contro ogni esperienza fatta, meno lavori idraulico-forestali, sebbene l'anno scorso ci sia stata la dimostrazione lampante che dap-*

*pertutto dove i torrenti montani erano stati sistemati, le inondazioni, anche se ci sono state, sono state almeno notevolmente minori. A conferma dell'efficacia delle sistemazioni idraulico-forestali, sarà bene accennare alla grande alluvione del 1882 in Sudtirolo, alluvione che ha portato alla sistemazione dell'Adige, ecc. Allora si è registrata la stessa quantità di precipitazioni che nel 1965. A quei tempi non si parlava ancora di sistemazione idraulico-forestali, perché esse erano ancora sconosciute, ma proprio a causa di quella catastrofe si è cominciato a prendere delle misure in questo campo. Come provato dalle statistiche, le case trascinate via dall'alluvione sono state più di 300. Dopo i lavori di sistemazione idraulico-forestale, che purtroppo sono ancora insufficienti, non ci furono più in ogni modo catastrofi del genere. Una volta, al tempo in cui avevamo bilanci di 6-9 miliardi, reperivamo 800 e più milioni di lire dai fondi regionali ed in più altri fondi in favore delle « aree depresse ». Ora, con un bilancio di 17 miliardi di lire, tutto quello che riusciamo a stanziare nel bilancio normale sono 518 milioni, nonostante il rincaro delle costruzioni nel frattempo sopravvenuto. In linea di massima trovo tutto ciò piuttosto strano e mi chiedo se siamo all'altezza dei nostri compiti. Credo che in questo caso tutti siamo responsabili allo stesso modo: noi disponiamo dei dati relativi e sappiamo che se i torrenti della provincia di Bolzano sono sistemati dal punto di vista idraulico-forestale, anche la provincia di Trento e giù giù fino alla pianura padana godranno di una maggiore tranquillità. È difficile comprendere come lo Stato non ci dimostri maggiore comprensione, forse perché notoriamente chi è più vicino, più ne profitta. Mi chiedo perché noi prendiamo ciò con sempre maggior leggerezza, cosa che proprio non capisco.)*

PRESIDENTE: La parola all'assessore.

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Al cons. Kapfinger devo dire che non contesto le cifre che ha riferito; non sono contestabili. Devo solamente riferirmi al fatto che tra il '58 e il '65, come del resto lui stesso, mi pare, ha ammesso, sono aumentate, ad esempio, le mercedi operaie del 75% ed è aumentato il materiale in misura pressoché proporzionale, e quindi evidentemente non è possibile pensare che con stanziamenti, seppure aumentati, si potessero effettuare le stesse giornate-operaie che nel '58. Devo tuttavia dirgli che a fronte di un intervento fatto l'anno scorso in provincia di Bolzano in questo settore, per 399 milioni, questo anno noi abbiamo buone ragioni di ritenere che l'intera previsione che ho riferito di 749 milioni potrà effettivamente essere spesa, perché nel frattempo quelle somme statali, soprattutto che erano state indicate come assegnabili alla Regione, in effetti iniziano ad entrare nel bilancio regionale. Da questo punto di vista quindi possiamo ben ritenerci nel vero, quando riteniamo che dalle 42 mila giornate dell'anno scorso, passeremo quest'anno alle 70 mila giornate lavorative. Questo sarà in ogni caso, io penso, un incremento. Voglio aggiungere che noi stiamo seguendo la elaborazione della legge per le aree depresse, perché noi non dobbiamo dimenticare che la legge per le aree depresse, che era operante nel periodo al quale si è riferito il cons. Kapfinger, da due anni a questa parte . . .

KAPFINGER (S.V.P.): (Interrompe).

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): . . . Sì, va bene, ma entrava pur tuttavia nel bilancio regionale e non era . . .

KAPFINGER (S.V.P.): (*Interrompe*).

GRIGOLLI (assessore economia montana e foreste - D.C.): Ma sono soldi che comunque non sono più entrati, che abbiamo dovuto in qualche modo rimpiazzare noi. Voglio dire che da questo punto di vista noi stiamo cercando di ottenere dallo Stato — c'era stata una formale assicurazione da Ferrari Aggradi — fondi in conto spese per alluvioni, e noi proseguiamo questa attività presso il ministro Restivo; stiamo anche attendendo un incontro con il Ministro dei lavori pubblici Mancini, per quanto riguarda in modo particolare interventi da farsi ad opera dello Stato sui principali corsi d'acqua, quelli di seconda categoria, in modo particolare l'Adige, e quelli di terza categoria, che sono nella competenza dello Stato. Quindi, anche se questi interventi che stiamo facendo potranno maturare più in là per quanto riguarda il finanziamento stiamo tuttavia dando a questo settore il rilievo che esso merita, come ha auspicato il cons. Kapfinger.

PRESIDENTE: Chi prende ancora la parola? Pongo in votazione il cap. 1256: è approvato a maggioranza con 2 voti contrari e 3 astensioni. Facciamo ancora il cap. 1284 e così concludiamo il settore dell'assessorato foreste e poi domani riprendiamo con l'assessorato all'industria.

Al cap. 1284 hanno chiesto di parlare il cons. Kapfinger e il cons. Volgger.

KAPFINGER e VOLGGER (S.V.P.): Rinunciamo.

PRESIDENTE: Rinunciano. Allora pongo in votazione il cap. 1284: è approvato a maggioranza con 4 astensioni.

La seduta è tolta e riprende domani mattina ad ore 9.30.

Sono iscritti a parlare per l'assessorato all'industria i cons. Fioreschy, Corsini e Ceccon, sul cap. 1350.

